41. Jahrgang 1993 / 2. Heft / April ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER

AUS DEM INHALT

MICHAEL LEMKE
SED-Kampagnen gegen Bonn 1960–1963

MENACHEM SHELAH
Kroatische Juden zwischen Deutschland und Italien 1941–1943

KATHRIN WEBER
Italiens Weg in die NATO 1947–1949

KARL-HEINZ SCHLARP
Der westdeutsche Osthandel
und die Entstehung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft
1950–1952

DOKUMENTATION
Der Aufstand am 17. Juni 1953 in der DDR
(Udo Wengst)

R. OLDENBOURG VERLAG MÜNCHEN

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben von
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER
in Verbindung mit
Theodor Eschenburg, Walter Bußmann,
Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter
Redaktion:
Hellmuth Auerbach, Norbert Frei, Udo Wengst, Andreas Wirsching
Chefredakteur: Hermann Graml
Stellvertreter: Hans Woller
Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, 8000 München 19, Tel. 12 68 80, Fax 123 17 27

41. Jahrgang | Heft 2 | April 1993

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Michael Lemke — Kampagnen gegen Bonn. Die Systemkrise der DDR und die West-Propaganda der SED 1960–1963 . . . 153

Menachem Shelah — Kroatische Juden zwischen Deutschland und Italien. Die Rolle der italienischen Armee am Beispiel des Generals Giuseppe Amico 1941–1943 175

Kathrin Weber — Italiens Weg in die NATO 1947–1949 197

Karl-Heinz Schlarp — Das Dilemma des westdeutschen Osthandels und die Entstehung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft 1950–1952 223

DOKUMENTATION

Udo Wengst — Der Aufstand am 17. Juni 1953 in der DDR. Aus den Stimmungsberichten der Kreis- und Bezirksverbände der Ost-CDU im Juni und Juli 1953 277

ABSTRACTS 323

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MICHAEL LEMKE

KAMPAGNEN GEGEN BONN

Die Systemkrise der DDR und die West-Propaganda der SED 1960–1963*

1. Die Krise des realen Sozialismus in der DDR und das politische Dilemma der SED

Zu Beginn des Jahres 1960 spitzte sich die an sich schon unerfreuliche Situation in der DDR krisenhaft zu. Die schwachbrüstige Wirtschaft – sie schien sich in den Vorjahren etwas erholt zu haben – litt unter Entzugserscheinungen. Trotz zusätzlicher sowjetischer Lieferungen[1] kam es zu einer weiteren Verknappung bei Materialien und Rohstoffen, waren Produktionsketten unterbrochen, „haperte" es überall. Die Versorgungslage entwickelte sich ebenfalls bedenklich. Engpaß reihte sich an Engpaß. Vor allem mangelte es an hochwertigen Industrieerzeugnissen[2] und an Lebens-

* Der folgende Beitrag entstand im Rahmen eines Projektes über nationale Konzeptionen und Grundlagen der Deutschland- und Außenpolitik der SED 1949–1963, das der Vf. als Mitarbeiter der „Zeithistorischen Studien", Forschungsschwerpunkt in der Förderungsgesellschaft Wissenschaftlicher Neuvorhaben m. b. H. (Leiter: Jürgen Kocka), bearbeitet.

1 Nikita Chruschtschow war seit Ende der 50er Jahre gewillt, die DDR – trotz deren im Vergleich mit der UdSSR höheren Lebensstandards – ökonomisch vor allem deshalb stärker zu unterstützen, weil die sowjetische Führung das kommunistische Deutschland als ein anziehendes Schaufenster für den Westen zu gestalten gedachte. Die Überlegenheit des Sozialismus sollte pars pro toto unter Beweis gestellt werden. Neben anderen Ursachen war es vor allem die ungenügende sowjetische Leistungsfähigkeit, die tatsächlich wirksame Hilfen – nie ohne Eigennutz gewährt – stark einschränkte. Wichtiges Motiv des sowjetischen Engagements war freilich auch die Absicht, die Lage im Innern der DDR zu stabilisieren, vor allem der Fluchtbewegung entgegenzuwirken. Vgl. Notizen Grotewohls von der Rede Chruschtschows auf der Tagung der kommunistischen und Arbeiterparteien der Staaten des RGW in Mokau, 20.–23. 5. 1958, in: Zentrales Parteiarchiv (ZPA), Nachlaß Grotewohl (NL 90), 468, Bl. 167 und Protokoll der Sitzung des Demokratischen Blocks vom 4. 2. 1957, in: Ebenda, 506, Bl. 14 f.

2 Dazu trug die chronische Devisenknappheit gehörig bei. Zahlungs- und Handelsschwierigkeiten häuften sich aber auch gegenüber dem RGW-Bereich. Unter immensem innenpolitischem Druck verfügte das Politbüro Anfang August 1961 einen „Stopp für die Auslieferung von Konsumgütern im Export" – was die ökonomische Talfahrt nur noch beschleunigte. Vgl. Sitzung des Politbüros am 8. 8. 1961, Protokoll 40/61, in: ZPA, J IV 2/2/782, Bl. 4.
Die Schulden im Außenhandel, der „nicht gesicherte Import entscheidener Rohstoffe" z. B. bei Walzstählen, nahmen, einschließlich der Tatsache, daß der staatliche Außenhandel keine Exportmöglichkeiten mehr besaß, scharfe Formen an, gefährdeten Produktion und Versorgung, verringerten die bit-

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mitteln[3]. Die Parteiführung erreichten verschiedene Zeichen für die wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Hatten 1959 „nur" 144 917 Bürger der DDR das Land in Richtung Westen verlassen, so waren es 1960 bereits knapp 200 000; bis Mitte August 1961 flohen noch einmal 159 700. Unter den Bedingungen einer offenen Grenze zu Westberlin blutete die sozialistische deutsche Republik allmählich aus. Eine Reihe wirtschaftlicher Fehlleistungen kam – bei Lichte gesehen – ganz „nach Art des Hauses" zustande. So brachte 1960 der „sozialistische Frühling" in der Landwirtschaft, die so prosaisch umschriebene Zwangskollektivierung, eine spürbare Verschlechterung der Lebenssituation vor allem der Landbevölkerung.

Die Bauern ganzer Dörfer setzten sich ab, ihre Höfe verödeten. Die Verantwortlichen in Partei und Regierung bekamen aber Bevölkerungswiderstände auch in verschiedenen anderen, zumeist passiven Formen zu spüren[4]. Die Führung der DDR sah

---

ter notwendigen Investitionen weiter. In dieser Situation erhöhte sich die Abhängigkeit von der Sowjetunion, aber auch von anderen Gläubigerstaaten, deren Exporte in die DDR zu einem großen Teil mit kurzfristigen Krediten bezahlt worden waren. Die starke Auslandsverschuldung im Westen – 1960 betrug sie 535 Mio. Valutamark – machte es der DDR unmöglich, wie Bruno Leuschner als Chef der Plankommission klagte, die für 1961 geplanten Importe „aus eigener Kraft in voller Höhe" zu sichern; es entstünde „eine starke Belastung für den Volkswirtschaftsplan". Vgl. den Bericht Leuschners: „Offene Probleme des Volkswirtschaftsplans 1961", Sitzung des Politbüros am 12./13. 7. 1960, Anlage Nr. 2 zum Protokoll 30/60, in: Ebenda, J IV 2/2/711, Bl. 17–24.

[3] Zusätzliche Importe von Lebensmitteln waren vorrangig ein Ergebnis des Zurückbleibens der landwirtschaftlichen Marktproduktion. Die Folgen der rigorosen Umgestaltung der Besitzverhältnisse im Agrarbereich schlugen ab Mitte 1961 sichtbar durch. Das Politbüro gestand sich gravierende Schwierigkeiten bei der Versorgung ein. An bestimmten Orten sei ihre Stabilität nicht mehr gewährleistet. Schwer wogen „Stockungen in der Brotversorgung und der Versorgung der Kleinkinder mit Milch". Vgl. die Sitzung des Politbüros am 13. 6. 1961, Anlage Nr. 1 zum Protokoll 26/61, in: Ebenda, J IV 2/2/768, Bl. 8.
Die Agrarkrise erreichte 1962/63 einen Höhepunkt. Die Butter wurde knapp, Reserven schmolzen – buchstäblich – dahin. Dieser Mangel war vor allem dem Fehlen von Futtermitteln geschuldet. Die allgemeine Ratlosigkeit der Parteiführung verstärkte die Tendenz zu Halbheiten und „Flickschustereien"; so wurden die Schulen und die Pionierorganisation aufgefordert, fleißig (natürlich im Rahmen eines Wettbewerbs) Kastanien und Eicheln zu sammeln, die Parteiführung ordnete für alle Staatsorgane Sparmaßnahmen und Kaufverbote an, verschärfte Kontrollen. Vgl. die Sitzungen des Politbüros am 19. 3. 1962, Anlage 9 zum Protokoll 13/62, am 31. 7. 1962, Anlage Nr. 1 zum Protokoll 34/62, und am 30. 1. 1962, Anlage Nr. 1 zum Protokoll 4/61, in: Ebenda, J IV 2/2/820, Bl. 38, 841, Bl. 23 und 811, Bl. 8.

[4] Bereits im Juli 1960 machten verschiedene Bezirks- und Kreisleitungen der SED das für Propaganda zuständige Politbüromitglied Albert Norden auf den z. T. erheblichen Rückgang der Abonnenten der Parteipresse aufmerksam. Von April bis Juli des Jahres kündigten ca. 60 000 Festabnehmer, in den Monaten Juli und August 1962 mußten die SED-Blätter mangels Nachfrage ihre Auflagen in den Bezirken z. T. drastisch kürzen. Aus dem Kreis Freital wurde eine als ernst bezeichnete Tendenz bekannt, die Fernsehgeräte bei der Post abzumelden. Vgl. Schreiben der ZK-Abteilung Presse vom 18. 7. 1960 an Norden und Meldung vom 3. 8. 1962, in: ZPA, IV 2/2028/32 und 2/2028/34.
Als in der Mitte des Jahres 1961 ein akuter Mangel an Speisekartoffeln eintrat, kam es in verschiedenen Bezirken und Kreisen der DDR zu Unruhen. In Brandenburg z. B. erklärten die empörten Arbeiter, ihre Arbeit erst dann wieder aufnehmen zu wollen, wenn sie Kartoffeln erhielten, in Babelsberg versammelten sich ca. 700 Personen, die meisten unter ihnen Hausfrauen, und blockierten aus Protest

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich durch einen ganzen Komplex innenpolitischer Schwierigkeiten veranlaßt, verschiedene administrative Maßnahmen zu verschärfen. In diesem Prozeß vergrößerte sich der unproduktive Staatsapparat binnen kürzester Zeit explosionsartig. Der fatale circulus vitiosus von wirtschaftlicher Ineffektivität und Verstärkung der Bürokratie beschleunigte sich, entwickelte eine eigene Schwerkraft. Partei und Staat wuchsen noch stärker zusammen, die Chancen einer zumindest partiellen Demokratisierung der spätstalinistischen Diktatur, von längst überfälligen Reformen, schienen stärker denn je in Frage gestellt.

Im gleichen Maße ungünstig verlief für die SED-Führung der deutschland- und außenpolitische Prozeß. Die Berlinkrise – durch das Chruschtschow-Ultimatum vom 27.11.1958 ausgelöst – erreichte einen neuen Höhepunkt: Der Kalte Krieg schlug erneut auf die zwischendeutschen Beziehungen durch. So nahm die DDR z.B. eine an sich bedeutungslose Veranstaltung von Landsmannschaften, die wieder einmal gegen die Oder-Neiße-Grenze kräftig ins Horn bliesen, zum Anlaß, im September 1960 für westdeutsche Ostberlin-Besucher eine Aufenthaltsgenehmigung einzuführen. Bonn kündigte – allerdings nicht ohne Vorwarnung und nicht ohne Kompromißofferte[5] – im Gegenzug das für die Wirtschaft der DDR immens wichtige Interzonen-Handelsabkommen.

Straßen und Bürgersteige. Die Polizei war machtlos. In Frankfurt/Oder und anderen Städten des gleichnamigen Bezirks wurden wegen fehlender Kartoffeln „Diskussionen gegen die Politik von Partei und Regierung geführt, wobei es zu offenen Provokationen kam". In den Betrieben erklärten die Arbeiter, die SED werde ihre „Quittung" sehr bald erhalten. Hausmitteilungen der Abteilung Parteiorgane des ZK an Norden vom 13.7.–17.7.1961, in: Ebenda, IV 2/2028/43.

Schwer wog, daß – von den DDR-Medien verschwiegen – sich im Sommer 1961 eine regelrechte Austrittsbewegung aus den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu formieren begann. Vor allem im Bezirk Gera und in den mecklenburgischen Kreisen Parchim und Lübs registrierte die Partei bei vielen Genossenschaften „ernsthafte Auflösungserscheinungen". Vgl. ebenda. Alarmierend wirkten Meldungen über den erheblichen Anstieg der Tierverluste, die man zum Teil auf Sabotage und Böswilligkeit zurückführte: 1960 verendeten über 15 Prozent der Schweine, 30 Prozent der Ferkel, knapp 5 Prozent des Rinderbestandes. Im ersten Halbjahr 1961 stiegen darüber hinaus die Verfahren wegen „Hetze und Staatsverleumdung" von 6465 (1960) auf 8817 an. Vgl. ebenda und Sitzung des Politbüros vom 11.7.1961, Anlage Nr.4 zum Protokoll 33/61, in: Ebenda, J IV 2/2/775, Bl.28, 32.

[5] Noch am 28.9.1960 teilte der Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, Kurt Leopold, in einem geheimen Gespräch – nur das verantwortliche Politbüromitglied Heinrich Rau und Ludwig Erhard sollten darüber informiert werden – dem zuständigen Abteilungsleiter im DDR-Ministerium für Außen- und innerdeutschen Handel mit, „daß die Bundesrepublik fest entschlossen sei, in Kürze den innerdeutschen Handel einzustellen, wenn nicht von unserer Seite eine bestimmte Geste erfolgt". Die DDR könne davon überzeugt sein, so Leopold, daß alle Schritte der Bundesregierung in Übereinstimmung mit ihren Verbündeten erfolgt und abgesprochen sind. Am 29.9. träfen sich Brandt und Vockel mit Adenauer, um über den Abbruch und seine Folgen zu beraten. Der Emissär erbat eine Antwort bis zum 29.9. mittags dahingehend, ob die DDR „ohne Prestigeverlust, den man von Seiten Bonns bewußt vermeiden will", zu einer solchen Geste (möglicherweise Aufhebung der Wasserstraßen- oder Neuverhandlungen der Autobahngebühren) bereit sei. Vermerk über inoffizielles Gespräch Leopolds mit Siemer vom 29.9.1960, in: Ebenda, NL 90, 376, Bl. 298, 301 ff.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hinter der Ostberliner Politik der Nadelstiche gegen die Bundesrepublik stand aber nicht nur die sowjetische Absicht, Bonn und die Westalliierten einer Umwandlung Westberlins in eine „freie Stadt" geneigter zu machen, sondern auch tiefe politische Ratlosigkeit. Vor allem deutschlandpolitisch war keine Perspektive auszumachen. Die SED-Spitze unter der Führung des allmächtigen Walter Ulbricht war bislang zwar nie von ihrer national-politischen „Mission" abgegangen, Gesamtdeutschland dereinst nach dem Modell DDR wiederzuvereinigen, sah nun aber dafür die an sich schon vagen Möglichkeiten weiter schwinden. Den Politbüromitgliedern hätte klar sein müssen, daß die wesentlichste innenpolitische Bedingung für gesamtdeutsch-sozialistische Ausblicke nicht erreicht worden war: die Akzeptanz kommunistischer Politik durch die ostdeutsche Bevölkerung.

Nicht zuletzt dieser Umstand führte zu einer Suche nach starken westdeutschen Bündnispartnern für die deutschlandpolitische Zielsetzung. Diese bestand immer mehr darin, die Position der SED in der innerdeutschen geistigen und politischen Auseinandersetzung – bei gleichzeitiger Destabilisierung der Verhältnisse in der Bundesrepublik – zu verbessern. Potentielle Verbündete erblickte die SED in der SPD, was sie aber nicht daran hinderte, die westdeutsche Sozialdemokratie vor allem aus ideologischen Gründen heftig zu attackieren. Eine Art politischer Schizophrenie, die nicht selten den Eindruck von Haßliebe erweckte, resultierte aus der Praxis der SED, die als „Klassenbrüder" Angesprochenen gleichzeitig zu hofieren und zu verdammen. Der im März 1959 von der SPD entwickelte Deutschlandplan schien dem Politbüro in der Sache (Rüstungsstop, atomwaffenfreie Zone, Austritt beider Staaten aus den Militärblöcken, kollektives Sicherheitssystem, gesamtdeutsche Konferenz u. a. m.) entgegenzukommen, war ihm jedoch aus ideologischen Gründen (freie Wahlen, Selbstbestimmung) ein Übel[6]. Dennoch bot der Plan, von der Westkommission des ZK intern als „konterrevolutionär" eingestuft, der SED die Möglichkeit eines neuen deutschlandpolitischen Anlaufes. Ihr an den SPD-Parteivorstand gerichteter Brief (der 59. dieser Art) vom 5. 4. 1959 offerierte den Sozialdemokraten in vergleichsweise moderatem Ton gemeinsame Beratungen. Politbüromitglied Hermann Matern, ein Altstalinist reinsten Wassers, enthüllte intern die Absicht der Aktion. Durch ein „stärkeres Manövrieren" in Westdeutschland wolle man mehr Spielräume erlangen; die SPD müsse mit Hilfe der SED „die richtige Diskussion zu der Deutschlandfrage" entfalten. Der eigentliche Sinn des Briefes sei aber der, „die Gegensätze zwischen SPD und CDU zu verschärfen"[7].

Der Parteivorstand der SPD lehnte das Gesprächsangebot nicht nur schnöde ab, sondern begann sich – zum Ärger der SED – in den folgenden Monaten stärker dem außenpolitischen Kurs des in „Pankow" bestgehaßten Mannes – Adenauer – anzunähern. Als die SPD am 30. 6. 1960 mit der denkwürdigen Rede von Herbert Wehner sich gar zu den von der Bundesregierung geschaffenen außen-, deutschland- und bündnispolitischen Tatsachen bekannte, hätte für Ulbricht und das Politbüro die Stunde der

[6] ZK-Westkommission, Stellungnahme vom 15. 3. 1959, in: Ebenda, IV 2/1002/124.
[7] Hermann Matern, Zum Deutschlandplan der SPD, März 1959, in: Ebenda.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Desillusionierung schlagen müssen. Die Umorientierung der SPD entzog dem Politbüro nicht nur einen zumindest theoretisch bestehenden deutschlandpolitischen Ansatz. Das Nein der Sozialdemokraten zu einem gemeinsamen „Patriotismus" mit der SED vereitelte außerdem jede Möglichkeit, Kontakte zur SPD zu einem Element einer SED-spezifischen Krisenbewältigung zu entwickeln.

Die eiligst einberufene Westkommission erhielt den Auftrag, die Behandlung der SPD nach deren „Umfall" konzeptionell umzustellen. Die Kommission wählte die größere Illusion. Ihr Konzept vom 6.7. 1960 ging von der Notwendigkeit aus, das Parteivolk der SPD von seiner „kapitulantenhaften" Führung zu isolieren. Das ZK bedauerte: Die größte „Schwäche" der SPD bestünde darin, daß es „noch kein ideologisches und organisatorisches Zentrum der Opposition" parteiinterner Art gebe. Dieses müsse man nun mit Hilfe der SED schaffen[8]. Den Mißerfolg konnte die SED um so weniger auf sich beruhen lassen, als sie (im Unterschied zur Bundesregierung) – im eigenen Land ohne demokratische Legitimation und ökonomische Erfolgsbilanzen – gerade in der Krisensituation auf spektakuläre Ergebnisse ihrer nationalen Politik angewiesen war, dies um so mehr, als sie in erster Linie auf die Stabilisierung der Verhältnisse in der DDR zielte und erst in zweiter Linie wirklich westwärts gewandt war.

Das Ausbleiben „nationaler" Erfolge, die in der Regel nur im Reiche der Propaganda zu Buche schlugen, erschwerte auch die Politik der SED um die völkerrechtliche Anerkennung der DDR. Sie wurde seit dem Ende der 50er Jahre mit großem Aufwand zielgerichtet, wenngleich hektisch und oft kampagnenhaft betrieben. Eine Reise des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl im Januar 1959 – sie eröffnete offensichtlich eine neue Etappe der Anerkennungspolitik – ließ die Richtung erkennen: Naher Osten und Indien. Die gemessen an ihrer Zielstellung nur als diplomatischer Mißerfolg der DDR zu qualifizierende Offensive in Kairo, Bagdad und Neu Delhi war sicher einer politisch von Anfang fragwürdigen, wenngleich erfolgreichen, Hallsteindoktrin geschuldet. Doch zeigte sich vor allem in Indien die ostdeutsche Außenpolitik durch die ihr vom spätstalinistischen System auferlegten Zwänge – innere Unfreiheit, geringe Wirtschaftskraft und außenpolitische Dogmen – gefesselt[9]. Die Mißerfolge in der Anerkennungsfrage trugen zur Eskalation der inneren Probleme bei. Summa summarum: Seit 1960 steckte die DDR in einer umfassenden akuten Krise ihres „realsozialistischen" Systems, und die Politik der SED befand sich in einer Sackgasse.

---

[8] ZK-Westkommission, Vorschläge zur Arbeit mit der Sozialdemokratie [Anfang Juli 1960], in: Ebenda.

[9] Im übrigen – so deuten es die Protokolle der Gespräche zwischen Nehru und Grotewohl an – taktierte der ostdeutsche Politiker ohne übermäßiges diplomatisches Geschick. Er blieb vor allem in der vom indischen Premier angeschnittenen Frage über Ursachen der Republikflucht unglaubwürdig, indem er behauptete, diese „Bevölkerungsbewegung" sei „zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß viele Familien, die (...) unter Kriegseinwirkungen in die östliche Gebiete wanderten, sich wieder vereinigen." Protokoll über die Unterredung zwischen Grotewohl und Nehru 12. 1. 1959, in: Ebenda, NL 90, 491, Bl. 228.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

2. Die ideologische Offensive als allgemeiner Lösungsversuch

Die Suche nach Auswegen wurde intensiviert. Innenpolitisch, vor allem ökonomisch, gab es für die SED auf der Grundlage stalinistischer Herrschaftssicherung wenig Handlungsspielräume. Da es auch außenpolitisch kaum voran ging, lag es nahe, die Problemlösung auf einem Feld zu suchen, das von der Bundesregierung schwach besetzt war: Deutschland- und Wiedervereinigungspolitik. Boten Friedensvertrag, Berlinlösung, Veränderung der Haltung Bonns durch eine Veränderung der westdeutschen Machtverhältnisse nicht die Möglichkeit, sich die Misere mit einem Schlag vom Hals zu schaffen? Doch zeigte sich schon im Ansatz, daß der gesuchte Ausweg bestenfalls ein „Schleichpfad" werden würde. Die Dokumente der SED jener Zeit reflektieren den fundamentalen Widerspruch zwischen dem deutschlandpolitisch Machbaren und den Wünschen der Verantwortlichen in Ostberlin. Sie spiegeln vor allem ein Phänomen wider, das zwar „realsozialistischer" Politik seit Anbeginn eigen war, nun aber – 1960/61 – geradezu politikkonstituierend wirkte: die Flucht in die Ideologie.

Zum einen gab es das Konstrukt von der steigenden äußeren Bedrohung der DDR durch die „imperialistische" Bundesrepublik, von Kriegsvorbereitung, ideologischer Diversion und Infiltration. Tatsächlich: In dem Maße, wie sich die inneren Schwierigkeiten der SED nach 1960 verstärkten, spitzten sich die Aktivitäten des „Klassengegners" zu, allerdings nur in der Phantasie und Polemik der Partei. Zum anderen wurden nun allgemeine marxistische Postulate noch stärker bemüht. Die Lehren und Dogmen u. a. von der „historischen Mission der Arbeiterklasse", der „Gesetzmäßigkeit des Sieges des Sozialismus", vor allem aber das immerwährende Warten auf die nun bald eintretende Krise des Kapitalismus waren zwar eine geistige Voraussetzung, um Parteimitglieder bei der Stange zu halten, stellten aber eine recht wacklige Basis für die politische Auseinandersetzung in Deutschland dar: zumal im Herbst 1961 Bundestagswahlen ins Haus standen, bei denen das Politbüro mitzumischen gedachte. In völliger Verkennung der Tatsachen beschloß es verstärkte Maßnahmen zur Beeinflussung der Westdeutschen und – dahingehend wurde auch die illegale KPD-Führung am 21.2. 1961 in Berlin informiert – eine „wissenschaftliche" Zukunftsstrategie: Die Bonner Regierung könne fürderhin „nur möglich sein als eine Koalitionsregierung aller Friedenskräfte, von den Vertretern der Gewerkschaft angefangen bis zur nationalen Bourgeoisie. D.h. eine Regierung aus Gewerkschaftlern, Bauern, Vertretern der Intelligenz, die sich ausgezeichnet haben im Kampf gegen die Atomrüstung, und Vertretern der nationalen Bourgeoisie, die Gegner der Atombewaffnung und für Verständigung sind. Eine solche Regierung wird kommen. [...] Das muß man so kategorisch verkünden, daß keiner Zweifel daran hat, daß das nicht die Wahrheit ist."[10]

Ein detaillierter Plan für die Einmischung in den trotz gegenteiliger Äußerungen

[10] So Ulbricht am 21.2. 1961 in der Aussprache des Politbüros von SED und KPD über die Vorbereitung der Bundestagswahl, Berlin, Anlage 1 zum Protokoll Nr. 19/61, in: Ebenda, J IV 2/2/851.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hoch bewerteten Wahlkampf zugunsten aller oppositionellen Kräfte wurde vorgelegt und ein flankierender Propagandafeldzug für einen Friedensvertrag und die „Verwandlung ganz Deutschlands in ein Land des Friedens" eingeleitet. Wichtigstes Element dafür war der nach dem Treffen Kennedys mit Chruschtschow in Wien (3./4.6. 1961) von der DDR Anfang Juli 1961 vorgelegte „deutsche Friedensplan". Seine Vorschläge (u.a. Umwandlung West-Berlins in eine entmilitarisierte „Freie Stadt", Abschluß eines „Abkommens des guten Willens" zwischen beiden deutschen Staaten und deren Aufnahme in die UNO) waren, von Propagandaabsicht und Tendenz abgesehen, in einigen Punkten neu. Der Plan reflektierte zum einen die intensivierten Bestrebungen der SED um eine internationale Aufwertung der DDR, zum anderen aber die Hoffnung, daß die neue ideologische Offensive dazu beitragen könnte, mit einer plakativen Aktion von den sich deutlich verschärfenden inneren Schwierigkeiten abzulenken. Es stellt sich allerdings die Frage, ob das Vorgehen der SED nicht auch schon darauf abzielte, bei einem Scheitern ihres Planes die Mauer als Alternative argumentativ vorzubereiten. Zunächst jedoch signalisierte die Kampagne bei der SED-Führung eine gewisse Haltung des Abwartens. Ulbricht glaubte zwar nicht ernsthaft an eine positive Reaktion der Bundesregierung, beobachtete die Wirkung des „Testballons" Friedensplan in der westlichen Öffentlichkeit jedoch aufmerksam.

Die Aktion lief in der westdeutschen Öffentlichkeit trotz des erhöhten Einsatzes von Material und Instrukteuren völlig ins Leere. Die Ideologen in der zunehmend nervöser agierenden Parteispitze führten das Fehllaufen deutschlandpolitischer Bemühungen, das Anwachsen innenpolitischer Spannungen und Probleme nicht nur auf eine erhöhte Aktivität des „Klassengegners" zurück, sondern im gleichen Maße auf die ungenügende ideologische Arbeit. Ihr geistiges Oberhaupt, Politbüromitglied Albert Norden, der mit seinem „Büro" eine Zentrale der Westarbeit bildete, drängte zu neuen ideologischen Maßnahmen. Im Frühjahr 1961 verschärfte er – auch Ausdruck politischer Ohnmacht – Argumentation und medienpolitische Gangart. So schlug er Ulbricht konkrete Maßnahmen vor, u.a. Flugblattaktionen gegen die Feiern zum 17. Juni und eine Verstärkung der Rundfunkagitation. Das Staatliche Rundfunkkomitee reagierte mit der Klage: „Wir sind in die Lage geraten, daß die feindlichen Rundfunk- und Fernsehsender technisch immer überlegener werden, während wir auf diesem Gebiet mehr und mehr zurückbleiben." Sendetechnisch könne man kaum noch effektiv „zurückschlagen"[11]. Norden sprach harsche Worte der Kritik über die schlechte Arbeit der zuständigen Agitationsabteilung des ZK und initiierte am 10.7.1961 bei Ulbricht – die Lage spitzte sich weiterhin mehr innen- als außenpolitisch zu –, die inzwischen stillgelegte Abteilung Konterpropaganda zu revitalisieren und einen ZK-Sonderdienst einzurichten, der in der Lage sei, „auf neueste Feindargumente sofort zu reagieren und Presse und Rundfunk auch entsprechend anzuweisen"[12]. Ulbricht und Matern wies er am 27.7. auf die Notwendigkeit hin, in den nächsten Wochen „alle aus Westdeutschland einreisenden Besucher in persönlichen Gesprä-

[11] Schreiben des Rundfunkkomitees an Ulbricht vom 29.5.1961, in: Ebenda, IV 2/2028/3.
[12] SED-Hausmitteilung, Norden an Ulbricht vom 10.7.1961, in: Ebenda.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chen, insbesondere durch die Nationale Front, zu erfassen". Man müsse dabei jedoch wachsam sein und verhindern, daß „konterrevolutionäre Elemente und Provokateure" in die Aussprachen eingeschleust werden[13].

3. Der spezielle Lösungsansatz: die propagandistischen Kampagnen der SED

Am Ende des Jahres 1959 – Anlaß dafür boten die Beschmierung der neuerbauten Kölner Synagoge mit Hakenkreuzen und antisemitischen Losungen[14] sowie ähnlich geartete Aktionen u.a. in Bayreuth, Dinslaken, Göppingen, Hamburg, Offenbach und Rheydt – deutete sich an, daß die SED gewillt war, ihre ideologische Offensive gegen die Bundesrepublik unter Betonung einer ganz bestimmten Richtung zu verstärken. Norden war der spiritus rector der zu Beginn des Jahres 1960 einsetzenden neuen Kampagne der DDR gegen die „renazifizierte Bundesrepublik". Das Koordinationszentrum dafür bildete der generalstabsmäßig organisierte „Ausschuß für deutsche Einheit", dem er, mit weitgehenden Vollmachten der Parteiführung versehen, vorstand. Die in der Tat in vielem „unbewältigte" deutsche Vergangenheit sollte der SED die im ideologischen Kampf wirksamste Waffe schmieden helfen. Zum einen schien sie geeignet, das eigene Staatswesen im Verständnis seiner Bürger als antifaschistisch, daher als einzig rechtmäßig, zu legitimieren, zum anderen Bonn in den Augen der Welt herabzusetzen und der DDR indirekt einen Pfad zur völkerrechtlichen Anerkennung zu bahnen. Ein wichtiges Ziel der bereits laufenden bzw. geplanten Aktionen sollte es sein, „die Adenauer-Regierung zu isolieren", politische Krisen auszulösen und die im Verständnis der SED antifaschistischen Kräfte zu sammeln[15].

Der Führung der einzelnen thematischen oder personellen Kampagnen, die durch übergeordnete Aufgabenstellungen und Themen (Nazismus und Antisemitismus, Remilitarisierung und Atombewaffnung der Bundesrepublik, imperialistische und koloniale Ambitionen Bonns, Diktatur kriegslüsterner Politiker und friedensgefährdender Monopole u.a.m.) verbunden und mit allgemeinen kommunistischen Forderungen (Friedensvertrag, Annahme des sowjetischen Sicherheitsmodells, Umwandlung Westberlins in eine „Freie Stadt" und der Bundesrepublik in einen „friedlichen demokratischen" Staat) gekoppelt wurden, lagen ausführliche „Kampagnepläne" zu Grunde. Sie regelten bis in die Details Ziele und Verantwortlichkeiten, Abläufe, Materialeinsatz und Koordinationsfragen, fixierten vor allem aber, wer in der DDR auf welche Art

[13] SED-Hausmitteilung, Norden an Ulbricht und Matern vom 27.7.1961, in: Ebenda.

[14] Michael Wolffsohn und Ulrich Brochhagen geben an, „daß Stasi und KGB diese Aktionen steuerten"; vgl. Ein Massenmörder macht Politik. Vor 30 Jahren wurde Adolf Eichmann zum Tode verurteilt, in: Süddeutsche Zeitung vom 14./15.12.1991. Auch Hans-Peter Schwarz merkt an, daß Adenauer Informationen des Verfassungsschutzes über eine Stasi-Beteiligung vorlagen; vgl. Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967, Stuttgart 1991, S.529.

[15] Arne Rehahn, Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit des Ausschusses für „Deutsche Einheit" vom 21.12.1960, in: ZPA, IV 2/2028/66, Bl.52.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wen in der Bundesrepublik oder im Ausland ansprechen sollte[16]. In der Regel stützten sich die Konzeptionen auf aktive Sympathisanten und Hilfsorganisationen im Westen und ein gut ausgebautes Netz von Instrukteuren aus der DDR.

Innenpolitisch hatte der politische Feldzug u. a. eine Verschärfung der Bestrafungspraxis gegen nationalsozialistische Straftäter zur Folge. Das war auf eine bittere Art folgerichtig. Die SED wollte ihre eigene „antifaschistische" Konsequenz noch stärker betonen. Als z. B. die Generalstaatsanwaltschaft der DDR im Februar 1960 in einem Prozeß gegen vier wegen Mordes beschuldigter Nazis zwei Todesstrafen und zweimal lebenslänglich beantragte, sprach das Politbüro nun selbst direkt höchstes Recht: Auch gegen die beiden anderen Angeklagten sei die Todesstrafe nicht nur zu beantragen, sondern auch zu vollstrecken[17].

Im Frühjahr 1960 begann die SED-Führung Beweismittel für ihre Anschuldigungen gegen den ehemaligen Wehrmachts-, nun Bundeswehrgeneral Hans Speidel wegen seiner angeblichen Beteiligung am Attentat auf den jugoslawischen König Alexander I. und Frankreichs Außenminister Barthou im Jahr 1934 zu suchen. Ein DEFA-Dokumentarfilm („Unternehmen Teutonenschwert"), mit dieser Aussage von der Plato-Film-Gesellschaft auch in England vertrieben, hatte zu einer Verleumdungsanzeige des Militärs und zu einem Prozeß geführt. Der entwickelte sich für die SED, die hinter allem stand, zum Pferdefuß. In dem Glauben, das Politbüro verfüge über hieb- und stichfeste Beweise, übernahm die KP Englands, da der Prozeß hier stattfinden sollte, den Part des öffentlichen Anklägers und sah sich bitter enttäuscht. KP-Generalsekretär J. Gollan, nun selbst in Bedrängnis, forderte das SED-ZK auf, unverzüglich etwas zu unternehmen, vor allem einen Arbeitsausschuß zu bilden, finanzielle Mittel und endlich Dokumente im Original zur Verfügung zu stellen, da Kopien in England als Beweismittel nicht anerkannt wurden. Eine hektische Aktivität begann. Norden beriet sich mit dem umgehend einberufenen besonderen Arbeitsstab (Prof. Kaul, Gerhard Kegel, Otto Reinhold). Die Suche nach Akten und Zeugen – „einige taugen nichts", schrieb Kaul am 7. 3. 1960 an Norden – wurde ohne Erfolg intensiviert. Originaldokumente fanden sich nicht. Auch die Sowjetunion, um Hilfe ersucht, mußte in dieser Sache passen. Der in der DDR lebende ehemalige Wehrmachtsgeneral Rudolf Bamler lieferte schließlich eine Speidel belastende, wenig stichhaltige eidesstattliche Erklärung, die den politischen „Flop" nicht zu verhindern vermochte[18]. So bereitete der Speidel-Prozeß nichts als Unkosten und hinterließ eine englische KP, die bei der SED verärgert ihre Auslagen einzutreiben versuchte[19].

Es kam für die SED wie gerufen, als im Mai 1960 Adolf Eichmann nach Israel entführt und ihm ein knappes Jahr darauf in Jerusalem der Prozeß gemacht wurde. Aber

[16] Vgl. Vorschläge Ulbrichts vom 15. 8. 1960, vom Politbüro beschlossen am 23. 8. 1960, Anlage Nr. 1 zum Protokoll 36/60, in: Ebenda, J IV 2/2/717, Bl. 6–9 und Sitzung des Politbüros am 30. 8. 1960, Anlage Nr. 2 zum Protokoll 37/60, in: Ebenda, J IV 2/2/718, Bl. 5–9; vgl. auch Schreiben Nordens an Ulbricht vom 11. 7. 1961, in: Ebenda, IV 2/2028/3.

[17] Politbürositzung am 8. 2. 1960, Anlage Nr. 4 zum Protokoll Nr. 6/60, in: Ebenda, J IV 2/2/687, Bl. 19.

[18] In: ZPA, Nachlaß Ulbricht (NL 182), 1307, Bl. 3, 5, 15, 19, 23.

[19] Schreiben Gollans an Ulbricht vom 1. 3. 1962, in: Ebenda, IV 2/2028/39.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht der Massenmörder interessierte die Berliner Parteiobrigkeit. In keiner Weise je in den Verdacht kommend, für den Staat Israel irgendwelche Sympathien zu empfinden oder politisch „vorfühlen" zu wollen[20], wurde der Holocaust am jüdischen Volk instrumentalisiert. Die moralisch und politisch Schuldigen am millionenfachen Mord – so lautete der Kernsatz der SED – seien in der Bundesrepublik in Amt und Würden. Der Hauptschuldige war bald ausgemacht: Hans Globke, ehemaliger juristischer (Mit-) Kommentator der schändlichen Nürnberger Rassegesetze. Aber auch in diesem Fall galt der Angriff viel weniger der Person Globkes als seiner Eigenschaft, der einflußreiche Kanzleramts-Staatssekretär Konrad Adenauers und mehr noch Symbolfigur für die anzuklagenden „Nazis im Amt" zu sein.

Bereits im Juli 1960 begann unter Stabführung Nordens die großangelegte propagandistische Offensive mit einer Broschürenaktion: „Globke und die Ausrottung der Juden". Globke, dessen Tätigkeit hier nicht Gegenstand ist[21], wurde als einer der führenden intellektuellen Täter bezeichnet, die den Massenmord geistig vorbereitet hätten. Dies traf einen empfindlichen Bonner Nerv, schürte aber auch international Mißtrauen und Skepsis gegenüber einer deutschen Demokratie, die Naziverbrechen inkonsequent zu verfolgen schien und, wie Ostberlin suggerierte, neuen Antisemitismus begünstigte. Der Jerusalemer Eichmann-Prozeß war für die SED in dem Maße von Interesse[22], wie er sich eignete, die Bundesrepublik an den Pranger zu stellen. Der Name Globke, merkte ein Vertrauter Nordens an, „verschwindet nicht mehr aus der westdeutschen und internationalen Presse. [...] Die Veröffentlichung weiterer Globke-Dokumente ist fällig. Es muß rechtzeitig dokumentiert werden, daß, wenn er stürzt, er durch die DDR stürzt, gegen Adenauer."[23] Der geschickte Psychologe Norden orga-

[20] Das lag nicht im Interesse der UdSSR. „Wir haben nicht die Absicht, den Anschein irgendwelcher offizieller Beziehungen DDR – Israel aufkommen zu lassen", heißt es in einer für Norden bestimmten Sekretariats-Aktennotiz des Ausschusses für Deutsche Einheit im September 1960; in: Ebenda, IV 2/2028/21.

[21] Der Persönlichkeit Hans Globkes gerecht zu werden, fällt auch heute noch schwer. Schon zu Lebzeiten geriet ihm zum Nachteil, daß jedermann zwar seine Mitarbeit am Kommentar zu den „Nürnberger Gesetzen" bekannt war, weitgehend unbekannt blieb aber, daß er „den Opfern eben dieser ‚Nürnberger Gesetze' in vielen Einzelfällen mit Rat und Tat geholfen (hat)". Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, S. 528. Vgl. zum Problem auch Klaus Gotto (Hrsg.), Der Staatssekretär Adenauers. Persönlichkeit und politisches Wirken Hans Globkes, Stuttgart 1980; aufschlußreich der Beitrag von Robert Kempner, ehemaliger Kollege Globkes am Reichsministerium des Innern und späterer Hauptankläger der USA beim Nürnberger Prozeß.

[22] Umfangreiche Vorbereitungen begannen, immer neue Arbeitsgruppen und -stäbe wurden gebildet. Zunächst versuchte die SED, den Juristen Kaul als Nebenkläger nach Jerusalem mit der Absicht zu schicken, „auch den Fall Globke in den Prozeß einzubeziehen und die Rolle des Bonner Regimes aufzudecken". Kaul sollte gleich drei oder vier Fotokopien von Dokumenten über Eichmann mit auf die Reise nehmen, „um einen Druck auf [die] Justizbehörden ausüben zu können". Aus taktischen Gründen wurde aber eine Liste von Dokumenten in Israel nicht bekanntgegeben. Nur die KP des Staates wußte um ihre Existenz. Nachdem Kaul auf Grund israelischer Rechtsbestimmungen nicht als Nebenkläger fungieren konnte, suchte man in der DDR nach Personen, die dazu in der Lage waren. Aktennotizen für Norden, September 1960 und 11. 1. 61, in: ZPA, IV 2/2028/21.

[23] Bericht der Kommission für gesamtdeutsche Arbeit beim Politbüro an Norden, o. D., in: Ebenda.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nisierte eine Reihe von Pressekonferenzen, Foren und Beratungen. Auch Ulbricht schaltete sich ein. „Wir bemühen uns", meldete ihm Norden, „den Fall Eichmann [...] maximal gegen das Bonner Regime zuzuspitzen."[24] Dabei mußte man im Zusammenhang mit dem Prozeß vorsichtig agieren, hatten doch einige in der DDR-Prominenz selbst „Dreck am Stecken"[25].

Die KP Israels half der SED zunächst, Propagandamaterial gegen Nazismus und Antisemitismus in der Bundesrepublik im Staat der Juden zu verbreiten. Mitte 1961, als die Beschuldigungen im Ausland eine gewisse ideologische Wirkung zeigten, eskalierte das ZK der SED die parallel zur „Affäre Globke" betriebenen Aktionen gegen die „Nazi-Blutrichter". Bekannte Persönlichkeiten der DDR (u. a. Arnold Zweig) wurden zu „Offenen Briefen", die französische Linkspresse zu Materialveröffentlichungen über Globkes Wirken veranlaßt. Die Komplexität dieser speziellen Politik wurde deutlich, aber auch eine im ZK festgelegte Linie erkennbar: Für die neue Phase des Eichmann-Prozesses ab Frühsommer 1961 müsse der Beweis einer Kooperation zwischen Globke und Eichmann erbracht werden. Norden notierte sich für ein Gespräch mit Walter Ulbricht: „Kaul (Prozeßbeobachter und Verbindungsmann der SED nach Israel – M. L.) sprach mit Genossen Gotsche (engster Vertrauter Ulbrichts, Sekretär des DDR-Staatsrates – M. L.) bereits darüber, daß in Zusammenarbeit mit Mielke bestimmte Materialien besorgt bzw. hergestellt werden sollten. Wir brauchen unbedingt ein Dokument, das in irgend einer Form die direkte Zusammenarbeit Eichmanns mit Globke beweist. Kaul informierte uns, daß Gen. Ulbricht damit einverstanden sei und eine entsprechende Weisung an den Gen. Mielke geben wollte."[26] Offensichtlich schreckte die Führungsspitze der SED vor Fälschungen bzw. „Neuanfertigungen" von Dokumenten nicht zurück. Die Sache erhielt einen so hohen Stellenwert, daß Mielke Norden über den Stand der Dinge persönlich informierte[27].

Da der Eichmann-Prozeß die Möglichkeit eines internationalen Angriffes gegen die als revanchistisch und neonazistisch verteufelten Verhältnisse in der Bundesrepublik bot, war es kaum verwunderlich, daß die SED auf Bündnispartner im Westen hoffte[28],

---

[24] Hausmitteilung Nordens an Ulbricht vom 28. 5. 1960, in: Ebenda, IV 2/2028/2. Ulbricht war der Auffassung, daß man Material gegen Eichmann – hier wurde eine Chance für einen Schritt zur Anerkennung der DDR gesehen – den Israelis auf „möglichst hoher Ebene" bereitstellen sollte. Vgl. Schreiben Nordens an Honecker vom 27. 10. 1960, in: Ebenda, IV 2/2028/1.

[25] Norden konstatierte beunruhigt, daß die ehemaligen Wehrmachts-, jetzt DDR-Generale Arno von Lenski und Vincenz Müller, letzterer brachte es bis zum stellvertretenden Minister, im Jerusalemer Prozeß genannt wurden. Beide hätten Verbindungen zu Eichmann gehabt. Von Lenski war Beisitzer am berüchtigten Volksgerichtshof. „Meines Erachtens dürfen wir es nicht so weit kommen lassen, daß wir in irgendeiner Weise bei dem Eichmann-Prozeß diskreditiert werden", legte Norden Honecker am 27. 10. 1960 nahe. In: Ebenda, IV 2/2028/1.

[26] Notiz Nordens „Zur Besprechung mit Gen. Ulbricht", o. D., in: Ebenda, IV 2/2028/3.

[27] Schreiben Mielkes an Norden vom 7. 3. 1961, in: Ebenda, IV 2/2028/54.

[28] An „seinen Mann" in der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK, Peter Florin, richtete Norden die Bitte, alle Möglichkeiten parlamentarischer Aktionen im Ausland zu nutzen und sich dabei auf die Parlamente Englands, Indiens und Israels zu konzentrieren. Es müsse auch möglich sein, „französische und italienische Genossen zu entsprechenden Aktionen zu veranlassen (...) *Vor allem*

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vor allem aber auf die Beteiligung ihrer östlichen Verbündeten drängte. Gemeinsame Prozeß-Aktionen wurden angeregt und diese auf höchster Ebene zu koordinieren versucht. Das Ganze war um so wichtiger, als hier ein Beitrag geleistet werden konnte zur „Einheit und Geschlossenheit" des sozialistischen Lagers, zu einem Schulterschluß, den man in Berlin auf Grund des in Osteuropa herrschenden Mißtrauens Bonn gegenüber relativ problemlos zu bewerkstelligen glaubte. Schon im Verlauf des Jahres 1960 konsultierten sich Parteiführungen und Außenministerien der sozialistischen Staaten über inhaltliche und formelle Probleme wichtiger Kampagnen – bezeichnend ist, daß man die Erlaubnis der UdSSR einholte[29] – und des Eichmann-Prozesses. Einen wichtigen Part übernahmen, offensichtlich aus optischen Gründen, das ungarische Außenministerium und polnische Stellen. Als „politische Richtlinie" galt, daß der Angriff „von der Basis der antifaschistischen Front" her erfolgen und in drei Richtungen geführt werden müsse: „a) gegen den westdeutschen Neofaschismus, b) den Zionismus, c) den Vatikan – Eichmann gelangte unter Beteiligung des Vatikans nach Argentinien". Die Aufmerksamkeit bei der Aufdeckung der Verbrechen Eichmanns und seiner Kumpane – so überlegte man in den verbündeten Ministerien – sollte unbedingt, „neben den an den Juden begangenen Verbrechen, auch auf ihre Straftaten gegen verschiedene andere fortschrittliche Personen, Bewegungen und Patrioten gerichtet werden"[30].

Die SED war mit dieser Grundlinie zwar einverstanden, unterstrich aber bei ihren Partnern die Absicht, „aus dem Prozeß gegen Eichmann im Kampf gegen den westdeutschen Neofaschismus so viel wie möglich herauszuholen", und meldete ihr spezifisches Interesse an der „Aufdeckung" des Zusammenhangs zwischen Eichmann und seinen „heute noch im Bonner Staatsapparat tätigen Komplizen (Globke)" an. Es müsse der Nachweis erbracht werden, „daß die Politik, der Eichmann gedient hat, heute in Westdeutschland fortgesetzt wird", daß die dort „herrschenden Kreise" die

---

aber ist ein Hinweis über Deine Kanäle an die Genossen der Bruderparteien sowie an gewisse Labour-Abgeordnete nötig, daß wir parlamentarische Interventionen ihrerseits sowie Artikel und Briefe in der Presse als sehr erwünscht betrachten und erbitten." (Von Norden unterstrichen; M. L.) Schreiben vom 12. 8. 1960, in: Ebenda, IV 2/2028/39. Norden versuchte vor allem zu bewirken, daß in Westdeutschland in der Sache Globke „von gewissen Sozialdemokraten parlamentarische Anfragen unternommen werden". Es müsse doch möglich sein, so N., „auch auf länderparlamentarischer Ebene jemanden losschlagen zu lassen oder gleich mehrere". Schreiben Nordens an Paula Acker (ZK) am 12. 8. 1960, in: Ebenda, IV 2/2028/36.

[29] So registrierte Norden bereits bei der ersten großen Kampagne gegen Oberländer, daß Moskau „keinerlei Bemerkungen" zu dem geplanten Prozeß gegen den Bundesminister in der DDR gemacht habe. Im Gegenteil: Das Präsidium des ZK der KPdSU entschied allerhöchst, daß man der SED Zeugen und Akten zur Verfügung stellen werde. Vgl. Aktennotiz vom 6. 1. 1960 und Schreiben Nordens an SU-Botschafter Perwuchin vom 22. 3. 1960, in: Ebenda, IV 2/2028/51. Der sowjetische Parteiideologe Lew Besymenski sprach gar von einer „gemeinsamen Oberländer-Schlacht". Vgl. Schreiben an Norden vom 12. 10. 1960 in: Ebenda.

[30] Konsultationsfragen des Außenministers der VR Ungarn an die Außenministerien der sozialistischen Staaten „im Zusammenhang mit der Affäre Eichmann", 19. 7. 1960, Budapest. Behandelt auf der Sitzung des Politbüros am 16. 8. 1960, Anlage Nr. 4 zum Protokoll 35/60, in: Ebenda, J IV 2/2/716, Bl. 26.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aufdeckung der faschistischen Verbrechen hintertrieben. Entlarvt werden sollte aber auch „das Zusammenspiel zwischen Bonn und Israel"[31]. Über den Verlauf des Prozesses, die Aussagen osteuropäischer Zeugen und das Bereitstellen von Beweismaterial wurden in den Außenministerien verschiedene theoretische Möglichkeiten und taktische Varianten durchgespielt, vor allem aber „abgestufte Propagandaaktionen" angeregt[32].

So wurden Eichmannprozeß und „Fall Globke" zur Achse internationaler kommunistischer, aber auch Ausgangspunkt neuer kombinierter innenpolitischer Aktionen, die keine Berührungspunkte mit dem juristischen Vorgang in Jerusalem mehr aufwiesen. Hauptstoßrichtung war zeitweilig die westdeutsche Außenpolitik. Im Zuge eines Politbürobeschlusses vom 25.7. 1961 wies der eigentlich mächtige Mann im DDR-Außenministerium, Otto Winzer, an, die „Aufklärung über die Tätigkeit der Nazi-Diplomaten im Auswärtigen Amt und auswärtigen Dienst zu verstärken"[33].

Nach dem Mauerbau flankierte eine Sonder-Kampagne „gegen die Bonner Revanchepolitik" den ideologischen Generalangriff, in den auch das diktatorische Franco-Regime in Spanien als „Verbündeter der westdeutschen Revanchisten" einbezogen wurde[34]. Eine neue Qualität erhielten auch die gezielten Propagandaaktionen gegen der SED suspekte westdeutsche Politiker. Sie betrafen z.B. Heinrich von Brentano[35], Bischof Dibelius und die Repräsentanten der evangelischen Militärseelsorge[36], F.J. Strauß[37], Generalbundesanwalt Fränkel, Felix von Eckardt[38] und hohe Beamte. Auch

---

[31] Stellungnahme des MfAA der DDR zu den Konsultationsfragen des Außenministeriums der Ungarischen Volksrepublik, in: Ebenda, Bl.31. Vgl. auch Schreiben Ulbrichts an Gomulka vom 20.12. 1960 mit der Bitte um Hilfe, in: Ebenda, IV 2/2028/21.

[32] Vgl. ebenda, J IV 2/2/716, Bl.30.

[33] Schreiben Winzers an Ulbricht vom 1.12.1961, in: Ebenda, NL 182, Nr.1305, Bl.4, 6.

[34] SED-Hausmitteilung, Florin an Norden, in: Ebenda, IV A 2/2028/140.

[35] „Um auf die westdeutschen Wirtschaftskreise zu wirken und die Opposition gegen Bonn zu stärken, sollten wir das Feuer stark auf Brentano richten"; Schreiben Rehans an Norden vom 5.10. 1960, in: Ebenda, IV 2028/10.

[36] Anläßlich einer geplanten Reise des Bischofs nach England initiierte Norden eine Publikation (auch in England), die neues Material über die „erzantisemitische und faschistische Vergangenheit" des Dibelius „dramatisch" zusammenstellen sollte. „Ich bin überzeugt, daß dies in den Kreisen der anglikanischen Kirche wie eine Bombe einschlagen wird." Schreiben Nordens an Peter Florin (Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen im ZK) vom 25.2. 1960, in: Ebenda, IV 2/2028/39. Mit Dibelius sollte insbesondere die westdeutsche Militärseelsorge getroffen werden. Personell wurde die Kampagne auch an den Bischöfen Lilje und Kunst festgemacht. Das Politbüro ordnete an, daß die Kampagne unter Einbeziehung von kirchlichen Amtsträgern, Theologen und Laienchristen beider deutscher Staaten „gegen den Mißbrauch der Kirche durch die kirchlichen NATO-Politiker" geführt werden müsse. Vgl. Beschluß des Politbüros vom 7.2. 1961, Anlage Nr.4 zum Protokoll 6/61, in: Ebenda, J IV 2/2/748, Bl.87.

[37] Im Juli 1962 beschloß die Parteiführung, den „Hauptstoß gegen die Atomkriegs- und NATO-Politik von Strauß zu richten". Beschluß des Politbüros vom 31.7. 1962, Anlage Nr.7 zum Protokoll 34/62, in: Ebenda, J IV 2/2/841, Bl.97.

[38] Auftakt der Aktion sollte eine Klage der Witwe Karl Liebknechts gegen von Eckardt wegen angeblicher Verherrlichung des Mordes an ihrem Manne sein: „Daraus wird eine Kampagne entwickelt." Büro Norden, Maßnahmeplan vom 1.11. 1961, in: Ebenda, IV 2/2028/16.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Adenauer sollte nazistisch belastet werden[39]. Aktionen u. a. zur Diskreditierung des neuen Bundespressechefs von Haase, „damit zum gegebenen Zeitpunkt auch gegen ihn das Feuer eröffnet werden kann"[40], und gegen Herbert Wehner[41] als „Verräter" wurden 1962 bzw. 1963 aufwendig vorbereitet. Aber auch Kampagnen zur Unterstützung westdeutscher Politiker, die, aus welchen Gründen auch immer, das Wohlwollen der SED auf sich gezogen hatten, verliefen – wie im Falle Thomas Dehlers im Frühjahr 1963 – streng nach Szenario[42]. Norden und das Politbüro operierten mit gezielten Konter- und Falschmeldungen[43] vor allem in der Absicht, nationalsozialistisch Vorbelastete oder als solche Verdächtigte in öffentlichen Ämtern zu verunsichern, sie von Aktivitäten gegen das Regime in der DDR abzuhalten.

Ins Visier der SED gerieten im besonderen Maße auch Beamte im Westteil Berlins. So beschuldigte die SED im Juli 1962 die Führung der Berliner Bereitschaftspolizei nazistischer Verbrechen. Absicht war es, den Polizeidienst der Westsektoren, vom Politbüro für schuldig befunden, „Provokationen gegen die Staatsgrenze" zu unterstützen, durch die Verunsicherung leitender Beamter in gewisser Weise zu neutralisieren. „Angefangen wird mit dem Kommandeur der Westberliner Bereitschaftspolizei", befand die Parteiführung, „wobei wir durchblicken lassen, daß wir uns systematisch einen Nazi nach dem anderen im Westberliner Polizeiapparat vornehmen werden"[44].

So verliefen die Kampagnen in der Regel innerhalb des von den konkreten Interessen und Zielen der SED abgesteckten Rahmens systematisch, thematisch in sich geschlossen

---

[39] Das Politbüro beauftragte Norden zu überprüfen, „wo in Westdeutschland und von wem zum geeigneten Zeitpunkt veröffentlicht werden kann ein Schreiben Adenauers aus der Zeit 1933/34 über seine Unterstützung der nazistischen Bewegung". Beschluß des Politbüros vom 11.4. 1961, Protokoll Nr. 17/61, in: Ebenda, J IV 2/2/759, Bl. 4.

[40] Vorschläge der Westkommission der Nationalen Front für das Politbüro vom 30. 7. 1962, in: Ebenda, IV 2/2028/62, Bl. 113.

[41] Vgl. streng vertrauliches Material vom 17. 8. 1963, in: Ebenda, IV A 2/2028/7, und „Material zu den Aktionen über den Prozeß X", Hausmitteilung der Westkommission beim Politbüro an Norden vom 17. 8. 1963, in: Ebenda.

[42] Die SED organisierte in erstaunlich kurzer Zeit eine umfangreiche Aktion, um oppositionelle Kräfte an Dehler (und umgekehrt) zu binden und ein neues Zentrum gegen die Politik der Bundesregierung zu schaffen. Stellungnahmen bekannter Persönlichkeiten wurden initiiert, „gezielte Briefe" an westdeutsche Politiker vorbereitet, Dehler selbst angesprochen. Die DDR-Medien wurden zu „Kontermeldungen" verpflichtet: Einflußreiche Kräfte in CDU und FDP würden Dehlers Absichten unterstützen und SPD-Funktionäre vom Parteivorstand eine positive Stellungnahme zu Dehler verlangen. Vgl. Hausmitteilung an Norden vom 15. 3. 1962, in: Ebenda, IV 2/2028/12.

[43] Die wurde insbesondere nach der „Spiegel-Affäre", die man in Ostberlin gehörig ausschlachtete, augenfällig. Das ZK trug sich mit dem Gedanken, Meldungen in die Auslandspresse zu lancieren, „mit dem Inhalt, daß Strauß und Globke bereits listenmäßig erfaßt haben, welchen Presseorganen und Journalisten in naher Zukunft der Prozeß gemacht wird". Darüber hinaus seien „mit den entsprechenden Stellen" die Möglichkeiten zu prüfen „für den Übertritt von Leuten in die DDR, die dann vor allem über Strauß auspacken". SED-Hausmitteilung an Norden vom 9. 11. 1962, in: Ebenda, IV 2/2028/11. Es ging darum, wie es in einem anderen Zusammenhang hieß, „die Nervosität unter den Bonner und Westberliner Ultras zu steigern". Sitzung des Politbüros am 21. 7. 1962, Anlage Nr. 7 zum Protokoll 34/62, in: Ebenda, J IV 2/2/841, Bl. 102.

[44] Ebenda, Bl. 101.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und organisatorisch eingegrenzt. Im einzelnen, wie im eben geschilderten Fall, waren sie stark von Tagespolitik und „ideologischen Notwendigkeiten" geprägt, ordneten sich jedoch immer in einen größeren politischen Zusammenhang – hier in die östliche Berlinoffensive – ein. Von Anfang an bestand die Tendenz einer „Überfrachtung" der Einzelkampagne. Es ging nicht mehr nur um die „Anklage" von westlichen Politikern, deren Kurs und des durch sie repräsentierten demokratischen Systems; man stellte die eigene Politik (und natürlich die der Sowjetunion) als einzige Alternative dar, trug ideologische Gemeinplätze des Kommunismus vor und suchte durch flammende Appelle „Friedens- und Verständigungswillige" zu einer SED-konformen Haltung zu animieren. Eine zweite, für die SED negativ wirkende Tendenz hatte ihre Ursachen in der bürokratischen Schematisierung der Aktionen. Routine und langweilige, auch formale Wiederholungen gestalteten sich selbst für Anhänger der SED zur ideologischen Tortur. Zudem entwikkelten verschiedene Kampagnen immer mehr Eigendynamik, implizierten den Hang zur Verselbständigung und den Trend, eigene besondere Apparate zu schaffen, und wurden im Streben nach Perfektion letztendlich immer teurer. Dennoch schienen sich eine Reihe von zentralen, langfristig angelegten Kampagnen für die SED politisch zu lohnen.

Ein Name wurde, wenngleich aus taktischen Gründen unterschiedlich intensiv, immer wieder ins Spiel gebracht: Hans Globke. Auf dem Höhepunkt der mehrjährigen Aktion sollte nunmehr – wie es im Parteijargon hieß – eine „nicht zu überhörende Bewegung zum sofortigen Rücktritt des Bonner Staatssekretärs entfacht werden"[45]. Während einer Phase wohldosierter relativer Ruhe in der Öffentlichkeit nach Abschluß des Eichmann-Prozesses (15.12. 1961) sammelten Juristen, Historiker und politische Beauftragte der Staatspartei im In- und Ausland neues Material gegen Globke. Während die Sowjetunion und die CSSR – hier sagten der stellvertretende Außenminister Klicka und der Verantwortliche im ZK der KPC, Musil, alle erdenkliche Hilfe zu[46] – die ostdeutschen Materialwünsche positiv beantworteten, verweigerte das rumänische Außenministerium der DDR-Botschaft in Bukarest die Herausgabe von Globke (angeblich) belastenden Filmmaterials[47]. Dies verärgerte die SED-Führung, war es doch ein Signal dafür, daß die wirtschaftlichen Offerten Bonns an die Regierung in Bukarest politische Ergebnisse zu zeitigen begannen. Die Polen reagierten verhalten. Eine großangelegte Pressekonferenz „zur Entlarvung der Globke-Verbrechen" am 17.12. 1962 in Warschau wurde ein Fehlschlag. Der Botschafter der DDR registrierte zwei „langatmige" Stunden ohne internationale Beteiligung, vor allem aber eine „bewußte Zurückhaltung der polnischen Seite"[48]. Eine daraufhin mit einem polni-

[45] ZK-Agitationskommission, Hinweis Nr. 78, 9.7. 1963, in: Ebenda.

[46] Vgl. Bericht Rehahns über die Delegationsreise nach Prag vom 28.3. bis 1.4. 1963, in: Ebenda, IV A 2/2028/19. Hier ging es vor allem um Nachweise einer angeblichen Beteiligung Globkes an „Germanisierungsverbrechen" und eine „Verantwortlichkeit für die Todesurteile gegen tschechoslowakische Flieger der RAF".

[47] Vgl. Schreiben Nordens an Florin (Ulbricht und Axen zur Kenntnisnahme) vom 1.3. 1962, in: Ebenda, IV A 2/2028/39.

[48] Telegramm der Botschaft der DDR in Warschau an Presseabteilung des DDR-Außenministeriums vom 22.12. 1962, in: Ebenda.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Parteiideologen anberaumte Konsultation wenige Wochen später verlief für die SED befriedigend. Zwar riet der polnische Partner davon ab, jüdische Kreise in Belgien, Frankreich und Holland zwecks Eskalation der Kampagne anzusprechen, „weil diese mehr oder weniger ‚Wiedergutmachungsleistungen' aus Westdeutschland erhalten [hätten] und sich daher an einer solchen Aktion nicht engagieren möchten", bot sich aber an, über persönliche Kontakte einige Labour-Abgeordnete wie Silvermann und Ziliacus, unter Umständen auch eine Gruppe linkszionistischer Getto-Kämpfer zu veranlassen, „die Globke-Kampagne in Großbritannien zu forcieren"[49].

Im Januar und Februar 1962 verstärkte die SED ihre Auslandsoffensive. In deren Folge versuchte z. B. in Italien eine Gruppe von sozialistischen und kommunistischen Parlamentsabgeordneten, bei Ministerpräsident Fanfani die Aberkennung eines Globke 1959 verliehenen Ordens zu erreichen[50]; eine Reihe von Persönlichkeiten der DDR, unter ihnen A. Zweig, A. Seghers und J. Kuczynski, richteten im Auftrag der SED an amerikanische Tageszeitungen Leserzuschriften gegen Globke[51] u. a. m.

Die Idee eines Strafrechts-Prozesses gegen den Staatssekretär als „Fortsetzung des Eichmann-Prozesses" entstand offensichtlich zu Beginn des Jahres 1963 als Kopfgeburt Nordens, da die Zeit drängte[52]. Anläßlich einer neuen, für Ende März geplanten Pressekonferenz, die „Unruhe und Differenzierung in den westdeutschen Parteien verstärken und zweifellos auch zur weiteren Isolierung des Adenauer-Regimes beitragen [werde]", stellte Norden Ulbricht Anfang März 1963 die rhetorische Frage, was für einen Prozeß spreche, und beantwortete sie sodann wie folgt: „Erstens, daß wir in jedem Fall dadurch einen neuen Höhepunkt in der Kampagne gegen Globke erreichen, und zweitens, daß, wenn der zurücktritt, dann dies noch mehr auf das Konto der DDR geht und unseren Einfluß auf die westdeutschen Verhältnisse abermals [...] unterstreicht."[53] Die SED konzipierte das Verfahren als einen „Weltprozeß gegen das ganze Bonner Regime unter breitester Anteilnahme der internationalen Öffentlichkeit". Eine Vorbereitungskonferenz unter Teilnahme von Vertretern der verschiedenen Staats- und Parteiinstitutionen, der Staatsanwaltschaft und der Medien der DDR gab, nachdem ein Ermittlungsverfahren gegen Globke am 3. 4. 1963 eröffnet worden war, die „Argumentation" heraus: „Indem die DDR dafür sorgt, daß Globkes Verbrechen strafrechtlich untersucht werden, macht sie sich nicht nur zum Anwalt und Sprecher der ganzen Nation, sondern aller Völker."[54]

---

[49] „Protokoll einer Beratung mit dem Gen. Barszewski", 1. 2. 1963, in: Ebenda, IV A 2/2028/9.

[50] Bericht: „Zur Verstärkung der internationalen Kampagne gegen Globke ist folgendes erfolgt", 18. 2. 1963, in: Ebenda.

[51] Ebenda.

[52] „Da es gewiß ist, daß Globke im Herbst 1963 in den Ruhestand tritt, erweist sich der Prozeß auch aus diesem Grunde als zweckmäßig und notwendig, damit sein Rücktritt noch deutlicher als Auswirkung der von der DDR geführten Kampagne in Erscheinung tritt." Sitzung des Politbüros am 19. 3. 1963, Anlage Nr. 6 zum Protokoll 7/63, in: Ebenda, J IV 2/2/871, Bl. 47.

[53] Hausmitteilung Nordens an Ulbricht vom 11. 3. 1963, in: Ebenda, A 2/2028/9.

[54] Bericht vom 30. 4. 1963 und Schreiben der Westkommission beim Politbüro (Geggel) vom 17. 5. 1963, in: Ebenda.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nun begann eine der aufwendigsten Propagandaaktionen seit Gründung der DDR; sie wurde akribisch vorbereitet, jeder Fehler zu vermeiden gesucht, heikle Themen blieben ausgespart[55]. Ulbricht schaltete sich ein, gab Hinweise[56]. Das Kardinalproblem des Prozesses sah Norden in der ausländischen Beteiligung[57]. Auch hielt sich die westdeutsche Presse weitgehend zurück. Die Mehrzahl der angesprochenen Blätter grenze „zwischen den Taten Globkes und dem Charakter des Bonner Staates noch stark ab", berichteten Nordens Vertrauensmänner[58]. Dennoch registrierte die SED mit Genugtuung – wie die Westkommission des ZK Erich Honecker mitteilte –, daß verschiedene führende Zeitungen Artikel über den Globke-Prozeß brachten, daß eine Reihe von bundesdeutschen Presseleuten in dieser Sache mit der DDR zusammenarbeitete oder – wie man im ZK hoffte – dies über die „Affäre Globke" hinausgehend perspektivisch tun würde[59].

Einen wichtigen Faktor für das Gelingen der Propagandaschau stellte die Haltung der israelischen Kommunisten dar. Die Idee eines Globke-Prozesses war bereits Ende Januar 1963 an die KP Israels herangetragen worden. Gleichzeitig ersuchte das ZK die israelischen Kommunisten, neues Material gegen den Bonner Politiker zu veröffentlichen bzw. gegen Entgelt in westliche Länder zu verschicken. Der israelische KP-Funktionär Meir Vilner lehnte das Ansinnen „in einer formell-höflichen, aber nicht sehr kameradschaftlichen und freundschaftlichen Atmosphäre" geführten Aussprache mit dem ZK der SED ab. Hatte die KP Israels 1961 das Anliegen der SED in dem Glauben unterstützt, mit der Verurteilung Globkes gegen eine in ihren Augen neonazistische und antisemitische Tendenz in der Bundesrepublik öffentlichkeitswirksam beitragen zu können, erkannte sie nun ernüchtert, daß sie zum Werkzeug der SED gemacht worden, die „Affäre Globke" instrumentalisiert, in gewisser Weise zu einem Geschäftsgang erstarrt war. Vilner kritisierte den Versuch der SED, „die

[55] So wurde mit Rücksicht auf verschiedene ehemalige Zentrumspolitiker der „Komplex Globke als reaktionärer Zentrumsmann" aus dem Prozeß ausgeklammert. Schreiben der Westkommission an Norden vom 27.5.1963, in: Ebenda.

[56] Ulbricht initiierte, „die Verbreitung der revanchistischen Globke-Ideologie an den Schulen und in der Armee des Bonner Staates" als Gegenstand in den Prozeß einzubeziehen. Vgl. ebenda.

[57] Um den Ablauf des Prozesses sei ihm nicht bange, schrieb Norden an seine Kollegen im Politbüro. „Umso unruhiger bin ich bezüglich des Faktors, der für die Wirksamkeit im allgemeinen und in kapitalistischen Ländern im besonderen entscheidend ist: nämlich das Kommen von Beobachtern, Sachverständigen, Zeugen aus NATO- und blockfreien kapitalistischen Ländern. Hier müssen jetzt noch alle Hebel eingesetzt werden. Dabei auch Jugoslawien nicht vergessen!" Norden plädierte auch für die Zulassung von polnischen und ansonsten wenig geliebten israelischen jüdischen Organisationen als Nebenkläger; Schreiben Nordens an das Politbüro am 14.6.1963, in: Ebenda.

[58] Ebenda.

[59] Das betraf keineswegs die Linkspresse, die sich des Themas – aus welchen Gründen auch immer – dankbar annahm, sondern im Dokument namentlich genannte, persönlich sicherlich antinazistisch motivierte Journalisten großer Pressehäuser (u.a. „Revue", „Der Spiegel", „FAZ", „Die Zeit", „Stuttgarter Zeitung", „Westdeutsche Allgemeine Zeitung"), die – vom Osten sorgsam beobachtet, eingeschätzt und kontaktiert – von der SED vor ihren Karren gespannt wurden. Vgl. Schreiben vom 20.8.1963, in: Ebenda, IV A 2/2028/34, Anlage.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ganze Sache auf ein finanzielles Gleis zu schieben". An einer gerichtlichen Untersuchen des „Falles Globke" – gab er zu verstehen – sei man nicht interessiert, seine KP würde auch kein SED-Material verschicken: Israel sei doch kein „Postamt" der DDR[60].

4. Zusammenfassung und Bewertung

Die Propagandakampagnen gegen Globke, Fränkel, Oberländer, Speidel, Krüger u. a., gegen Nazidiplomaten, „Blutrichter", Wehrmachtsoffiziere in der Bundeswehr etc. waren im allgemeinen historische Erscheinungen einer bestimmten Phase des Kalten Krieges, im besonderen Bestandteile kommunistischer Herrschaftssicherung unter den Bedingungen des deutschen Sonderkonfliktes. Obwohl als solche schon vor 1960 gegen die Bundesrepublik geführt, erhielten die politisch-propagandistischen Kampagnen der SED ab 1960 eine neue Qualität vor allem aus innenpolitischen Gründen.

1. In der DDR entwickelte sich aus wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Ursachen heraus zu Beginn der sechziger Jahre eine akute, alle Bereiche der Gesellschaft und des Staates erfassende, die SED und ihre Führung existentiell bedrohende Systemkrise. Sie schloß aufgrund der Ziele und Machtstrukturen von SED und KPdSU sowohl demokratische wie auf Effizienz zielende wirtschaftliche Reformen und auch – bedingt durch ihre komplizierte Struktur, durch den konkreten Verlauf von Ost-West-Gegensatz und deutschem Sonderkonflikt – „reine" innere Gewalt-Lösungen aus.

2. Weil Lösungsmöglichkeiten innen-, wirtschafts- und außenpolitischer Art der SED nicht hinlänglich zur Verfügung standen, vor allem außenpolitische Ansätze im Zusammenhang mit dem Scheitern der sowjetischen Berlin-Politik nicht griffen, versuchte die politische Führung der DDR, der sich krisenhaft entwickelnden und zuspitzenden Situation vorrangig ideologisch gegenzusteuern. Die ideologische Offensive gegen die Bundesrepublik und den Westen wurde aus einer Defensivsituation heraus geführt, was einerseits zur besonderen Militanz und zur Dogmatisierung der Kampagnen beitrug, partielle, insbesondere operative und taktische Flexibilität aber nicht ausschloß. Diese Art von Beweglichkeit – man denke an den Zick-Zack-Kurs im Umgang mit den Sozialdemokraten – stellte sich oft als das Ergebnis verschiedenartiger neuer Zwänge dar; schnelle und z. T. originelle Entschlüsse gehorchten mehr der Not als sie Abbilder von Erfindungsgeist und politischer Phantasie waren.

3. Da im Unterschied zur Bundesrepublik die zur Herrschaftssicherung notwendigen ökonomischen, innen- und außenpolitischen Erfolge und eine damit verbundene Akzeptanz der ostdeutschen Bevölkerung ausblieben, wandte sich die SED zwangsläufig dem deutschlandpolitischen Problemfeld zu. Zum einen besaßen deutsches Problem und Wiedervereinigung im Denken und Fühlen der Bevölkerung in beiden

[60] Aktennotiz des ZK über zwei Aussprachen (26. und 28. 1. 1963) mit Meir Vilner vom 31. 1. 1963, in: Ebenda, IV A 2/2028/138.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Teilstaaten einen hohen Stellenwert und schienen daher der SED zur Mobilisierung der „Massen" am ehesten geeignet, zum anderen war das Problemfeld von der westlichen Seite weitgehend un- bzw. unterbesetzt. Aber erst eine bestimmte Verbindung von Deutschlandpolitik mit dem Problemkreis „Bewältigung" des Nationalsozialismus und anderen Themen (Wiederbewaffnung, Frieden und Sicherheit u. a. m.) gestaltete sich sinngebend, verlieh den propagandistischen Kampagnen Richtung und Stoßkraft, vermochte Politik in Moral einzubinden und schuf die Möglichkeit, sich mit dem „antifaschistischen" Kampf der SED gegen die „nazistische Bundesrepublik" zu identifizieren oder diesen, auf der Basis von weitverbreiteten antifaschistischen Gefühlen und Haltungen, wenigstens teilweise als notwendig und berechtigt zu empfinden.

Die Kampagnen der Jahre nach 1960 stellten in erster Linie auf die Stabilisierung der inneren Verhältnisse in der DDR ab. Ihre beiden Komponenten: kommunistische Deutschlandpolitik und instrumentalisierter, durch das politische Subjekt der SED gebrochener Antifaschismus, wurden stark von der innenpolitischen Lage ausgeformt. Das westlich gelegene Ziel und Aktionsfeld, mit der Absicht ins Visier genommen, die Bundesrepublik bei den Deutschen und vor allem im Ausland zu diskreditieren, wirkte als Medium und „Umweg": Letztendlich sollten die Bürger in der DDR aus dem Ausland hören, wie gefährlich nazistische Realität bzw. Tendenzen in der Bundesrepublik seien, daß die SED im Recht und nur sie und die DDR – weil eben konsequent antifaschistisch – als Partei der Arbeiterklasse und deutscher Staat einzig legitim seien.

4. Dennoch lag die eigentliche, wenngleich begrenzte Wirkung der Propagandakampagnen im internationalen Bereich. Die Verleumdung der Bundesrepublik als ein Staat der alten Nazis, der Militaristen und Revanchisten fand aus wesentlich zwei Gründen im Ausland bei bestimmten politischen Kreisen Resonanz: zum einen wirkte das Mißtrauen den Deutschen gegenüber noch nachhaltig, zum anderen waren die Angriffe der DDR im einzelnen keineswegs unmotiviert, nutzten den Umstand, daß die vor allem geistige Aufarbeitung nationalsozialistischer Verbrechen auf vielen Gebieten ungenügend war[61], der rasanten umfassenden gesellschaftlichen Modernisierung in der Bundesrepublik zeitweilig hinterherhinkte.

Das Thema „Nazismus in der Bundesrepublik" diente der SED auch im Ausland als ein politisches Kontrastmittel. Dem „lichten" Staatswesen einer konsequent entnazifizierten DDR wurde die „faschistische Finsternis" im deutschen Weststaat gegenübergestellt und damit ein ideologisches Element der von der SED angestrebten völkerrechtlichen Anerkennung der DDR konstituiert.

[61] Wolffsohn ist sicherlich im Recht mit seiner These, daß man es in der bundesdeutschen Gesellschaft, in Politik, Kultur, Wissenschaft, im Rechtswesen und auch im Militär „keineswegs bei der zunächst verordneten Vergangenheitsbewältigung [beließ]. Sie wurde (...) durchaus schon während der fünfziger Jahre freiwillig angepackt." Die „Achsenzeit" der Vergangenheitsbewältigung sieht er im Zeitraum von 1955 bis 1965. Michael Wolffsohn, Keine Angst vor Deuschland, Berlin 1992, S. 92. Auch wenn man Wolffsohn in seiner Achsenzeit-These nicht folgt, so fielen die wichtigsten Kampagnen der SED doch in einen Zeitraum, der – die Aufarbeitung der jüngsten Geschichte betreffend – sowohl von Dynamik als auch von Widersprüchen und heftigen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik gekennzeichnet war.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

5. Aber auch in der Bundesrepublik zeitigten die Kampagnen vor allem gegen Oberländer, Fränkel, Globke – der zu einer Art personeller „Achse" der forcierten Propagandaaktionen gedrechselt wurde –, Krüger und die Nazirichter eine gewisse Wirkung. Zwar blieb die Absicht der SED, über das Kampagne-Vehikel Einfluß auf die politische Entwicklung in Bonn nehmen zu können, unfrommer Wunsch, doch wurden nicht nur einer speziellen Art von Kritik Argumente, sondern auch den radikalen Gegnern der neuen Demokratie ideologische „Munition" geliefert. Beunruhigt über alte Nazis in den neuen Ämtern waren nicht nur aufmüpfige Intellektuelle. Ihr Unwohlsein in bestimmten Fällen artikulierten – wie z. B. Heinrich von Brentano[62] – auch verantwortliche Politiker. Bonn zeigte Betroffenheit: Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Rainer Barzel, der das vom Osten vorgelegte Belastungsmaterial gegen Bonner Politiker zu überprüfen empfahl und Kampagnen der „Zone" nicht widerspruchslos hinzunehmen gedachte, registrierte nicht nur, daß die „so angelegten Kampagnen der Kommunisten im Ausland einen gewissen Erfolg" hatten, sondern schien auch eine von Norden behauptete Resonanz bei Bundestagsabgeordneten für möglich zu halten[63]. Immerhin schoß die SED faktisch eine Reihe von Bonner Politikern, die tatsächlich – wie Adenauer im Fall des Vertriebenenministers Oberländer anmerkte – eine „tiefbraune Vergangenheit"[64] hatten, aus der Ferne ab.

Gefahr für das demokratisch-rechtsstaatliche Image der Bundesrepublik entstand nicht nur durch die Vermischung von „Dichtung und Wahrheit" seitens der SED, die von Einzelfällen auf das Ganze schloß und immer wieder zu suggerieren versuchte, daß die Nazis für das System der Bundesrepublik ständen. Vielmehr stellte sich den Westdeutschen die Frage, ob man es nötig habe, Belastete in hohe Funktionen gelangen zu lassen. „Der normale Staatsbürger", so meinte von Brentano völlig zutreffend, könne nicht verstehen, daß (und wie) ein Mann wie Fränkel auf hohe Posten gelangen könne[65].

Den erhofften Einfluß auf die Bundesrepublik im Sinne ihrer deutschlandpolitischen Zielsetzung konnte die SED über ihre Kampagnen jedoch auch ansatzweise

---

[62] Er habe das ungute Gefühl, schrieb der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende zum Fall Fränkel, „daß hier ein Mann von sogenannten Kollegen gedeckt wurde, der auf die Anklagebank, aber nicht auf den Richterstuhl gehört". Harsche Kritik am „schlechten Geist" im Bundesverfassungsgericht verband sich mit der Empörung darüber, „daß es eines Hinweises aus der Zone bedurfte, um den höchsten Vertreter der Bundesanwaltschaft zu Fall zu bringen". Die Sache „ekle" ihn „im höchsten Maße" an. Schreiben von Brentanos an Staatssekretär (Bundesjustizministerium) Walter Strauß vom 12. 7. 1962, in: Bundesarchiv Koblenz (BA), Nachlaß Heinrich v. Brentano (NL 239), 50, Bl. 96 f.

[63] Schreiben Barzels an von Brentano vom 22. 3. 1963, in: BA, NL 239, 171, Bl. 69.

[64] Adenauer wird immer wieder unzulänglich verkürzt mit diesem Satzfragment zitiert. Vgl. u. a. Götz Aly, Freispruch für den Mörder?, in: Die Tageszeitung vom 8. 5. 1991. In Wahrheit sagte er am 15. 2. 1960 zu Kölner Studenten: „Herr Oberländer war braun, wenn Sie so wollen, war er tiefbraun, aber er hat niemals etwas getan, was gegen seine Ehre war. (...) Ich bin nicht geneigt, wenn die SED verlangt, es soll ein Bundesminister entlassen werden, das dann dem Bundespräsidenten vorzuschlagen." Im Mai 1960 war der Bundesminister dann auch von Adenauer nicht mehr zu halten. Er entließ ihn, verband die Verabschiedung jedoch mit einer Ehrenerklärung; vgl. Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, S. 530.

[65] Schreiben von Brentanos an Walter Strauß vom 12. 7. 1962, in: BA, NL 239, 50, Bl. 96.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht erreichen. Daran änderte auch die Tatsache nichts, daß sie ihre westdeutsche „Hilfstruppe", die – in der Form von Glied-, verdeckten oder infiltrierten Organisationen – als Teil des Ganzen funktionierte, tatkräftig mobilisierte. Dennoch trug ihr langer propagandistischer Feldzug dazu bei, das Bewußtsein der Deutschen für die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit zu schärfen, einschlägige Schwachstellen im demokratischen System sichtbar zu machen und – von der SED ganz ungewollt – diese zügiger zu beseitigen.

6. Die Kampagnen der Jahre 1960 bis 1963 – ein „nachhinkender" Höhepunkt dieser Art von Auseinandersetzung stellte der infame Angriff gegen Heinrich Lübke (1965/66) als „KZ-Baumeister" dar – erfüllten ihre Aufgaben im ganzen nicht. Es gelang der kommunistischen Führung weder, die Bundesrepublik nachhaltig zu diskreditieren und den eigenen Staat als allein rechtmäßigen zu legitimieren, noch vermochten die hochgradig demagogischen Aktionen als Kernstück einer ideologischen Großoffensive zu einem spezifischen „realsozialistischen" Krisenmanagement konstruktiv beizutragen[66]. Von den eigenen Problemen lenkten sie nicht wirklich ab.

Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß vor allem viele Bürger in der DDR – und nicht etwa nur Mitglieder der SED – vom verordneten und instrumentalisierten Antifaschismus der doktrinären Staatspartei manipuliert wurden. Antinazistische Gefühle und Überzeugungen, die auch denen nicht abzusprechen sind, die sich innerhalb der Kampagnen in echter Empörung gegen tatsächliche und vermeintliche Nazis im Dienst der Bundesrepublik engagierten, wurden von der Führung der SED zynisch mißbraucht. Es gelang ihr, über den Mechanismus „Antifaschismus" eine Reihe von Menschen begrenzt und zeitweilig an ihre Politik zu binden. Dies versprach aber eine gewisse Festigkeit und Dauerhaftigkeit nur dann, wenn diese Art von Antifaschismus als ein oder *der* Grundwert der „neuen Ordnung" in der DDR von der Mehrzahl ihrer Bürger so verinnerlicht worden wäre, daß er – als gesellschaftlicher „Überwert" hochgradig belastbar – das Versagen der SED-Politik unisono zumindest als entschuldbar und verständlich qualifiziert hätte. Dann wäre es dem Politbüro leichter gefallen, repressive Maßnahmen im Innern, aber auch die rabiaten Modi ihrer Kampagnen als notwendige Maßnahmen im Kalten Krieg umzufälschen[67], als Akte der vom Westen aufgezwungenen „Klassenauseinandersetzung", um eben Antifaschismus und andere Grundwerte (und „Errungenschaften") zu bewahren und glaubhaft zu machen. Die Versuche der Partei- und Staatsführung der DDR, der umfassenden moralischen, ökonomischen und politischen Krise der Jahre 1960 bis 1963 mit einem aufs äußerste mobilisierten System ideologischer Mittel zu begegnen, scheiterten indessen am Wesen

[66] Auch beteiligte SED-Funktionäre sahen es nicht anders, wenn sie – im Parteideutsch – konstatierten, daß die „begonnenen Kampagnen nicht aus eigener Initiative ideenreich weitergeführt [werden], um sie zum Ausgangspunkt einer konstruktiven Politik zu machen, die große Teile der westdeutschen Bevölkerung für uns gewinnt". Genau das gelang eben nicht. Arne Rehahn, 21.12. 1960, in: ZPA, IV 2/2028/66, Bl. 52.

[67] Vgl. den Beitrag von Hermann Weber, Der Kalte Krieg und die DDR, in: Deutschland im Kalten Krieg 1945–1963. Ausstellungskatalog, hrsg. vom Deutschen Historischen Museum, Berlin 1992, S. 29–50, hier besonders S. 45.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der spätstalinistischen Diktatur. Der Mißerfolg war vor allem deshalb vorprogrammiert, weil Inhalte und Formen der antiwestlichen Kampagnen von der Mehrzahl der Menschen in beiden deutschen Staaten abgelehnt wurden bzw. für die meisten von geringer Akzeptanz und Glaubwürdigkeit waren.

Das Fiasko dieser Art von Krisenbewältigung, die im Frühjahr 1961 ihren Höhepunkt erreichte, führte sicherlich mit zum Offenbarungseid der SED vom 13. August 1961. Hier zeigte sich aber auch noch einmal mit aller Deutlichkeit die fatale Abhängigkeit der DDR von der Sowjetunion, die nicht nur chronische Krisen und deren akute Zuspitzungen mitverursachte, sondern auch – zumindest indirekt – die Art und Weise der Krisenbewältigung durch einen vorgegebenen allgemeinen, zuvorderst ideologischen Handlungsrahmen mitbestimmte. Insofern waren die Ereignisse in der DDR mit allen ihren Spezifika Teil einer damals freilich kaum erkennbaren globalen Krise des kommunistischen Systems, das – unglaubliche Erfolge und eine aufsteigende Entwicklungslinie suggerierend – jene inneren Widersprüche verschärfte, die 20 Jahre später folgerichtig zu seinem Untergang führten. Im ganzen blieb die Verschärfung des Propagandakrieges gegen die Bundesrepublik, vor allem in der deutschen Frage, getreues Abbild einer kommunistischen deutschen Systemkrise, die im Untersuchungszeitraum aus einer latenten Phase in ein akutes Stadium getreten war.

HAMBURGER BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE DER JUDEN * Bd. 18

A. Herzig, I. Lorenz (Hrsg.)
Mitarbeit S. Rohde
Verdrängung und Vernichtung der Juden unter dem Nationalsozialismus
360 S., Lin., DM 38,–
ISBN 3-7672-1173-4
Christians Verlag Hamburg

Historische Darstellungen der Judenvernichtung aus deutscher und aus jüdischer Sicht, die Verdrängung der Juden aus der Gesellschaft, die Deportationen in einzelnen Regionen und die Bewältigungsstrategien in der deutschen Bevölkerung nach 1945 bis heute.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MENACHEM SHELAH

KROATISCHE JUDEN ZWISCHEN DEUTSCHLAND UND ITALIEN

Die Rolle der italienischen Armee am Beispiel des Generals Giuseppe Amico 1941–1943

Am 13. September des Jahres 1943, fünf Tage nach der Kapitulation Italiens vor den Alliierten Mächten, wurde in Dubrovnik der Kommandeur der Division „Marche", General Giuseppe Amico, erschossen. Ohne Gerichtsverfahren wurde er auf Befehl des SS-Standartenführers August Schmidhuber, Kommandeur des zweiten Regiments der Waffen-SS-Division „Prinz Eugen", von einem Leutnant der faschistischen Miliz ermordet. Ein lakonischer Bericht über den Vorfall lautete: „Der Verräter General Amico wurde erschossen."[1]

Außer General Amico befanden sich zur selben Zeit noch zwei weitere Generale in Dubrovnik: sein Vorgesetzter Sandro Piazzoni, Kommandierender General des 6. Armeekorps, oberster Befehlshaber der Region, und Guglielmo Spicacci, Kommandierender General der Division „Messina". Beide verweigerten den Deutschen die Kollaboration und wurden gefangengenommen. Amico jedoch wurde von den Deutschen ermordet[2]. Was aber war der Grund für Amicos Ermordung, warum wurde gerade er als einziger der in Kroatien gefangengenommenen Generale hingerichtet?[3]

---

[1] Die Besetzung Dubrovniks am 12. September 1943, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Bonn (im folgenden: PA/AA), Nachlaß (NL) Kasche 6/5; vgl. auch NOB u Dalmaciji 1941–1945, Bd. 8, Split 1985, S. 782.

[2] M. Torsiello, Le operazioni delle Unità Italiane nel settembre-ottobre 1943, Rom 1975, S. 397–405.

[3] Auf den Inseln Cephalonia und Corfu wurde ein Massenmord an Tausenden von italienischen Offizieren und Soldaten, die der deutschen Eroberung Widerstand leisteten, begangen. Auch General Don Ferrante Gonzaga, der in Salerno die deutsche Aufforderung zu kapitulieren zurückwies, wurde hingerichtet. Siehe Susan Zuccotti, The Italians and the Holocaust. Persecution, Rescue and Survival, New York 1987, S. 7. Nach dem Bericht des Wehrmachtsattachés in Zagreb, General von Horstenau, erzählte ihm General Lueters, daß in Split 308 italienische Offiziere und Soldaten hingerichtet worden waren, unter ihnen auch zwei Generale. Vgl. V. Kazimirovic, N. D. H. u svetlu Nemackih dokumentata i .dnevika Gleza Fon Horstenaua, Belgrad 1987, S. 138f. Auch die Ermordung von 300 italienischen Soldaten, die im Juni in Kreta in deutsche Gefangenschaft gerieten, ist bekannt. Diese Soldaten, zusammen mit 200 Juden aus der Stadt Cania und 400 griechischen Häftlingen, wurden von den Deutschen in der Nähe der Insel Polandros versenkt. Siehe J. Ben, Die Juden Griechenlands im Holocaust und im Widerstand, Tel Aviv 1985, S. 62; Martin Gilbert, Atlas of the Holocaust, Tel Aviv 1986, Karte Nr. 248 (dt. u. d. Titel: Endlösung. Die Vertreibung und Vernichtung der Juden. Ein Atlas, Reinbek 1982).

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

General Amicos Name erscheint seit Herbst 1941 wiederholt in deutschen und kroatischen Dokumenten, die ihn als Feind der Deutschen und Kroaten, dagegen als Freund und Schützer der Juden und Serben, schildern. Zweifellos hat sein Verhalten dazu beigetragen, daß die Deutschen ihn ohne Zögern ermordeten, als er nach Italiens Kapitulation in ihre Hände fiel.

Die Feindschaft Amicos, der die Division an der adriatischen Küste des besetzten Jugoslawiens kommandierte, gegen die Deutschen geht auf Anfang April 1941 zurück. Am 6. April dieses Jahres marschierten die Deutschen mit ihren italienischen, ungarischen und bulgarischen Verbündeten in Jugoslawien ein. In weniger als zwei Wochen brach die jugoslawische Armee zusammen, und ihre Befehlshaber unterschrieben die Kapitulationsbedingungen. Jugoslawien wurde unter den Besetzern aufgeteilt: Serbien, Zentrum des Staates und Brennpunkt seiner Selbständigkeit, wurde der deutschen Militärverwaltung unterstellt. Slowenien wurde vom deutschen Reich, Makedonien von Bulgarien annektiert und Wojwodina Ungarn übergeben. In Kroatien, Bosnien und Herzegowina wurde am 10. April 1941 unter deutsch-italienischer Schirmherrschaft ein Vasallenstaat, der „Unabhängige Staat Kroatien", proklamiert. An der Spitze dieses faktisch abhängigen, pseudo-staatlichen Gebildes standen Mitglieder der separatistischen kroatischen Bewegung „Ustascha", die zur Durchsetzung ihrer Ziele auch vor terroristischen Methoden nicht zurückschreckten.

Die Italiener, die schon jahrelang ein Auge auf Jugoslawien geworfen hatten und sich als Patrone des Balkans betrachteten, zogen in den jugoslawischen Feldzug in der Hoffnung, in Jugoslawien endlich den faschistischen Wunschtraum des Mare Nostro, des italienischen Mittelmeers, wenigstens teilweise zu verwirklichen. In den Verhandlungen, die der Eroberung folgten, erzielten die Italiener die Erfüllung nur eines Teils ihrer Wünsche. Es gelang ihnen zwar, einen Teil der jugoslawischen Gebiete im Süden des Staates (Bezirk Kosovo) Albanien zuzuschlagen und in den kahlen Crna Gora-Bergen von Montenegro einen Marionettenstaat zu gründen. Aber vom Hauptanteil, dem großen Traum Italiens, der adriatischen Küste von Fiume im Norden bis in die Bucht von Kator (Cattaro) im Süden, erhielt Mussolini nur einen Teil, nämlich die wichtigen Küstenstädte Susak und Split sowie einige Inseln von strategischer Wichtigkeit; aber paradoxerweise bestanden die Kroaten, die sich ja eigentlich in einer Position völliger Abhängigkeit befanden, auf ihrem Recht auf Dalmatien, das aus ihrer Sicht eine kroatische Provinz und ein untrennbarer Teil ihrer Heimat war. Letzten Endes gelangten zwar beide Parteien zu einem Kompromiß, aber der Samen der späteren Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten war schon gesät. Bei den Verhandlungen über die Teilung des Staates, die Ende April 1941 in Ljubljana stattfanden, wurde es den Italienern klar, daß die Kroaten versuchten, sie gegen die Deutschen auszuspielen, was die Gegensätze nur noch verschärfte. Bei einer Besprechung zwischen dem kroatischen Staatsoberhaupt Ante Pavelic und Mussolini, die am 18. Mai 1941 in Rom stattfand, wurde den Kroaten folgendes Abkommen aufgezwungen:

1. Ein Sprößling des italienischen Königshauses wird als König von Kroatien eingesetzt;
2. Italien garantiert die territoriale Unverletzbarkeit und die Sicherheit Kroatiens;

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

3. Ein Teil der dalmatischen Küste wird von Italien annektiert (die Städte Split, Zadar, Susak, die Bucht von Kator u. a.)[4].

Das Abkommen von Rom befriedigte jedoch beide Parteien nicht: Einerseits sahen sich die Kroaten, die schon jahrelang Propaganda für die Trennung Kroatiens von dem jugoslawischen Staat und für die Errichtung einer staatlichen Einheit in weiteren Grenzen gemacht hatten, gezwungen, auf große Teile ihrer Heimat zu Gunsten Italiens zu verzichten. Andererseits wurde die Hoffnung der Italiener, die ganze adriatische Küste zu beherrschen, enttäuscht.

Entsprechend dem Abkommen von Rom zogen die Italiener im Mai-Juni 1941 ihre Truppen aus dem Gebiet zurück, das dem kroatischen Staat übergeben worden war, woraufhin die neue kroatische Verwaltung die geräumten Gebiete übernehmen sollte. Die Ustascha jedoch, deren große Stunde nach jahrelanger Zurücksetzung und Unterdrückung gekommen war, war der Auffassung, daß Herrschaft Rache und Plünderung, Vergewaltigung und Mord bedeute. Sie verkündete in aller Öffentlichkeit ihr Vorhaben, die Gesamtheit der in Kroatien lebenden, ihnen so verhaßten Serben, auszurotten. Die Banden der Ustascha streunten im ganzen Land umher und veranstalteten ein entsetzliches Blutbad. Zehntausende von Serben, Männer, Frauen, Greise und Kinder, wurden grausam ermordet, aus ihren Dörfern vertrieben und in Lager eingesperrt. Die, die nicht ermordet oder nach Serbien vertrieben worden waren, wurden gezwungen, ihrer serbisch-orthodoxen Religion zu entsagen, zum Katholizismus zu konvertieren und ihren Ursprung zu verleugnen[5].

Die Mehrheit der Serben lebte in den Bezirken Lika und Kordun im Westen des Staates, die an das von Italien annektierte dalmatische Küstengebiet grenzten. Während der Räumung dieser Bezirke nach dem Abkommen von Rom waren die italienischen Befehlshaber Zeugen der Greueltaten der Ustascha und berichteten ihren Vorgesetzten darüber. Des öfteren standen die Italiener den verfolgten Serben bei,

---

[4] Zum Abkommen von Rom und den Verhandlungen in Ljubljana vgl. Bogdan Krizman, Pavelic Izmedju Hitlera i Musolinija, Zagreb 1980, S. 32–37; F. Culinovic, Okupatorska Podjela Jugoslavije, Belgrad 1970, S. 83 ff., 238–245.

[5] Die Mehrzahl der im Exil lebenden Mitglieder der Ustascha, die zwischen den beiden Weltkriegen aus Jugoslawien fliehen mußten, fanden bei Mussolini Asyl. Von Italien aus führten sie ihre dunklen Geschäfte und erhielten italienische Finanzierung, Unterstützung und militärische Ausbildung. Es war nur selbstverständlich, daß Mussolini Pavelic und seine Anhänger unterstützte. Daher betrachteten die Italiener die Handlungsweise der Ustascha, nach ihrer Machtergreifung in Zagreb, als Undankbarkeit und Vertrauensbruch. Über die Flüchtlinge der Ustascha in Italien vgl. Bogdan Krizman, Ante Pavelic i Ustase, Zagreb 1978. Eine Kurzfassung des Völkermords der Serben in Kroatien findet sich bei F. Jelic-Butic, Ustase i Nezavisna Drzava Hrvatska, 1941–1945, Zagreb 1977, S. 162–178; vgl. auch Jacques Sabille, Attitude of the Italians to the Persecuted Jews in Croatia, in: Léon Poliakov/Jacques Sabille, Jews under the Italian Occupation, Paris 1955, S. 129–150. Jelic-Butic schätzt, daß von den 1,9 Millionen in Kroatien lebenden Serben ca. 250000 nach Serbien vertrieben und ca. 240000 zur Konversion gezwungen wurden; sie gibt die Anzahl der Ermordeten nicht an. Meiner Schätzung nach ermordete die Ustascha bis Ende 1941 ca. 200000 Serben.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

versuchten sie zu schützen und ermutigten sie, Widerstand zu leisten[6]. Diese Handlungsweise der Italiener widersprach, formell gesehen, dem Abkommen von Rom, da sie als eine „Einmischung in innere Angelegenheiten Kroatiens" ausgelegt werden konnte. Trotzdem stellten sich die höheren Offiziere der italienischen Armee in Jugoslawien hinter ihre Untergebenen im Felde, und in Rom wurde ein Auge zugedrückt[7]. Es besteht kein Zweifel, daß die Beweggründe der Truppen im Felde vor allem humanitärer Art waren. Bei den Behörden in Rom spielten dagegen sicher auch politische Erwägungen eine Rolle.

Die Ausschreitungen der Ustascha führten zu einem vollständigen Durcheinander. An vielen Orten brachen Kämpfe zwischen Kroaten und Serben aus, die sich schnell zu einem allgemeinen Bürgerkrieg entwickelten. Die Italiener waren mit Recht der Meinung, daß die Sicherheit in dem Gebiet gefährdet sei. Dabei stützten sie sich auf einen Paragraphen des Rom-Abkommens, der Italien die Verantwortung für die Sicherheit Kroatiens auferlegte, um die problematischen Gebiete unter ihre Herrschaft zu bringen und ihren Zugriff zu erweitern. In der letzten Woche des Monats August 1941 gab General Vittorio Ambrosio, der oberste italienische Befehlshaber in Jugoslawien, einigen seiner Truppeneinheiten den Befehl, bestimmte Gebiete, in denen, seinen Worten zufolge, Unsicherheit herrsche, von neuem zu erobern. Ambrosio, der im Einverständnis mit Mussolini handelte, tat dies über die Köpfe der Kroaten hinweg, die inzwischen gegen die Serben in eine schwierige militärische Lage geraten waren und keine Wahl hatten, als sich mit der bitteren Tatsache der italienischen Besetzung abzufinden und zu versuchen, doch einen gewissen Einfluß in dem Besatzungsgebiet zu bewahren. Im Laufe des Monats September brachte die italienische Armee einen 50 Kilometer breiten Streifen längs der dalmatischen Küste unter ihre Gewalt. In diesen neuen Gebieten, die als Zone 2 bezeichnet wurden (Zone 1 umfaßte die von Italien annektierten Gebiete), wurde eine italienische Militärverwaltung eingesetzt, an der sich auch kroatische Behörden beteiligen sollten, wie Polizei, Post, Steuerämter[8].

Eine der Einheiten, die den Auftrag der Neueroberung bekamen, war die Division „Marche" unter dem Befehl des Generals Giuseppe Amico, die zum 6. Armeekorps gehörte, das unter Befehl des Generals Renzo Dalmazzo stand und den Auftrag erhalten hatte, die südliche Hälfte der dalmatischen Küste zu erobern und Truppeneinheiten in die wichtigsten Städte des Gebietes zu verlegen: nach Mostar, das eines der wichtigsten Minenzentren Europas für Bauxit war, und in die wunderschöne Urlaubsstadt Du-

[6] Im italienischen Heeresarchiv (Archivio Storico dell'Ufficio Storico dello Stato Maggiore dell'Esercito) in Rom (im folgenden ASUSSME), befinden sich die Dokumente der italienischen Truppeneinheiten, die zu dieser Zeit in Italien tätig waren. In ihnen finden sich viele Beispiele für die Hilfe, die italienische Soldaten und Offiziere niedrigeren Grades den Serben leisteten. Vgl. Anhänge der Kriegstagebücher des 5., 6. und 11. Armeekorps und der verschiedenen Divisionen. Zur Rettungsaktion des 6. Regiments der Bersaglieri vgl. die Aufzeichnungen des Regimentkommandeurs Umberto Salvatore, Bersaglieri sul Don, Bologna 1965, S. 15–49.

[7] Zum politischen Hintergrund der italienischen Eroberung: Krizman, Pavelic Izmedju, S. 164 ff.

[8] Salvatore Loi (Hrsg.), Le Operazioni delle Unità Italiane nella Jugoslavia (1941–1943), Rom 1978, S. 173–183; Jelic-Butic, Ustase, S. 241–244.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

brovnik. Amico schlug sein Quartier in Dubrovnik auf und verteilte seine Truppen über ein weites Gebiet[9].

Bis zu seiner Ankunft in Dubrovnik ist über die militärische Karriere des Generals Amico nichts Besonderes zu erwähnen. Er war in Capua in der Nähe von Neapel geboren, stellte sich im Alter von 19 Jahren dem Militärdienst und wurde mit 21 Jahren Offizier. Die meiste Zeit seiner militärischen Laufbahn diente er als Offizier der Artillerie und hatte reiche Erfahrung an der Front erworben. Im Laufe seiner Dienstzeit wurden ihm viele Ehrenzeichen verliehen, u. a. zwei Silber- und zwei Bronzemedaillen für den Beweis von Tapferkeit im Kampf (im ersten Weltkrieg und im spanischen Feldzug). Er stieg in den Rangstufen langsam auf, und erst nach 32 Jahren militärischen Dienstes wurde er im Alter von 51 Jahren zum kommandierenden General einer Division ernannt[10].

Als General Amico in Dubrovnik ankam, wurde er von den kroatischen Behörden mit offener Feindseligkeit empfangen. Man sah in ihm und seinen Soldaten Räuber des Heimatlandes. Der Kampf der Führer der Ustascha mit Amico und seinen Offizieren dauerte bis zur Kapitulation Italiens im Jahre 1943 und kam in Kompetenzstreitigkeiten über die verschiedensten Fragen zum Ausdruck, hauptsächlich aber auf dem Gebiet der inneren Sicherheit.

In einem Briefwechsel zwischen Mussolini und Pavelic, nach dem Einmarsch der italienischen Armee in Zone 2, forderte Pavelic, den kroatischen Behörden die Leitung der Wirtschaft, des Verkehrswesens und der öffentlichen Sicherheit zu überlassen. Aber die Italiener ließen den Kroaten nur einen sehr begrenzten Handlungsspielraum, und die meisten Meinungsverschiedenheiten wurden von den Italienern selbst entschieden[11]. Einer der hauptsächlichsten Streitpunkte zwischen den Parteien war die Frage der Behandlung der Juden. Dabei ist es unerläßlich, kurz auf die Rolle der Judenfrage im faschistischen Italien einzugehen. Bei den Ideengebern der Faschisten, wie z. B. bei Gentile, Rocco u. a., ist von den Juden nur selten die Rede und dann in ziemlich wohlwollender Art. Jedoch werden auch hier und dort die Juden als „Plutokraten", „Ausbeuter", „Kapitalisten" und „Bolschewisten" dargestellt, den damals in Europa üblichen Stereotypen, doch auch hier als nur nebensächliches, unwichtiges Element im Gesamtbild der faschistischen Ideologie.

---

[9] Loi, Operazioni delle Unità Italiane, S. 220, Karte Nr. 12. Als die Angriffe der Partisanen sich Anfang 1942 verstärkten, wurden zwei zusätzliche Divisionen in das Gebiet versetzt; vgl. ebenda, Karte Nr. 13. Zur Gefechtsgliederung der zweiten Armee vgl. ebenda, S. 406–414, des 6. Armeekorps, S. 412 ff., der Division „Marche", S. 413.

[10] Die Schilderung der militärischen Laufbahn Amicos beruht auf Informationen der historischen Abteilung des italienischen Generalstabs sowie auf der Empfängerliste der goldenen Tapferkeitsmedaille: ASUSSME (Hrsg.), Medaglie d'Oro al Valor Militare, S. 306 f.

[11] Krizman, Pavelic Izmedju, S. 164 f. Pavelic versuchte dies zu kompensieren, indem er einen kroatischen Minister beim Generalstab der zweiten italienischen Armee ernannte, der die zivilen Angelegenheiten im Rahmen der Militärverwaltung leiten sollte. In Wirklichkeit ignorierten die Italiener den kroatischen Beauftragten vollständig.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die geringe Beachtung dessen, was Judenfrage genannt wurde, entsprang im wesentlichen folgenden Ursachen:

1. Der relativ kleinen Anzahl von Juden in Italien (ca. 40 000).
2. Dem hohen Maß gesellschaftlicher Assimilation der italienischen Juden.
3. Der aktiven, herausragenden Teilnahme vieler Juden in der italienischen National- und Einheitsbewegung.
4. Dem antiklerikalen Charakter, durch den sich die nationale Freiheitsbewegung sowie anfangs auch die faschistische Bewegung auszeichnete. Damit verband sich die Verachtung des in Kreisen des Vatikans verbreiteten Antisemitismus.

Unter den Begründern und Mitgliedern der faschistischen Partei befanden sich auch Juden. Einige von ihnen, wie Aldo Finzi, Vizeinnenminister zur Zeit der Matteottikrise, oder Guido Jung, Finanzminister zu Beginn der dreißiger Jahre, besetzten in der Hierarchie des Regimes hohe Ränge.

Was Mussolini anbetrifft, so war sein Verhalten den Juden gegenüber, wie in vielen anderen Fällen auch, mehr opportunistischer Art und diente zur Erweiterung seiner Macht und zur Förderung seiner politischen Ambitionen. Möglicherweise glaubte er tatsächlich an das Bestehen des „internationalen Judentums" und seine Omnipotenz. Gelegentlich gab er seiner Bewunderung oder auch seinem Abscheu für dieses mythische Wesen Ausdruck. In der Tat war seine Einstellung gegenüber den Juden nicht konsequent. Zu Beginn der dreißiger Jahre unterhielt er unverbindliche Beziehungen mit den Leitern der zionistischen Bewegung, Chaim Weizmann, Zeev Jabotinski und anderen. Er glaubte an die Möglichkeit, mit Hilfe der Zionisten seine Bestrebungen im Nahen Osten zu fördern und die Briten verdrängen zu können. Später erklärte er sich als „Schwert des Islams" und unterstützte mit Geld und Waffen die arabischen nationalen Freiheitsbewegungen im Nahen Osten. Unter anderem stand er dem Jerusalemer Mufti, Haj Amin-el Husseini, zur Seite, dem Anführer des antijüdischen und antibritischen Aufstandes in Palästina 1936–1939. In Italien selbst pflegte Mussolini die faschistischen Antisemiten je nach Bedarf an sich zu ziehen oder sie abzuschieben, wie den ehemaligen Parteisekretär Roberto Farinacci und die Journalisten Teresio Interlandi und Giovanni Preziosi[12].

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Mitglieder der faschistischen Führungsspitze in ihrer Mehrheit keine Antisemiten waren. Einige von ihnen gaben sogar öffentlich philosemitische Stellungnahmen ab[13].

Als daher Mussolini im Sommer 1938 Rassegesetze erließ, die an diskriminierender Härte den Nürnberger Gesetzen nur wenig nachstanden, geschah dies unerwartet und

[12] Zu Farinacci: H. Fornari, Roberto Farinacci – Mussolinis Gadfly, Nashville 1971; zu Preziosi: Maria Teresa Pichetto, Alle Radici dell'Odio – Preziosi e Benigni antisemiti, Mailand 1983. Vgl. insgesamt zum Thema jetzt auch: Jonathan Steinberg, All or Nothing – The Axis and the Holocaust 1941–1943, London 1990 (dt. Übersetzung u.d.T.: Deutsche, Italiener und Juden. Der italienische Widerstand gegen den Holocaust, Göttingen 1992).

[13] Zwei von den vier Quadrumvires, Führer des „Marsches von Rom", Italo Balbo und Emilio De Bono, sprachen wiederholt und offen ihre Sympathie Juden gegenüber aus.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fast ohne Vorbereitungen. Damals glaubte man (einschließlich der italienischen Regierung und der faschistischen Führungsspitze), daß dies unter Druck der Deutschen und als Vorbedingung zum Stahlpakt geschah. Inzwischen haben neuere Untersuchungen ergeben, daß seitens der Deutschen kein Druck ausgeübt wurde und daß die Initiative allein von Mussolini ausging. Vermutlich glaubte Mussolini, durch antijüdische Gesetzgebung Gefallen bei Hitler zu finden, beide Länder einander näher zu bringen und Italiens Position während der laufenden Verhandlungen zu stärken[14].

Bezeichnend ist, daß die strengen Rassegesetze seitens der staatlichen Institutionen ohne Widerspruch anerkannt wurden, und auch die Presse ließ keine Einwendungen hören. Demgegenüber verlautete aus der breiten Öffentlichkeit große Unzufriedenheit. Dies zeigte sich in Gesprächen auf der Straße, in spontanen Sympathiebezeigungen gegenüber Juden, aber auch in den internen Beratungen verschiedener Institutionen, angefangen vom Faschistischen Großrat bis zu den Parteiortsgruppen. Insgesamt wurden die Gesetze mit großer Unlust und Nachlässigkeit durchgeführt, es gab viele Erleichterungen, die wörtliche Formulierung war um vieles schärfer als ihre tatsächliche Wirkung.

Dennoch wurden Italiens Juden sowie die Flüchtlinge, die im Lande Unterkunft fanden, ziemlich hart getroffen. Den Juden wurde der Besuch von Schulen untersagt, sie wurden aus öffentlichen und Regierungsstellen entlassen und nicht ins Heer eingezogen. Mischehen wurden strengstens verboten. Allerdings wurden Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich nur dann ausgewiesen, wenn sich ein anderer Staat zur Aufnahme bereit erklärte. Am stärksten war die moralische Wirkung der Rassegesetze. Die italienischen Juden, die ja Italien und seinen Werten völlig ergebene Patrioten waren, wurden plötzlich und brutal aus der nationalen Gemeinschaft ausgestoßen, ihre Sicherheit geriet ins Wanken. All dies führte für die Juden zu einer schwer erträglichen Depression[15]. Wenn im folgenden wieder von dem italienisch-kroatischen Verhältnis die Rede sein wird, gilt es, diese Hintergründe der italienischen Judenpolitik zu beachten.

Kurz nach der Rückkehr der italienischen Truppen nach Dubrovnik gaben sie den Kroaten den Befehl, alle Juden und Serben, die wegen ihrer Rasse, ihres Ursprungs oder ihrer Religion im Gefängnis waren, zu befreien und die Deportationen in die Konzentrationslager völlig einzustellen[16]. Diese Anordnung stand im scharfen Gegen-

---

[14] Der beste Beitrag zu dieser Frage: Meir Michaelis, Mussolini and the Jews, Oxford 1978, S. 107–199; vgl. auch Klaus Voigt, Zuflucht auf Widerruf. Exil in Italien 1933–1945, Erster Band, Stuttgart 1989.

[15] Ausgiebige und tiefgehende Beschreibung dazu in: Giorgio Bassani, Il Giardino dei Finzi-Contini, Turin 1962.

[16] Die Anordnung in: Jevresjki Istorijski Muzej, Belgrad (im folgenden JIM), K. 27–1–1/1, S. 3, 9. Dieses Dokument ist ein ausführlicher Bericht des damaligen Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde in Dubrovnik, Emile Tolentino, über die Zeit der Besetzung. Ende Juli 1941 erging in Dubrovnik eine Weisung aus Zagreb, daß bis Mitte August alle Serben und Juden, „die Kommunisten sind oder für den Kommunismus Sympathie haben", zu verhaften und in das Konzentrationslager Gospic abzuschieben waren. Es ist wahrscheinlich, daß ein Teil dieser Häftlinge, und in erster Linie die Juden, auf italienischen Befehl befreit wurden. Vgl. ebenda JIM, K. 12–3–1.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

satz zu der anti-jüdischen und anti-serbischen Politik der kroatischen Regierung und wurde von ihr mit großem Unwillen aufgenommen. Diese Politik soll in aller Kürze beschrieben werden. Die Ustascha-Bewegung hatte, seit ihrer Gründung am Ende der zwanziger Jahre, den Haß gegen die Serben zu ihrem Hauptziel gemacht. Die Juden wurden in ihrem Parteiprogramm, und in den Veröffentlichungen bis in die Mitte der dreißiger Jahre, nicht erwähnt. Zu dieser Zeit jedoch, als Pavelic in Berlin um Unterstützung nachsuchte, wurden die Juden den Serben als fremdes, zu entfernendes Element gleichgestellt. Die Ustascha bediente sich der antisemitischen „Stürmer"-Terminologie, und nach ihrer Machtergreifung setzte sie sie in die Tat um[17]. Es begann ein mörderischer antiserbischer und antijüdischer Feldzug. In den ersten Monaten wurden die Juden Kroatiens für vogelfrei erklärt, ihr Besitz wurde geplündert, ihre Bewegungsfreiheit eingeschränkt; sie mußten den gelben Stern tragen, und viele wurden willkürlich verhaftet und hingerichtet. Mitte 1941 begann ein systematischer Massenmord an den Juden. Tausende von Juden aus den Städten, Kleinstädten und Dörfern des Landes wurden in Konzentrationslager deportiert, die in aller Eile errichtet wurden. Viele wurden ermordet oder zu Tode geschunden. Andere starben an Typhus- und Choleraseuchen, wurden ausgehungert oder geschlagen und gefoltert, bis der Tod eintrat. Unter Leitung und Ansporn der Deutschen führten die Kroaten ohne jegliche äußere Hilfe das durch, was später die „Endlösung" genannt wurde[18].

Die Juden des dalmatischen Küstengebietes gehörten auch zu denen, die zur Gefangenschaft, zur Deportation in die Lager und zum Tode bestimmt waren. Dank der italienischen Besetzung Anfang September 1941 entgingen sie diesem Schicksal.

Die Italiener wußten genau, was die Kroaten den Juden angetan hatten; ihre Repräsentanten im ganzen Land berichteten wieder und wieder darüber. Italienische Diplomaten und Geschäftsleute in Kroatien waren an der Rettung und Unterstützung der Verfolgten beteiligt. Mehr als einmal wurden Juden in italienischen Militärfahrzeugen über die Grenze gebracht; es ist sogar ein Fall bekannt, daß eine italienische Einheit einen Eisenbahnzug anhielt, der Juden in die Lager transportierte, und seinen Passagieren die Freiheit gab[19].

---

[17] In einem Schriftstück mit dem Titel „Die kroatische Frage", das Pavelic im Herbst 1935 an die Stelle für auswärtige Beziehungen der nationalsozialistischen Partei in Berlin gerichtet hatte, werden die Juden zum erstenmal als feindliches Element erwähnt. In einer von Pavelic Mitte 1940 herausgegebenen Broschüre mit dem Titel „Wofür kämpfen die Kroaten der Ustascha-Bewegung" wurden „Serben, Juden, Kommunisten und Mitglieder der Bauernpartei" zu Volksfeinden erklärt. Vgl. Jelic-Butic, Ustase, S. 24, 53.

[18] Menachem Shelah (Hrsg.), The History of Holocaust – Yugoslavia, Jerusalem 1990. Vgl. zur antijüdischen Gesetzgebung die S. 144–147, zur Internierung die S. 148–153, zur Vernichtung die S. 172–226.

[19] Photographien der Ereignisse wurden dem Autor von Professor Loi, ASUSSME, zur Verfügung gestellt. Die Vernichtung der Juden im kroatischen Konzentrationslager der Insel Pag wurde schon am 1. 8. 1941 dem Generalstab der zweiten italienischen Armee berichtet. Menachem Shelah, (auf hebräisch) Heshbon Damim. Hatzalat Yehude Croatiah al yedey ha-italkim 1941–1943 (Blutkonto – Die Rettung der Juden Kroatiens durch die Italiener 1941–1943), Tel Aviv 1986, S. 36.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Weitaus schwerwiegender war jedoch die Hilfe, die Amico und viele seiner Kollegen, die Befehlshaber in der Küstenzone, den von den Kroaten bedrohten Juden gewährten. Anfänglich beschränkte sich dieses Wohlwollen auf die lokale Ebene. Jedoch sahen sich im Sommer 1942 die Behörden in Rom und auch Mussolini gezwungen, eine klare und eindeutige Stellung zu dieser Frage einzunehmen. Grund dafür war die Forderung Deutschlands an die italienischen Behörden, alle Juden, die sich in der von Italien okkupierten Zone befanden, der Ustascha auszuliefern. Die Deutschen beabsichtigten, die Juden in die Vernichtungslager in Polen zu deportieren. Als Mussolini die sofortige Erfüllung der deutschen Forderung anordnete, geschah etwas Erstaunliches. Die italienischen Befehlshaber sowie die höheren Beamten im Außenministerium in Rom weigerten sich, den Befehl auszuführen, und arbeiteten einen Plan der Irreführungen und der Verzögerungen aus. Nach einiger Zeit, als der Druck seitens Deutschland verschärft wurde, gelang es ihnen, Mussolini zu überzeugen, daß die Auslieferung der Juden einer schamlosen Unterwerfung gegenüber den Deutschen gleichkomme. Der Duce stimmte zu, von der Erfüllung seiner Befehle abzusehen.

Der Kampf um die kroatischen Juden zwischen Deutschen und Italienern setzte sich bis Italiens Kapitulation im September 1943 fort. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde nicht ein einziger Jude den Deutschen ausgeliefert. Ihre Mehrzahl wurde letztlich vor dem Tode gerettet[20]. Ähnlich handelten die Italiener auch in Griechenland und in Südfrankreich[21]. Die Festlegung einer derartigen politischen Linie, die ja eine besonders schwerwiegende Auseinandersetzung mit dem deutschen Verbündeten bedeutete, entsprang mehreren Gründen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die römische Einstellung anfänglich nicht wenig von den Befehlshabern im Felde beeinflußt wurde. Diese Soldaten, Augenzeugen der barbarischen Gewalttaten seitens der Kroaten, nahmen spontan die Opfer kroatischen Terrors in Schutz. Hauptsächlich ist von Tausenden von Serben die Rede, die im Kampf gegen Titos Partisanen zu Verbündeten der Italiener wurden. Jedoch wurden auch die Juden, die den kroatischen Verfolgungen entkommen konnten, beschützt. Neben humanitären Gründen spielte aber auch die offene oder latente Feindschaft zwischen Kroaten und Italienern eine wichtige Rolle. Während erstere in den Italienern die Besatzer ihrer Heimat sahen, befürchteten letztere einen negativen politischen Einfluß der Kroaten auf die Bevölkerung in den besetzten Gebieten. Als besonders wichtiges Argument wird in zahlreichen italienischen Akten hervorgehoben: „Es sei die Pflicht der italienischen Armee, schutzlose Menschen, wel-

[20] Weitgehende Beschreibung dieser außergewöhnlichen Affäre bei Shelah, ebenda; Daniel Carpi, The Rescue of Jews in the Italian Zone of occupied Croatia, in: Israel Gutman (Hrsg.), Rescue attempts during the Holocaust, Jerusalem 1977, S. 465–525.

[21] Zu Griechenland vgl. Y. Ben, (auf hebräisch) (Griechische Juden im Holocaust und Widerstand), Tel Aviv 1985, S. 84–92; Daniel Carpi, Nuovi Documenti per la Storia dell'Olocausto in Grecia. L'atteggiamento degli italiani, in: Michael on the History of the Jews in the Diaspora, Bd. VII, Tel Aviv 1981. Zu Südfrankreich vgl. Michael R. Marrus/Robert Paxton, Vichy, France and the Jews, New York 1982, S. 315–322; Poliakov/Sabille, Jews under Italian Occupation; Christopher Browning, The Final Solution and the German Foreign Office, New York 1978, S. 164–170.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

che nichts verbrochen haben, in Schutz zu nehmen." Dies zeigte sich eindeutig und spontan bei der Konferenz zwischen dem italienischen Kommandanten der Murge Division, General Negri, und dem Bevollmächtigten der „Organisation Todt", dem General Schnell, in Mostar am 19. Juni 1942. Der deutsche General erwähnte seinem italienischen Waffenbruder gegenüber, daß in wenigen Tagen alle Juden aus Mostar nach den eroberten Gebieten in Rußland geschickt werden sollten. Der italienische General reagierte energisch und erklärte, daß die Auslieferung von Juden „der Ehre der italienischen Armee widerspricht"[22]. Zusammengefaßt läßt sich sagen, daß die italienische Judenschutzpolitik von folgenden Faktoren beeinflußt wurde:

1. Dem Antagonismus zwischen Italienern und Kroaten.
2. Der Befürchtung, die Auslieferung von Juden an die Deutschen könnte dem Ruf Italiens bei der Bevölkerung der besetzten Gebiete schaden.
3. Den Deutschen sollte klargemacht werden, daß Italien sich trotz seiner Schwäche jedem deutschen Diktat verweigern würde.
4. Ein Vertrauensverlust bei den serbischen Verbündeten, welche die Auslieferung der Juden als Vorspiel ihrer eigenen Preisgabe auslegen würden, sollte vermieden werden.
5. Aus italienischen Dokumenten geht hervor, daß im Sommer 1943 (kurz vor der Invasion der Alliierten in Italien) ein neuer Grund auftauchte. Die Inschutznahme von Juden würde bei den bevorstehenden Verhandlungen mit den Alliierten als vorteilhaftes Argument erachtet werden[23].

Während der ganzen Zeit übten die Deutschen schweren Druck auf die Italiener aus. Das Thema der Judenauslieferung wurde wiederholt zur Sprache gebracht anläßlich Himmlers Besuch in Rom (Oktober 1942), ebenso bei den Besuchen Ribbentrops (Februar 1943) und Heinrich Müllers (März 1943). Die Italiener bestanden auf ihrer Meinung und fanden Ausflüchte, um die Deutschen hinzuhalten. Daraus geht hervor, daß Amicos Handlungsweise in der Inschutznahme von Juden nicht völlig außergewöhnlich war und mit Rückendeckung seiner Vorgesetzten geschah. Außergewöhnlich waren jedoch seine grobe Ausdrucksweise gegen das Nazi-Regime sowie seine offenen Herausforderungen von Kroaten und Deutschen.

Nach der Besetzung der Insel Pag durch die Italiener am 21. August 1941 wurde auf Befehl des italienischen militärischen Befehlshabers in Kroatien eine Untersuchungskommission dahin geschickt, die einen erschütternden Bericht erstattete, begleitet von Photos verstümmelter Leichen, die die Ustascha bei ihrem Rückzug hinter sich gelassen hatte. Dieser Bericht gelangte bis zu den höchsten Stellen in der italienischen Hauptstadt, zu denen auch Mitglieder des königlichen Hauses und des Auswärtigen Amtes gehörten. Es besteht kein Zweifel, daß der Pag-Bericht eine tiefe Erschütterung

[22] Rapport Schnell, in: PA/AA, Inland IIg – Judenfrage Kroatien 485 793. Die italienische Version in: ASSUSME, „Diario Storico, Divisione Murge, 19.6. 1942", Box 735. Weitere Einzelheiten über die Konferenz in Mostar bei Shelah, Heshbon Damim, S. 55–59.

[23] Siehe Memorandum des Obersten Rolla vom 10. 7. 1943, in: ASUSSME, 5283/C.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hervorgerufen hat und einen erheblichen Einfluß auf die Festlegung der italienischen Politik in bezug auf das jüdische Problem ausübte[24].

Der antijüdische Feldzug in ganz Kroatien, Gerüchte über das Geschehen in den Konzentrationslagern, die sich unter den Juden verbreiteten, und damit kontrastierend die Informationen über das humane Verhalten der Italiener beschleunigten die Flucht der Juden und Serben in das italienische Besatzungsgebiet. Nach der Annexion der Zone 2 wurde der Grenzübergang in das italienische Besatzungsgebiet stark erleichtert. Es war möglich, kroatische Geheimagenten zu bestechen, um ihre Hilfe zu bekommen, und die italienischen Grenzpolizisten drückten vor dem Anstrom der Flüchtlinge ein Auge zu. So kamen noch 1500 Flüchtlinge zu den 150 Juden hinzu, die in Dubrovnik schon vor dem Kriege gelebt hatten[25]. Weitere Hunderte von Flüchtlingen fanden in den Kleinstädten und Dörfern der Umgebung ein sicheres Asyl.

Die kroatischen Behörden, in erster Linie die Polizei, aber auch die Sicherheitspolizei, versuchten ihre Unabhängigkeit von der italienischen Militärverwaltung zu beweisen, indem sie jüdische Flüchtlinge ohne Aufenthaltsgenehmigung festnahmen und angeblich nach Kroatien, tatsächlich aber in die Konzentrationslager zurückschickten. Soweit die Italiener davon erfuhren, verhinderten sie es. Es ist anzunehmen, daß ihnen am Anfang nicht der Schutz der Juden als solcher vor Augen stand, sondern daß es sich um Kompetenzstreitigkeiten handelte, die auch auf anderen Gebieten ausgetragen wurden. Die Italiener, deren Ziel die endgültige Annexion der Zone 2 war, versuchten der kroatischen Verwaltung soviel Kompetenzen wie möglich abzunehmen und vor allem die Polizei und die Sicherheitspolizei der Ustascha zu schwächen, um damit die innere Sicherheit in die Hand zu bekommen. Nicht überall und nicht in allen italienischen Truppeneinheiten herrschte gegenüber den Flüchtlingen dasselbe Verhalten. General Renato Cotturi z. B., Kommandeur des 5. Korps (im nördlichen Teil der Küste), hatte keine große Sympathie für Juden. Er versuchte die Flüchtlinge nach Kroatien zurückzuschicken, aber da er dafür keine Unterstützung bei seinen Vorgesetzten im Stab der 2. Armee fand, begnügte er sich mit bestimmten Einschränkungen, die er den Juden auferlegte[26]. Was das Gebiet von Dubrovnik betrifft, besteht jedoch kein Zweifel, daß General Amico die Juden wohlwollend behandelte, sowohl die jüdischen Mitbürger der Stadt als auch die Flüchtlinge.

Anfang September 1941, einige Tage nach dem Einzug der Italiener, wurde Emil Tolentino, der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Dubrovnik, zum Leiter des kroatischen Bezirksgesundheitsamtes beordert, der von ihm die Herausgabe der Schlüssel

---

[24] Zu den Ereignissen auf der Insel Pag, siehe ebenda, S. 35–38; zum Bericht der italienischen Untersuchungskommission siehe A. Zemljar, Haron i Sudbine, Belgrad 1988, S. 222–234; bezüglich des königlichen Hauses vgl. S. K. Petrovich, „The King that never was", in: European Studies Review 8 (1978), S. 475.

[25] Vgl. den Bericht von Tolentino in: JIM, K. 27–1–1/1, S. 2, 9. Tolentino nennt zwei Zahlen für die Flüchtlinge in Dubrovnik: 1200 und 1600.

[26] Shelah, Hesbbon Damim, S. 43 ff. Es sind Fälle bekannt, in denen jüdische Flüchtlinge zurückgeschickt wurden, insbesondere in Zone 1, in der der Aufenthalt von Flüchtlingen absolut verboten war: Ebenda, S. 44–47.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des jüdischen Friedhofs verlangte. Als Tolentino um eine Erklärung für diesen sonderbaren Befehl bat, antwortete ihm der Kroate, daß der Friedhof von jetzt ab zur Verfügung der Moslems von Dubrovnik stehe, die nicht mehr bereit wären, ihre Toten im katholischen Friedhof zu begraben. Tolentino versuchte das Unheil zu vermeiden und dem Kroaten bessere Vorschläge zu machen. „Genug diskutiert" schrie der Mann, „Ihr seid vogelfrei und habt kein Recht mehr, Vorschläge zu machen!" Tolentino antwortete ihm: „Begnügt Ihr Euch nicht damit, daß Ihr lebendigen Juden die Hölle macht, Ihr wollt auch den Toten keine Ruhe geben. Ich werde Euch die Schlüssel nicht übergeben, denn unsere Toten sind nicht vogelfrei!"

Tolentino eilte nach Hause und nach Beratung mit seinem Bruder schickte er ein Schreiben an General Amico mit der Bitte, die Schändung des Friedhofs zu verhindern. Am nächsten Morgen wurde Tolentino zum General beordert, der sein Gesuch las und dann zu ihm sagte: „Die Ustascha lassen niemand in Frieden. Haben Sie keine Angst, ich verspreche, daß Ihnen nichts passieren wird, Ihre Angelegenheit steht mir nah, Sie können in Ruhe nach Hause gehen." Am nächsten Morgen kam ein Carabinieri-Polizist zu Tolentino ins Geschäft und bat ihn, eines der Friedhofstore zu öffnen. Von diesem Tag an, während der ganzen Zeit der italienischen Besetzung, standen General Amicos Soldaten vor dem Tor des Friedhofs Wache und verhinderten seine Schändung[27]. Dieser Vorfall ist bezeichnend für das Verhalten des italienischen Befehlshabers: Abscheu vor der Ustascha und Sympathie für die Juden, die er auch unter schwierigen Umständen bewies.

Ein erster kroatischer Versuch, Juden aus der Umgebung von Dubrovnik in die Lager zu schicken, wurde im Herbst des Jahres 1941 gemacht. In der kleinen Stadt Capljina, auf halbem Weg zwischen Mostar und Dubrovnik, wohnten ca. 140 jüdische Flüchtlinge aus Österreich und Deutschland, die schon vor dem Krieg nach Jugoslawien geflohen waren und dort bleiben mußten, da sie keine Einwanderungsgenehmigungen für andere Länder bekommen konnten. Die jugoslawische Regierung erlaubte ihnen zu bleiben, unter der Bedingung, sich unter polizeilicher Überwachung an bestimmten gottverlassenen Orten niederzulassen. So waren diese Flüchtlinge nach Capljina gekommen[28]. Mitte September 1941 gab das kroatische Innenministerium (Sicherheitspolizei/jüdische Abteilung) in Agram (Zagreb) der kroatischen Verwaltung in Capljina die Weisung, alle in der Stadt befindlichen jüdischen Flüchtlinge in das Konzentrationslager im früheren serbisch-orthodoxen Kloster Zitomislice zu überführen, das im Laufe der anti-serbischen Kampagne beschlagnahmt worden war. Die offizielle Begründung war Mangel an Wohnungsmöglichkeiten und an Lebensmitteln. Als die Flüchtlinge das erfuhren und da es ihnen völlig klar war, was ihnen in der Anlage der Ustascha bevorstehen würde, wandten sich ihre Repräsentanten an die Division „Marche" mit der Bitte, diesen Befehl rückgängig zu machen[29]. Anfang Okto-

[27] Nach dem Bericht von Tolentino, in: JIM, K. 27–1–1/1, S. 10 f..

[28] Ruth Lipa, „Die Juden Jugoslawiens helfen jüdischen Flüchtlingen – 1933–1941", in: Blätter zum Studium des Holocaust 3 (1984), S. 231–241.

[29] Verwaltung Capljina an Bezirksverwaltung Dubrovnik, 12. 1. 1942, in: JIM, K. 17–3–1/9.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ber gab die Kommandostelle der Division „Marche" der (kroatischen) Verwaltung des Bezirks Dubrovnik die Weisung, die Vertreibung der Juden Capljinas auf der Stelle zu unterlassen. In der italienischen Anordnung wurde u.a. gesagt, daß die Juden nicht vertrieben werden dürften, da sich unter ihnen auch viele Greise, Kranke und Kinder befänden[30].

Die kroatischen Behörden beharrten auf ihrem Vorsatz. Am 13. November 1941 erging von der Sicherheitspolizei Agram (Zagreb) eine Anordnung an die Bezirksverwaltung Dubrovnik, alle jüdischen Männer im Alter von 16 bis 60 Jahren aus Capljina in das Konzentrationslager Jasenovac abzuschieben[31]. Es bestand kein Zweifel, daß Abschub nach Jasenovac den Tod bedeutete[32]. Einige Tage später wandte sich der Leiter der kroatischen Verwaltung in Dubrovnik an General Amico und bat um Bestätigung des Abschubbefehls. Gleichzeitig befahl er seinen Untergebenen in Capljina, ein Namenverzeichnis der in Frage kommenden Personen vorzubereiten, das einem Bericht zufolge 62 Namen enthielt[33]. Amico wies den Antrag der Kroaten zurück, die aber nicht nachgaben und versuchten, ihn zu umgehen und die Bestätigung von der italienischen Nachbardivision der Alpenjäger (Cacciatori delle Alpi) zu erhalten. In dem Brief der Kroaten an den Divisionsstab in Mostar steht, daß der Abschub eine dringende Sache sei, „da die Versorgungslage in Capljina sehr schwierig ist". Die Antwort des Generals Angelo Pivano war die gleiche wie die seines Kollegen Amico: „Es ist nicht darüber zu diskutieren, die Juden bleiben!"[34] Der kroatische Druck überzeugte Amico im übrigen, daß ohne ständige italienische Aufsicht den jüdischen Flüchtlingen in Capljina dauernde Gefahr drohe und man sie früher oder später in die Lager abschieben und töten werde. Andererseits erkannten die Kroaten, daß Amico die Juden schützte. Sie versuchten deshalb mit italienischer Hilfe die Juden aus Capljina zu vertreiben[35]. Ende Januar 1942 beschloß Amico, die Flüchtlinge aus Capljina nach Dubrovnik zu überführen[36].

---

[30] Commando Divisione di Fanteria „Marche" alla prefettura di Ragusa, 5.9.1941, in: Ebenda.

[31] In: Ebenda, K. 27–3–1/9. Frauen und Kinder sollten inzwischen in der Stadt bleiben.

[32] In einem Schreiben, das von einer Gruppe jüdischer Flüchtlinge, die nach Mostar gekommen waren, an den Befehlshaber der Alpenjägerdivision „Cacciatori delle Alpi" gerichtet war, steht ausdrücklich geschrieben, daß „die Verschickung in ein kroatisches Konzentrationslager den Tod bedeute". Vgl. Daniel Carpi, Geschichte der Juden in Split und Sarajewo, in: (auf hebräisch) Yalkut Moreschet 10 (1969), S. 119.

[33] Antwort aus Capljina vom 22.12.1941, in: JIM, K. 27–3–1/9.

[34] Brief vom 20.1.1942, in: Ebenda.

[35] Schreiben des Bürgermeisters der Stadt Capljina, in dem er die Meinung äußert, daß die Italiener, die die Vertreibung der Juden aus seiner Stadt verhindern, sie nach Split abschieben sollten, in: Ebenda, K. 17–3–1/9.

[36] Über die Anzahl der Flüchtlinge in Capljina bestehen Meinungsverschiedenheiten: Kroatische Unterlagen nennen ca. 140 Personen, Lipa, Juden Jugoslawiens, S. 238, schätzt sie auf 100. Es ist möglich, daß dies ihre Anzahl bei Kriegsausbruch war, wahrscheinlich sind aber noch weitere Flüchtlinge aus Kroatien hinzugekommen. Tolentino erwähnt an einer Stelle 146 Flüchtlinge, an einer anderen 117; vgl. den Bericht von Tolentino, in: JIM, K. 27–1–1/1, S. 6, 9. Da sein Bericht lange nach dem Krieg entstand, ist ein Irrtum anzunehmen. Bezgl. der Abschiebung der Flüchtlinge: Aus dem Schreiben des

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Solange die Kroaten selbst die Juden vertrieben und ermordeten, mischten sich die Deutschen nicht ein und begnügten sich, hinter den Kulissen als Berater oder Aufseher tätig zu sein[37]. Aber aus verschiedenen Gründen beschlossen sie Anfang 1942, die Ermordung der kroatischen Juden der Ustascha zu entziehen und in den Vernichtungslagern der Ostgebiete durchzuführen. Erste tastende Versuche wurden von den Deutschen im Februar 1942 gemacht. Im April-Mai kamen beide Parteien zu einem Abkommen, nach dem alle Juden Kroatiens, die noch am Leben geblieben waren, in die Vernichtungslager im Osten zu deportieren waren; ihr Besitz war zu Gunsten der kroatischen Regierung zu beschlagnahmen, die den Deutschen Transportkosten von 30 DM pro Kopf zu zahlen hatte. Von dem Deportationsabkommen waren, ohne Wissen der Italiener, auch die Juden des italienischen Besatzungsgebietes betroffen[38]. Die Italiener erfuhren davon erst Mitte Juni[39].

Die Deutschen erwarteten, daß die Italiener der Ausführung des Abkommens Schwierigkeiten in den Weg legen würden. Diese Annahme gründete sich auf das – den Deutschen völlig unverständliche – wohlwollende Verhalten gegenüber den Juden in Italien, wo zwar Rassengesetze erlassen worden waren, die aber mit Nachlässigkeit und Unlust befolgt wurden. Überdies wurden in den Gebieten italienischer Herrschaft, in Jugoslawien und Griechenland die Juden wie alle anderen Einwohner behandelt und manchmal sogar noch besser. Ab Sommer 1941 erhielt die deutsche Gesandtschaft in Agram Berichte über die wohlwollende Behandlung, welche die Juden seitens der in Kroatien stationierten Truppen erfuhren[40]. Die Kroaten sorgten für eine möglichst umfassende Berichterstattung an die Deutschen. Da sie die Bedeutung der jüdischen Frage für die Deutschen kannten, versuchten sie auf diese Weise deutsche Unterstützung für ihren Kampf gegen die Italiener zu erhalten, der sich von Monat zu Monat verschärfte. Als die Krise ihren Höhepunkt erreicht hatte, fand im September 1942 ein Treffen zwischen dem kroatischen Staatsoberhaupt Ante Pavelic und Hitler statt. Pavelic berichtete über die Weigerung der Italiener, die Juden auszuliefern, was den Zorn des Führers erregte, der die Juden als „unterirdische Telefonkabel und Meldeköpfe der Aufstandsbewegung, deren Wirken unterbunden werden müsse", bezeichnete. Hitler schob die Schuld für die Nicht-Auslieferung der Juden dem Befehlshaber der italieni-

Bürgermeisters der Stadt Capljina vom 15. 1. 1942 geht hervor, daß zu diesem Zeitpunkt die Flüchtlinge im Januar nach Dubrovnik kamen, also in der zweiten Hälfte des Monats abgeschoben wurden. Anscheinend wandten sich die Flüchtlinge aus Capljina und die Vorsteher der jüdischen Gemeinde in Dubrovnik an General Amico mit der Bitte, sie nach Dubrovnik zu überführen, da in dem Gebiet Kämpfe stattfanden. Vgl. ebenda, S. 9.

[37] Shelah, History of Holocaust, S. 206–210.

[38] Ebenda, S. 210–214.

[39] Shelah, Heshbon Damim, S. 55 f..

[40] Vgl. die Aufzeichnung über ein Gespräch zwischen dem deutschen Gesandten Siegfried Kasche und dem Bürgermeister der Stadt Karlovac im August 1941, der ihm berichtete, italienische Offiziere behinderten die anti-jüdische Tätigkeit in seiner Stadt, in: Vojno Istorijski Institut, Belgrad (im folgenden: V. I. I.), Potsdam, 3/35.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Armee in Jugoslawien, General Mario Roatta zu, „der ein halber Politiker sei und seine eigene Politik treibe"[41].

In der Menge der Berichte über das wohlwollende Verhalten der Italiener den Juden gegenüber wird Amico immer wieder als besonderer Freund der Juden bezeichnet, der in aller Öffentlichkeit seine Kritik und Abscheu vor den Taten der Kroaten und der Deutschen zum Ausdruck brachte.

Ende Dezember 1941 berichtete Oberleutnant Weiss, Sachbearbeiter für Tabakfragen in Dubrovnik, daß italienische Offiziere zweifellos mit Juden und Serben in freundschaftlichen Beziehungen stünden. Italienische Offiziere würden oft in Begleitung von jüdischen Frauen im Kaffee „Gradska" gesehen. In der Stadt befänden sich 500 Juden, die mit Hilfe der Italiener aus Sarajewo geflohen seien. Weiter beschreibt er das herzliche Einverständnis zwischen italienischen Soldaten und Juden, die aus Mostar geflohen waren, „sodaß sie sich sogar küssen und umarmen, wenn sie sich begrüßen". Er beschließt seinen Bericht wie folgt:

„Der Rektor der Deutschen Akademie in Dubrovnik, Herr Arnold, wurde zusammen mit kroatischen Behördenmitgliedern anläßlich eines italienischen Festtages von dem italienischen Divisionsgeneral zur Teilnahme eingeladen. Arnold, der Italienisch spricht, war über die Überheblichkeit des italienischen Generals (Amico) sehr entrüstet. Es fiel bei der Rede des Generals die Bemerkung, daß die Italiener als außerordentlich großes Kulturvolk dazu berufen sind, in dem besetzten Gebiet Ruhe und Ordnung herzustellen. Andere große Nationen hätten nicht diese alte Kultur, würden aber lernen müssen, diese fehlende Kultur durch Disziplin und Selbstzucht zu überbrücken. Gegenüber Kroatien fiel die Bemerkung, die Italiener wären auch dazu da, um die armen Verfolgten (Juden und Serben) vor Brutalität und Terror zu schützen.

Der Verkehr der italienischen Offiziere mit serbophilen, francophilen und anglophilen Kreisen ist äußerst rege und öffentlich."[42]

Amicos eindeutige Bekundungen und demonstative Handlungen erregten das Aufsehen der in Kroatien stationierten SS. In erster Linie galt dies für den Polizeiattaché bei der deutschen Gesandtschaft in Agram, Obersturmbannführer Hans Helm, der für die gesamte Tätigkeit der dem Reichssicherheitshauptamt unterstellten Geschäftsbereiche verantwortlich war, darunter die Angelegenheit der Juden[43]. Ende Mai 1942 berichtete Helm seinem Vorgesetzten in Agram, dem Gesandten SA-Obergruppenführer Siegfried Kasche:

---

[41] Shelah, Heshbon Damim, S. 84 f..

[42] Der Bericht in: V. I. I., Potsdam, 3/36–37; Steinberg, Deutsche, Italiener und Juden, S. 70.

[43] Helm, einer der Spezialisten des Reichssicherheitshauptamtes für Jugoslawien, diente vor dem Krieg in der deutschen Gesandtschaft in Belgrad. Vor Beginn der deutschen Invasion wurde er zum Stellvertreter G-3 der Einsatzgruppe „Serbien" ernannt und im Februar 1942 in die deutsche Gesandtschaft in Zagreb versetzt. U. a. war er im Frühling-Sommer 1942 und im Sommer 1943 für die Verschickung der Juden Kroatiens nach Auschwitz verantwortlich. Vgl. Shelah, History of Holocaust, S. 206–225.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Bezeichnend für die judenfreundliche Einstellung der Italiener ist eine Äußerung, die der italienische General Amico kürzlich machte. Er sagte wörtlich: 'Die Gesetze der Kroaten gegen die Juden sind streng; die der Deutschen noch strenger. Die armen, nach Ragusa geflüchteten Juden nach Sarajewo zurückzuschicken, hieße die Juden in den Tod zu schicken.'"[44]

Inzwischen versuchten die kroatischen Behörden in den italienischen Gebieten auch gegen den Widerstand der Italiener die Deportation der Juden vorzubereiten. Mitte Juni 1942 beschloß der kroatische Polizeipräsident in Dubrovnik, alle Juden der Stadt und der Umgebung auf einer nahen Insel zu sammeln. Als er sich für die erforderliche Bewilligung an General Amico wandte, strich der italienische General die Mehrzahl der Namen von der Liste. Wie Helm in seinem Bericht schrieb, wurden dadurch alle Maßnahmen, die der Polizeichef in Dubrovnik getroffen hatte, nichtig gemacht[45]. Um sich zu vergewissern, daß die Kroaten nicht noch einmal wagen würden, auf eigene Faust zu handeln, bestand Amico gegenüber dem kroatischen Vorsteher des Bezirks Dubrovnik darauf, daß der Generalstab des 6. Armeekorps die Verschickung von Juden nur mit seiner ausdrücklichen Genehmigung gestatte[46].

Amico war nicht der einzige, der so handelte; in ähnlichen Fällen verhielten sich auch andere italienische Offiziere entsprechend. Am Anfang taten sie es auf eigene Faust, aber mit der Zeit, als ihre Vorgesetzten in der 2. Armee in Rom davon erfuhren, bekamen sie volle Unterstützung. Die Deutschen konnten sich nicht damit abfinden, und im Laufe von anderthalb Jahren (Juli 1942 – September 1943) versuchten sie mit allen Mitteln die Italiener dazu zu bewegen, ihnen die Juden im Küstengebiet auszuliefern[47]. In der Unmenge der Dokumente, die die Auslieferung der Juden behandeln, wird außer den höheren italienischen Offizieren (Generäle Roatta, Ambrosio und Roboti) und den höheren Beamten der italienischen Behörden nur ein Divisionsgeneral mit seinem vollem Namen erwähnt: General Amico, dem die Deutschen verschiedene Schimpfnamen gaben. In einem persönlichen Schreiben des deutschen Gesandten in Zagreb, SA-Obergruppenführer Kasche, an den Reichsaußenminister Ribbentrop, datiert vom 21. August 1942, das sich mit den Spannungen in den deutsch-italienischen Beziehungen befaßt, nimmt Amico einen wichtigen Platz ein. Kasche, eifriger Beschützer der Ustascha-Mörder, fanatischer Nazi und zügelloser Antisemit, versuchte Ribbentrop von der Richtigkeit des kroatischen Weges und der Untreue der Italiener, die die Juden und die Serben, Feinde des deutschen Reiches, unterstützten, zu überzeugen. Über die Juden schreibt er u. a.:

„Die Juden in Mostar und Dubrovnik, sowie an anderen Orten der von Italienern besetzten Gebiete, entziehen sich der kroatischen Staatsgewalt und sind mehr oder weniger offen Führer und Unterstützende den Partisanen gegenüber. Der italieni-

[44] In: V. I. I., Potsdam, 3/38–39.

[45] Helm an Kasche, 19. 6. 1942, in: PA/AA, Gesandtschaft Zagreb, 68/2.

[46] Commando Divisione di Fanteria „Marche" al Prefetto di Ragusa, 13. 6. 1942, in: JIM, K. 27–3–1/6.

[47] Zur diplomatischen Auseinandersetzung in dieser Angelegenheit vgl. Shelah, Heshbon Damim, S. 67 ff.; Carpi, The Rescue of Jews; Israel Gutman, Versuche und Taten der Rettung im Holocaust, Jerusalem 1976, S. 382–432.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sche General Amico hat der kroatischen Polizei gegenüber eröffnet, daß es gegen die Ehre der italienischen Armee gehe, die Juden den Kroaten auszuliefern, da die italienische Armee ihnen den Schutz zugesagt habe. Dadurch wird die zwischen uns und Kroatien vereinbarte Judenabwanderung nach den Ostgebieten für tausende von Juden undurchführbar, welche hier bleiben und sowohl die uns feindlichen Partisanankräfte unterstützen, als auch politischen Zwiespalt zwischen uns, Italien und Kroatien säen.

Dieses italienische Spiel hat nun nicht etwa den Erfolg, daß das italienische Ansehen und die italienische Machtstellung dadurch wachsen, im Gegenteil: Alle Beteiligten nutzen die italienische Hilfe, aber – mit Ausnahme der Juden – verachten Italien und verbreiten mehr und mehr eine neue jugoslawische Ideologie. Gegenüber den Kroaten ist der Erfolg dieser italienischen Politik, daß die Regierung in jenen Gebieten kein Ansehen gewinnt, aber auch die Bevölkerung Italien nur noch mehr ablehnt. Bemerkenswert ist, daß wir aus der jüngsten Zeit eindeutige Unterlagen darüber haben, daß auch die kommunistischen Partisanen als ihr politisches Ziel ein demokratisches Jugoslawien bezeichnen und daß damit jene Parole gefunden worden ist, die die größte Anziehungskraft auf die breite Bevölkerung aller hiesigen Volksstämme ausübt."[48]

Amicos eindeutiger Wille, die Juden zu schützen, wurde auch am 22. August 1942 von Czekan, dem Repräsentanten der „Organisation Todt" in Mostar, bestätigt. In seinem Telegramm steht, daß 900 jüdische Flüchtlinge auf italienische Initiative hin und unter Schutz der militärischen Behörden von Mostar nach Dubrovnik gebracht worden waren[49]. Diese italienische Maßnahme sollte die deutsche Behauptung nichtig machen, die jüdische Anwesenheit in einem wichtigen wirtschaftlichen Zentrum wie Mostar (Bauxitminen) gefährde die Sicherheit, da die Juden die Aufrührer unterstützen. Gleichzeitig, mit der Überführung eines Teils der Juden Mostars nach Dubrovnik, kamen auch Juden in die Stadt, die illegal in Zone 1 eingedrungen waren. Dadurch stellten sich Wohnungs- und Versorgungsprobleme ein. Mitte August gab Amico dem Bezirksvorsteher den Auftrag, für die neuangekommenen Flüchtlinge Hotelzimmer auf der Insel Lopud und anderen Inseln in Stadtnähe bereitzustellen und für ihre Lebensmittelzufuhr zu sorgen[50].

Der deutsche Druck, der inzwischen in Rom ausgeübt wurde, führte zu einer italienischen Neubewertung der Lage. In Beratungen, die im Oktober 1942 auf höchster Ebene stattfanden, wurde beschlossen, die Juden an einigen Orten der dalmatischen Küste zu konzentrieren und dies den Deutschen gegenüber als Annahme ihrer Forderungen darzustellen[51]. Einer der Konzentrationsorte war Dubrovnik. Nach dem Erhalt einer entsprechenden Weisung im November 1942 verlegte Amico einen Teil der 1 500 Juden Dubrovniks und der Umgebung in Hotels der Stadt. Ihnen fügte er diejenigen Flüchtlinge, die schon im Juli auf die Insel Lopud gebracht worden waren, hinzu. Außer einer symboli-

[48] In: Archiv Yad Vashem 5394; vgl. auch: Krizman, Pavelic Izmedju, S. 393. Dieses Schreiben wurde als „Geheime Reichssache" klassifiziert.

[49] In: V. I. I., Potsdam, 3/38–39.

[50] In: JIM, K. 27–2–1/28.

[51] Shelah, Heshbon Damim, S. 96–103.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Wache, die vor dem Eingang der Hotels stand, führten die internierten Juden ihr eigenes Leben ohne jegliche italienische Einmischung. Ihre Lebensbedingungen waren gut, die Wohnungsverhältnisse ausgezeichnet. Auch die Lebensmittelversorgung, die durch die Gelder indischer Hilfsorganisationen in der Schweiz gesichert wurde, war gut im Vergleich mit den allgemeinen Verhältnissen. Mit dem Einverständnis seiner Vorgesetzten unterstützte Amico die Internierten in ihrem sozialen und kulturellen Leben sowie in der Beschaffung von Medikamenten und Lebensmitteln[52].

Während die Juden aus der Umgebung Dubrovniks in die Stadt überführt wurden, versuchten die Kroaten einige von ihnen festzunehmen und ohne Wissen der Italiener nach Sarajewo abzuschieben. Helm berichtete Himmler und dem Reichssicherheitshauptamt, daß die Kroaten im Dorf Konjice fünf Juden verhaftet und nach Sarajewo geschickt hätten. Als Amico davon erfuhr, befahl er den kroatischen Bezirksvorsteher zu sich und verlangte, die Juden sofort aus dem Gefängnis in Sarajewo zu befreien und in das italienische Gebiet zurückzubringen. Die Juden wurden wirklich freigelassen und an die Küste zurückgebracht[53].

Die Internierung der Juden im italienischen Besatzungsgebiet sollte die Deutschen beschwichtigen und ihren Druck mindern. Trotzdem gaben diese nicht nach. Anfang 1943 kam Reichsaußenminister von Ribbentrop nach Rom und verlangte von Mussolini, die Juden den Deutschen auszuliefern. Mussolini stimmte zuerst zu, später aber, angesichts des entschiedenen Widerspruchs seiner Generäle und der hohen Beamten des Außenministeriums, erlaubte er, den Auslieferungsbefehl zu umgehen. Die Spitzen des Militärs und des Außenministeriums beschlossen, alle Juden des besetzten Gebietes in einem Lager auf der Insel Rab, im nördlichen Teil des adriatischen Meeres, zu konzentrieren, um die Sache hinzuziehen und den deutschen Druck zu mildern. Gegenüber den Deutschen erklärten die Italiener, diese Konzentration sei nur eine Vorstufe für die endgültige Auslieferung. Tatsächlich aber beabsichtigten sie, nicht zuletzt angesichts des bevorstehenden Ausscheidens Italiens aus dem Krieg, die Juden vor den Kroaten und Deutschen zu schützen[54]. Ende Mai 1943 wurden alle Juden aus dem Gebiet Dubrovnik in das zentrale Lager auf der Insel Rab überführt. Hier konnten sie ein normales Leben unter annehmbaren Bedingungen führen. Das Lager wurde zwar von den Internierten geleitet, aber anders als zuvor durften sie das Lager nicht verlassen.

In der Nacht vom 24. zum 25. Juli 1943 sprach der faschistische Großrat Mussolini das Mißtrauen aus; am nächsten Morgen wurde der Duce zum König beordert und dort verhaftet. Eine neue Regierung unter Marschall Pietro Badoglio führte im Laufe von

---

[52] Ebenda, S. 96 ff.; A. Kamhi/M. Levinger, Pokret otpora izmedju Jevrejima Bosne i Hercegovine interniranim na Lopudu i Rabu, in: Spomenica 400 godina od dolaska Jevreja u Bosnu i Hercegovinu, Sarajevo 1966, S. 225–255.

[53] In: PA/AA, Inland IIg 194, K 212 333. Über einen zusätzlichen kroatischen Versuch, Juden im Dorf Hreljin zu entführen, und ihre Befreiung durch den lokalen italienischen Befehlshaber berichtet Helm dem Reichssicherheitshauptamt, Abteilung 4 (Gestapo); ebenda, K 212 279.

[54] Shelah, Heshbon Damim, S. 122–137. Himmler war im Oktober 1942 in Rom und besprach mit Mussolini die Judenfrage. Der Chef der Gestapo, Heinrich Müller, nahm im März 1943 nach einem Besuch in Rom die Überzeugung mit, daß die Italiener die Juden doch ausliefern würden.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sechs Wochen geheime Verhandlungen mit den alliierten Mächten, und am 8. September 1943 wurde die Kapitulation Italiens öffentlich bekannt gegeben. Die Deutschen hatten sich schon seit dem Fall Mussolinis auf solch einen Schritt vorbereitet, und ihre Truppen besetzten schnell das Zentrum und den Norden Italiens, einen großen Teil der besetzten Gebiete Griechenlands, Albaniens und Südfrankreichs. Mit den Truppen, die ihnen zu dieser Zeit zur Verfügung standen, konnten sie nicht das ganze adriatische Küstengebiet in die Hand nehmen, vor allem wegen der Partisanen Titos, die in den küstennahen Bergen festen Fuß gefaßt hatten. Für die Juden auf der Insel Rab war es ein Glück, daß die Insel nicht von den Deutschen besetzt, sondern durch die Partisanen befreit wurde. Die Juden wurden sofort in die befreiten Gebiete gebracht. Die Kriegstüchtigen schlossen sich Titos Partisanen an, Frauen, Kinder und Greise fanden in den Dörfern und Kleinstädten der Gegend Asyl bis zum Ende des Krieges[55].

Als Rab von den Partisanen befreit wurde, zogen deutsche Truppen aus der Gegend von Mostar nach Dubrovnik. Die Stadt war von großer strategischer Bedeutung und ein wichtiger Punkt im Falle einer Invasion der Alliierten an der adriatischen Küste. In der Nacht vom 8. zum 9. September 1943 bekam Standartenführer Schmidhuber, Befehlshaber des zweiten Regiments der SS-Division „Prinz Eugen", den Befehl, Dubrovnik zu nehmen[56].

Schmidhuber forderte von Amico, zu kapitulieren und das Gebiet von Dubrovnik den Deutschen zu übergeben. Der italienische General lehnte dies jedoch ab und schlug vor, ihm und seinen Truppen den Rückzug in die Bucht von Kotor, südlich von Dubrovnik, zu gestatten. Inzwischen war die deutsche Spitzeneinheit bis zum Hafen von Metkovic im Norden von Dubrovnik vorgedrungen und kam dort unter italienisches Feuer. Amico versuchte immer noch ein Blutbad zu vermeiden und schlug den Deutschen vor, seine Truppen aus der Küstenzone zurückzuziehen und in Dubrovnik zu sammeln. Schmidhuber lehnte diesen Vorschlag ab und verlangte die Auslieferung der schweren Waffen. Ansonsten, so drohte er, werde er die Stadt aus der Luft bombardieren lassen. Als Amico erfuhr, daß seine italienischen Nachbareinheiten sich schon ergeben hatten und er allein im Kampf stand, willigte er in die Übergabe der schweren Waffen ein. Der Waffenstillstand sollte am Nachmittag des 11. September in Kraft treten; indessen behaupteten die Deutschen, erneut von den Italienern beschossen worden zu sein, und hielten das Abkommen nicht ein. Wie der deutsche Befehlshaber in seinem Bericht schrieb, war „die Zeit für Vereinbarungen vorüber, es gibt nur mehr bedingungslose Kapitulation".

Die Stuka-Flugzeuge griffen in einer Welle nach der anderen Dubrovnik an. Die Altstadt, ein architektonisches Prachtwerk, wurde schwer beschädigt, das italienische Generalstabsquartier völlig zerstört und die Schiffe im Hafen versenkt. Die Italiener, ohne Flugzeugabwehr, waren völlig machtlos. In der Nacht vom 11. zum 12. September fing der deutsche Angriff auf die Stadt an. Am nächsten Morgen wurde Amico von einer deutschen

[55] Shelah, History of Holocaust, S. 271 f., 331–339; Menachem Shelah, Das Schicksal der jüdischen Flüchtlinge auf der Insel Rab, in: Yalkut Moreschet 30 (1980), S. 203–211.

[56] „Prinz Eugen" kam vor Ende Juli in die Gegend von Mostar, im Rahmen der Vorbereitungen für den Fall eines italienischen Austritts aus dem Krieg. Vgl. Bogdan Krizman, Ustase i Treci Rajh, Zagreb 1983, S. 55.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Patrouille festgenommen, nach einem Gegenangriff jedoch wieder befreit. Bis in die Mittagsstunden fanden schwere Straßenkämpfe statt; um 12.15 Uhr mußte Amico die Kapitulation seiner Truppen unterschreiben. Am Ende der Kapitulationszeremonie wurde Amico von Soldaten der Waffen-SS weggeführt und durch Genickschuß getötet[57]. Dem deutschen Bericht nach „starben 14 tapfere Deutsche im Feuer der Verräter den Heldentod. Allerdings büßten auch über 70 Italiener ihr Leben ein. Der Verräter, General Amico, wurde erschossen." Das Teilkommando der Sipo und des SD, das Schmidhuber begleitete, entwaffnete die Italiener, deren Anzahl sich dem Bericht zufolge auf ca. 35 000 Mann belief, und brachte sie in Gefangenenlager, die in Sarajewo errichtet wurden[58].

Es besteht kein Zweifel, daß Amicos Schicksal schon vor dem deutschen Angriff auf Dubrovnik besiegelt war. Die Deutschen betrachteten ihn als ihren Feind und als Verräter und hofften sich seiner noch vor der Kapitulation Italiens zu entledigen. Der Gesandte Kasche schrieb am 29. August 1942, daß General Roatta, Kommandeur der Zweiten Armee, ihm versprochen hätte, Amico aus der Gegend zu entfernen und dann zu befördern, und fügte hinzu: „So werden wir diesen abscheulichen General los werden."[59] Was Amicos Lage noch verschlimmerte und ihn von den anderen italienischen Generälen unterschied, war sein Entschluß, sich nicht ohne Kampf zu ergeben. Sein tapferes Verhalten gegenüber der deutschen Übermacht zeugt von seiner Persönlichkeit, seinem Charakter und seinen Anschauungen.

Amicos Mörder, Standartenführer Schmidhuber, wurde zum Gouverneur von Dubrovnik ernannt, und eine seiner ersten Handlungen war, die Juden, die noch im Gebiet geblieben waren, zu verhaften. Am 21. September, neun Tage nach der Eroberung, sandte der deutsche Konsul in Dubrovnik, Aeldert, ein Telegramm an den Repräsentanten der Abwehr in Zagreb:

---

[57] Schmidhuber wird von den Italienern als der agierende Befehlshaber der Division bezeichnet, was nicht stimmt; vgl. Torsiello, Le operazioni, S. 402; zum Zeitpunkt und zur Hinrichtung Amicos, S. 403. Die italienische Darstellung und die Schmidhubers über die Kapitulationszeremonie sind verschieden.

[58] Die Schilderung des Kampfes beruht auf dem Bericht Schmidhubers, der versucht die Operation zu verherrlichen, wonach einige hundert tapfere und entschlossene Soldaten der Waffen-SS 30 000 mit Panzern und Kanonen ausgerüstete Italiener unterwarfen. Die Wahrheit ist, daß wegen der absoluten Luftherrschaft der Deutschen die Italiener keine Aussicht hatten auszuhalten. Die Italiener ergaben sich erst nach schweren, ununterbrochenen Fliegerangriffen; vgl. Die Besetzung Dubrovniks am 12. September 1943, in: PA/AA, NL Kasche 6/5. Die italienische Darstellung des Kampfes unterscheidet sich in einigen wichtigen Punkten von der deutschen. Schmidhuber behauptet, er habe alle Verhandlungen mit Amico geführt; die Italiener dagegen schreiben, daß die Verhandlungen vom Kommandeur des Armeekorps, Piazzoni, geführt worden wären und er um 14.00 Uhr die Kapitulation unterschrieben habe. Die Italiener behaupten, Piazzoni wäre von den Deutschen nach Mostar gebracht worden, während seine beiden Divisionsgeneräle, Amico und Spicacci, in Dubrovnik geblieben wären, um die Ergebung ihrer Truppen zu überwachen. In dem Buch über die Geschichte der Waffen-SS Division „Prinz Eugen", in dem die „Heldentaten" der Truppe geschildert werden, steht kein Wort über die Greueltaten, Morde und Kriegsverbrechen der Division, und auch die fragwürdigen Ereignisse in Dubrovnik werden übergangen. Vgl. Otto Kumm, „Vorwärts Prinz Eugen! Geschichte der 7. SS-Freiwilligen-Gebirgs-Division „Prinz Eugen", Osnabrück 1984.

[59] Krizman, Pavelic i Ustase, S. 369.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Standartenführer Schmidhuber beabsichtigt die hiesigen Juden erschießen zu lassen. Polizeichef ist beauftragt, die Liste aufzustellen. Es sollen auch alle Halbjuden und alle mit Ariern verheiratete Juden betroffen werden. Wenn letzteres, als der kroatischen Auffassung widersprechend, nicht geschehen soll, anheimstelle ich entsprechend Befehl an das Regimentskommando 2. SS-Jäger Regiment zu erwirken."[60]

Es ist nicht klar, ob Schmidhuber seine Vorhaben in die Tat umsetzte. Aber gemessen an seinen früheren und nachmaligen Taten war die Ermordung einiger Dutzend Juden kein Problem für ihn. Seine Auszeichnung als „furchtloser Offizier" sowie seine Eigenschaft als hartherziger Mörder machten Schmidhuber für hohe Posten geeignet. Zur Belohnung für seine Taten wurde er Anfang 1944 zum Oberführer befördert und zum Kommandeur einer neuen Division der Waffen-SS ernannt, die im Kosovo aufgebaut wurde. Seine Untergebenen, Soldaten der Division „Skendeberg", die zum größten Teil albanischen Ursprungs waren, kämpften gegen die Partisanen und machten sich vieler Kriegsverbrechen schuldig. Unter anderem verhafteten sie im Mai 1944 400 Juden in der Gegend von Kosovo und deportierten sie nach Bergen-Belsen. Im Februar 1945 übernahm er den Befehl seiner Muttereinheit, der Waffen-SS-Division „Prinz Eugen", und fiel in jugoslawische Gefangenschaft. Er wurde vor Gericht gestellt und einer ganzen Reihe von Kriegsverbrechen gegen die jugoslawische Bevölkerung beschuldigt. Nach seiner Verurteilung zum Tode wurde er im Februar 1947 gehängt[61].

In einem vom Generalstab der italienischen Armee herausgegebenen Buch, das den Soldaten gewidmet ist, denen die höchste italienische militärische Auszeichnung verliehen wurde, die goldene Heldenmedaille, steht neben General Amicos Namen folgendes geschrieben:

„Ein tapferer Divisionsgeneral, der nach dem Waffenstillstand (mit den Alliierten) alles getan hat, um die deutschen Truppen aufzuhalten, die versuchten seine Soldaten zu überwältigen. Nachdem er auf Befehl seiner Vorgesetzten ein Abkommen mit den Deutschen unterschrieben hatte, haben diese das Abkommen gebrochen und ihn in Gefangenschaft genommen. Er wurde von seinen Soldaten aus der Gefangenschaft befreit, griff an der Spitze eines seiner Regimenter die deutsche Kommandantur an und zwang sie zum Rückzug. Gegen den Befehl seiner Vorgesetzten, den Kampf einzustellen, leistete er den Deutschen weiteren Widerstand, bis er in Gefangenschaft fiel. Auf dem Weg in die Gefangenschaft wurde er grausam ermordet, und damit endete das Leben eines tapferen Soldaten."[62]

---

[60] Abwehrstelle Agram an die deutsche Gesandtschaft Zagreb, in: PA/AA, NL Kasche 1/31. Ende Oktober kam der Gesandte Kasche nach Dubrovnik, und in einer Unterhaltung mit Schmidhuber wurde „die Lösung der Judenfrage" erörtert; vgl. Kasches Tagebuch vom 20.10.1943, in: Ebenda.

[61] Zur Ernennung Schmidhubers vgl. P.D. Ivanov, 21. SS Divizija Skendenberg, Belgrad 1987, S. 162, 243. Eine Photographie Schmidhubers, wie er von den Partisanen in die Gefangenschaft geführt wird, ist auf S. 258 wiedergegeben; zu den Kriegsverbrechen der Division vgl. S. 192 ff.; zur Judenverhaftung P.D. Ivanov, Jevreji Kosova i Metohije, Belgrad 1988, S. 59, 72. Zum Gerichtsverfahren gegen Schmidhuber vgl. J. Popovic, Vjesala za Generale, Zagreb 1986, S. 155–214.

[62] ASSUSME, Medaglie d'Oro al Valor Militare, S. 306 f.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

KATHRIN WEBER

ITALIENS WEG IN DIE NATO
1947–1949

Als die USA, Kanada und die Brüsseler-Pakt-Staaten im Frühjahr 1948 Verhandlungen über die Gründung einer westlichen Verteidigungsgemeinschaft aufnahmen, stellte sich auch die Frage der Mitgliedschaft Italiens[1]. Besonders die Vereinigten Staaten waren auf Grund der strategischen Bedeutung des Landes für den Mittelmeerraum sehr an der Einbeziehung Italiens interessiert[2]. Die übrigen Mächte nahmen, mit Ausnahme Frankreichs, in diesem Punkt eine eher ablehnende Haltung ein. Auch in Italien selbst war die Frage äußerst umstritten. Es entwickelte sich dort eine heftige öffentliche Diskussion, die der italienische Historiker Alfonso Sterpellione als „die wichtigste Debatte der Nachkriegszeit über die Wahl des einzuschlagenden Weges in der internationalen Politik" bezeichnet hat[3]. Sowohl die oppositionellen Linksparteien als auch große Teile der von der Democrazia Cristiana (DC) geführten Regierungskoalition lehnten die Mitgliedschaft Italiens in einem Militärbündnis ab und traten für die Neutralität des Landes ein.

Daraus folgte, daß auch die Regierung De Gasperi in der Frage der NATO-Mitgliedschaft eine zögernde Haltung einnahm. Erst sehr spät entschied sie, dem Bündnis beizutreten, und erst sehr spät leitete sie die dazu notwendigen diplomatischen und innenpolitischen Schritte ein. Welche Überlegungen und Motive führten letztlich zu dieser Entscheidung? Wie gelang es der Regierung, diese gegen die starken externen und internen Widerstände durchzusetzen? Diesen Fragen soll in dem vorliegenden Aufsatz nachgegangen werden. Grundlage der Untersuchung bilden in erster Linie Quellen und Literatur aus Italien, wo dieses Thema bereits recht gut erforscht ist[4]. In der englisch- und deutschsprachigen Literatur ist diesem interessanten Aspekt der italieni-

---

[1] Vgl. Reid, Escott: Time of Fear and Hope. The Making of the North Atlantic Treaty 1947–1949, Toronto 1977, S. 70 und Henderson, Nicholas: The Birth of NATO, London 1982, S. 55 f.

[2] Vgl. Smith, Emory Timothy: The United States, Italy and NATO: American Policy toward Italy, 1948–1952, Kent State University 1981, S. 5 und S. 30 ff.

[3] Sterpellione, Alfonso: Vent'anni di politica estera, in: Bonanni, Massimo (Hrsg.), La politica estera della Repubblica Italiana, Mailand 1967, S. 217.

[4] Zu nennen ist hier in erster Linie folgende Literatur: Di Nolfo, Ennio/Rainero, Romain H./Vigezzi, Brunello (Hrsg.): L'Italia e la Politica di Potenza in Europa (1945–50), Mailand 1990; Vigezzi, Brunello: La dimensione atlantica, Mailand 1987; Varsori, Antonio: La scelta occidentale dell'Italia 1948–1949, in: Storia delle relazioni internazionali 1 (1985), S. 95–159; Nuti, Leopoldo: L'esercito italiano nel dopo guerra. La sua ricostruzione e l'assistenza militare alleata, Rom 1989.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Nachkriegsgeschichte jedoch bisher wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Daher erscheint es sinnvoll und wichtig, die damaligen Ereignisse auch der deutschen Leserschaft näherzubringen.

I.

Italien ging aus dem Zweiten Weltkrieg als besiegte Macht hervor. Wirtschaftlich und militärisch schwach, politisch gespalten und von fremden Streitkräften besetzt, hatte der Apenninenstaat alle Merkmale einer europäischen Großmacht verloren. Durch das zweite Waffenstillstandsabkommen vom 29. September 1943 wurde die Souveränität des Landes erheblich eingeschränkt. Zwar erklärten die Alliierten Italien nach der Kriegserklärung an Japan und Deutschland zur mitkriegführenden Nation („nazione cobelligerante"), der Rang eines Verbündeten wurde den Italienern damit aber nicht eingeräumt. So befand sich das Land trotz schrittweiser Erleichterungen erst Ende 1945 wieder vollständig in italienischer Hand[5]. Insbesondere die Briten taten sich lange Zeit schwer damit, bei den Besatzungsmächten liegende Kompetenzen an Italien zurückzugeben. Die Regierung Churchill sah Italien als ehemaligen Verbündeten Hitler-Deutschlands an und wollte das Land entsprechend bestraft wissen. Zudem verfolgte London das Ziel, Italien schwach zu halten, um so die eigene Politik im strategisch bedeutenden Mittelmeerstaat nach dem Zweiten Weltkrieg am besten zur Geltung bringen zu können[6]. Mit dieser Politik stand Großbritannien im offenen Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, die die rasche Schaffung eines selbstbewußten demokratischen Italiens anstrebten[7].

Italien befand sich in der heiklen Lage, gleichzeitig Feind und mitkriegführende Nation zu sein. Die Regierung Badoglio bemühte sich daher mit allen Mitteln, für Italien den Status eines „Alliierten" zu erlangen – jedoch ohne Erfolg[8]. Die Rolle Italiens im Zweiten Weltkrieg war noch lange nicht vergessen und nicht ohne Auswirkungen auf die politische Bedeutung des Landes, die nach 1943 beträchtlich sank. Den Italienern fiel es allerdings schwer, ihre neue, weniger gewichtige Position in der internationalen Politik anzuerkennen. Vielmehr empfanden sie diese als ungerechtfertigt und stellten ihrerseits, in völliger Überschätzung ihres politischen Gewichts, Forderungen an die

---

[5] Vgl. Macmillan, Harold: War Diaries. Politics and War in the Mediterranean January 1943–May 1945, London 1985, S. 551.

[6] Vgl. Petersen, Jens: Sommer 1943, in: Woller, Hans (Hrsg.), Italien und die Großmächte 1943–1949, München 1988, S. 23–48. Ausführliche Darstellungen der britischen Italienpolitik zu dieser Zeit finden sich bei Miller, James E.: The United States and Italy 1940–1950. The politics and diplomacy of stabilization, London 1986, S. 76–80, und bei Varsori, Antonio: Bestrafung oder Aussöhnung? Italien und Großbritannien 1943–1948, in: Woller, Italien und die Großmächte, S. 131–160.

[7] Vgl. Miller, James E.: Der Weg zu einer „Special Relationship". Italien und die Vereinigten Staaten 1943–1947, in: Woller, Italien und die Großmächte, S. 49–68, und Ellwood, David W.: Italy 1943–1945, Leicester University Press 1985, S. 72f. und S. 81.

[8] Vgl. Di Nolfo, Ennio: La formazione della politica estera italiana negli anni della nascita dei blocchi, in: Di Nolfo/Rainero/Vigezzi, L'Italia e la Politica di Potenza, S. 603–619, hier: S. 609.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Siegermächte. Das wurde besonders in bezug auf den Friedensvertrag deutlich. In Anlehnung an das Schlußkommuniqué von Potsdam nahmen die Italiener an, daß die Kriegserklärung an Deutschland und Japan, der Kampf an der Seite der Alliierten und der Einsatz der Resistenza einen positiven Einfluß auf den Verlauf der Friedensverhandlungen nehmen würden[9]. Ende Dezember 1945 beschlossen die Außenminister der vier Großmächte jedoch, über einen Friedensvertrag ohne die Beteiligung Italiens zu verhandeln. Alle diplomatischen Proteste Roms gegen diese Vorgehensweise blieben erfolglos. Am 10. Februar 1947 wurde der Friedensvertrag nach langwierigen Verhandlungen in Paris unterzeichnet. Italien verlor damit sämtliche Kolonien in Afrika, es mußte die Reduzierung und Entwaffnung der Streitkräfte hinnehmen, deren Stärke künftig beschränkt war, und wurde verpflichtet, Reparationen zu leisten.

Die Klauseln des Friedensvertrages stießen bei allen Parteien auf starke Kritik[10]. Trotzdem plädierten Ministerpräsident De Gasperi und Außenminister Carlo Sforza – wissend, daß es keine Alternative dazu gab – in der Verfassunggebenden Versammlung für die Ratifizierung des Vertrages, der schließlich auch trotz vieler Vorbehalte angenommen wurde[11]. Italien hatte damit zwar die volle staatliche Souveränität wiedererlangt, gleichzeitig mußten die Italiener aber auch zur Kenntnis nehmen, daß ihre Stimme im Konzert der europäischen Mächte erheblich an Gewicht verloren hatte. Die Revision des Friedensvertrages und die damit verbundene Wiedererlangung der Gleichberechtigung mit den übrigen westeuropäischen Staaten waren daher fortan die wichtigsten außenpolitischen Ziele Italiens[12].

Mit der Teilnahme am Marshall-Plan kam das Land diesem erklärten Ziel im Sommer 1947 ein Stückchen näher[13]. De Gasperi war es gelungen, die Beteiligung Italiens gegen den Widerstand der starken kommunistischen Partei durchzusetzen und sein Land damit wirtschaftlich an den Westen zu binden[14]. Bei den Parlamentswahlen am

---

[9] Vgl. Rede De Gasperis vor der Assemblea Costituente am 31. 7. 1947, in: Assemblea Costituente, Atti della Assemblea Costituente, Discussioni 2, 12 luglio–31 luglio 1947, Rom 1948, S. 302 und Pastorelli, Pietro: La crisi del marzo 1948 nei rapporti italo-americani, in: Ders., La politica estera italiana del dopoguerra, Bologna 1987, S. 123–144. Zu den Vereinbarungen von Potsdam siehe Foreign Relations of the United States (FRUS), The Conference of Berlin (Potsdam) 1945, Vol. II, Washington 1960, S. 1509.

[10] Vgl. Ferrara, Mario: La politica estera dell'Italia libera (1943–1971), Mailand 1973, S. 33.

[11] Vgl. Sforza, Carlo: Cinque anni a Palazzo Chigi. La politica estera italiana dal 1947 al 1951, Florenz 1953, S. 18 und De Gasperi in einer Rede vor der Assemblea Costituente am 31. 7. 1947, in: Assemblea Costituente, Discussioni 2, S. 311.

[12] In einem Interview mit der amerikanischen Presseagentur International News Service am 27. 11. 1948 bezeichnete Außenminister Sforza die Revision des Friedensvertrages als eine „spezifische Konstante unserer Außenpolitik". Vgl. Archivio Centrale dello Stato (ACS) Rom, Carte Sforza, Schachtel 4. Vgl. auch Vigezzi, Brunello: La politica estera italiana e le premesse della scelta atlantica. Governo, diplomatici, militari e le discussioni dell'estate 1948, in: Ders., La dimensione atlantica, S. 1–63, S. 16f.

[13] Bei der im Juli 1947 in Paris stattfindenden Konferenz zur Annahme des Marshall-Plans trat Italien das erste Mal nach Kriegsende als gleichberechtigter Partner an der Seite der Siegermächte auf. Siehe hierzu auch Cacace, Paolo: Vent'anni di politica estera italiana (1943–1963), Rom 1986, S. 262.

[14] Mitte Mai 1947 hatte De Gasperi eine Regierungskrise eingeleitet und einige Tage später sein erstes Kabinett unter Ausschluß der Sozialisten und Kommunisten gebildet. Vgl. Harper, John Lamberton:

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

18. April 1948 wurde dieser Kurs von den Wählern bestätigt. Die Democrazia Cristiana errang mit 48,5 Prozent der Stimmen einen deutlichen Sieg über die in einer Art Einheitsfront zusammengeschlossenen Linksparteien. Damit war der Grundstein für die Westintegration Italiens gelegt, die De Gasperi und sein Außenminister Sforza in den folgenden Jahren mit äußerster Vorsicht, aber kontinuierlich vorantrieben[15].

II.

Am 22. Januar 1948 formulierte der britische Außenminister Bevin in einer Rede vor dem Unterhaus die Idee zur Gründung eines westeuropäischen Verteidigungsbündnisses, dem neben Frankreich, Großbritannien und den Benelux-Staaten auch andere europäische Länder, wie etwa Italien, angehören sollten[16]. Aus dieser weltweit mit großem Interesse verfolgten Rede erwuchs für Italien erstmals die Notwendigkeit, zu der Frage der Einbindung des Landes in ein militärisches Bündnis Stellung zu nehmen. In ersten Äußerungen von italienischen Regierungsmitgliedern wurde die Initiative Bevins begrüßt und eine Beteiligung Italiens an der neuen Allianz als möglich und wünschenswert bezeichnet[17]. Doch schon bald wurde deutlich, daß gewichtige Argumente gegen ein zu starkes Engagement der Regierung für ein solches Bündnis sprachen[18].

Zum einen waren die Beziehungen zwischen Rom und London zum damaligen Zeitpunkt von starken Spannungen geprägt. Grund dafür war die Frage der Zukunft der ehemals italienischen Kolonien in Afrika. Rom versuchte, dort ein Mitspracherecht zu erlangen, was die Briten strikt ablehnten[19]. In Anbetracht dieses ungelösten Problems schien die Beteiligung an einem Bündnis unter britischer Vorherrschaft wenig attraktiv. Zum anderen zwang die rasch einsetzende Polemik der italienischen Linksparteien gegen die Pläne Bevins zur Zurückhaltung[20]. Italien befand sich mitten

---

America and the reconstruction of Italy, 1945–1948, New York 1986, S. 125 ff. und Smith, American Policy toward Italy, S. 26 ff.

[15] Vgl. Lill, Rudolf: Geschichte Italiens in der Neuzeit, Darmstadt [4]1988, S. 396.

[16] Vgl. Henderson, Birth of NATO, S. 6.

[17] Vgl. „L'Italia sarà felice di collaborare in parità assoluta", in: Corriere della Sera vom 23. 1. 1948 und Zeno, Livio: Ritratto di Carlo Sforza, Florenz 1975, S. 212 ff.

[18] Vgl. Smith, American Policy toward Italy, S. 82 und Varsori, Antonio: De Gasperi, Nenni, Sforza e il loro ruolo nella politica estera italiana del secondo dopoguerra, in: Di Nolfo/Rainero/Vigezzi, L'Italia e la Politica di Potenza in Europa, S. 59–91, S. 79.

[19] Vgl. Toscano, Mario: Appunti sui negoziati per la partecipazione dell'Italia al Patto atlantico, in: Storia e Politica 1 (1962), S. 1–37 und S. 196–231, S. 6. Die Beziehungen waren zudem durch den sogenannten „Fall von Mogadischu" belastet, bei dem am 11. 1. 1948 in der somalischen Hauptstadt über 50 italienische Staatsbürger unter ungeklärten Umständen ums Leben gekommen waren.

[20] Zur Kritik der Linksparteien siehe insbesondere Galante, Severino: La politica del PCI e il Patto atlantico, Padua 1973, S. 68 und Decleva, Enrico: La sinistra democratica italiana fra Unione Europea e Communità atlantica (1948–1950), in: Poidevin, Raymond (Hrsg.): Histoire des Débuts de la construction européenne (mars 1948–mai 1950), Actes du Colloque de Strasbourg 28–30 Novembre 1984, Brüssel 1986, S. 261–283.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

im Wahlkampf, der im Zeichen der Frage nach der künftigen politischen Orientierung des Landes stand. Alle Parteien, einschließlich der DC und ihrer kleinen Bündnispartner, hatten sich dabei deutlich gegen den Beitritt Italiens zu einem Militärbündnis ausgesprochen[21]. Jede Initiative von Seiten der Regierung wäre daher einem Kurswechsel gleichgekommen und hätte die Politik De Gasperis unglaubwürdig erscheinen lassen[22].

Bei einer Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter in Rom, Dunn, machte De Gasperi diese Situation auch gegenüber den USA deutlich. Auf die Haltung der italienischen Regierung zum Brüsseler Pakt angesprochen, sagte er, daß er die Vereinbarung für „exzellent" halte und hoffe, daß „Italien eventuell Mitglied werden würde". Auf Grund des Fehlens eines handlungsfähigen Parlaments und in Anbetracht der bevorstehenden Wahlen sei es für Italien aber nicht ratsam, zum jetzigen Zeitpunkt einen Schritt in Richtung des neuen Bündnisses zu unternehmen[23].

Nach dem Wahlsieg der DC waren die Gründe für diese Zurückhaltung entfallen. Fragen der äußeren Sicherheit des Landes gewannen nun in der politischen Diskussion an Bedeutung. Nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages und dem endgültigen Abzug der alliierten Truppen im Dezember 1947 befanden sich die italienischen Streitkräfte in einem desolaten Zustand. Die Armee wäre sowohl hinsichtlich ihrer Personalstärke als auch hinsichtlich ihrer Ausrüstung nicht in der Lage gewesen, einen Angriff aus dem Osten aus eigener Kraft abzuwehren[24], wie sich aus mehreren alarmierenden Berichten der Stabschefs über die Lage der Teilstreitkräfte ergeben hatte[25]. Auch einige einflußreiche italienische Diplomaten versuchten, ihre Regierung von der Dringlichkeit von Initiativen zur Verbesserung der äußeren Sicherheit des Landes zu überzeugen. So schrieb beispielsweise der italienische Botschafter in Washington, Tarchiani, im April 1948, er halte es für „eine heilige Pflicht", daß Italien sich umgehend mit den Belangen der eigenen Verteidigung befasse[26]. In verschiedenen Unterredungen mit bedeutenden Repräsentanten der amerikanischen Regierung hatte Tarchiani erfahren, daß die USA daran dachten, ihre europäischen Partner durch die Schaffung eines „militärischen Beistandssystems" zu schützen, und daß die Präsenz Italiens in der westlichen Staatengruppe in Washington „lebhaft erwünscht" sei[27].

---

[21] So z. B. der damalige politische Sekretär der Partei, Piccioni, in einer Wahlkampfrede am 1. 3. 1948 in Genua; vgl. Piccioni, Attilio: Scritti e discorsi 1944–1965, hrsg. von Carlo Dané, Vol. II, Rom 1979, S. 250 und ein Artikel der Parteizeitung „Il Popolo" mit dem Titel „Nessun impegno per una ipotetica alleanza militare" vom 28. 10. 1948.

[22] Vgl. Di Nolfo, Ennio: Problemi della politica estera italiana 1943–1950, in: Storia e Politica 14 (1975), S. 295–317, S. 314.

[23] Dunn an Marshall, 16. 3. 1948, in: FRUS 1948, Vol. III, Washington 1974, S. 54.

[24] Die Gesamtstärke der Streitkräfte war im Friedensvertrag auf 300 000 Mann beschränkt. In den unmittelbaren Nachkriegsjahren lag der Umfang jedoch weit darunter. Vgl. Nuti, L'esercito italiano, S. 153 f.

[25] Von Seiten der militärischen Führung wurde daher u. a. eine Heeresreform gefordert. Vgl. Nuti, ebenda, S. 158 ff.

[26] Tarchiani, Alberto: Dieci anni fra Roma e Washington, Mailand 1955, S. 148.

[27] Vgl. Memorandum of Conversation by the Director of the Office of European Affairs (Hickerson),

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Durch diese Gespräche ermutigt, begab sich Tarchiani im Mai 1948 nach Rom, um dort mit wichtigen Regierungsmitgliedern über die „Notwendigkeit des Beitritts Italiens zum westlichen Bündnis" zu sprechen. Dabei stieß er auf Seiten De Gasperis und Sforzas auf vorsichtige Zurückhaltung. Der Ministerpräsident fürchtete die Reaktion der Opposition, und Sforza vertrat die Ansicht, daß der richtige Moment für einen Beitritt noch nicht gekommen sei[28]. Neben der Rücksichtnahme auf die innenpolitischen Verhältnisse dürften folgende Gründe für diese Haltung ausschlaggebend gewesen sein: Der Beitritt Italiens zum Brüsseler Pakt hätte die Regierung vor große innenpolitische Probleme gestellt, ohne daß damit eine adäquate Gegenleistung auf dem Gebiet der militärischen Sicherheit verbunden gewesen wäre. Die Regierung in Rom sah in dem europäischen Verteidigungsbündnis eine „traditionelle militärische Allianz", die in erster Linie vor einer erneuten deutschen Aggression schützen sollte, in militärischer Hinsicht jedoch keine Vorteile für Italien habe[29]. Hinzu kam, daß die Regierung De Gasperi dem Brüsseler Pakt auch bezüglich der europäischen Integration wenig Bedeutung beimaß. Die Italiener waren primär an einer Verbesserung ihrer Beziehungen zu Frankreich und Großbritannien interessiert. Durch den Beitritt zum Brüsseler Pakt glaubten sie nicht, diesem Ziel näher zu kommen, und räumten daher bilateralen Verhandlungen Priorität ein[30]. Schließlich wurde die Frage des Beitritts zum Brüsseler Pakt von der italienischen Regierung immer wieder mit den ungelösten Problemen des Friedensvertrages in Verbindung gebracht. So betonte Außenminister Sforza vor der Presse, daß Italien einem militärischen Bündnis nur unter der Bedingung der „absoluten Parität" beitreten könne[31]. Und der italienische Botschafter in Paris, Quaroni, machte in einem Gespräch im Quai d'Orsay gegenüber Frankreich deutlich, daß ein Beitritt Italiens zum Brüsseler Pakt nur möglich sei, wenn zuvor das Problem der „moralischen Gleichheit" und die Frage der militärischen Beschränkungen des Friedensvertrages geklärt würden[32].

Einige Autoren vertreten daher die These, daß der Beitritt möglicherweise bewußt hinausgezögert wurde, um die erwünschte Revision des Friedensvertrages zu erlangen[33]. Ausgangspunkt dieser These ist ein Interview De Gasperis mit der amerikanischen Nachrichtenagentur United Press vom 26. April 1948, in dem er die Lage Italiens wie folgt beschrieb: „Einerseits besteht der lebhafte Wunsch Italiens, eine aktivere Po-

27. 4. 1948, in: FRUS 1948, Vol. III, S. 793–796. Siehe auch Ortona, Egidio: Anni d'America, Vol. 1: La ricostruzione 1944–1951, Bologna 1984, S. 239.

[28] Vgl. Sforza, Cinque anni a Palazzo Chigi, S. 194 und Adstans (Pseud.): Alcide De Gasperi nella politica estera italiana (1944–1953), Mailand 1953, S. 121.

[29] Vgl. Nuti, L'esercito italiano, S. 169 f. und Vigezzi, La politica estera italiana, in: Ders., La dimensione atlantica, S. 18.

[30] Vgl. Pastorelli, Pietro: La politica europeista di De Gasperi, in: Ders., La politica estera italiana del dopoguerra, S. 145–208, S. 169, und Smith, American Policy toward Italy, S. 88.

[31] Vgl. „L'Italia sarà felice di collaborare in parità assoluta", in: Corriere della Sera vom 23. 1. 1948.

[32] Quaroni an Sforza, 8. 4. 1948, zit. in: Vigezzi, La dimensione atlantica, S. 72.

[33] Diese These wird u. a. vertreten von: Nuti, L'esercito italiano, S. 170 und vom Quartararo, Rosaria: Italia e Stati Uniti. Gli anni difficili (1945–1952), Neapel 1986, S. 260.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

litik auf dem Kontinent an der Seite der anderen Nationen zu führen. Andererseits jedoch verbieten uns die Beschränkungen des Friedensvertrages, die Verpflichtungen der Militärklauseln, der Entmilitarisierung und der Abrüstung das Minimum der Dinge zu tun, die Europa von uns erwartet."[34] In London und Washington wurden diese Äußerungen als Versuch Roms gewertet, den Beitritt Italiens zum Brüsseler Pakt an Bedingungen zu knüpfen. Besonders die britische Regierung zeigte sich darüber sehr verärgert[35].

Welche Intention sich tatsächlich hinter den Worten De Gasperis verbarg, ist nicht eindeutig zu klären. Fest steht aber, daß innerhalb der italienischen Regierung tatsächlich eine Tendenz bestand, den Beitritt zum Brüsseler Pakt von Fortschritten in der Frage der Revision des Friedensvertrages abhängig zu machen. Das beweist auch ein Memorandum des italienischen Außenministeriums, das Anfang Mai 1948 an die Botschafter in London, Washington und Paris versandt wurde. Darin heißt es, daß Italien auf die Unterstützung der USA bauen müsse, um den Beitritt zum westlichen Bündnis im eigenen Land konsensfähig zu machen. Den Vereinigten Staaten sollte dabei die Rolle zufallen, sich bei den westeuropäischen Mächten für die Lösung der noch offenstehenden Fragen im Sinne Italiens einzusetzen[36]. Mit anderen Worten: Die Regierung De Gasperi wollte mit amerikanischer Hilfe eine Revision des Friedensvertrages erreichen und damit die öffentliche Meinung für eine Unterstützung des Beitritts zum Brüsseler Pakt gewinnen[37].

Diese Zielsetzung beruhte jedoch auf einer Fehleinschätzung der Position der Brüsseler-Pakt-Staaten. Diese waren nämlich keineswegs dazu bereit, Italien in ihre Gemeinschaft aufzunehmen. Das machte auch Botschafter Quaroni in seiner Reaktion auf das Memorandum aus Rom deutlich. Im Verlauf seiner Gespräche in Paris habe er den Eindruck gewonnen, so hob er hervor, daß Frankreich, Großbritannien und die Benelux-Staaten nur ein „minimales Interesse" an einer italienischen Beteiligung am Brüsseler Pakt hätten[38]. Auch die italienische Botschaft in London teilte diese Einschätzung. Die britische Regierung sei keinesfalls dazu bereit, meinte Gallarati-Scotti, den Beitritt Italiens zum Brüsseler Pakt, dem sie ohnehin nicht vorbehaltlos gegenüberstehe, auch noch zu „bezahlen". Dasselbe gelte für die Benelux-Staaten[39].

In der Tat hatte das Interesse der Westmächte an einer Einbindung Italiens in den Brüsseler Pakt merklich abgenommen. Das war zum einen darauf zurückzuführen, daß durch den Wahlsieg De Gasperis eine gewisse innenpolitische Stabilisierung eingetreten war. Eine feste Verankerung Italiens im westlichen Bündnis schien daher nicht

---

[34] „Un'intervista al presidente del Consiglio. Il nostro apporto per l'Europa ostacolato dalle clausole del trattato", in: Il Popolo vom 27.4.1948.

[35] Vgl. Memorandum Achilles, in: FRUS 1948, Vol. III, S. 116.

[36] Eine ausführliche Darstellung des Memorandums findet sich bei Toscano, Patto atlantico, S. 15–20.

[37] Vgl. Pastorelli: La crisi del marzo, S. 140.

[38] Vgl. Toscano, Patto atlantico, S. 25.

[39] So die Einschätzung des italienischen Botschafters Gallarati-Scotti, vgl. ebenda, S. 21. Zur Haltung der Briten siehe auch: Folly, Martin H.: Britain and the issue of Italian membership of NATO, 1948–49, in: Review of International Studies 13 (1987), S. 177–196, S. 179ff.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mehr unbedingt notwendig[40]. Zum anderen hatten die stets zurückhaltenden und negativen Reaktionen der italienischen Regierung, nicht zuletzt auch das allzu selbstbewußte Interview De Gasperis vom 26. April, einen Stimmungswechsel verursacht[41]. Eine offizielle Einladung an Italien, dem Bündnis beizutreten, blieb daher ebenso aus wie eine konkrete Initiative Roms, sich den fünf Brüsseler-Pakt-Staaten anzuschließen[42].

Unterdessen versuchten die Botschafter Tarchiani, Quaroni und Gallarati-Scotti weiterhin, ihre Regierung von der außen- und sicherheitspolitischen Notwendigkeit eines Beitritts Italiens zum Brüsseler Pakt zu überzeugen. Welche Argumente sie dabei anführten, zeigt ein umfassender Briefwechsel vom Sommer 1948 zwischen den drei Botschaftern und dem Außenministerium in Rom. Bliebe Italien dem Brüsseler Pakt fern, so eines der Argumente, werde das Land zwangsläufig in die politische Isolation geraten[43]. Der Brüsseler Pakt biete zudem die einzige Möglichkeit, langfristig in den Genuß von amerikanischer Hilfe bei der Wiederbewaffnung zu gelangen. Die USA, so Quaroni, hätten bereits Ende 1947 gegenüber Frankreich und Großbritannien deutlich gemacht, daß sie lediglich einem Bündnis von Staaten, das selbst alle Anstrengungen zu seiner Verteidigung unternehme, Hilfe leisten könnten[44]. Wenn Italien also eine effiziente militärische Unterstützung erhalten wolle, müsse das Land dem Brüsseler Pakt beitreten. Nach Ansicht Quaronis dürfe diese Entscheidung nicht länger aufgeschoben werden[45].

Verfolgt man den Briefwechsel weiter, so wird deutlich, daß Sforza diese Auffassung Quaronis grundsätzlich teilte. Er maß jedoch der öffentlichen Meinung und den sensiblen innenpolitischen Verhältnissen zu jenem Zeitpunkt größere Bedeutung bei, wie er am 4. August Quaroni gegenüber gestand: „Bestimmte Formen der Sprache und bestimmte Entscheidungen hängen nicht von den Politikern ab, sondern vielmehr von einer nationalen Stimmung, die sich bis jetzt nicht gefestigt hat (...)."[46]

So nahm die Regierung in der Frage des Brüsseler Paktes weiterhin eine zögernde Haltung ein. Um dennoch mit den anderen westeuropäischen Staaten im Gespräch zu bleiben und eine außenpolitische Isolation zu vermeiden, ergriff die Regierung auf dem Gebiet der Europapolitik die Initiative. Am 18. Juli 1948 hielt Außenminister Sforza an der Universität von Perugia einen vielbeachteten Vortrag mit dem Titel „Wie gestalten

[40] Vgl. Vigezzi, Brunello: De Gasperi, Sforza, la diplomazia italiana e la politica di potenza del trattato di pace al patto altantico, in: Di Nolfo/Rainero/Vigezzi, L'Italia e la Politica di Potenza in Europa, S. 3–87, S. 19.

[41] Vgl. Pastorelli, La crisi del marzo, S. 142.

[42] Vgl. Sforza, Cinque anni a Palazzo Chigi, S. 194.

[43] Vgl. Quaroni an Sforza, 2. 6. 1948, zit. in: Vigezzi, La dimensione atlantica, S. 81; Tarchiani an Sforza, 12. 7. 1948, zit. in: ebenda, S. 106 und Gallarati-Scotti an Sforza, 20. 7. 1948, zit. in: ebenda, S. 117.

[44] Zu den Motiven dieser Haltung der Amerikaner siehe Reid, Escott: La nascita miracolosa dell'alleanza atlantica, in: Notizie NATO, Dicembre 1980, S. 194–200, S. 194–197.

[45] Vgl. Quaroni an Sforza, 28. 7. 1948, zit. in: Vigezzi: La dimensione atlantica, S. 155.

[46] Sforza an Quaroni, 4. 8. 1948, in: ebenda, S. 163. Vgl. dazu auch Sforza, Cinque anni a Palazzo Chigi, S. 196.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wir Europa?". Darin formulierte er die Idee zur Bildung einer europäischen Föderation, die die Staaten Europas in allen Bereichen miteinander verbinden und als Garant des Friedens dienen sollte[47]. In einem Memorandum an alle OEEC-Mitgliedsstaaten von August 1948 griff Sforza diesen Gedanken erneut auf und schlug darüber hinaus eine umfassende Weiterentwicklung der europäischen Zusammenarbeit auf der Basis des OEEC vor[48]. Dabei hob Sforza nicht nur auf wirtschaftliche, kulturelle und politische Kooperationsformen ab, sondern sprach auch von einer möglichen militärischen Zusammenarbeit: „Eine von Paris, vom OEEC ausgehende Union schließt in ihrem Rahmen durchaus nicht die Existenz einer militärischen Union, wie die des Brüsseler Paktes, aus. Es ist vielmehr wünschenswert, daß sich ihm [dem Brüsseler Pakt] andere Länder anschließen können, bis zu dem Tag, an dem die allgemeine europäische Union alle Kräfte, die sich der Verteidigung des Friedens und der Demokratie widmen, umschließt und vereint."[49]

Mit diesem Memorandum verfolgte die Regierung De Gasperi zwei grundlegende Ziele. Zum einen bot die Initiative zur Schaffung einer europäischen Union der italienischen Regierung die schon erwähnte Möglichkeit, eine neue Gesprächsrunde mit den westeuropäischen Staaten zu eröffnen[50]. Zum anderen war es Rom mit Hilfe des Memorandums gelungen, die Frage des Beitritts Italiens zu einem Militärbündnis unmittelbar an das Thema der europäischen Einigung zu knüpfen. Die europäische Union, als Ausdruck eines friedlichen und kooperativen Zusammenwirkens der einzelnen Staaten, sollte die Grundlage für eine Übereinkunft auch im militärischen Bereich schaffen. Das war besonders in Bezug auf die italienische Öffentlichkeit von großem Wert[51]. „Indem die italienische Regierung", so hat Brunello Vigezzi treffend geschrieben, „die eigene öffentliche Meinung dazu ersuchte, Europa auf der politisch-kulturellen Ebene beizutreten, bereitete sie sie damit indirekt auf die wesentlich verbindlicheren Diskussionen mit den Vereinigten Staaten auf der militärisch-strategischen Ebene vor."[52]

---

[47] Der vollständige Redetext mit dem Titel „Come fare l'Europa?" findet sich bei Sforza, ebenda, S. 483–496.

[48] Der OEEC, der europäische Wirtschaftsrat mit Sitz in Paris, wurde am 18. 4. 1948 zur Durchführung des Marshall-Plans gegründet. Am 14. 12. 1960 wurde er durch die OECD (Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), der neben den europäischen Staaten auch die USA und Kanada angehören, abgelöst.

[49] In: ACS, Carte Sforza, Schachtel 11.

[50] Vgl. Pastorelli, Pietro: L'adesione dell'Italia al Patto atlantico, in: Ders., La politica estera italiana del dopoguerra, S. 209–231, S. 216, und Quartararo, Italia e Stati Uniti, S. 273 f.

[51] Vgl. Sforza, Cinque anni a Palazzo Chigi, S. 194 f. Siehe dazu auch ein Telegramm Sforzas an die italienischen Botschafter in Moskau, Paris, London und Washington, Brosio, Gallarati-Scotti, Quaroni und Tarchiani, 31. 8. 1948, zit. in: Vigezzi, La dimensione atlantica, S. 181.

[52] Vigezzi, De Gasperi, S. 29. Vgl. auch Sterpellione, Vent'anni di politica estera, S. 228.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

III.

Als die Spannungen in Europa im Sommer 1948 mit der Berlin-Blockade ihren Höhepunkt erreichten, gab es zahlreiche Stimmen, die eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen beiden Blöcken in naher Zukunft nicht mehr ausschlossen. Im Falle eines solchen Konfliktes sah sich Italien nicht in der Lage, das nationale Territorium zu verteidigen. Die Apenninenhalbinsel wäre nach Einschätzung der Regierung infolge der eigenen militärischen Schwäche automatisch zum Schlachtfeld der Armeen anderer Länder geworden. Im Kabinett De Gasperi herrschte daher Einigkeit darüber, daß Italien nicht neutral und unbewaffnet zugleich bleiben konnte[53]. In dieser Situation reifte in Rom ein Entschluß heran, dessen Verwirklichung eine nahezu perfekte Lösung der anstehenden Probleme verhieß. Man wollte versuchen, eine informelle militärische Kooperation mit den USA zu erreichen, die es Italien ermöglichte, seine militärische Verteidigungsfähigkeit wesentlich zu verbessern, und es zugleich der Notwendigkeit enthob, dem westlichen Verteidigungsbündnis beitreten zu müssen[54].

Zwar war man sich klar, daß die USA prinzipiell weder bilaterale Bündnisse schließen noch einzelne Staaten militärisch unterstützen wollten. Verschiedene amerikanische Äußerungen schienen jedoch eine Bestätigung dafür zu liefern, daß in diesem Fall eine Ausnahme möglich sei. So hatten amerikanische Diplomaten mehrfach die Bereitschaft der USA signalisiert, mit Italien in direkter und vertraulicher Weise Fragen der Verteidigung zu behandeln und die italienische Regierung auf jede mögliche und angemessene Art und Weise zu unterstützen[55]. Die Verhandlungen über den Atlantikpakt, die am 6. Juli 1948 in Washington begonnen hatten, sah die Regierung in Rom ebenfalls nicht als Hindernis für eine konkrete Hilfe durch die Vereinigten Staaten an. Details über die laufenden Verhandlungen waren nämlich noch nicht bekannt geworden, und die wenigen bis dahin bekannten Fakten stellten nichts Interessantes in Aussicht[56].

Die Idee der „bewaffneten Neutralität", die hinter all diesen Überlegungen stand, fand auch bei der militärischen Führung Zustimmung. So äußerte etwa General Trezzani die Ansicht, daß er die „bewaffnete Neutralität" bei einer entsprechenden militärischen Ausstattung Italiens durch ausländische Staaten für durchaus angemessen halte. Da Italien nach Einschätzung Trezzanis zudem von großem strategischen Interesse für die USA sei, hielt er eine entsprechende Hilfeleistung durch die Vereinigten Staaten für wahrscheinlich[57]. Diese Auffassung wurde von Außenminister Sforza geteilt, der die italienische Botschaft in Washington dazu aufforderte, mit der amerikani-

[53] Vgl. ACS, Verbali del consiglio dei Ministri 1948, busta 24, Sitzung vom 22. 10. 1948.

[54] Vgl. Nuti, L'esercito italiano, S. 170, Cacace, Vent'anni di politica estera italiana, S. 300f. und Varsori, La scelta occidentale, S. 150.

[55] Vgl. Lovett an Dunn, 20. 4. 1948, in: FRUS 1948, Vol. III, S. 876. Siehe dazu auch Nuti, ebenda, S. 171.

[56] Vgl. Gallarati-Scotti an Ministero, 27. 7. 1948, zit. in: Vigezzi: La dimensione atlantica, S. 139.

[57] Vgl. Memorandum Trezzanis an das italienische Außenministerium vom 30. 7. 1948, in: Nuti, L'esercito italiano, S. 383–386.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Regierung in einen offenen Meinungsaustausch über die Möglichkeiten einer militärischen Unterstützung für Italien zu treten[58]. Parallel dazu bemühte man sich auch auf militärischer Ebene, Verhandlungen mit den USA aufzunehmen. So machte etwa General Marras den amerikanischen General Clay bei einem Zusammentreffen Mitte Oktober 1948 mit dem Wunsch seiner Regierung bekannt, mit Washington über eventuelle gemeinsame Verteidigungsinitiativen zu sprechen[59]. Gleichzeitig traf der Stabschef der italienischen Marine, Admiral Maugeri, mit dem französischen General Revers zu einem Meinungsaustausch in Paris zusammen[60]. Außenminister Sforza nutzte seinerseits den Besuch des amerikanischen Außenministers Marshall am 18./19. Oktober in Rom, um nochmals die Frage der amerikanischen Hilfeleistungen anzusprechen. Marshall zeigte jedoch keinerlei Interesse und ging auf das Thema nicht näher ein[61].

Spätestens hier wurde deutlich, daß die Regierung in Rom die amerikanische Haltung nicht richtig eingeschätzt hatte. Die Amerikaner waren zwar grundsätzlich bereit, die Regierung De Gasperi zu unterstützen, sahen aber in einem effektiven europäischen Zusammenschluß die Grundvoraussetzung für konkrete militärische Hilfen[62]. Das Konzept der „bewaffneten Neutralität" hatte sich für Italien somit als Illusion erwiesen.

IV.

Im Oktober 1948 zeichneten sich bei den Verhandlungen zwischen den Brüsseler-Pakt-Staaten, den USA und Kanada neue Perspektiven ab. Nach Abschluß der ersten Gesprächsrunde (Juli-September 1948), über deren Inhalte kaum Informationen an die Öffentlichkeit gelangt waren, veröffentlichten die fünf europäischen Staaten am 26. Oktober ein gemeinsames Kommuniqué, in dem sie auf die Vorbereitungen zum Abschluß eines Atlantikpaktes hinwiesen[63]. Da die Vereinigten Staaten auf Grund ihrer finanziellen und militärischen Stärke die Führungsrolle in diesem Bündnis einnehmen würden, gewann das Projekt auch für Italien an Bedeutung. So setzte Ende Oktober ein deutlicher Wandel in der Außenpolitik Roms ein[64]. Die Regierung be-

[58] Vgl. Sforza an Brosio, Gallarati-Scotti, Quaroni und Tarchiani, 31. 8. 1948, zit. in: Vigezzi: La dimensione atlantica, S. 180.

[59] Vgl. The Papers of General Lucius D. Clay, hrsg. von Jean Edward Smith, Bloomington/Ind. 1974, S. 891 f.

[60] Vgl. Quaroni an Zoppi, 4. 10. 1948, zit. nach Vigezzi: De Gasperi, S. 38. Siehe hierzu auch Nuti, L'esercito italiano, S. 180 f.

[61] Vgl. Marshall an Lovett, 25. 10. 1948, in: FRUS 1948, Vol. III, S. 811 und Sforza, Cinque anni a Palazzo Chigi, S. 202 f.

[62] Vgl. Dunn an Marshall, 22. 10. 1948, in: FRUS 1948, Vol. III, S. 170.

[63] Vgl. „L'Unione Occidentale prepara l'alleanza atlantica", in: Corriere della Sera vom 27. 10. 1948 und Nuti, L'esercito italiano, S. 192.

[64] Vgl. Varsori, La scelta occidentale, S. 303.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mühte sich nun verstärkt darum, genauere Kenntnisse über Inhalt und Form des atlantischen Bündnisses zu erlangen und die Kontakte zu den westeuropäischen Staaten zu vertiefen.

Am 18. November 1948 begab sich Ministerpräsident De Gasperi auf eine Reise nach Belgien und Frankreich. Erste Station seines Aufenthalts war Brüssel, wo er am 19. November mit Ministerpräsident Spaak zu einer Unterredung zusammentraf. Gegenstand dieses Gespräches waren u. a. der Brüsseler Pakt, die laufenden Projekte zur europäischen Union und die Frage der italienischen Mitgliedschaft im Nordatlantikpakt[65]. Dann reiste De Gasperi nach Paris weiter. Dort traf er mit Regierungschef Queuille und Außenminister Schuman zusammen, um Fragen bezüglich des Brüsseler Paktes und der NATO zu erörtern. Die Franzosen versicherten De Gasperi dabei, daß Paris den Beitritt Italiens zum Brüsseler Pakt unterstütze und auch jede andere Art der Zusammenarbeit als wünschenswert erachte. Diese positive Haltung Frankreichs war für Italien von großer Bedeutung. Rom konnte nun im Falle einer zukünftigen Entscheidung, dem atlantischen Bündnis beizutreten, mit der vollen Unterstützung der Franzosen rechnen[66]. Anfang Dezember 1948 reiste der Stabschef des italienischen Heeres, General Marras, auf Einladung seines amerikanischen Kollegen General Bradley in die USA[67], wo er mit den wichtigsten militärischen und politischen Repräsentanten der Vereinigten Staaten zusammentraf[68]. Ziel dieser Reise war es, möglichst genaue Informationen über den Atlantikpakt zu erhalten, ohne sich bereits verbindlich auf einen Beitritt festzulegen[69].

Marras hatte vom Außenministerium die Weisung erhalten, keinerlei formelle oder geheime Verpflichtungen einzugehen. Der General sollte vielmehr deutlich machen, daß die italienische Regierung entschlossen sei, der europäischen Verteidigungsorganisation beizutreten, sobald die amerikanische Beteiligung daran in Form einer politischen Garantie und einer wirkungsvollen militärischen Unterstützung gesichert sei. Ferner sollte er sich genau über die operativen Details der amerikanischen Verteidigungspläne für Westeuropa informieren und versuchen, sofort militärische Hilfeleistungen von den Vereinigten Staaten zu erlangen[70].

Auch die amerikanische Regierung hatte ihre militärische Führung angewiesen, gegenüber den italienischen Gesprächspartnern keinerlei Andeutungen über die Posi-

[65] Vgl. „L'Unità Europea base della politica italiana", in: Corriere della Sera vom 23. 11. 1948.

[66] Vgl. De Gasperi, Maria Romana: La nostra patria Europea, Mailand 1969, S. 15 f.

[67] Diese Reise sollte ursprünglich bereits zwei Monate früher stattfinden, aber die Regierung in Rom fürchtete die öffentlichen Reaktionen auf ein derartiges Zusammentreffen der militärischen Führungsspitzen beider Nationen. So wurde die Reise Marras in die USA von seiten der Italiener zweimal verschoben. Vgl. Nuti, L'esercito italiano, S. 183–187 und Ortona, Anni d'America, S. 254–258.

[68] Vgl. Ilari, Virgilio: Le forze armate tra politica e potere 1943–1976, in: La Rivista Italiana di Strategia Globale (1984) H. 3, S. 171–208, S. 207 und Tarchiani, Fra Roma e Washington, S. 160.

[69] Vgl. Nuti, L'esercito italiano, S. 195.

[70] „Nicht datierte Notiz des italienischen Außenministeriums über den Besuch General Efisio Marras in den Vereinigten Staaten", zit. in: Ebenda, S. 393–396, mit bezug auf Archivio Storico Diplomatico del Ministero degli Affari Esteri (ASMAE), Affari Politici, Italia 1948, busta 150.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tion der US-Regierung in der Frage der Einbeziehung Italiens in „regionale Allianzen" zu machen[71]. Bei den Gesprächen wurde diese restriktive Haltung jedoch sowohl von amerikanischer als auch von italienischer Seite größtenteils aufgegeben. So betonte Marras, daß Italien dazu bereit sei, mit den westlichen Mächten in ein gemeinsames Bündnis einzutreten, und seine Gesprächspartner machten ihrerseits deutlich, daß sie Italien als ein natürliches und erwünschtes Mitglied einer jeden westlichen Verteidigungsorganisation betrachteten. Ferner wiesen sie darauf hin, daß die amerikanische Mithilfe bei der Wiederbewaffnung Europas noch der Zustimmung des Kongresses bedurfte. Mit dieser Entscheidung sei im Frühjahr des kommenden Jahres zu rechnen. Zur selben Zeit würde voraussichtlich auch der Nordatlantikpakt realisiert werden[72]. Eine vorherige Lieferung militärischen Materials an Italien sei daher nicht möglich. Auf die Frage Marras', ob der Beitritt Italiens zum Brüsseler Pakt für einen Beitritt zum Atlantikpakt notwendig sei, antworteten die Amerikaner, daß dies der beste Weg sei.

Diese deutlichen Äußerungen lieferten der italienischen Regierung ein klares Bild über die Haltung der Truman-Administration in der Frage der Wiederbewaffnung und Verteidigung Europas. General Marras faßte das Ergebnis der Gespräche wie folgt zusammen: „Die militärischen Hilfeleistungen an Italien von seiten der Vereinigten Staaten bewegen sich im Rahmen der militärischen Hilfeleistungen für die Staaten des Nordatlantikpaktes, zu denen der Kongreß sich noch äußern muß. Italien könnte, in Abhängigkeit von einem Beitritt zum Brüsseler Pakt und einer folgenden Eingliederung in den Atlantikpakt, Hilfeleistungen für die Wiederbewaffnung erhalten."[73]

Weitere interessante Informationen über den Atlantikpakt erhielt Außenminister Sforza bei einem Zusammentreffen mit seinem französischen Amtskollegen Schuman in Cannes am 20./21. Dezember 1948. Im Gegensatz zu den Amerikanern machten die Franzosen im Verlauf der Gespräche deutlich, daß die Mitgliedschaft im Brüsseler Pakt keine conditio sine qua non für den Beitritt zum atlantischen Bündnis sei. Was die Aufnahme Italiens in die NATO angehe, so bestünden allerdings von seiten der übrigen europäischen Staaten sowie von seiten Kanadas generelle Bedenken[74]. Die

[71] Grund für diese Zurückhaltung war die Tatsache, daß man sich bei den Sieben-Mächte-Verhandlungen über den Nordatlantikpakt noch nicht über die Rolle Italiens geeinigt hatte, und das State Department einer solchen gemeinsam zu treffenden Entscheidung nicht vorweggreifen wollte. Vgl. FRUS 1948, Vol. III, The Director of the Office of European Affairs (Hickerson) to the Director, Plans and Operations Division, General Staff, United States Army (Maddocks), Top Secret, 3. 12. 1948, S. 813 f.

[72] Vgl. Stato Maggiore Esercito degli Stati Uniti, Ufficio Piani e Operazioni. Memorandum per il Capo di Stato Maggiore US Army vom 21. 12. 1948, zit. in: Nuti, L'esercito italiano, S. 397–400.

[73] Vgl. Memorandum per il Sig. Ministro degli Affari esteri. Sintesi delle comunicazioni fatte dallo S. M. Americano nella riunione conclusiva, zit. in: Ebenda, S. 401 ff., S. 401.

[74] Vgl. Sforza, Cinque anni a Palazzo Chigi, S. 205. Für diese Ablehnung gab es verschiedene Gründe. Zum einen gehörte Italien in geographischer Hinsicht nicht zum nordatlantischen Raum, und man fürchtete, daß der Einschluß des Landes in das Bündnis den späteren Beitritt anderer mediterraner Staaten wie Griechenland und der Türkei nicht mehr aufhalten könne. Vom Beitritt dieser Länder wiederum erwartete man eine deutliche Schwächung des Bündnisses. Einige Staaten, wie z. B. Kana-

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vereinigten Staaten und Frankreich seien jedoch sehr an der Aufnahme Italiens interessiert[75].

Sowohl dieser Meinungsaustausch als auch Marras' Gespräche in den USA dürften nicht ohne Einfluß auf die Haltung der italienischen Regierung gegenüber dem Nordatlantikpakt gewesen sein. Die Italiener wußten nun, daß sie durch den Beitritt zum Bündnis in den Genuß amerikanischer Hilfeleistungen gelangen könnten und daß ein vorheriger Beitritt zum Brüsseler Pakt wohl vermeidbar war. So schrieb Sforza am 29. Dezember an Botschafter Tarchiani, daß er nun von der Notwendigkeit überzeugt sei, dem Atlantikpakt beizutreten[76], und am selben Tag erteilte er den italienischen Botschaftern in Brüssel, London, Ottawa, Washington und Paris eine dementsprechende Weisung. Darin hieß es, die Botschafter sollten nun die Zustimmung der italienischen Regierung zum Atlantikpakt verdeutlichen und signalisieren, daß Rom bereit sei, dem Bündnis beizutreten[77].

Ausschlaggebend für diesen Schritt dürfte neben den erwähnten bilateralen Gesprächen auch die deutliche Verbesserung der italienisch-britischen Beziehungen gewesen sein. So hatte der britische Außenminister Bevin Mitte Dezember gegenüber Gallarati-Scotti erkennen lassen, daß er nun den Einschluß Italiens in die Studienkommission zur Realisierung des Europarates befürworte[78]. Damit schien der Mitgliedschaft Italiens im Europarat nichts mehr im Wege zu stehen. Das war für Rom insofern von Bedeutung, als daß De Gasperi und Sforza bestrebt waren, mögliche militärische Bindungen des Landes eng an die europäische Einigungspolitik zu knüpfen[79].

---

da, befürchteten darüber hinaus, daß eine Beteiligung Italiens die öffentliche Unterstützung des Paktes innerhalb ihrer Länder vermindern könne. Großbritannien rechnete ferner damit, daß Italien für den Beitritt einen Preis in Form der Revision des Friedensvertrages oder in der Frage der Kolonien verlangen würde. Vgl. hierzu Reid, Time of Fear and Hope, S. 200ff., Henderson, Birth of NATO, S. 68–73, Smith, American Policy toward Italy, S. 95 ff. und FRUS 1948, Vol. III, Report of the International Working Group to the Ambassadors' Committee, 24. 12. 1948, S. 340ff.

[75] Frankreich war zum damaligen Zeitpunkt das Land, das sich am engagiertesten für den Einschluß Italiens in den Nordatlantikpakt einsetzte. Die Gründe für diese Unterstützung waren in erster Linie strategischer Natur. Der Einschluß Italiens in das Bündnis war für Paris hinsichtlich der Verteidigung des Mittelmeers und Nordafrikas von Bedeutung. Zudem kam die Ausweitung der Allianz auf Italien einer Ausweitung der Allianz auf Südeuropa gleich. Daran waren die Franzosen besonders interessiert, weil auf diese Weise eine britische Dominanz des Bündnisses, die sie ablehnten, vermieden werden konnte. Vgl. FRUS 1948, Vol. III, Report of the International Working Group to the Ambassadors' Committee, 24. 12. 1948, Top Secret, S. 339 ff., Henderson, Birth of NATO, S. 68–72 und Smith, American Policy toward Italy, S. 98 ff. Die Amerikaner unterstützten die Einbeziehung Italiens in die NATO zum einen, weil das Land für sie als Militärstützpunkt im Mittelmeer von großer Bedeutung war. Zum anderen hielten sie die Aufnahme Italiens in das westliche Bündnis für notwendig, um den politischen Einfluß der italienischen Kommunisten zu begrenzen. Vgl. Smith, ebenda, S. 30ff.

[76] Vgl. Tarchiani, Fra Roma e Washington, S. 162f. und Sforza, Cinque anni a Palazzo Chigi, S. 203.

[77] Vgl. Vigezzi, De Gasperi, S. 43.

[78] Vgl. Varsori, La scelta occidentale, S. 326f.

[79] Vgl. Poggiolini, Ilaria: Europeismo degasperiano e politica estera dell'Italia: un'ipotesi interpretativa (1947–1949), in: Storia delle relazioni internazionali 1 (1985), S. 67–93, S. 72.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

V.

Verschiedene Äußerungen Sforzas vor dem Parlament und im Ausschuß für Auswärtiges, in denen sich der Außenminister gegen die Neutralität Italiens ausgesprochen hatte, hatten mittlerweile eine breite öffentliche Diskussion über die grundsätzliche außenpolitische Orientierung Italiens entfacht. Kommunisten und Sozialisten sahen in den Worten Sforzas ein deutliches Indiz, daß die Regierung im Geheimen schon alle Weichen gestellt hatte, um dem westlichen Bündnis beizutreten[80]. In einer Fraktionssitzung am 22. Oktober 1948 beschlossen die Sozialisten, das Thema zum Gegenstand einer Sonderdebatte im italienischen Abgeordnetenhaus zu machen. Grundlage der Debatte bildete ein Antrag des Parteivorsitzenden Nenni („mozione Nenni"), der die Regierung aufforderte, sich künftig von jeglicher Handlung, die als Beitritt Italiens zu Bündnissen oder Blöcken, die direkt oder indirekt militärischen Charakter hatten, ausgelegt werden könnte, fernzuhalten[81].

Die Tatsache, daß nun das Parlament mit diesen Fragen befaßt war, setzte die Regierung De Gasperi unter Druck. Denn bis dahin war die Haltung der Regierungskoalition zum Brüsseler- und zum Atlantikpakt weder im Kabinett noch in den einzelnen Parteigremien ausführlich diskutiert worden. Um den anstehenden Schlagabtausch mit der Opposition inhaltlich vorzubereiten, galt es daher zunächst einmal, sich innerhalb der Parteien der Koalition auf eine gemeinsame Linie festzulegen. Für De Gasperi war das keine leichte Aufgabe, denn sowohl in den eigenen Reihen als auch bei den Sozialdemokraten gab es zahlreiche Stimmen, die dem außenpolitischen Kurs der Regierung sehr kritisch gegenüberstanden. Zu nennen wären hier in erster Linie zwei Gruppierungen, die beide zur sogenannten „katholischen Linken" gezählt wurden. Sie bildeten neben der Parteimitte um De Gasperi, die die stärkste Kraft innerhalb der Democrazia Cristiana war, die wichtigsten Strömungen („correnti") der DC in der Nachkriegszeit[82]. Eine dieser Gruppen sammelte sich um den christdemokratischen Abgeordneten und Parlamentspräsidenten Giovanni Gronchi und der von ihm herausgegebenen Zeitung „Politica Sociale"[83]. Die zweite Gruppe bildeten die sogenannten „dossettiani", die sich nach ihrem führenden Mann, dem Mailänder Abgeordneten Giuseppe

[80] Vgl. Nenni, Pietro: I nodi della politica estera italiana, hrsg. von Domenico Zucàro, Mailand o. J., S. 68 und „Nuovi intrighi di Palazzo Chigi per legare l'Italia agli occidentali", in: L'Unità vom 8. 10. 1948.

[81] Vgl. Camera dei Deputati: Atti Parlamentari 1948–49, Discussioni 4, 18 novembre–17 febbraio 1949, Rom o. J., Sitzung vom 30. 11. 1948, S. 4919. Allgemein zur „mozione Nenni" siehe Nenni, ebenda, S. 68 f. und Ardia, Danilo: Il Partito Socialista e il Patto atlantico, Mailand 1976.

[82] Zu den einzelnen „correnti" und ihren wichtigsten Mitgliedern siehe Galli, Giorgio: Storia della Democrazia Cristiana, Rom/Bari 1978.

[83] Zu der Politik Gronchis siehe: Formigoni, Guido: La Sinistra Cattolica Italiana e il Patto atlantico (1948–1949), in: Il Politico 50 (1985) Nr. 4, S. 631–661, S. 643 f.; Malgeri, Francesco (Hrsg.): Storia della Democrazia Cristiana, 3 Bände, Rom 1988, Band 2, S. 60 f.; Somma, Luigi: De Gasperi o Gronchi?, Rom 1953 und Vezzosi, Elisabetta: La sinistra democristiana tra neutralismo e Patto atlantico (1947–1949), in: Di Nolfo/Rainero/Vigezzi, L'Italia e la Politica di Potenza in Europa, S. 195–221.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dossetti, benannten[84]. Beide „correnti" traten – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen – für die Neutralität Italiens ein und kritisierten die Außenpolitik der Regierung heftig. Gleichzeitig versuchten sie, endlich auch die Parteigremien der DC in dieser Frage zu Wort kommen zu lassen. Am 4. November stellten die Abgeordneten Rapelli und Ravaioli, beide Mitglieder der Parteilinken um Gronchi, einen formellen Antrag auf Einberufung des „Consiglio Nazionale" der DC, um die Außenpolitik des Landes zu diskutieren[85]. Die Parteileitung der DC lehnte den Antrag jedoch einige Tage später ab. In der Begründung dazu hieß es, es lägen keine erkennbaren Gründe für die Notwendigkeit eines solchen Schrittes vor[86].

Zu einer ersten Aussprache über die Außenpolitik der DC kam es so erst in mehreren Fraktionssitzungen der Partei Mitte November 1948.[87]. Zu Beginn dieser Sitzungen legte De Gasperi am 29. November die Haltung der Regierung dar, die nun – so der Abgeordnete Gui – prinzipiell auf einen Beitritt zu einem Defensivbündnis hinauslief. De Gasperi machte aber gleichzeitig deutlich, daß Italien in diesem Zusammenhang noch keinerlei Verpflichtungen übernommen habe. Es sei auch noch keine offizielle Anfrage an die Regierung ergangen, dem Brüsseler Pakt oder dem atlantischen Bündnis beizutreten, so daß sich das Problem überhaupt noch nicht stelle. Es gehe vielmehr darum, eine generelle „Marschrichtung" festzulegen. Die Neutralität hielt De Gasperi in diesem Zusammenhang für unrealistisch, das internationale Kräfteverhältnis und der Antagonismus der Blöcke ließen sie nur noch zum Preis der Unfreiheit zu. Italien sei es weder militärisch noch wirtschaftlich noch in Hinblick auf die geographische Lage des Landes möglich, eine glaubwürdige Neutralität aufrecht zu erhalten. Der tra-

[84] Zur Wirkung und Politik Dossettis siehe: Boiardi, Franco: Dossetti e la crisi dei cattolici italiani, Florenz 1956; Di Lalla, Manlio: Storia della Democrazia Cristiana, Turin 1979, S. 308–314 und Di Capua, Giovanni: Come l'Italia aderì al Patto atlantico, Rom 1971, S. 214–221.

[85] Der „Consiglio Nazionale" der DC gehört neben dem „Congresso Nazionale" (= Nationalkongreß, entspricht den Parteitagen bundesdeutscher Parteien) zu den wichtigsten nationalen Gremien der Democrazia Cristiana. Ihm gehören u. a. Vertreter der Regionen, der Parlamentsfraktion, der verschiedenen Parteiorganisationen und der christlichen Gewerkschaft an. Aufgabe des Consiglio ist es, die „Aktivität der Partei zu lenken und zu kontrollieren". Vgl. Statuto Definitivo della Democrazia Cristiana vom Januar 1948, in: Vallauri, Carlo (Hrsg.): La ricostituzione dei partiti democratici 1943–48. La nascita del sistema politico italiano, 3 Bände, Rom 1978, Band 2, S. 122 ff.

[86] Vgl. Atti e Documenti della Democrazia Cristiana, 1943–1967, hrsg. von Andrea Damilano, Rom ² 1978, Band 1, S. 405 f.

[87] Da es über Inhalt und Verlauf dieser Sitzungen keinerlei zugängliche Protokolle und Dokumente gibt, muß bei der Erörterung dieses Punktes auf folgende Darstellungen ehemaliger christdemokratischer Abgeordneter zurückgegriffen werden: Gui, Luigi: I democratici cristiani e le scelte nodali della politica estera italiana, in: Italia e Stati Uniti durante l'amministrazione Truman, Mailand 1977, S. 169–187; Baget-Bozzo, Gianni: Il Partito cristiano al potere, 2 Bände, Florenz 1974, Band 1, S. 267–274; Tupini, Giorgio: I Democratici Cristiani, Mailand 1954, S. 208 f. Eine sehr ausführliche Darstellung der besagten Fraktionssitzungen liefert Giovanni Di Capua, Patto atlantico. Er stützt sich dabei allerdings ausschließlich auf vertrauliche Informationen und nennt keinerlei Quellen. Auf Grund der prinzipiellen Übereinstimmung seiner Aussagen mit denen der oben genannten Autoren und der niemals erfolgten Dementierung seiner Thesen von Seiten der Partei ist es legitim, sich hier auf dieses Buch zu stützen.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ditionelle Neutralismus der katholischen Kräfte habe damit seine Grundlage verloren. Für Italien stelle sich daher, so De Gasperi, nur die Alternative zwischen Isolation und Kooperation. Wenn Italien Interesse an der Verteidigung der westlichen Zivilisation habe und den internen revolutionären Kräften ihre Wirkungsmöglichkeiten entziehen wolle, so müsse das Land die Zusammenarbeit und Einheit mit den westlichen Staaten suchen[88].

Nach dieser Stellungnahme entwickelte sich in den folgenden Tagen eine lebhafte, zum Teil heftige Diskussion. Während Redner wie Taviani und Piccioni die Linie De Gasperis unterstützten, formulierten Mitglieder der Dossetti- und der Gronchi-Gruppe in ihren Beiträgen abweichende außenpolitische Vorstellungen[89]. Zu einer Abstimmung über die zukünftige außenpolitische Linie der DC kam es jedoch nicht. Die endgültige Entscheidung über den Beitritt zu einem militärischen Bündnis wurde bis auf weiteres vertagt und lediglich ein Gegenantrag zur „mozione Nenni" formuliert, der von allen Parteimitgliedern uneingeschränkt mitgetragen werden konnte. Dieser Antrag, die sogenannte „mozione Giacchero", verzichtete bewußt auf die Erwähnung militärischer Aspekte und hob stattdessen die europäische Dimension der italienischen Außenpolitik hervor[90].

Dieser Verzicht auf eine klare Positionsbestimmung der Democrazia Cristiana kam auch der Haltung des sozialdemokratischen Koalitionspartner entgegen. Auf der Ministerratssitzung vom 29. November 1948 hatte der Parteivorsitzende Saragat deutlich gemacht, daß innerhalb seiner Partei erhebliche Vorbehalte gegen den Beitritt Italiens zu einem Militärbündnis bestünden. Die italienischen Sozialdemokraten befanden sich in einer schweren inneren Krise und liebäugelten mehr und mehr mit einem Austritt aus der Regierungskoalition, da sie sich traditionell dem Neutralismus verpflichtet fühlten[91]. Die „mozione Giacchero" bot den Sozialdemokraten durch ihre unverbindliche Formulierung die Möglichkeit, dem Antrag der Koalition zuzustimmen, ohne die eigenen Grundüberzeugungen aufgeben zu müssen. Auch die DC konnte dank der „mozione Giacchero" geschlossen gegen die Oppostion auftreten[92]. Weder die Christ-

[88] Vgl. Baget-Bozzo, Partito cristiano, S. 270, Gui, I democratici cristiani, S. 233 und Di Capua, Patto atlantico, S. 91 f.

[89] Vgl. Di Capua, ebenda, S. 96 ff., Baget-Bozzo, ebenda, S. 271 sowie Gui, ebenda, S. 183.

[90] In dem Antrag wurde die italienische Regierung dazu aufgefordert, die europäische Föderation, die sie in ihrem Memorandum vom 24. 8. 1948 formuliert hatte, aktiv voranzutreiben. Zum Wortlaut des Antrages siehe: Camera dei Deputati: Atti Parlamentari 1948–49, Discussioni 4, S. 4933. Zur Bedeutung der „mozione Giacchero" siehe Poggiolini, Europeismo degasperiano, S. 89–91 sowie Nuti, L'esercito italiano, S. 193.

[91] Im Januar 1947 hatte Saragat die Trennung von den pro-sowjetisch orientierten Sozialisten vollzogen und war 1948 mit der Sozialdemokratischen Partei in in die Regierungskoalition eingetreten. Seine Partei hatte seit diesem Zeitpunkt große Probleme, ein eigenständiges politisches Profil zu entwickeln. Vgl. dazu Averardi, Giuseppe: I socialisti democratici. Da Palazzo Barberini alla scissione del 4 luglio 1969, Mailand [5]1986, S. 41 ff. und Spotts, Frederic/Wieser, Theodor: Der Fall Italien. Dauerkrise einer schwierigen Demokratie, München 1988, S. 81 f. und S. 102 f.

[92] In der Schlußabstimmung am 4. 12. 1948 wurde die „mozione Nenni" mit 302 gegen 240 Stimmen abgelehnt, während sich 266 Abgeordnete für die „mozione Giacchero" aussprachen.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

demokraten noch die Sozialdemokraten hatten damit allerdings ihre tiefliegenden innerparteilichen Differenzen im Bereich der Außenpolitik gelöst.

VI.

Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm der Kirchenstaat zur Wahrung seiner Interessen häufig öffentlich zu außenpolitischen Fragen Stellung, die Italien betrafen[93]. Dabei verfolgte Papst Pius XII. in erster Linie das Ziel, dem zunehmenden Einfluß des Kommunismus in Europa und Italien entgegenzuwirken[94]. So traten die Vertreter der katholischen Kirche im Wahlkampf 1948 eindeutig für die Democrazia Cristiana ein, die sie auch in der Folgezeit politisch unterstützten. Die Frage, welchen Einfluß der Vatikan bei der Entscheidung über den Beitritt zum Atlantischen Bündnis gehabt hat, ist auf Grund des Fehlens von Primärquellen nicht eindeutig zu klären[95]. Zahlreiche Hinweise lassen jedoch darauf schließen, daß der Vatikan auch dabei seinen Einfluß geltend zu machen versuchte. Darüber hinaus ist anzunehmen, daß die Haltung des Heiligen Stuhls nicht ohne Auswirkungen auf die Position der links-katholischen Kräfte der DC und auf die öffentliche Meinung geblieben ist. Aus dieser Annahme ergibt sich auch eine plausible Erklärung für die Tatsache, daß die Regierung De Gasperi der Haltung des Vatikans stets größte Aufmerksamkeit schenkte. Als im Verlauf des Jahres 1948 Stimmen aus dem Umfeld des Papstes und ein Großteil der dem Vatikan nahestehenden Presse für die Neutralität Italiens eintraten[96], zeigten sich Sforza und De Gasperi derart besorgt, daß der Außenminister im Dezember 1948 Papst Pius XII. aufsuchte. Nach den Berichten von Sforzas Biographen Livio Zeno hatte diese Audienz das Ziel, die Ablehnung des Atlantikpaktes durch breite inner- und außerparlamenta-

[93] Vgl. Di Nolfo, Ennio: Von der Konfrontation zur Partnerschaft. Italien und der Vatikan 1943–1948, in: Woller, Italien und die Großmächte, S. 179–206.

[94] Vgl. Lill, Geschichte Italiens, S. 374, und Formigoni, Guido: Il mondo cattolico e „la scelta occidentale" dopo le elezioni del 1948, in: Vigezzi, La dimensione atlantica, S. 191–237, S. 200–218.

[95] Vgl. Cacace, Vent'anni di politica estera italiana, S. 309 und Formigoni: La Sinistra Cattolica, S. 650. Die Mehrheit der Autoren hält einen gewissen Einfluß des Vatikans für wahrscheinlich. Vgl. Di Nolfo, Italien und der Vatikan, Kogan, Norman: The Politics of Italian Foreign Policy, New York 1963, S. 80 f. und Garuccio, Ludovico: I trent'anni della NATO: il dibattito tra le forze politiche italiane. Un'ipotesi senza alternativa reali, in: Politica internazionale, Mai/Juni 1979, S. 69–75, S. 70. Dabei fällt auf, daß christdemokratische Autoren eher dazu neigen, jeglichen Einfluß kategorisch zu bestreiten, während Vertreter der Oppositionsparteien den Einfluß für entscheidend halten. Vgl. dazu Baget-Bozzo, Partito cristiano, S. 272 und Nenni, I nodi della politica estera, S. 68.

[96] So berichtet Sforza in einem Brief an De Gasperi vom 27. 8. 1948 von einem Gespräch mit dem vatikanischen Staatssekretär Monsignore Tardini. Dieser habe ihm gegenüber die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, Italien könnte für immer neutral bleiben. Damit sei den geistigen und weltlichen Interessen des Kirchenstaates am besten gedient. Vgl. dazu: De Gasperi, Maria Romana (Hrsg.): De Gasperi scrive. Corrispondenza con capi di stato, cardinali, uomini politici, giornalisti, diplomatici, 2 Bände, Brescia ²1981, Band 2, S. 107, und Formigoni, Il mondo cattolico, S. 200–209.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rische katholische Kräfte zu überwinden[97]. Eine Äußerung der Tochter De Gasperis bekräftigt diese Aussage. Danach habe De Gasperi in schwierigen politischen Momenten schriftliche Aufzeichnungen oder Notizen an den Heiligen Stuhl gesandt, um die Position von bestimmten katholischen Kräften, die der DC kritisch gegenüberstanden, durch ein Wort des Vatikans zu beeinflussen[98].

Über den tatsächlichen Verlauf und die Ergebnisse der Unterredung Sforzas mit Pius XII. gibt es allerdings keinerlei Quellen[99]. Festzuhalten ist jedoch, daß der Vatikan Ende Dezember 1948, nur kurze Zeit nach der Audienz, seine Einschätzung der italienischen Außenpolitik präzisierte und veränderte[100]. In seiner Weihnachtsbotschaft griff Papst Pius XII. die Themen Sicherheit und Frieden auf und rückte in seinen Ausführungen deutlich von der vorherigen Position der Äquidistanz ab. So erinnerte der Papst die Katholiken an ihre Pflicht, sich angesichts der Hilferufe anderer nicht in einen „bequemen Isolationismus" zurückzuziehen. Zu keinem Zeitpunkt nach dem Ende des Krieges seien die Gemüter so stark vom Alptraum eines Krieges und der Angst um den Frieden belastet gewesen. Jeder Angriff auf jene Güter, die nach der göttlichen Ordnung bedingungslos respektiert und garantiert und daher auch geschützt und verteidigt werden müßten, sei eine Sünde und ein Verbrechen: „Ein Volk, das bedroht wird oder bereits Opfer eines ungerechtfertigten Angriffs geworden ist, kann nicht in passiver Gleichgültigkeit verharren, wenn es christlich denken und handeln will; vielmehr verbietet die Solidarität der Völkerfamilie es den anderen, als einfache Zuschauer in einer Position gleichgültiger Neutralität zu verbleiben."[101]

Kurze Zeit später betonte der Papst in einer Ermahnung an das katholische Episkopat, daß der Vatikan alle Initiativen, die die Nationen zur Abwehr von Gefahren in Bündnissen vereinigten, begrüße und unterstütze[102]. Zwar beschränkte sich Pius XII. in seinen Ausführungen auf eine rein lehrhafte Darstellungsweise, ohne direkt politische Begriffe zu gebrauchen. Dennoch können seine Worte zweifellos als ein deutliches Zeichen der Unterstützung der Politik De Gasperis bewertet werden; sie haben wohl in nicht unbeträchtlichem Maße dazu beigetragen, letzte Zweifel hinsichtlich des Beitritts zum atlantischen Bündnis zu überwinden, entzogen sie doch den katholischen Kräften der DC, die für die Neutralität eintraten, die Möglichkeit, ihre Überzeugungen auf ausschließlich religiöse Motive zurückzuführen[103].

---

[97] Vgl. Zeno, Sforza, S. 233 und Kogan, Italian Foreign Policy, S. 51.

[98] Vgl. De Gasperi, M. R., De Gasperi scrive, Band 1, S. 21.

[99] Vgl. Zeno, Sforza, S. 287–290.

[100] Vgl. Di Nolfo, Ennio: „La Civiltà Cattolica" e le scelte di fondo della politica estera italiana nel secondo dopoguerra, in: Storia e Politica 10 (1971), S. 187–239, S. 235.

[101] Radiomessaggio natalizio di Sua Santità Pio XII. sulla sicurezza e il perfezionamento della pace, zit. in: La Civiltà Cattolica, 1949, Band 1, S. 113–122, S. 119.

[102] Esortazione apostolica di Sua Santità Pio XII. all'Episcopato Cattolico per riparare i gravissimi peccati dell'ateismo e dell'odio contro Dio, zit. in: Ebenda, S. 437–477.

[103] Vgl. Formigoni, Il mondo cattolico, S. 204 f.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VII.

Nachdem Ende 1948 der Entschluß herangereift war, sich dem Atlantikpakt anzuschließen, trafen De Gasperi und Sforza in den ersten Januartagen des Jahres 1949 mehrmals zusammen, um das weitere Vorgehen festzulegen[104]. Dabei wurde deutlich, daß der Ministerpräsident noch immer zögerte, ein formelles Beitrittsgesuch zum atlantischen Bündnis zu formulieren. Auf innenpolitischer Ebene, so De Gasperi, sei noch kein vollständiger Konsens über den Beitritt gefunden worden[105]. Zudem habe Italien noch keine Zusicherung erhalten, daß das Bündnis dem Land die erwünschten militärischen Garantien einbringe. Daher beschlossen die beiden Politiker, der amerikanischen Regierung ein Memorandum zu übergeben, in dem sie die Haltung der italienischen Regierung zum Atlantikpakt „in größter Offenheit" erläutern wollten[106]. Dieses Memorandum wurde am 6. Januar 1949 Botschafter Tarchiani zugeleitet und enthielt in der Tat keine Hinweise auf ein eventuelles Beitrittsgesuch[107]. Vielmehr wurden darin u. a. verschiedene Forderungen formuliert, die Italien erfüllt wissen wollte, bevor das Land sich dem Bündnis anschließen könne. So müsse a) das gesamte italienische Territorium einschließlich des Freistaates Triest in die Verteidigungszone eingeschlossen sein und b) der Beitritt Italiens zum Europarat ausreichen, um dem atlantischen Bündnis beitreten zu können[108].

In der italienischen Botschaft in Washington stieß das Memorandum auf Unverständnis[109]. Bei den Amerikanern und ihren westlichen Verbündeten sollte es ebenfalls bald für Verwirrung sorgen. Dem Memorandum hatte Außenminister Sforza nämlich einen Brief beigelegt, in dem er den Botschafter ermächtigte, selbst zu entscheiden, ob er das gesamte Memorandum oder nur Teile davon an das State Department weiterleiten wolle. Tarchiani machte von dieser Handlungsfreiheit Gebrauch. Er entwarf einen Text, der dem Memorandum als „Interpretationshilfe" beigefügt wurde und ein klares Beitrittgesuch zum Bündnis enthielt, und übergab beide Schreiben dem State Depart-

[104] Vgl. Zeno, Sforza, S. 292 f. und Adstans, Alcide De Gasperi, S. 124. Nach den Angaben Zenos fanden diese Unterredungen im privaten Rahmen am 1. und 3. 1. 1949 statt.

[105] So hatten die Sozialdemokraten noch nicht über die Haltung der Partei zum Atlantikpakt abgestimmt. Vgl. hierzu auch die Äußerungen De Gasperis gegenüber dem Amerikanischen Botschafter Dunn in: FRUS 1949, Vol. IV, Washington 1975, The Ambassador (Italy) to the Acting Secretary of State, 5. 1. 1949, S. 7 f.

[106] Vgl. Sforza, Cinque anni a Palazzo Chigi, S. 203 f. und Tarchiani, Fra Roma e Washington, S. 163. Dieses Memorandum schien zunächst geheim zu sein, denn erst auf der Ministerratssitzung am 8. 3. 1949 wies De Gasperi im Zusammenhang mit der Haltung der Sozialdemokraten kurz auf das Memorandum hin. Vgl. die Sitzung vom 8. 3. 1949, S. 4, in: ACS, Verbali del Consiglio dei Ministri 1949, busta 6.

[107] Vgl. Varsori, La scelta occidentale, S. 337 und Pastorelli, Patto atlantico, S. 224.

[108] Der Beitritt Italiens zum Europarat sollte den Beitritt zum Brüsseler Pakt, der auf jeden Fall vermieden werden sollte, ersetzen. Vgl. Varsori, La scelta occidentale, S. 337.

[109] Vgl. Ortona, Anni d'America, S. 280 und Tarchiani, Fra Roma e Washington, S. 163 f.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ment[110]. Die Amerikaner unterrichteten daraufhin die übrigen an den Verhandlungen über den Atlantikpakt beteiligten Staaten über das Beitrittsgesuch Italiens[111].

In den Hauptstädten Westeuropas und Kanadas war man über diese Mitteilung äußerst überrascht. Nur einen Tag zuvor nämlich hatte der italienische Außenminister den betreffenden Regierungen eine Nachricht übersandt, in der er den Inhalt des Memorandums an die USA kurz skizzierte[112]. In diesem Memorandum war allerdings, wie bereits erwähnt, kein formelles Beitrittsgesuch enthalten. Über die wirkliche Haltung Roms zur atlantischen Allianz herrschte damit weiterhin Verwirrung und Ungewißheit.

Im Januar 1949 wartete die Regierung in Rom vergeblich auf eine amerikanische Antwort auf das Memorandum. Der neue amerikanische Außenminister Acheson traf erst am 17. Februar mit Botschafter Tarchiani zusammen, doch auch diese Unterredung endete mit einer Enttäuschung. Acheson machte dabei deutlich, daß über die Gestalt des Atlantikpaktes und über die Mitgliedschaft Italiens noch verhandelt würde und die europäischen Staaten der Teilnahme Italiens überwiegend ablehnend gegenüberstünden. Eine Entscheidung zugunsten Italiens sei daher vorerst nicht möglich[113].

Ende Februar sprach sich überraschend auch Präsident Truman gegen die Mitgliedschaft Italiens in der NATO aus[114]. Lediglich Frankreich setzte seine Bemühungen fort, eine positive Entscheidung herbeizuführen[115]. Die Franzosen informierten die Regierung in Rom über die ablehnende Haltung der übrigen Mächte und hoben dabei besonders den Widerstand Großbritanniens hervor. Wenn Italien nicht riskieren wolle, ganz von dem Bündnis ausgeschlossen zu werden, so die Empfehlung des Quai d'Orsay, müsse Rom seine Absicht, dem Pakt beitreten zu wollen, offiziell bekräftigen[116]. Sforza beauftragte daraufhin Gallarati-Scotti, den Briten zu verdeutlichen, welche Konsequenzen ein Ausschluß Italiens vom atlantischen Bündnis für die innenpoliti-

---

[110] Am 9.1.1949 setzte Tarchiani Rom in einem Telegramm über den Inhalt seines Schreibens in Kenntnis. Vgl. Varsori, La scelta occidentale, S. 339 und Tarchiani, ebenda, S. 164.

[111] Das „Ambassadors' Committee" war Anfang Juli 1948 ins Leben gerufen worden. Ihm gehörten die Botschafter der sieben Staaten an, die in Washington über den Nordatlantikpakt verhandelten. Sie leiteten die von der sogenannten „working group" erarbeiteten Vorschläge an ihre Regierungen weiter und vertraten deren Position im Committee.

[112] Vgl. Varsori, La scelta occidentale, S. 240f.

[113] Vgl. ebenda und Ortona, Egidio: L'adesione dell'Italia all'alleanza atlantica, in: Notizie NATO, agosto 1981, S. 129–133, und ottobre 1981, S. 176–179, S. 177f. Die zurückhaltende Haltung Achesons ist darauf zurückzuführen, daß er gleich nach seinem Amtsantritt mit großen innenpolitischen Schwierigkeiten konfrontiert wurde. So kritisierten einflußreiche Senatoren den Vertragsentwurf des atlantischen Bündnisses und drohten, ihm nicht zuzustimmen. Vgl. Reid, Time of Fear and Hope, S. 92–96.

[114] Vgl. FRUS 1949, Vol. IV, Memorandum of Conversation by the Secretary of State, 28.2.1949, Meeting with the President, S. 125.

[115] So machten die Franzosen in Washington deutlich, daß sie der Aufnahme Norwegens in die NATO nicht zustimmen würden, wenn Italien nicht aufgenommen würde. Vgl. Reid, Time of Fear and Hope, S. 207.

[116] Vgl. Varsori, La scelta occidentale, S. 354 und 357.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sche Lage Italiens haben würde. Der italienische Botschafter sollte dabei besonders auf die Kommunisten verweisen, die durch eine solche Entwicklung unweigerlich gestärkt würden[117].

Als sich trotz dieser diplomatischen Bemühungen Ende Februar 1949 noch immer keine Entscheidung abzeichnete, folgte die Regierung De Gasperi schließlich dem Rat der Franzosen. Am 1. März 1949 informierte Tarchiani Acheson auf Weisung aus Rom schriftlich über den Wunsch seiner Regierung, dem Atlantikpakt beizutreten[118]. Am 2. März 1949 traf Acheson erneut mit Präsident Truman zusammen und empfahl ihm, der Aufnahme Italiens in das atlantische Bündnis zuzustimmen[119]. Nachdem Truman sich damit einverstanden erklärt hatte, setzte Acheson die übrigen beteiligten Staaten über die Entscheidung des Präsidenten in Kenntnis. Auf der Sitzung des „Ambassadors' Committee" am 7. März wurde schließlich einvernehmlich beschlossen, Italien zu den abschließenden Verhandlungen und der Unterzeichnung des NATO-Vertrages einzuladen[120].

Nachdem damit alle Hindernisse und Widerstände ausgeräumt waren, stimmte der italienische Ministerrat am 11. März dem Beitritt zum Bündnis zu. Gleichzeitig gab De Gasperi bekannt, daß er das Parlament so schnell wie möglich über diese Entscheidung informieren werde, um auch die parlamentarische Ermächtigung für die Verhandlungen über den Atlantikpakt zu erlangen. Die Ermächtigung sollte in Form einer Vertrauensabstimmung für die Regierung erfolgen[121]. De Gasperi wählte diese Form des parlamentarischen Verfahrens, um den Bündnispartnern noch vor der Vertragsunterzeichnung zu signalisieren, wie ernst er es meinte. Die Ankündigung der Vertrauensabstimmung, so Maria Romana De Gasperi, habe der Absichtserklärung Italiens zweifellos größere politische Bedeutung verliehen als lediglich die Zusicherung der Regierung, die mit der Ungewißheit über die Ratifikation verbunden gewesen wäre[122].

Nachdem der NATO-Beitritt auf internationaler Ebene abgesichert war, ging es für die Regierung De Gasperi nun darum, für diese Entscheidung auch die Mehrheit der Koalition hinter sich zu bringen. Von seiten der Liberalen und der Republikaner gab es dabei keinerlei Schwierigkeiten. Beide Parteien hatten sich mehrheitlich für einen Beitritt zur NATO ausgesprochen[123]. Die Haltung der Sozialdemokraten hingegen

---

117 Vgl. ebenda.

118 Vgl. FRUS 1949, Vol. IV, Memorandum by the Secretary of State, Memorandum of Discussion with the President, 2.3.1949, S. 141 f.

119 Ebenda.

120 Nachdem die Amerikaner sich so deutlich für die Aufnahme Italiens ausgesprochen hatten, stimmten schließlich auch die übrigen Staaten zu. Vgl. hierzu Smith, American Policy toward Italy, S. 106. Neben Italien wurden auch Dänemark, Portugal und Island eingelanden, sich dem Bündnis anzuschließen. Vgl. FRUS 1949, Vol. IV, Minutes of the Sixteenth Meeting of the Washington Exploratory Talks on Security, 7.3.1949, S. 166–174.

121 Vgl. ACS, Verbali del Consiglio dei Ministri, Sitzung vom 11.3.1949.

122 Vgl. De Gasperi, Maria Romana: De Gasperi uomo solo, Mailand 1964, S. 270.

123 Vgl. Cattani, Leone: I Liberali e le scelte nodali della politica estera, in: Italia e Stati Uniti, S. 149–168, S. 167 und Spadolini, Giovanni: I Repubblicani dopo l'unità (1871–1984), Florenz [5]1984, S. 280.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

war noch immer ungeklärt. Erst am 4. März, als sich die Aufnahme Italiens in das atlantische Bündnis bereits abzeichnete, trat der Parteivorstand zusammen. Saragat schlug dabei vor, dem Beitritt zum Bündnis zuzustimmen, und unterlag in der folgenden Abstimmung[124]. Die Partei war damit in der Frage des NATO-Beitritts gespalten. Daher wurden die Abgeordneten in der entscheidenden Abstimmung im Parlament von jeder Form des Fraktionszwanges befreit[125].

Auch die Democrazia Cristiana mußte dem Beitritt zum atlantischen Bündnis noch zustimmen. Die innerparteiliche Opposition, die gegen den Einschluß Italiens in das Bündnis eintrat, war allerdings noch nicht überwunden. Die linken Parteiflügel Gronchis und Dossettis übten weiterhin Kritik am außenpolitischen Kurs der Regierung[126]. In den Parteigremien der DC fanden diese Gruppen jedoch kaum Gelegenheit, ihre Vorstellungen in den Entscheidungsprozeß einzubringen. Eine definitve Entscheidung über den Beitritt zum Atlantikpakt wurde zudem bis zur letzten Minute aufgeschoben. Erst am 11. März, nachdem Italien offiziell zur Teilnahme an den Verhandlungen über den Atlantikpakt eingeladen worden war, trat die Fraktion der DC zu einer Abstimmung zusammen[127]. Die Sitzung begann mit einer ausführlichen Erklärung De Gasperis, in der dieser die Entscheidung der Regierung wie folgt begründete: Für Italien habe sich die Alternative zwischen Isolation, d.h. Neutralität, und dem Beitritt zu einem Beistandspakt gestellt. Da eine neutrale Stellung auf Grund des internationalen Kräfteverhältnisses und der geographischen Lage Italiens nicht einzunehmen sei, könne nur die Zugehörigkeit zu einem Bündnis zur Sicherung des Friedens beitragen[128]. Der Beitritt zum Bündnis erfolge außerdem auf der Grundlage der vollständigen Parität, und schließlich sei das Bündnis seiner Natur nach rein defensiv ausgerichtet[129].

Dieser Erklärung De Gasperis folgte eine ausführliche Diskussion. Dabei schien die Opposition gegen den Pakt, so Luigi Gui, nur noch gering zu sein[130]. Lediglich ein kleiner Kreis um Gronchi und Dossetti äußerte Kritik an dem Beitritt, teilte aber andererseits die Ansicht, daß Italien zu Verteidigungszwecken wiederbewaffnet werden müsse. Der Beitritt zum atlantischen Bündnis schien ihnen aber in diesem Zusammenhang nicht der richtige Weg zu sein. Die „dossetiani" waren enttäuscht über die Absicht De Gasperis und der Mehrheit der Partei, einer militärischen Allianz beizutreten. Nach ihren Vorstellungen hätte die DC als „junge Partei" neue politische Wege gehen müssen, ohne an die „präfaschistische Tradition" der Allianz- und Blockbildung anzuknüpfen[131]. Die Regierung, so Gui, habe es versäumt – etwa durch eine einseitige militärische Garantie durch die USA – die Unabhängigkeit des Landes zu bewahren.

---

[124] Vgl. Cacace, Vent'anni di politica estera italiana, S. 308 f. und Di Capua, Patto atlantico, S. 207–211.

[125] Vgl. „Minaccia di scissione nel P. S. L. I.", in: Corriere della Sera vom 8. 3. 1949 und „Lunghi colloqui di Sforza con gli ambasciatori alleati", in: La Stampa vom 6. 3. 1949.

[126] Vgl. Formigoni, La Sinistra Cattolica, S. 651.

[127] Vgl. Baget-Bozzo, Partito cristiano, S. 184.

[128] Vgl. Di Capua, Patto atlantico, S. 172.

[129] Vgl. Atti e Documenti della Democrazia Cristiana, Band 1, S. 424 f.

[130] Vgl. Gui, I democratici cristiani, S. 184.

[131] Vgl. ebenda.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gronchi mißfiel es, daß Italien nicht versucht habe, eine wirkliche europäische Einheit zu bilden, die als Gegengewicht zu den Blöcken hätte fungieren können. Seiner Ansicht nach hätte die Regierung erst eine europäische Übereinkunft anstreben müssen und sich erst dann auf die Suche nach militärischen Garantien begeben sollen[132]. Er nahm mit dieser Vorstellung genau die Gegenposition zur Haltung De Gasperis ein, der im Schutz, den die NATO verlieh, die Voraussetzung für eine europäische Übereinkunft sah.

Am Ende der Diskussion wurde der Antrag De Gasperis jedoch mit großer Mehrheit angenommen[133]. Dieses Ergebnis ist erstaunlich und wirft die Frage auf, warum die über lange Zeit geübte, oft heftige Kritik an der Außenpolitik der Regierung De Gasperi so plötzlich und widerstandslos verstummte. Aufschluß hierüber werden wohl erst die Protokolle der entscheidenden DC-Fraktionssitzungen und andere Parteidokumente geben können, die freilich noch nicht frei zugänglich sind[134].

Am 11. März 1949 wurde die Debatte über den Atlantikpakt im Abgeordnetenhaus eröffnet. Sie erstreckte sich – von kurzen Unterbrechungen abgesehen – über sechs Tage und dauerte insgesamt 57 Stunden. Dabei kam es im Parlament zu schweren Handgreiflichkeiten. Durch Erklärungen jedes einzelnen Abgeordneten und die Einreichung zahlreicher Anträge versuchte die Opposition, die Entscheidung so weit wie möglich herauszuzögern[135]. Die Debatte endete schließlich mit der Abstimmung am 18. März 1949. 342 Abgeordnete sprachen der Regierung De Gasperi das Vertrauen aus. Am 22. März stimmte auch der Senat mit 188 gegen 112 Stimmen für den Atlantikpakt[136]. Im Anschluß daran reiste Außenminister Sforza nach Washington, wo er am 4. April 1949 den NATO-Vertrag unterzeichnete. Einen Monat später, am 5. Mai 1949, hob Italien zusammen mit neun weiteren europäischen Staaten den Europarat aus der Taufe[137]. Die wichtigsten außenpolitischen Ziele der Regierung De Gasperi waren damit erreicht. Italien war als gleichberechtigtes Mitglied in die atlantische Sicherheitsgemeinschaft aufgenommen worden und konnte durch seine Mitgliedschaft im Europarat seine Zugehörigkeit zu Westeuropa unterstreichen.

VIII.

Als sich mit dem Abzug der alliierten Truppen 1947 das Problem der äußeren Sicherheit Italiens stellte, dachte niemand in der Regierung ernsthaft an den Beitritt zu einem Militärbündnis. Italien begriff sich als Teil des Westens, wollte jedoch keine internatio-

[132] Vgl. Di Capua, Patto atlantico, S. 175–178.

[133] 282 Abgeordnete stimmten für den Antrag, 5 enthielten sich der Stimme, 14 Abgeordnete blieben der Abstimmung fern und 3 sprachen sich gegen den Antrag aus.

[134] Vgl. Vezzosi, La sinistra democristiana, S. 221.

[135] Vgl. Cacace, Vent'anni di politica estera italiana, S. 31.

[136] Zur Debatte im Senat siehe: Senato della Repubblica: Atti Parlamentari 1948–49, Discussioni 4 und 5, Rom o. J., S. 6118–6544.

[137] Vgl. Sforza, Cinque anni a Palazzo Chigi, S. 113 f. und Varsori, De Gasperi, S. 87.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nalen Verpflichtungen eingehen. „Die meisten Italiener waren zweifellos prowestlich, doch sie waren prowestliche Neutralisten,"[138] wie treffend gesagt worden ist.

Das galt auch für die italienische Regierung. Weder De Gasperi noch Sforza wollten anfangs der NATO beitreten, wie der italienische Außenminister im Juli 1949 rückblickend an seinen Freund Mario Bracci schrieb: „Monat für Monat wurde ich vor der Unterzeichnung des Atlantikpaktes mit Berichten der westlichen Botschafter bombardiert, die mich aufforderten, die einzige Möglichkeit, *unser Prestige* wiederherzustellen, nicht ungenutzt zu lassen; ich blieb jedoch zurückhaltend und stellte meinem Gewissen die Frage, ob ich das Recht hätte, die Möglichkeit neutral zu bleiben (...), angesichts der Garantie, die das Bündnis bot, zu ignorieren."[139]

Erst als deutlich wurde, daß die Neutralität nur um den Preis der Isolation aufrechtzuerhalten war, entschied sich die Regierung zum Beitritt. Dieser Entscheidung lagen verschiedene Motive zu Grunde. Zum einen wurde mit dem Beitritt zum Nordatlantikpakt der letzte Schritt auf dem Weg zur vollständigen Westintegration vollzogen. Der Beitritt zur NATO trug entscheidend zur Stärkung der Regierungskoalition und zur Stabilisierung des Landes bei. Die Gefahr einer weiteren Zunahme des politischen Einflusses der Kommunisten war damit gebannt. Zum anderen bot der Beitritt zum atlantischen Bündnis Italien militärische Sicherheit und die notwendige finanzielle Unterstützung bei der Wiederbewaffnung, die das Land selbst nicht hätte aufbringen können. Damit war auch den Interessen der italienischen Streitkräfte gedient. Ideologische und militärisch-strategische Überlegungen scheinen hingegen eine untergeordnete Rolle gespielt zu haben[140]. In erster Linie ging es der Regierung De Gasperi darum, Italien nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg aus der Isolation herauszuführen und die Bürde des Friedensvertrages abzuschütteln. Italien sollte wieder als gleichberechtigter Partner in den Kreis der westlichen Staatenwelt aufgenommen werden. Der Beitritt zum Nordatlantikpakt bot dazu eine geeignete Möglichkeit.

Um die Entscheidung für den Atlantikpakt auch innenpolitisch konsensfähig zu machen, versuchte die italienische Regierung, den Beitritt zur NATO unmittelbar mit der europäischen Einigungspolitik zu verknüpfen. Mit dem Beitritt zum Atlantikpakt und zum Europarat im Frühjahr 1949 gelang es, diese Politik erfolgreich umzusetzen. Damit wurden die wichtigsten Grundlagen für die außenpolitische Orientierung Italiens gelegt, die bis heute Bestand haben.

---

[138] Spotts/Wieser, Der Fall Italien, S. 271.

[139] Brief Carlo Sforzas an Mario Bracci vom 10.7. 1949, in: Bracci, Mario: Testimonianze sul proprio tempo. Meditazioni, lettere, scritti politici (1943–1958), Florenz 1981, S. 393.

[140] So macht der christdemokratische Politiker De Mita in einem Interview über De Gasperi darauf aufmerksam, daß dieser die atlantische Allianz niemals auf Grund rein militärischer Überlegungen für wichtig gehalten hat. Vgl. La lezione di Alcide De Gasperi, Rom 1986, S. 59.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

KARL-HEINZ SCHLARP

Unter Mitarbeit von Markus Windelen*

DAS DILEMMA DES WESTDEUTSCHEN OSTHANDELS UND DIE ENTSTEHUNG DES OST-AUSSCHUSSES DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 1950–1952

Lange Zeit besaß die Bundesrepublik in der Gestaltung ihrer Wirtschaftsbeziehungen zu den Ländern des kommunistischen Machtbereichs nur einen sehr begrenzten Handlungsspielraum. Einerseits konnte der westdeutsche Teilstaat durch besatzungsrechtliche Vorbehalte uneingeschränkt auf die strikte amerikanische Embargopolitik verpflichtet werden, andererseits legte die Bundesregierung ihrer Außenpolitik durch die sogenannte „Hallstein-Doktrin" später eine ideologische Selbstbeschränkung auf, die außenwirtschaftliche Nachteile bewußt in Kauf nahm und unter der die an einer Belebung des Ostgeschäfts interessierten Wirtschaftskreise sehr zu leiden hatten[1]. Die Spaltung Europas und die unvermeidliche „Option für den Westen" brachten nicht nur die Ausrichtung der Handelspolitik auf den freien Weltmarkt, sondern durch die Teilhabe an der isolationistischen Politik der USA gegenüber dem Osten auch den Verlust der osteuropäischen Märkte[2]. Seither stand „kein Gebiet der Außenhandelspolitik

---

* Der Beitrag entstammt einem Forschungsprojekt des Verfassers über die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion 1949–1963, das von der VW-Stiftung (Personalmittel) und von der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung (Sachmittel) gefördert wird. Er berücksichtigt zugleich einen ersten Versuch hierzu, den Markus Windelen in einem Kapitel seiner Magisterarbeit über den Ost-Ausschuß und die Entwicklung des deutschen Chinahandels 1952–1972 (Bonn 1988) unternommen hat und der für die folgende Untersuchung eine wertvolle Hilfe war.

[1] So beschreibt es rückblickend Otto Wolff von Amerongen, Außenwirtschaft und Außenpolitik. Aus den Anfängen des deutschen Osthandels nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Osteuropa 29 (1979), S. 419–424, hier S. 420, 424.

[2] Vgl. Werner Link, *Die außenpolitische Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland. Überlegungen zur innerstaatlichen Struktur und Perzeption des internationalen Bedingungsfeldes*, in: Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen u. a. (Hrsg.), Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Europa. Festschrift für Karl Dietrich Bracher, Düsseldorf 1987, S. 400–416, hier S. 409. Zum amerikanischen Wirtschaftskrieg gegen den Ostblock vor allem das Standardwerk von Gunnar Adler-Karlsson, Western Economic Warfare 1947–1967. A Case Study in Foreign Economic Policy, Uppsala 1968 (Gekürzte deutsche Fassung: Der Fehlschlag. Zwanzig Jahre Wirtschaftskrieg zwischen Ost und West, Wien 1971), sowie neuerdings Robert A. Pollard, Economic Security and the Origins of the Cold War, 1945–1950, New York 1985, und Hanns-Dieter Jacobsen, Die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen als deutsch-amerikanisches Problem, Baden-Baden 1986, S. 47–67.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

... so eindeutig unter außenpolitischem Vorzeichen wie der West-Osthandel"[3], und die spezifischen ostwirtschaftlichen Interessen schwammen in Westdeutschland über lange Jahre hinweg gegen den Strom[4].

Stimmte das für die wirtschaftliche Lebensfähigkeit Westdeutschlands ausschlaggebende Bezugssystem weitgehend mit der politischen Linie der engen Bindung an den Westen überein, so hatte es jeder Versuch, auch Osteuropa wieder in die außenwirtschaftlichen Überlegungen einzubeziehen, sehr schwer, zumal die westliche Führungsmacht weitgehende Einflußmöglichkeiten besaß und der wirtschaftliche Zwang wie in der Endphase der Weimarer Republik fehlte. Gute Wirtschaftskontakte mit dem Osten trotz schlechter politischer Beziehungen waren jetzt nicht mehr möglich, die Umstände für die Wiederherstellung des Osthandels blieben bis zum Ende der Ära Adenauer äußerst ungünstig. Der Kalte Krieg hatte aus dem Osten ein Niemandsland gemacht, die konkreten Verbindungen wurden auf ein Minimum reduziert. Dennoch kam es in diesen „Notjahren des deutschen Osthandels"[5] zu vereinzelten geschäftlichen Kontakten, die mit Blick auf die Beziehungen zur UdSSR als „Antinomie von permanentem Konflikt und antagonistischer Kooperation" bezeichnet worden sind[6]. Zwar gab es auch zur Einbeziehung Westdeutschlands in die von den USA dominierte Weltwirtschaft kaum eine ernsthafte Alternative, gleichwohl wurde schon frühzeitig versucht, den Osthandelsinteressen wieder Geltung zu verschaffen und darüber hinaus eine generelle Verbesserung der Beziehungen zu den Ländern hinter dem „Eisernen Vorhang" zu fördern.

Die extreme Politisierung der kommerziellen Beziehungen zu den sozialistischen Staaten und die Gegensätzlichkeit der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen verlangten nach einer zentralen Interessenvertretung der privaten Wirtschaft. Nachdem es bereits 1950 zu ersten zaghaften, von Mißtrauen und Unsicherheit begleiteten Versu-

---

[3] Mit dieser und ähnlichen Bemerkungen, wonach in weit stärkerem Maße als früher „die Handelspolitik ein wesentlicher Teil der Außenpolitik" sei, beginnen in den Tätigkeitsberichten des Auswärtigen Amtes für 1953 und 1954 jeweils die Abschnitte „Handelspolitik" (S. 29 und 33) und „West-Ost-Handel" (S. 31 und 36). Nach Bundesarchiv Koblenz (BA), Bestand Bundeswirtschaftsministerium (BWM), B 102/57793. Zur Politisierung der wirtschaftlichen Ostbeziehungen vgl. auch Michael Kreile, Osthandel und Ostpolitik, Baden-Baden 1978, S. 32–36, und Angela Stent, Wandel durch Handel? Die politisch-wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion, Köln 1983, S. 17–23. Im Ergebnis zeigte sich, daß die westliche Seite ihre wirtschaftliche Überlegenheit nicht als Hebel benutzen konnte, um der östlichen Vormacht politische Konzessionen abzuringen.

[4] Claudia Wörmann, Der Osthandel der Bundesrepublik Deutschland. Politische Rahmenbedingungen und ökonomische Bedeutung, Frankfurt a. M./New York 1982, S. 6. Nach 1945 waren die Begriffe „Osthandel" und „Ost-West-Handel" überwiegend politisch definiert und bezeichneten die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den zentralen Planwirtschaften der sozialistischen Länder und den freien Marktwirtschaften der bürgerlich-demokratischen Industrieländer.

[5] So eine Kapitelüberschrift bei Walter Trautmann, Osthandel. Ja oder Nein? Stuttgart/Köln 1954, S. 37.

[6] Hans-Adolf Jacobsen, Mißtrauische Nachbarn. Zur Struktur der deutsch-sowjetischen Beziehungen 1955–1985, in: Demokratie und Diktatur, S. 424–443, hier S. 425.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chen einer Wiederannäherung an die Märkte des Ostens gekommen war, gelang zwei Jahre später die Schaffung einer solchen, auch politisch autorisierten Interessenvertretung für den Osthandel. Als im Herbst 1952 der „Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft" in Form eines überbetrieblichen Gemeinschaftsgremiums gebildet wurde, war dies nicht nur ein bemerkenswertes Ergebnis hartnäckiger Auseinandersetzungen um das Für und Wider des Handels mit den Ländern des Ostblocks. In Erinnerung an die Tradition des Ostgeschäfts der deutschen Wirtschaft wurde damit gleichzeitig an die vielzitierte Vorgängerinstitution, den „Rußlandausschuß", angeknüpft[7]. Zwar galt die Bildung eines Ostausschusses zu diesem Zeitpunkt als notwendig und sinnvoll, um die „weißen Flecken auf der handelspolitischen Landkarte" zu beseitigen[8], sie stand jedoch in Widerspruch zur Politik der Bundesregierung, die durch eine Wiederbelebung des Osthandels ihre antikommunistische Zielsetzung gefährdet sah und sich eine aktive Ostpolitik noch nicht leisten konnte. Gleichwohl sollte die sog. „Osthandelslücke" geschlossen und dadurch vor allem das Dollardefizit im Handel mit den USA verringert werden[9]. Wenn der Warenaustausch in Anbetracht der einschneidenden Veränderungen in Osteuropa ökonomisch kaum mehr als symbolischen Wert haben konnte und der Ostausschuß deshalb eher eine diplomatische als eine ökonomische Funktion hatte, so wurde durch diese Einrichtung doch die Grundlage für einen Neuanfang im deutschen Osthandel geschaffen.

Die ökonomische Dimension galt neben der politischen und militärischen stets als wesentlicher Bestandteil der allgemeinen Ost-West-Beziehungen. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen westlichen Marktökonomien und östlichen Planwirtschaften ist deshalb auch in allen Phasen ihrer Entwicklung und aus den unterschiedlichsten Anlässen immer wieder Gegenstand grundsätzlicher Erörterungen und Kontroversen gewesen. Daß der Osthandel nach dem Zweiten Weltkrieg die sich bei den früheren „Rußlandgeschäften" andeutenden Zielkonflikte verschärfte, hat in der wissenschaftlichen Diskussion vor allem im Zusammenhang mit der Frage nach der Interdependenz zwischen politischen und ökonomischen Interessendefinitionen seinen Niederschlag gefunden. Die Einrichtung des Ost-Ausschusses bot ein anschauliches Beispiel für die Einbeziehung wirtschaftlicher Interessenverbände in das staatliche Kommuni-

[7] In einer Untersuchung dieser ersten Institution der friedlichen intersystemaren Wirtschaftskooperation hat Hans-Jürgen Perrey darauf aufmerksam gemacht, daß zum einen die Idee, einen Ostausschuß zu gründen, keineswegs den frühen fünfziger Jahren entsprang, sondern daß das Auswärtige Amt sich bereits im Mai 1930 darum bemüht hat – allerdings ohne Erfolg –, den Rußlandausschuß zu einem Ostausschuß weiterzuentwickeln: Der Rußlandausschuß der Deutschen Wirtschaft. Die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen der Zwischenkriegszeit, München 1985, S. 331 f.

[8] Vgl. Trautmann, Osthandel, S. 125, und Wolff von Amerongen, Außenwirtschaft und Außenpolitik, S. 420.

[9] BA, B 102/57827: Vermerk vom 23. 6. 1952 über die Intensivierung des Osthandels. Hier wird die Entscheidung für den Ausbau des West-Ost-Handels damit begründet, daß durch verstärkte Einfuhren von Nahrungsmitteln und Rohstoffen die „Dollarlücke" vermindert würde, die man auch als „Osthandelslücke" bezeichnen könne. Darauf wird im weiteren noch ausführlicher einzugehen sein. Vgl. auch Matthias Schmitt, Aspekte des europäischen Dollarproblems, in: Ders., Aufbruch zur Marktwirtschaft. Ein wirtschaftspolitisches Lehrstück der Zeitgeschichte, Köln 1983, S. 56–65.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kations- und Entscheidungsgefüge[10]. Während in der Zeitgeschichtsforschung der außenwirtschaftliche Aspekt der Westintegration unter den politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen des Kalten Krieges eingehend berücksichtigt worden ist, ist dies hinsichtlich der Bedeutung der Handels- und Geschäftsverbindungen mit den Staaten des gegnerischen Lagers in den vorliegenden Arbeiten nur ansatzweise der Fall[11]. Hierzu soll im folgenden am Beispiel der Entstehungsgeschichte des Ost-Ausschusses ein Beitrag geleistet werden.

1. Osthandel und Ost-Embargo

Der Ost-West-Handel wurde nach 1945 zum Hauptinstrument der Auseinandersetzungen zwischen den ehemaligen Kriegsalliierten, und vor allem die Amerikaner versuchten, durch eine konsequente Politik der Handelsverweigerung das ökonomische und damit auch das militärische Potential des Systemgegners zu schwächen[12]. Als Folge des Scheiterns eines Interessenausgleichs zwischen den USA und der Sowjetunion und der Schaffung zweier politisch und ökonomisch gegensätzlicher Einflußbereiche kam es zu erheblichen Verlagerungen und Einbußen im Ost-West-Handel. Betrug dieser 1948 noch 2,6 % des Welthandels – gegenüber 6,4 % im Jahre 1938 –, so

[10] Speziell für die Verbände Kurt Tudyka, Ökonomische Dimensionen auswärtiger Beziehungen, in: Atomzeitalter. Zeitschrift für Sozialwissenschaften und Politik 6/7 (1968), 339–348; ders., Gesellschaftliche Interessen und auswärtige Beziehungen. Materialien zur Außenwirtschaftspolitik der Ära Adenauer, Nijmwegen 1978, S. 87–92; Arno Burzig, Ostpolitik und Osthandel – Das Zusammenwirken von Regierung und Wirtschaftsverbänden in der Ost-West-Wirtschaftspolitik, in: Verwaltete Außenpolitik. Sicherheits- und entspannungspolitische Entscheidungsprozesse in Bonn, hrsg. von Helga Haftendorn/Wolf-Dieter Karl u. a., Köln 1978, S. 225–237. Vgl. außerdem Bernhard Welschke, Außenpolitische Einflußfaktoren auf die Entwicklung der westdeutschen Außenwirtschaftsbeziehungen in der Frühphase der Bundesrepublik Deutschland (1949–1952), in: Manfred Knapp (Hrsg.), Von der Bizonengründung zur ökonomisch-politischen Westintegration. Studien zum Verhältnis zwischen Außenpolitik und Außenwirtschaftsbeziehungen in der Entstehungsphase der Bundesrepublik Deutschland (1947–1952), Frankfurt a. M. 1984, S. 187–266; Harald Guldin, Außenwirtschaftspolitische und außenpolitische Einflußfaktoren im Prozeß der Staatswerdung der Bundesrepublik Deutschland (1947–1952), in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage 32 (1987), S. 3–20. Für die fünfziger und sechziger Jahre Hanna Paul-Calm, Ostpolitik und Wirtschaftsinteressen in der Ära Adenauer (1955–1963), Frankfurt a. M./New York 1981; Kreile, Osthandel.

[11] Vgl. die Beiträge von Reinhard Neebe, Optionen westdeutscher Außenwirtschaftspolitik 1949–1953, und Gunther Mai, Osthandel und Westintegration 1947–1957, in: Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, hrsg. von Ludolf Herbst/Werner Bührer/Hanno Sowade, München 1990, S. 163–202 und S. 203–226. Der Beitrag von Neebe, der auch auf die Gründung des Ost-Ausschusses eingeht, steht in einem völlig anderen Forschungskontext (Deutsche Wirtschaft und transatlantische Beziehungen in der Ära Adenauer) als die vorliegende Untersuchung.

[12] Vgl. dazu Angela Stent, Technology Transfer to the Soviet Union, Bonn 1983, S. 25.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sank er bis 1953 auf einen Tiefpunkt von 1,3 %[13]. Die größten Einbußen hatten die westeuropäischen Länder zu verzeichnen. Lieferten sie 1948 noch 13 % ihrer Gesamtexporte nach Osteuropa (1938 = 33 %) und bezogen von dort 9 % ihrer Gesamtimporte (1938 = 25 %), so waren es auf dem niedrigsten Stand 1951 nur noch 7 bzw. 4 %[14]. Ihr Anteil am Außenhandel Osteuropas, der 1946 noch 29,2 % betragen hatte, reduzierte sich bis 1950 auf 7,5 %[15].

Die politische und ökonomische Machtstellung der Vereinigten Staaten erlaubte die Durchsetzung einer Exportpolitik, die außenwirtschaftliche Interessen völlig den außen- und sicherheitspolitischen Zielen unterordnete und auf die auch die Bündnispartner verpflichtet werden sollten[16]. Als erste Maßnahme des „kalten Wirtschaftskrieges" setzten die Vereinigten Staaten bereits am 1. März 1948 eine Ausfuhrkontrolle in Kraft, die die Mehrzahl der Exporte nach der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten – abgestuft nach ihrer strategischen Bedeutung für den Sowjetblock wurden die Waren in „Vorbehaltslisten" eingetragen[17] – einem Genehmigungsverfahren durch

[13] Jozef Wilczynski, The Economics and Politics of East-West-Trade. A Study of Trade Between Developed Market Economies and Centrally Planned Economies in a Changing World, London 1969, S. 52; Michael von Berg, Die strategische Bedeutung des Ost-West-Handels im Rahmen der weltpolitischen Auseinandersetzung, Leiden 1966, S. 11, und Rolf Hasse, Theorie und Politik des Embargos, Köln 1973, S. 285, geben die Verringerung dagegen „nur" mit 3,3 auf 1,8 % an. Vgl. auch die Indexberechnung für 1938 und 1947/48 in: Keesing's Archiv der Gegenwart (KAdG) 19 (1948/49), S. 2027 A. Zum Problem der Zuverlässigkeit der Handelsstatistiken für diese Zeit vgl. Adler-Karlsson, Economic Warfare, S. 150 f.

[14] Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn (PA/AA), Politische Abteilung 3, 311–22/Ost-Westhandel, Bd. 1: Ausarbeitung der Handelspolitischen Abteilung über West-Ost-Handel, Anlage 1 o. D., S. 4. Nach einer anderen Berechnung verringerte sich der Anteil Osteuropas am Gesamthandel Westeuropas bis 1950 sogar auf 3 %; KAdG 21 (1951), S. 3207 B.

[15] Vnešnjaja torgovlja SSSR 1918–1960. Statističeskij sbornik (Der Außenhandel der UdSSR 1918–1960. Statistischer Sammelband), Moskau 1967, S. 70 f. Vgl. auch die Zusammenstellung bei Michael Gotthelf, Außenhandelsentwicklung und Außenhandelsstrategie in der Sowjetunion. Die Entwicklung des Außenhandels der Sowjetunion mit den westlichen Industrienationen und die sowjetische Außenhandelsstrategie in den Jahren 1918–1978, Frankfurt a. M. 1979, S. 181. Der sowjetische Handel mit den nichtkommunistischen Staaten ging allein zwischen 1948 und 1950 von 6 Mrd. Rubel auf 2,5 Mrd. Rubel zurück (Umrechnungskurs bis 1949: 1 US-$ = 5.30 Rubel, ab 1950 1 US-$ = 4.00 Rubel). Walter Hildebrandt, Ost-West-Handel als politisches und wirtschaftliches Problem, in: Wirtschaftsdienst, hrsg. vom Hamburger Weltwirtschaftsarchiv, 40 (1960) H. 7, S. 377–386, hier S. 379.

[16] Hierzu die knappe und treffende Einführung bei Claudia Wörmann, Osthandel als Problem der Atlantischen Allianz. Erfahrungen aus dem Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR, Bonn 1986, S. 7–11, und bei Adler-Karlsson, Fehlschlag, S. 99–107. Vgl. trotz der teilweise fragwürdigen Bewertungen außerdem das Kapitel über die amerikanische Embargopolitik bei Ute Daniel, Dollardiplomatie in Europa. Marshallplan, Kalter Krieg und US-Außenwirtschaftspolitik 1945–1952, Düsseldorf 1982, S. 163–197.

[17] Im März 1948 verzeichneten diese Listen 2300 Warenpositionen. Vgl. Ernst Majonica, Bonn-Peking. Die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Volksrepublik China, Stuttgart/Berlin 1971, S. 159, Anm. 13.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

das US-Handelsministerium unterwarf[18]. Wenig später folgte mit dem Foreign Assistance Act eine Instrumentalisierung der amerikanischen Auslandshilfe durch die Ergänzung, daß Waren, die in den USA aus Gründen der nationalen Sicherheit keine Ausfuhrlizenz erhalten hatten, auch nicht mehr an die Marshallplan-Länder geliefert werden durften[19]. Nach der Verabschiedung des Export Control Act am 28. Februar 1949[20], der die inneramerikanischen Exportkontrollen festlegte, kam es dann angesichts der zunehmenden Spannungen im Ost-West-Verhältnis zu einer weiteren Verschärfung der Bestimmungen für amerikanische Hilfeleistungen im Falle der Lieferung von Embargogütern nach Osteuropa, die nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen Kongreß und Präsidenten schließlich am 26. Oktober 1951 im Mutual Defense Assistance Control Act mündete, der auch als „Battle Act" bekannt wurde und die gesetzliche Grundlage für die internationale Koordinierung der Embargopolitik bildete[21]. Danach konnte nicht nur die zivile Auslandshilfe vollständig in den Dienst der amerikanischen Embargopolitik gestellt, sondern auch die Einstellung der militärischen angedroht werden. Allein diese Drohung verfehlte ihre Wirkung nicht.

Die zunächst bilateral geführten Verhandlungen über die Abstimmung internationaler Verbotslisten fanden im November 1949 ihren institutionellen Rahmen in der zu diesem Zweck eingerichteten Consultative Group (CG), einem nichtamtlichen, multilateralen Handelskontrollgremium mit Sitz in Paris, in dem der „economic warfare" koordiniert und praktisch umgesetzt werden sollte. Der CG unterstanden zwei Arbeitsgruppen, die die Embargolisten aufstellten und als Ausführungsorgane dienten. Das Coordinating Committee (CoCom) regulierte den Handelsverkehr mit den kommunistischen Staaten Europas – ausgenommen Jugoslawien –, wogegen das China-Committee (ChiCom) die Handelsaktivitäten mit den kommunistischen Staaten Ostasiens überwachen sollte[22]. Die Bundesregierung wurde am 28. November 1949

[18] Bernd Kunze, Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Volksrepublik China und den westlichen Industriestaaten, Bonn 1972, S. 28; Kreile, Osthandel, S. 41. Eine knappe Übersicht über die Stadien der Handelsrestriktionen gibt der Artikel „Embargo" von Hans Bräker, in: Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. II, Freiburg/Basel/Wien 1968, Sp. 128–132.

[19] Vom 3. 4. 1948, auszugsweise abgedruckt in der Dokumentation „Das Ostembargo", hrsg. von Hans-Jürgen Lambers (Forschungsstelle für Völkerrecht, H. 21), S. 9f. Vgl. auch Adler-Karlsson, Fehlschlag, S. 38f.

[20] Abgedruckt in: Adler-Karlsson, Economic Warfare, S. 217ff.

[21] Abgedruckt in: Lambers, Ostembargo, S. 16–19. Hinzu kam eine neue Embargoliste mit 313 Titeln und einer Einteilung in drei Kategorien (Waffen und Munition, chemische und Ölprodukte, strategische Rohstoffe). Dazu auch Hasse, Theorie und Politik des Embargos, S. 177–183; Adler-Karlsson, Economic Warfare, S. 27–30; Daniel, Dollardiplomatie, S. 188ff.

[22] Gründungsmitglieder waren die USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg. 1950 traten Norwegen, Dänemark, Kanada und die Bundesrepublik bei, Japan folgte 1952, Griechenland und die Türkei 1953. Die CG und die ihr unterstehenden Arbeitsausschüsse CoCom und ChiCom handelten auf informeller Basis ohne vertragliche Grundlage, Beschlüsse mußten einstimmig erfolgen. Vgl. Adler-Karlsson, Economic Warfare, S. 44, 55–61; Jacobsen, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, S. 128.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ersucht, an den Wirtschaftssanktionen mitzuwirken und eine entsprechende Exportkontrolle einzurichten. Anfang Februar 1950 erklärte sie sich bereit, an den Maßnahmen zur Kontrolle der Ausfuhr strategischer Waren nach den Ostblockstaaten teilzunehmen und einen Vertreter in die Pariser Ausschüsse zu entsenden. Die Kontrollen in der Bundesrepublik richteten sich allerdings nach den kompletten US-Listen, deren Umfang um 20–30 % über demjenigen der für die anderen Teilnehmerstaaten geltenden „Internationalen Listen" lag[23]. Dadurch wurde das westdeutsche Besatzungsgebiet weitgehend zum Objekt der amerikanischen Embargopolitik und war zudem alliierten Eingriffen ausgesetzt, die eine Diskriminierung gegenüber anderen westeuropäischen Ländern bedeuteten[24]. Zwar bemühte sich die Bundesregierung, den illegalen Handel wirksam zu bekämpfen, um ihre politische Glaubwürdigkeit zu unterstreichen und so schnell wie möglich die volle Souveränität beim Lizenzierungs- und Kontrollverfahren zu erhalten[25]. Sie hat aber wiederholt darauf hingewiesen, daß die Embargopolitik nur unter voller Gleichberechtigung und ohne jede Diskriminierung Deutschlands durchgeführt werden könne, ansonsten sei man durchaus bereit, zu den traditionell engen Handelsbeziehungen Deutschlands mit den Gebieten des Ostens und Südostens zurückzukehren[26].

Der West-Ost-Handel hatte für Westeuropa seit jeher einen anderen Stellenwert als für die Vereinigten Staaten, und es herrschte auch nach Beginn des Kalten Krieges die Meinung vor, daß der Handel mit kommunistischen Ländern – außer in wirklichen Krisensituationen – Bestandteil der Außenwirtschaftspolitik bleiben sollte[27]. Zudem schien die Politik der „Eindämmung" des kommunistischen Machtbereichs in ihrem Anfangsstadium nicht unbedingt einer gleichzeitigen Intensivierung des West-Ost-Handels zu widersprechen, vielmehr anerkannte ihn auch die amerikanische Seite als Hilfsmittel, um den Wiederaufbau in Westeuropa zu beschleunigen und zu einer Ver-

[23] BA, B 102/7196, Heft 2: Aufzeichnung der Gruppe West-Ost vom 22.4.1953 über Entwicklung und Bildung von CoCom.

[24] Während dadurch die Exporte in die Sowjetunion und nach China zwischen 1950 und 1952 fast völlig zum Erliegen kamen, lagen die Exporte in die Satellitenstaaten teilweise immer noch erheblich über denen der westlichen Konkurrenzländer. Darauf hat Ludwig Erhard auf der 45. Tagung des Außenhandelsbeirats am 7.5.1952 für das Jahr 1951 hingewiesen, gleichzeitig aber betont, daß ein Vergleich des Osthandels mit den Verhältnissen des Jahres 1938 nicht zulässig sei, da Deutschland damals vom Weltmarkt abgeschnitten war und sein ganzes Außenhandelsinteresse auf die Oststaaten gerichtet habe. BA, B 102/54293. Vgl. auch die Tabelle 4 bei Markus Windelen, Der Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft und die Volksrepublik China – Die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen 1952–1972, Magisterarbeit Bonn 1988, S. 27.

[25] BA, B 102/7196, Heft 1: Aufzeichnung der Gruppe West-Ost vom 19.9.1951 betr. Ost-West-Geschäft.

[26] Vgl. den Vermerk von Botschafter Kroll zu einem Antrag der SPD betr. Osthandel vom 6.5.1952, in: BA, B 102/57801.

[27] Vor allem in Großbritannien wurden Handelsbeziehungen mit kommunistischen Ländern keineswegs als Zeichen mangelnder Loyalität angesehen. Vgl. dazu Hasse, Theorie und Politik des Embargos, S. 259f., und Trautmann, Osthandel, S. 100, Anm. 6.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ringerung der Kosten beizutragen[28]. Man war sich darüber im klaren, daß Moskau und seine osteuropäischen Verbündeten „eine wirtschaftliche Waffe ersten Grades gegenüber der Doppelzone" besaßen, solange nicht hinreichend Ersatz für die Lieferungen aus dem Osten sowie neue Absatzmärkte für die deutschen Fertigprodukte gefunden wurden[29]. Zur Intensivierung des Güteraustauschs mit den osteuropäischen Randstaaten schloß die Joint Export Import Agency (JEIA), die Außenhandelsstelle in der westlichen Bi-Zone, deshalb im Namen der Militärregierungen 1947 bis 1949 mit der Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien, Polen und Jugoslawien Handels- und Zahlungsabkommen ab, die den westdeutschen Osthandel auch für die Zeit nach der Gründung der Bundesrepublik auf eine vertragliche Basis stellten und gleichzeitig eine Kontrolle des Warenverkehrs ermöglichten[30].

Mit der Internationalisierung des amerikanischen Exportkontrollsystems konnte der Niedergang des Ost-West-Handels aber auch durch vertragliche Abmachungen nicht aufgehalten werden[31]. Dennoch wäre es falsch, die drastische Abnahme in erster Linie auf die Erschwernisse zurückzuführen, die ihm aus außenpolitischen Gründen auferlegt wurden[32]. Daß der West-Ost-Handel geringfügig war und blieb, lag nicht nur am Nichtliefernwollen des Westens, sondern ebenso am Nichtliefernkönnen des Ostens[33]. Doch mit fortschreitender Modernisierung der östlichen Volkswirtschaften

---

[28] Im Zusammenhang mit der vorgesehenen Abwertung der europäischen Währungen äußerte sich der amerikanische Hohe Kommissar in Deutschland dahin, daß die Notwendigkeit für Westdeutschland anerkannt würde, am Export nach Südamerika und Osteuropa diejenigen Importe zu verdienen, die es zum Überleben brauche; McCloy an Acheson am 20. 9. 1949, in: Foreign Relations of the United States (FRUS) 1949, Vol. III: Council of Foreign Ministers; Germany and Austria, Washington 1974, S. 449. Außenminister Marshall hatte gleichfalls eine „möglichst kräftige Belebung des Ost-West-Handels für überaus wichtig" gehalten, da dies die Lage sehr erleichtern würde; Adler-Karlsson, Fehlschlag, S. 127. Die ursprünglichen Modellrechnungen gingen davon aus, daß bei einem Wareneinfuhrbedarf von insgesamt 14,3 Mrd. $ drei Milliarden aus Osteuropa bezogen werden könnten; PA/AA, 3/311–22/Ost-Westhandel, Bd. 1: West-Ost-Handel, S. 3 f.

[29] Nach Angaben des „Handelsblatts" vom 22. 1. 1948 (Osteuropa ein wichtiger Kunde) wurde diese Auffassung in einem Bericht der Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärverwaltung vertreten und daraus der Schluß gezogen, daß sich Westdeutschland ohne einen nennenswerten Außenhandel mit Osteuropa „niemals wieder voll erholen könne".

[30] Vgl. dazu Bruno Kiesewetter, Der Ostblock. Außenhandel des östlichen Wirtschaftsblockes einschließlich China, Berlin 1960, S. 198–201; Trautmann, Osthandel, S. 37–41; Adler-Karlsson, Economic Warfare, S. 72; Deutschlands Rückkehr zum Weltmarkt, hrsg. von Prof. Dr. Ludwig Erhard, Düsseldorf 1953, S. 195 f.; Fritz W. Meyer, Der Außenhandel der westlichen Besatzungszonen Deutschlands und der Bundesrepublik 1945–1952, in: Wirtschaft ohne Wunder, Zürich 1953, S. 267–273.

[31] Vgl. hierzu die tabellarische Aufstellung bei Windelen, Ost-Ausschuß und Volksrepublik China, S. 25, 27.

[32] Dagegen sprach Todor Zotschew, Strukturwandlungen im deutschen Außenhandel und deren Folgen für die westeuropäische Wirtschaft, Kiel 1951, S. 53, davon, daß sich der Warenaustausch zwischen der Bundesrepublik und Osteuropa reger entfaltet hätte, wenn Westdeutschland keine diskriminierenden Bestimmungen von den Besatzungsmächten auferlegt worden wären.

[33] Dies betonte Vollrath Freiherr von Maltzan sowohl in einem Beitrag „Zur Frage des Ost-West-Handels", in: Ost-West-Handel 33 (1954), S. 1–4, als auch in seiner Stellungnahme vor dem Ausschuß für

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mußte die zu erwartende Nachfrage nach Industrieausrüstungen und Konsumgütern eine realistische Perspektive für den künftigen Osthandel darstellen. Und in der Bundesrepublik spielte die „Romantik des Rußlandgeschäfts" vom Ende der zwanziger Jahre, als die deutsche Maschinenbauindustrie bis zu 50 % ihrer Produktion in die Sowjetunion lieferte, nach wie vor eine nicht zu unterschätzende Rolle[34].

Zweifellos hatten sowohl die amerikanischen Exportverbote als auch die sowjetische Autarkiepolitik für die westlichen Industrieländer teilweise empfindliche Außenhandelsverluste zur Folge. Zwar blieben genügend Möglichkeiten, die Verbote zu umgehen – nach zuverlässigen Schätzungen betrug der illegale Handel Anfang der fünfziger Jahre gut das Doppelte des legalen[35] –, es ging aber nicht zuletzt darum, sich die osteuropäischen Liefermöglichkeiten an Massengütern zu erhalten, da diese sonst anderweitig gegen Dollars hätten bezogen werden müssen[36]. Europa litt seit Kriegsende unter der sog. „Dollar-Lücke", die wegen des stark gestiegenen überseeischen Importbedarfs zu einem wachsenden Defizit in der Dollarbilanz geführt hatte und die für Deutschland sogar als „Schicksalsfrage" bezeichnet worden ist[37]. Sollte der Koreakrieg auch positive Auswirkungen auf die konjunkturelle Entwicklung und die Ausfuhren der Bundesrepublik haben, so ließ sich die zunehmende Devisenkrise nur mit

---

auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates am 14. 10. 1954; Staatsarchiv Hamburg (StAH): Bestand der Behörde für Wirtschaft und Verkehr, 371–16 II/Ordner 349, Bd. 1: Niederschrift über die 40. Sitzung. Bereits im Juni 1950 hatte der amerikanische Delegierte anläßlich einer ECE-Tagung über die Möglichkeiten einer Belebung des Ost-West-Handels „Eastern Europe reluctance to export as principal limiting factor Eastern European-Western trade" erklärt; The United States Delegation to the ECE to the Secretary of State vom 9. 6. 1950, in: FRUS 1950, Vol. IV: Central and Eastern Europe; The Soviet Union, Washington 1980, S. 144. Natürlich war die östliche Lieferfähigkeit auch politisch bestimmt, und außerdem waren die Ostblockländer wegen der beschränkten Bezugsmöglichkeiten aus dem Westen verstärkt auf den Intrablockhandel angewiesen.

[34] So Otto Wolff von Amerongen in einem Brief an den Kölner Bankier Pferdmenges vom 4. 2. 1956, in: BA, Bestand Bundeskanzleramt, B 136/1259. Vgl. auch ders., Ost-West-Handel im Schatten der Politik, in: Offene Welt 65 (1960), S. 58–61.

[35] Hasse, Theorie und Politik des Embargos, S. 308. Adler-Karlsson, Economic Warfare, S. 73. Die Untergrenze des geschätzten Wertes allein der nach Osteuropa verschobenen westdeutschen Waren lag bei 100 Mio. $ im jährlichen Durchschnitt, während die Größenordnung aller illegalen Geschäfte allein über den Interzonenhandel nach amerikanischen Angaben beispielsweise 1951 an die 350 Mio. $ erreichte. Anderen Angaben zufolge sollen 1951 im Transit über westliche Länder aber auch dringend verlangte Güter aus dem Osten im Wert von 300–350 Mio. DM nach Westdeutschland gelangt sein. Nach „Der Volkswirt" Nr. 18 vom 3. 5. 1952 (Die Rolle des Ostgeschäfts).

[36] Der Anteil der osteuropäischen Länder am deutschen Außenhandel hatte in der Vorkriegszeit immerhin zwischen 16 und 18 % betragen und war 1950–1952 auf 3,2 bis 1,9 % gesunken. Vgl. Maltzan, Zur Frage des Ost-West-Handels, S. 1, und Zotschew, Strukturwandlungen, S. 27, 30.

[37] So von Senator Wenhold, Bremen, in einer Rede vor der Industrie- und Handelskammer zu Hannover Anfang 1953; in: Aktuelle Fragen der Außenwirtschaft, Hannover 1953, S. 8. Bereits im Dezember 1949 hatte der Wissenschaftliche Beirat beim BWM zur Lösung des Dollarproblems „eine teilweise Verlagerung der Importbezüge in Nichtdollarländer" und dazu auch die „Wiedererschließung Ost- und Südosteuropas für den deutschen Außenhandel" vorgeschlagen; 12. Gutachten vom 18. 12. 1949, in: Wissenschaftlicher Beirat bei der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes. Gutachten 1948 bis Mai 1950, Göttingen 1950, S. 72–76.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hilfe der Europäischen Zahlungsunion – ein im Juni 1950 geschlossenes Clearing-Abkommen – in Grenzen halten, und es war keineswegs klar, ob ein Ausgleich der Dollarbilanz aus eigener Kraft möglich sein würde[38]. Für Wirtschaftsminister Erhard war angesichts dieser schmerzlichen Erfahrung die deutsche Situation dadurch gekennzeichnet, „daß wir Handelspartnerschaft mit allen Ländern anstreben müssen. Wir können uns mit keinem auch noch so weitgesteckten Regionalismus begnügen. Auch der kleinste und entfernteste Markt ist Bestandteil unserer äußeren Wirtschaftspolitik; wir können durch die einseitige Diskriminierung nichts gewinnen, weil wir aus der gleichzeitigen Benachteiligung anderer verlieren."[39] Um die „Lebensgrundlagen unserer gesellschaftlichen Existenz" sicherzustellen, müßte in der Außenhandelspolitik ein für allemal mit den Sünden der Vergangenheit gebrochen und im Zusammenhang mit dem Auslaufen des Marshallplanes in erster Linie das „Dollarproblem" gelöst werden[40].

Die von den USA erhoffte Wirkung des Embargos – wirtschaftliche und strategische Schwächung des Ostblocks – trat nicht ein, und es war von Anfang an umstritten, welche Seite letztlich die größeren Verluste hinnehmen mußte. Der Rückgang des Westhandels hat im Osten wohl zu gewissen Versorgungsengpässen und zu einem Absinken des Produktionsniveaus geführt, was aber auch einen Produktionsanreiz darstellte und die großräumige Wirtschaftsplanung beschleunigte. Und nicht zuletzt hat die erzwungene Intensivierung des Außenhandels der osteuropäischen Länder mit der Sowjetunion zur Abschwächung der Folgen der westlichen Embargopolitik beigetragen[41]. Weder konnte der Ausbau der UdSSR zur zweiten Industriemacht der Welt verhindert noch die sowjetische Rüstung wirklich beeinträchtigt werden[42]. Zudem waren Stalin die Wirtschaftssanktionen durchaus gelegen gekommen, um seine isolationistischen Bestrebungen zu rechtfertigen und die mit der Umlenkung der Außen-

[38] Ausführlich hierzu Volker Hentschel, Die europäische Zahlungsunion und die deutschen Devisenkrisen 1950/51, in: VfZ 37 (1989), S. 715–758; Matthias Schmitt, Außenwirtschaftsprobleme der Bundesrepublik während der Korea-Krise, in: Die Korea-Krise als ordnungspolitische Herausforderung der deutschen Wirtschaftspolitik. Texte und Dokumente, hrsg. von der Ludwig-Erhard-Stiftung, Stuttgart 1986, S. 49–66. Welschke, Außenpolitische Einflußfaktoren, in: Knapp (Hrsg.), Von der Bizonengründung zur Westintegration, S. 238–250. Bei der Frage, ob die „Dollarlücke" durch eigene Anstrengungen überwunden werden könne, wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß schon vor dem Kriege ein permanentes Defizit im Handel mit den USA bestanden habe und die Gebietsveränderungen sowie die Erschwerung des West-Ost-Handels dieses Problem ungewöhnlich verschärft hätten; BA, B 102/5934 Heft 2: Protokoll der 34. Tagung des Länderausschusses Außenhandel am 9./10. 4. 1952, S. 12 f.

[39] Deutschlands Rückkehr zum Weltmarkt, S. 9.

[40] So Ludwig Erhard in einer Rede zur Exportförderung im Bonner Bürgerverein am 9. 3. 1950; BA, Bestand Bundesministerium für den Marshallplan, B 146/537.

[41] Dazu ausführlich Kiesewetter, Der Ostblock, S. 23–42.

[42] Vgl. Adler-Karlsson, Economic Warfare, S. 187–200. Der spätere Botschafter in Moskau, Hans Kroll, hat in seinen „Lebenserinnerungen eines Botschafters", Köln 1967, S. 206 f., aber darauf hingewiesen, daß die jahrelange Blockade der Ausfuhr strategischer Güter nach dem Sowjetblock den Aufbau einer modernen Rüstungsindustrie in der UdSSR erheblich erschwerte und damit auch die Haltung Moskaus im Kalten Krieg beeinflußte.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

handelsströme verbundene wirtschaftliche Abhängigkeit der „Volksdemokratien" zum Ausbau der eigenen Hegemonialsphäre zu nutzen[43]. Als jedoch mit der 1950 einsetzenden „Chinahilfe" auf den gesamten Ostblock enorme Lieferverpflichtungen zur Forcierung der industriellen Entwicklung der Volksrepublik China zukamen, geriet auch die östliche Vormacht an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Da gleichzeitig ein wachsender Bedarf an Konsumgütern gedeckt werden mußte, wurde noch zu Stalins Lebzeiten ein Umschwung in der sowjetischen Außenhandelspolitik und insbesondere in der Bewertung des Ost-West-Handels eingeleitet, der die spätere Politik des „Neuen Kurses" vorbereitete[44].

Als auf dem Höhepunkt der Embargopolitik 1953 zwischen einem Drittel und der Hälfte aller international gehandelten Güter auf den Verbotslisten stand, verstärkte sich in den westeuropäischen Ländern der Druck der betroffenen Wirtschaftskreise und bewirkte in der Folgezeit eine teilweise Neuorientierung der Osthandelspolitik. Die Beendigung des Koreakrieges und der Tod Stalins, das Auslaufen des Marshallplans und eine spürbare Rezession in den westeuropäischen Ländern verstärkten die Diskussion über die Zweckmäßigkeit einer strikten Beibehaltung des Embargos und führten vor allem auf Betreiben Großbritanniens und der skandinavischen Länder seit 1954 zu einer deutlichen Reduzierung der Vorbehaltslisten, wobei die VR China von dieser Entwicklung zunächst noch ausgeklammert wurde. Erst im Sommer 1958 wurden die beiden Ausschüsse zusammengelegt und die spezielle China-Liste gestrichen[45].

2. Ost-Embargo und westdeutsche Wirtschaftsinteressen

Während die meisten Angehörigen der Bundesregierung die wirtschaftlichen Sanktionen trotz spürbarer Nachteile „als wirksames Mittel im politischen Machtkampf" ansahen[46], war der Wirtschaftsminister der Meinung, daß es gefährlich für Westdeutsch-

[43] Vgl. Kreile, Osthandel, S. 37–40, und Trautmann, Osthandel, S. 20–26. Allgemein hierzu Timothy Dunmore, Soviet Politics. 1945–1953, London 1984. Die Außenhandelsverflechtung des „sozialistischen Blocks" überstieg bereits 1948 das letzte reguläre Vorkriegsjahr um etwa 10 % und erreichte 1952 einen Anteil von 50 %, während die Sowjetunion bereits 1950 83,6 % ihrer Exporte und 78 % ihrer Importe mit den sozialistischen Ländern abwickelte; PA/AA, 3/311–22/Ost-Westhandel, Bd. 1: West-Ost-Handel, S. 4; Vnešnjaja torgovlja 1918–1960, S. 62.

[44] Vgl. dazu Nicholas Spulber, East-West Trade and the Paradoxes of the Strategic Embargo, in: Alan A. Brown/Egon Neuberger (Hrsg.), International Trade and Central Planning. An Analysis of Economic Interactions, Berkeley/Los Angeles 1968, S. 104–129, hier S. 119 f. Dagegen wertet Peter Wiles das Embargo wegen der Konzentration der sowjetischen Ressourcen auf den militärischen Sektor und die Vernachlässigung des zivilen als Erfolg: On the CoCom-Embargo, in: Werner Gumpel/Dietmar Keese (Hrsg.), Probleme des Industrialismus in Ost und West. Festschrift für Hans Raupach, München 1973, S. 383–394, hier S. 385 f.

[45] Adler-Karlsson, Economic Warfare, S. 202; Kreile, Osthandel, S. 42; Majonica, Bonn-Peking, S. 161; Hasse, Theorie und Politik des Embargos, S. 264.

[46] StAH, 371-16 II/Order 349, Bd. 1: Vermerk Oberregierungsrat Kiderlen über eine Besprechung betr. Ost-West-Handel am 23. 7. 1951 im BWM unter dem Vorsitz von Staatssekretär Dr. von Westrick.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

land sein würde, den traditionellen Handel mit den Ländern Osteuropas aus Gründen aufzugeben, die mehr politischer als ökonomischer Natur waren. Je länger die Unterbrechung des Ost-West-Handels anhielte, so argumentierte er weitsichtig, desto gefährlicher werde die strukturelle Auseinanderentwicklung West- und Osteuropas, die auf der Gegenseite noch durch die Planwirtschaft des sowjetischen Machtkreises gefördert werde[47]. Aus handelspolitischen Erwägungen trat er für eine Intensivierung des Osthandels „durch Umlenkung unserer Käufe aus dem Dollarraum nach dem Osten" ein. Für ihn hatte der Ausfall des Osthandels die „Verzerrungen der deutschen Außenhandelsstruktur weitgehend verursacht"[48]. Einig waren sich alle Beteiligten nur in der strikten Ablehnung jeder Diskriminierung der Bundesrepublik im Außenhandel mit den Ostblockstaaten[49], vor allem auch die Exportindustrie forderte die Gleichstellung mit den übrigen westlichen Ländern[50]. Aber schon Bundeskanzler Adenauer hatte an die Zustimmung zu den Exportkontrollen gegenüber der Alliierten Hohen Kommission die dringende Bitte geknüpft, bei den Beschränkungen ihres Handels in vollem Umfang den anderen beteiligten Ländern gleichgestellt zu werden[51], und im Zusammenhang mit der Aufforderung, deutsche Vertreter in die Pariser Embargo-Ausschüsse zu entsenden, die Hoffnung ausgesprochen, daß die Beteiligung der Bundesrepublik an der Embargopolitik zur Beseitigung der für den deutschen Außenhandel diskriminierenden Bestimmungen beitragen werde[52].

Anfang 1950 äußerte ein führender deutscher Wirtschaftswissenschaftler die Befürchtung, „daß für das deutsche Gebiet die wehrwirtschaftlichen Ausfuhrbeschränkungen, die die Vereinigten Staaten für ihr Gebiet gegenüber der UdSSR erlassen haben, auch auf uns angewendet werden, während man sich in England und Frankreich um

---

[47] Erhard, Rückkehr zum Weltmarkt, S. 194.

[48] Ebenda, S. 200.

[49] Stellvertretend hierzu der Geschäftsführer des BDI, Edgar H. P. Meyer, in seinem Tätigkeitsbericht auf der 2. Tagung des Außenhandels-Ausschusses am 4. 12. 1950 in Düsseldorf: „Mit größter Sorge haben wir die Entwicklung unseres Ost-Exports beobachtet. In mehreren Eingaben haben wir immer wieder die Forderung erhoben, daß eine Beschränkung unseres Ost-Exports nur in dem Ausmaß erfolgen darf, als dies auch der Handelspraxis der übrigen OEEC-Länder entspricht. Leider hat diese Forderung bislang keine Erfüllung gefunden. Im Gegenteil, es hat den Anschein, daß gerade in den letzten Wochen eine Verschärfung in den Richtlinien für den deutschen Ost-Export eingetreten ist." In: Haniel-Archiv Oberhausen (HA), Bd. 40010146/585. Vgl. auch die Ausführungen von Hermann Reusch, dem Vorstandsvorsitzenden der Gutehoffnungshütte, im Entwurf für ein Referat vor dem Rat der Internationalen Handelskammer in Paris über Ost-West-Handel, o. D. (aus 1951), in: Ebenda, Bd. 400129/48.

[50] Zum Verhältnis von Export- und Importinteressen vgl. Wilhelm Schäfer, Die Osthandelspolitik der Bundesrepublik in ihren institutionellen Rahmenbedingungen und Entscheidungsprozessen, Diss. Berlin 1979, S. 27–36.

[51] PA/AA, Bestand der Politischen Abteilung 2, Bd. 313–00: Der Bundeskanzler an den Geschäftsführenden Vorsitzenden der HICOG, Entwurf vom 2. 2. 1950, abgesandt am 3. 2.

[52] Kroll, Lebenserinnerungen, S. 199ff. Vgl. auch Kreile, Osthandel, S. 45 und Wörmann, Osthandel, S. 17. Da an eine Gleichbehandlung vorläufig aber nicht zu denken war, erklärte sich Kroll erst nach längerem Zögern bereit, die ständige Vertretung der Bundesrepublik in den Pariser Ausschüssen zu übernehmen.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

diese Beschränkungen nicht kümmert, sondern zweifellos vielfach froh ist, auf unsere Kosten in das Geschäft einspringen zu können"[53]. Deshalb müsse der „europäische Binnenhandel Ost-West" voll wiederhergestellt werden, denn die Spaltung Europas und die Ausschaltung der „europäischen Integrationsmitte Deutschland" zerrütteten das wirtschaftliche Gefüge des alten Kontinents. Von daher sei Deutschlands Stellung im Ost-West-Handel ein „Weltproblem ersten Ranges". Zur Steigerung des Ost-West-Handels müsse man deshalb trotz aller Schwierigkeiten versuchen, „das Mögliche herauszuschlagen", und mehr als bisher bei Investitionen nicht nur Rücksicht auf die Integration in Westeuropa selbst nehmen, sondern auch auf „die hoffentlich einmal wiederkommende Integration mit Osteuropa". In diesem Sinne hätten „Leute aus der Praxis" bereits zu verstehen gegeben, daß man für den Handel mit einem planwirtschaftlichen, monopolartigen Wirtschaftsblock ein „Gegensystem" erfinden und ihm ein „Gegenmonopol" entgegenstellen müsse, um nicht übervorteilt zu werden[54].

Der hier anklingende Gedanke einer zentralen Organisation für den Handel mit Osteuropa tauchte zur selben Zeit auch in der Presse auf. So beklagte der „Industriekurier", daß die Frage der Wirtschaftsverbindungen mit der Sowjetunion und den Sowjetsatelliten ausschließlich vom politischen und zu wenig vom ökonomischen Blickpunkt aus gesehen werde. Da die Bundesrepublik beim Aufbau ihrer Wirtschaft unter zwingendem Exportdruck stehe, dürfe sie auf keinen Markt, auf kein Geschäft verzichten. Vor allem Märkte, die an den Bezug deutscher Waren gewöhnt seien und zu denen die deutschen Kaufleute älteste Handelstraditionen besäßen, dürften nicht resigniert den Konkurrenten überlassen werden. Zum Ausgleich der schwächeren Verhandlungsposition einer Marktwirtschaft gegenüber der einheitlich gesteuerten Staatswirtschaft der Sowjetunion habe es zwischen den Kriegen eine „Dachorganisation" für den deutschen Rußlandhandel gegeben. Eine solche Organisation, die heute für den Handel mit ganz Osteuropa zu schaffen wäre und eine wirkliche „Interessengemeinschaft" der am Ostgeschäft interessierten Firmen sein müßte, sei als Voraussetzung eines künftigen Osthandels unentbehrlich[55].

Auf Regierungsebene fand der Niedergang des Ost-West-Handels erstmals verstärkte Aufmerksamkeit in einer Ausarbeitung des Bundesministeriums für den Marshallplan über die besondere Lage Westdeutschlands sowie in einem speziellen Memorandum des Ministers über die einschneidende Bedeutung der Beschränkungen für den Handel mit den Ostblockländern[56]. Durch eine Gegenüberstellung des deut-

[53] Dr. A. Wissler, Deutschlands Stellung im europäischen Ost-West-Handel, Referat, gehalten vor der 5. Mitgliederversammlung der „Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V." am 27./28. 1. 1950 in Berlin, S. 15.

[54] Ebenda, S. 18–21. Wissler sprach auch schon von der Notwendigkeit einer „Ost-West-Integration" und der Schaffung eines „eigenen europäischen Hauses" – als Gegengewicht gegen eine zu starke Abhängigkeit von den USA.

[55] „Industriekurier" Nr. 6 vom 12. 1. 1950 (Soll man ..., soll man nicht? Voraussetzungen und Möglichkeiten des deutschen Handels mit der Sowjetunion und den Ostblockstaaten).

[56] BA, B 146/191 e: Besondere Lage Westdeutschlands Anfang 1950. Probleme und Aufgaben (25. 1. 1950).

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen und des westeuropäischen Handels mit Ost- und Südosteuropa in den Jahren 1936–1938 bzw. 1948/49 sollten die Benachteiligung der Bundesrepublik und der volkswirtschaftliche Verlust, der sich nach vorsichtiger Schätzung auf jährlich 200 bis 250 Mio. $ belief, verdeutlicht werden[57]. Später schlossen sich das Deutsche Büro für Friedensfragen und das Bundeswirtschaftsministerium mit umfangreichen Dokumentationen über die für die Bundesrepublik ungünstige Entwicklung des Ost-West-Handels an[58]. Danach waren bereits Verluste in Höhe von einer Milliarde DM bei der Einfuhr und von 1,15 Mrd. DM bei der Ausfuhr entstanden, die den Exportzwang erhöhten. Dieser Zwang, schon in naher Zukunft die hohen Importkosten aus eigenen Exporterlösen bestreiten zu müssen, mache es notwendig, überall in der Welt nach weiteren Märkten zu suchen[59]. Wenn man außerdem bedenkt, daß das Jahr 1949 mit einem Handelsbilanzdefizit von rund einer Milliarde Dollar abgeschlossen hatte und der Export in die USA sich wegen der Struktur des amerikanischen Marktes sowie des bestehenden Schutzzollsystems nicht ohne weiteres steigern ließ, dann wird die Forderung nach Ausgleichsmöglichkeiten und damit Gleichberechtigung im Osthandel verständlich[60].

Auch der Außenhandelsbeirat, ein Beratungsgremium des Bundesministers für Wirtschaft[61], schenkte dem Problem des Ost-West-Handels große Aufmerksamkeit und widmete ihm 1950 die Juni-Sitzung, um auf der Grundlage der vorliegenden Zahlen und Fakten, die in einem Referat zusammengefaßt und bewertet wurden, eine einheitliche Stellungnahme zu ermöglichen[62]. Nach der Einschätzung des Referenten konnte die wünschenswerte Intensivierung des Handels mit dem „Ostraum" wegen

---

[57] Ebenda, S. 9 f.

[58] Gutachten des Deutschen Büros für Friedensfragen: „Der deutsche Außenhandel mit Osteuropa vor und nach dem zweiten Weltkrieg" (Mai 1950), hier vor allem S. 3 ff, in: BA, Bestand des Büros für Friedensfragen, Z 35/312. Bundeswirtschaftsministerium (Referat V C a): Unterlagen für das an den Bundeskanzler zu richtende Memorandum über den Ost-Westhandel (19. 5. 1950). BA, B 136/7807.

[59] Gutachten, in: BA, Z 35/312, S. 7, 9 f. Bereits im Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates beim BWM vom 18. 12. 1949 über das Problem der Dollarlücke war betont worden, daß die Verkleinerung und Zerschneidung des deutschen Wirtschaftsgebietes sowie die Bevölkerungsverdichtung in Westdeutschland „eine intensivere Außenhandelsverflechtung, als Deutschland sie jemals gekannt hat", erfordere; BA, B 136/7807, S. 73.

[60] Dies entsprach auch den Forderungen des Handelsausschusses der OEEC und der Economic Commission of Europe (ECE). Vgl. BA, B 146/566: Europäischer Wirtschaftsrat der OEEC. Der Handelsausschuß über die Bemühungen zur Steigerung der Ausfuhr nach dem Dollarraum. Bericht der Arbeitsgruppe 4 vom 13. 5. 1952. Vor allem der rührige Vorsitzende der ECE, der schwedische Professor Gunnar Myrdal, plädierte für eine Belebung des Ost-West-Handels. Im Juni 1950 organisierte er eine erste Tagung, in deren Mittelpunkt der Abschluß eines europäischen Getreideabkommens stand. KAdG 20 (1950), S. 2421 B. Und bereits im ersten Jahresband des „Economic Survey for Europe" für 1948 (Genf 1949), S. 147–160 und im ersten Vierteljahresheft des „Economic Bulletin for Europe" für 1949 (Genf Juli 1949), S. 27–30 wurden der Zustand und die Entwicklungsmöglichkeiten des Ost-West-Handels untersucht.

[61] Über seine Funktion vgl. Schäfer, Osthandelspolitik, S. 91 f.

[62] BA, B 102/54289: Protokoll der Tagung des Außenhandelsbeirats am 20. 6. 1950 in Berlin. Das Referat hielt der Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer München, Dr. Erich Eiswaldt.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der veränderten Rahmenbedingungen aber nur eine Teillösung für den Abbau des westdeutschen Dollardefizits darstellen. Da die größten Probleme eines wirtschaftlich sinnvollen Güteraustauschs bei der Finanzierung zu erwarten seien und diese eine Übernahme langfristiger Verpflichtungen ebenso erfordere wie den Verzicht auf die Handelsbeschränkungen, gehe es hier primär nicht um wirtschaftliche Überlegungen, sondern um politische Willensbildung[63].

In seiner Entschließung betonte der Außenhandelsbeirat, daß der notwendige Ausgleich der westdeutschen Zahlungsbilanz die Wahrnehmung *jeder* Möglichkeit zur Steigerung der Ausfuhr nach *allen* Ländern erfordere und daß der „Ostraum" unter bestimmten Bedingungen auch heute noch in der Lage sein dürfte, Westdeutschland größere Mengen an Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu liefern und dafür industrielle Fertigwaren oder Investitionsgüter zu beziehen. Es sei daher zu empfehlen, jede – auch die kleinste – Möglichkeit zur Aktivierung des Handels mit dem Osten wahrzunehmen, wenngleich seine Ausweitung wegen des erheblichen Kapitalbedarfs nur auf europäischer Ebene – und auch hier „wahrscheinlich nur mit Hilfe außereuropäischer Kapitalinvestitionen" – möglich sein werde. Da die Intensivierung des Osthandels aber lediglich *eine* Option zur Verbesserung der Zahlungsbilanz darstelle, dürfe sie keinesfalls dazu führen, die anderen, schon heute offen stehenden, außer Acht zu lassen[64].

Unmittelbar vor Ausbruch des Koreakrieges nahm schließlich Ludwig Erhard die lauter werdenden Stimmen aus der deutschen Wirtschaft, den Handel der Bundesrepublik mit den Ländern hinter dem „Eisernen Vorhang" zu beleben, zum Anlaß, die Voraussetzungen für den Osthandel zu überprüfen und sich über etwaige handelspolitische Maßnahmen schlüssig zu werden. In einem ausführlichen Brief an den Bundeskanzler schilderte er die Ursachen für den Rückgang des Handels der Bundesrepublik mit den Oststaaten und regte die Besprechung dieser Frage auf einer der nächsten Kabinettssitzungen an, um die Richtlinien für wirtschaftspolitische Verhandlungen mit den Ostblockstaaten festzulegen[65]. Erhard stellte fest, daß dieser Rückgang nicht den „Zwangsläufigkeiten einer normalen und gesunden wirtschaftlichen Entwicklung" entspreche, sondern Folge des politischen Auseinanderstrebens zwischen Ost und West sei, wobei die von der Bundesrepublik zu beachtenden verschärften Embargovorschriften besonders ins Gewicht fielen. Aus den noch einmal vorgerechneten Einbußen gegenüber den Vorkriegsumsätzen zog er den Schluß, daß auch die Bundesrepublik wegen der geographischen Nähe und der „jahrhundertealten persönlichen Beziehungen der gegenseitigen Wirtschaftskreise" in angemessenem Umfang einen Warenverkehr „in geregelten Bahnen" aufrechterhalten sollte. Dazu müßten allerdings die Ausfuhrhemmnisse wesentlich gelockert und die üblichen Transportmöglichkeiten

[63] Niederschrift über das Referat von Dr. Eiswaldt „Der Handel mit dem Osten" als Anlage 1 zum Protokoll der Tagung des Außenhandelsbeirats, S. 5 ff. und S. 11 f., in: Ebenda.

[64] Entschließung als Anlage 2, in: Ebenda.

[65] BA, B 102/56086: Schreiben des Bundesministers für Wirtschaft an den Herrn Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland vom 13.6.1950, Az.: V A 7 – 13879/50.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eröffnet werden[66]. Eine klare Absage erteilte der Wirtschaftsminister dagegen allen Bestrebungen, die Ostzone als Mittlerin in das Geschäft mit den Oststaaten einzuschalten.

Die aufgrund des Schreibens von Erhard erstellte Kabinettsvorlage zum Ost-West-Handel begrüßte im Interesse der gesamten Wirtschaft und insbesondere auch der Arbeitsbeschaffung jede Absatz- und Umsatzbelebung und sprach sich dafür aus, nach Möglichkeit die Bestrebungen der einzelnen Länder in der sowjetischen Einflußzone zu unterstützen, in unmittelbaren Beziehungen mit der westdeutschen Bundesrepublik zu bleiben und eine Verhandlungsführung durch die Sowjetunion zu vermeiden. Die Ausschaltung der deutschen Sowjetzone müsse dagegen trotz der dadurch für die Menschen in Ostdeutschland gegebenen Schädigungen durchgehalten werden[67]. In einem ergänzenden Vermerk für die Kabinettssitzung wurde außerdem betont, daß der Wirtschaftsminister im Hinblick auf das wirtschaftspolitische Schwergewicht der Bundesrepublik die Intensivierung des Warenverkehrs mit dem Ostblock „in geregelten Bahnen" für erforderlich halte, weil nur hierdurch der illegale Handel eingeschränkt werden könne[68].

Auch die neugegründete Interessenvertretung der westdeutschen Industrie, der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), hat von Anfang an beklagt, daß die Einführung weitgehender Ausfuhrkontrollen eine neuerliche schwere Belastung der Export-Industrie darstelle, die sich mit der Notwendigkeit einer freien Gestaltung des westdeutschen Außenhandels nicht vereinbaren lasse[69], und besorgt die seit dem Sommer 1950 zunehmenden Anhaltungen deutscher Exportlieferungen mit regulären Genehmigungen beobachtet, die nicht nur die Bemühungen um eine Wiederbelebung des deutschen Ostexports gefährdeten, sondern auch das Ansehen der deutschen Exportindustrie aufs schwerste schädigten. Wenn schon beim Export in die Ostblock-Länder

[66] Ebenda, S. 3 f. Bei der Frage nach der Form des Handels mit dem Osten führte der Wirtschaftsminister den Fall der Düsseldorfer Eisenfirma Otto R. Krause an, die Anfang Mai einen Antrag auf Genehmigung eines Kompensationsgeschäfts mit der Sowjetunion gestellt hatte, wobei den russischen Stellen in Karlshorst Rohre, Feldbahnschienen und Moniereisen im Werte von rund 25 Mio. DM angeboten worden waren. Russischerseits habe man sich bereit erklärt, über dieses Angebot zu verhandeln, und er selbst habe keine Bedenken, die Genehmigung zu erteilen und das russische Gegenangebot hereinzunehmen. Auf dieses Geschäft hat zum ersten Mal Kiesewetter, Der Ostblock, S. 203, hingewiesen. Zu Einzelheiten vgl. BA, B 136/7807 und B 102/57799. Dieses erste große „Rußlandgeschäft" ist nach dem Ausbruch des Koreakrieges nicht zustande gekommen. In diesem Zusammenhang beklagte die Firma Mannesmann die eigene Zögerlichkeit, obgleich der Name Mannesmann bei den maßgebenden Herren der sowjetischen Seite noch den besten Klang habe. Schreiben des Büros Berlin der Mannesmann-Röhrenwerke an die Mannesmann-Export GmbH vom 14. 8. 1950, in: Mannesmann-Archiv Düsseldorf (MA), Bd. M 50.409.4.

[67] BA, B 102/56086: Kabinettsvorlage betr. Ost-West-Handel vom 27. 6. 1950.

[68] BA, B 136/7807: Vermerk für die Kabinettssitzung am 27. 6. 1950 vom 23. 6. 1950. Die Ausführungen Erhards wurden auf der 81. Sitzung des Bundeskabinetts am 7. 7. 1950 gebilligt. Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, hrsg. für das Bundesarchiv, Bd. 2: 1950, Boppard a. Rhein 1984, S. 519 f.

[69] Vgl. den Bericht über die konstituierende Sitzung des Außenhandels-Ausschusses beim BDI am 9. 5. 1950 in Fulda, Punkt 4 der Tagesordnung: Neues Genehmigungsverfahren bei der Warenausfuhr, S. 14 f.; in: HA, Bd. 400101401/85.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine Diskriminierung der deutschen Industrie aus dem Zwang der Verhältnisse heraus in Kauf genommen werden müsse, so könne unter keinen Umständen hingenommen werden, daß im Rahmen der verbliebenen Möglichkeiten auch noch durch willkürliche Eingriffe der alliierten Behörden Störungen verursacht würden[70]. Die Verschärfung der alliierten Vorschriften für die Behandlung von West-Ost-Lieferungen betraf aber ebenso die ersten „Rußlandgeschäfte", um die sich seit dem Frühjahr 1950 Firmen wie AEG, Siemens oder Bayer bemühten[71]. Die Verunsicherung war so groß, daß selbst bei den mit Weststaaten zu tätigenden Geschäften empfohlen wurde, sich genau zu versichern, ob sich dahinter nicht verbotene Transaktionen verbergen könnten[72].

Obwohl im Februar 1951 Verhandlungen aufgenommen wurden, die diskriminierenden Bestimmungen abzubauen und die alliierten Befugnisse schrittweise auf deutsche Stellen zu übertragen, mußte „im Hinblick auf die außerordentlich schwierige Problematik" weiterhin mit gelegentlichen Anhaltungen gerechnet werden[73]. Bereits Anfang 1951 hatte Hans Kroll, Leiter des Generalreferates West-Osthandel im Bundeswirtschaftsministerium[74], Industrievertreter in bezug auf den Handel mit der VR China davor gewarnt, daß „von jetzt ab auch einwandfreie deutsche Abschlüsse, die hier sowohl von der Zentralen Genehmigungsstelle wie von Hicog erlaubt worden seien, nicht mit Sicherheit durchgeführt werden können; ... Mit Rücksicht auf die

[70] HA, Bd. 400101401/85: Schreiben des Hauptgeschäftsführers des BDI, Dr. Beutler, an Bundeswirtschaftsminister Erhard vom 18.10.1950. Nur in einem Fall intervenierte das Bundeswirtschaftsministerium massiv und versuchte die Freigabe der angehaltenen Lieferung zu erwirken. Dabei handelte es sich um Lieferungen für ein 1950 von Ungarn bestelltes Walzwerk durch die Schloemann AG, für die das Ministerium schließlich eigenmächtig die Ausfuhrgenehmigung erteilte. BA, B 102/7201, Heft 2: Schreiben der Schloemann AG an das BWM wegen Schadensersatz für Anhaltung genehmigter Ausfuhr vom 5.5.1952. Vgl. auch die Darstellung des Falles bei Kroll, Lebenserinnerungen, S. 205, in der besonders die feste Haltung des Wirtschaftsministeriums gegenüber der „ernsten Verstimmung" der amerikanischen Regierung und ihrer Forderung nach Rücknahme der Genehmigung zum Ausdruck kommt.

[71] Siemens unterhielt dafür sogar ein eigenes Kontaktbüro in Berlin. Siemens-Archiv München (SAA), Nr. 68, Li 141 Stoffsammlung 1911–1974: Ausland-Rundschreiben Nr. 20 betr. Rußland-Geschäft vom 11.3.1950. Die Auflistung entsprechender Lieferwünsche der Bayer AG findet sich im Bayer-Archiv unter der Volkswirtschaftlichen Abteilung, Bd. 16 UdSSR.

[72] SAA, Ausland-Rundschreiben Nr. 1/2 betr. West-Ost-Handel vom 23.7.1951. Auch die Mannesmann AG hat ein Berliner Büro zur zentralen Wahrnehmung eingerichtet und gleichzeitig einen „Arbeitsausschuß für das West-Ost-Geschäft" gebildet. MA, Bd. M 50.409.4: Mitteilung des Vorstands vom 7.12.1949 über die Bildung dieses Ausschusses am 14.11.1949 und Niederschrift über die 4. Sitzung des Beirates der Mannesmann-Handelsgesellschaft am 18.11.1949.

[73] Archiv des BDI Köln, Akten des Ost-Ausschusses/OA 4: Aktenvermerk über eine interne Besprechung zwischen Herrn Dr. Kroll und einigen Herren der Industrie am 4.4.1951. Hierbei gab Kroll nochmals einen Überblick über die Entwicklung seit Mai 1950 und stellte fest, daß hinsichtlich des Kontrollverfahrens die deutsche Diskriminierung noch nicht beseitigt sei. Vorläufig könne man auch nur versuchen dafür zu sorgen, daß diese Anhaltungen nicht zu willkürlichen Eingriffen führten.

[74] BA, B 102/57789: Verfügung des Wirtschaftsministers über die Bildung eines General-Referates West-Osthandel vom 27.1.1951. Dieses sollte die Bearbeitung und Koordinierung aller Fragen, die die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und solchen Ländern betrafen, für die Ausfuhrbeschränkungen bestanden, übernehmen.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

empfindliche Nervosität der USA, aber auch im Hinblick auf das ‚Abschneiden des eigenen Astes' könne nur ein Verzicht auf das Augenblicksgeschäft zugunsten einer rohstoffwichtigen Sicherungspolitik gegenüber der ‚Westhemisphäre' empfohlen werden."[75]

Amerikanische Kritik an der deutschen Ausfuhrkontrolle nahm Ludwig Erhard zum Anlaß[76], um gegenüber dem Bundeskanzler erneut einige Bemerkungen grundsätzlicher Art zum Gesamtproblem der Embargopolitik vorzubringen[77]. Als den „beste(n) Beweis für die einwandfreie deutsche Haltung auf dem Gebiet des West-Ost-Handels" führte er die Opfer an, die die deutsche Wirtschaft in ihren Handelsbeziehungen mit den Ost- und Südoststaaten als Folge der Embargopolitik erbracht habe. Dagegen hätten sich die west- und nordeuropäischen Exporte nach Osteuropa – insbesondere auf dem Maschinensektor – „unter Ausschaltung Deutschlands" vervielfacht. Der sich in den Vergleichszahlen dokumentierende Fortfall bedeutender Märkte und vor allem wichtiger Rohstoffbezugsquellen mache sich bei der gegenwärtigen internationalen Knappheit an Rohstoffen für die Wirtschaft der Bundesrepublik besonders einschneidend bemerkbar[78].

Zwar wurden im Verlauf des Jahres 1951 die für die Bundesrepublik geltenden Sonderbestimmungen bei der Kontrolle des West-Ost-Handels in wesentlichen Bereichen beseitigt, die Benachteiligungen und Behinderungen des deutschen Ostgeschäfts hielten aber weiter an[79]. Vor allem der Chinahandel geriet unter Beschuß, als ab 1. Juni 1951 jede Ausfuhr nach China genehmigungspflichtig gemacht und schließlich der westdeutsche Chinahandel durch den Erlaß einer von den USA erzwungenen Zahlungssperre völlig unterbunden wurde[80]. Nicht einmal die An- und Vorauszahlungen

---

[75] BDI/OA 4: Aufzeichnung von Mirbach betr. vertrauliche Sitzung im BWM über aktuelle Probleme im Handel mit Rotchina vom 14. 2. 1951.

[76] Konkret handelte es sich um Vorwürfe gegen die Kontrolltätigkeit der Düsseldorfer Zweigstelle der Zentralen Genehmigungsstelle. Der wachsenden amerikanischen Kritik entgegen stand eine Prozeßwelle wegen illegaler Ostexporte. Bei einer Besprechung im BWM am 23. 7. 1951 teilte Staatssekretär Westrick führenden Industriellen mit, daß 1950 etwa 4500 Strafverfahren durchgeführt worden seien, in den ersten sechs Monaten 1951 ca. 1100 und daß in nächster Zeit mit einer Anzahl von größeren Verfahren sowie erheblichen Strafen zu rechnen sei. BDI/OA 4: Aktennotiz vom 24. 7. 1951. Einen Eindruck von der Fülle der Einzelfälle und einen Überblick über die Ermittlungen seit 1950 geben die Bände 56050–53 und 56085–88 (Bekämpfung des illegalen West-Ost-Handels) aus BA, B 102. Zum Gesamtkomplex Fritz Seidenzahl, Geschäfte mit dem Osten, Düsseldorf 1957, S. 169–181.

[77] BA, B 102/57795: Schreiben Erhards an Adenauer vom 6. 6. 1951.

[78] Ebenda, S. 6 ff.

[79] Daran änderte auch die alliierte Note vom 8. 3. 1952 wenig, die das Genehmigungsrecht und die entsprechenden Kontrollbefugnisse ohne Einschränkung auf deutsche Stellen übertrug. Vgl. Kroll, Lebenserinnerungen, S. 203.

[80] Vorwiegend aus politischen Erwägungen sah sich der Handelspolitische Ausschuß auf seiner Sitzung am 21. 8. 1951 gezwungen, trotz Fehlens einer Rechtsgrundlage „dem amerikanischen Verlangen auf Erfassung und zunächst zögerliche Behandlung von Zahlungen nach Rot-China" zu entsprechen. BA, B 102/55353: Sitzungsbericht vom 23. 8. 1951. Ressortbesprechung „über die Frage der Erfassung und Blockierung rotchinesischer Guthaben in der Bundesrepublik". Einen Tag später empfahl

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der VR China für Waren, die inzwischen unter das Ausfuhrverbot fielen, durften mehr erstattet werden[81]. Da eine „Rechtshandhabe für die Bundesregierung zur Aufrechterhaltung dieses Zahlungsverbots" nicht bestand, drohten allerdings die Firmen, deren Zahlungsaufträge nicht ausgeführt wurden, Regreßansprüche geltend zu machen[82]. Diese drastische Maßnahme, die außer in den USA nur in der Bundesrepublik durchgeführt wurde, stellte einen besonders krassen Fall von Diskriminierung dar und schädigte die deutschen Geschäftsinteressen in China. Die rigorose Durchsetzung des China-Embargos bewirkte eine noch jahrelang nachwirkende Verbitterung und verstärkte das Klima der Unsicherheit. Fortgesetzte Einschüchterung und Verdächtigung brachten den Osthandel immer stärker in den Geruch der Illegalität und der skrupellosen, wenn nicht gar landesverräterischen Geschäftemacherei.

Wenn die Mitgliedstaaten des CoCom den amerikanischen Forderungen trotz erheblicher Bedenken weitgehend entgegenkamen, dann lag das in erster Linie an der Drohung, die amerikanischen Hilfeleistungen, deren Umfang das Volumen des möglichen West-Ost-Handels um ein Vielfaches übertraf[83], zu kürzen oder ganz einzustellen. Als die amerikanische Administration mit dem „Battle Act" im Oktober 1951 die restriktive Handhabung des Wirtschaftsboykotts weiter verschärfte, klang die Drohung, jedem Land, das sich weigern sollte, seine Ausfuhr an strategischen Gütern in die Ostblockländer einzuschränken, angesichts des ohnehin bevorstehenden Endes der Marshallplan-Hilfe allerdings nicht mehr ganz so abschreckend. Im ersten Bericht über die Verwirklichung des neuen Gesetzes wurde denn auch offen von den Schwierigkeiten des Systems der gemeinsamen Kontrolle gesprochen und festgestellt, daß „ein lückenloses Embargo die freie Welt mehr schädigen würde als den Sowjetblock" und daß „viele der freien Völker ein gewisses Maß von Handel mit dem Sowjetblock nicht entbehren können". Vor allem aber mußte der Berichterstatter zugeben, daß bei Einstellung der US-Hilfe die betroffenen Länder gezwungen wären, „mit dem Ostblock in so großem Umfange Handel zu treiben, daß sich entsprechende Sanktionen nur zum Vorteil der Sowjets und zum Nachteil der freien Welt auswirken würden"[84].

Obwohl Kritiker im Osthandel keine relevante Größe sahen und seine wirtschaftliche Bedeutung auch von Befürwortern keineswegs überschätzt wurde, war doch die Überzeugung verbreitet, daß zur Eingliederung des westdeutschen Außenhandels in

---

auch die Bank deutscher Länder den Landeszentral- und Außenhandelsbanken, ab sofort Zahlungsaufträge zugunsten rotchinesischer Empfänger „bis auf weiteres in der Schwebe" zu halten. Ebenda, Abschrift eines Schreibens der Bank deutscher Länder an die Vorstände der Landeszentralbanken und den Vorstand der Berliner Zentralbank vom 22.8.1951.

81 Erhard Louven, Deutsch-chinesischer Wirtschaftsverkehr seit 1945: Der lange Weg zur beständigen Zusammenarbeit, in: Rüdiger Machetzki (Hrsg.), Die deutsch-chinesischen Beziehungen. Ein Handbuch, Hamburg 1982, S. 177–203, hier S. 179. Insgesamt dazu auch Windelen, Ost-Ausschuß und Volksrepublik China, S. 65–68.

82 BA, B 102/55353: Vermerk Dr. von Zahn-Stranik (Gruppe West-Ost) vom 3.12.1951.

83 Vgl. die entsprechende Aufstellung bei Adler-Karlsson, Economic Warfare, S. 45f.

84 BA, B 102/7196, Heft 2: Glanz und Elend des Ost-Westhandels. Die Verwirklichung des Battle-Gesetzes. Wiedergegeben nach „The Economist" vom 1.11.1952.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Weltwirtschaft und zur strukturellen Verbesserung der westdeutschen Außenhandelsposition die Ingangsetzung des Güteraustauschs mit der feindlichen „Osthemisphäre" auch deshalb gehöre, weil man nach 1952 nicht Kostgänger der Vereinigten Staaten bleiben wolle. In den ersten Jahren wurden für den westdeutschen Osthandel aber die von den USA angeführte antikommunistische Handelspolitik und die fehlende Souveränität im Außenhandel zum bestimmenden Faktor.

3. Die Osthandelspolitik des BDI

Die trotz aller Widrigkeiten am Ostgeschäft interessierten Kreise schienen entschlossen, die Märkte in Ost- und Südosteuropa wiederzugewinnen und in geduldiger Arbeit die Voraussetzungen für eine allmähliche Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen in diese Richtung zu schaffen. Die früheren Möglichkeiten gab es zwar nicht mehr, doch selbst eine minimale Größenordnung bot offenbar willkommenen Ersatz für Exportmöglichkeiten, die infolge der sich langsam stabilisierenden Entwicklung in der westlichen Welt nicht mehr ohne weiteres zu erwarten waren. Bei vielen deutschen Industriellen bestand vor dem Hintergrund der bedeutenden kommerziellen Verbindungen in der Vergangenheit zudem eine starke Disposition für das Ostgeschäft, speziell mit der Sowjetunion. Dennoch wurde dieses nicht allein aus den Erfahrungen der Vergangenheit beurteilt, es galt vielmehr, die potentiellen Möglichkeiten dieses Geschäfts und die darin liegenden Chancen abzuwägen. Vor allem mußte das Risiko abgeschätzt werden, durch eine zu starke Intensivierung des Osthandels die Sympathien des Westens und damit einen politisch sicheren Markt zu verlieren[85]. Deshalb fehlte es auch nicht an eindringlichen Appellen an die Bundesregierung, dafür zu sorgen, daß die ihr in der Handelspolitik vorgesetzten alliierten Stellen sich bindend äußerten, was politisch vertretbar und was wirtschaftlich notwendig sei.

Der BDI erkannte den Primat der Außenpolitik zwar ausdrücklich an, in der Frage des Handels mit kommunistischen Staaten kam es jedoch immer wieder zu Meinungsverschiedenheiten mit der Bundesregierung, die neben einer Aufweichung ihrer antisowjetischen Politik den möglichen Zusammenhang von Osthandelswünschen und Neutralisierungstendenzen fürchtete. Die Spitzen der Industrie hätten sich durch Exportverlockungen im Osten jedoch niemals zu einer politischen Umorientierung verleiten lassen, wollten aber auch nicht völlig einseitig vom Westhandel abhängig werden und deshalb frühere Positionen im Osten nicht so ohne weiteres aufgeben. Dem BDI ging es einfach darum, mit den Ostblockstaaten Handel treiben zu können, wenn es die wirtschaftlichen Interessen erforderten und die anderen westlichen Staaten dies eben-

[85] Es wurde andererseits aber auch die Gefahr gesehen, daß, wenn hier nichts geschah, die Handelsinteressen ihre eigenen Wege gehen und nicht mehr der Flagge folgen würden. Dieses Argument tauchte erstmals in einem Artikel „Westdeutschland und der Osthandel" in der „Deutschen Zeitung" (Stuttgart), Nr. 38 vom 13. 5. 1950 auf.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

falls taten[86]. Damit befand er sich jedoch in dem Dilemma, auf der einen Seite die politische und ökonomische Entscheidung für den Westen und insbesondere die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit nachdrücklich zu bejahen[87], andererseits jedoch eine unverändert ablehnende Haltung gegenüber den amerikanischen Restriktionen und Interventionen gegen den Ost-West-Handel einzunehmen, die eindeutig eine Souveränitätsverletzung und Einschüchterung verbündeter Nationen darstellten[88]. Gleichzeitig warnte der BDI jedoch vor einer Überschätzung der Möglichkeiten des Osthandels sowie vor nostalgischer Rückbesinnung auf alte Zeiten[89]. Letztlich dachten aber selbst nachdrückliche Befürworter eines verstärkten Handels speziell mit der UdSSR kaum ernsthaft an eine Rückkehr zur „Rapallo-Diplomatie"[90]. So ist es auch zu einer Gefährdung der Adenauerschen Westpolitik durch übertriebene Forderungen der Industrie nach mehr Osthandel nicht gekommen. Allerdings blieb die westdeutsche Wirtschaft bestrebt, über die Ausweitung und Organisation des Osthandels selbst zu bestimmen, und ihr Ziel war es, die Handelsbeziehungen mit dem Osten so bald wie möglich ihres politischen Charakters zu entkleiden. Bezeichnend ist deshalb, daß sich der industrielle Spitzenverband schon kurz nach seiner Neugründung der Problematik des Osthandels annahm und nach Lösungen für die Abwicklung von Ostgeschäften suchte.

Im Zusammenhang mit der ersten außenwirtschaftlichen Initiative des BDI, die der Wiederbelebung des Osthandels galt und noch nicht im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Embargos stand, hatte der frühere Geschäftsführer des Rußland-Ausschusses, Gerhard Schauke[91], auf Anregung der Geschäftsführung des Außenhandelsausschusses industrieller Verbände am 8. Februar 1950 ein Exposé über „Grundsätzliche Gesichtspunkte für die Bildung eines Ost-Ausschusses" vorgelegt, in dem er die Notwendigkeit eines solchen Gremiums aus den in den Jahren 1920 bis 1926 und während der Anlaufphase des Interzonengeschäfts gemachten Erfahrungen bei der Geschäftsabwicklung mit Ländern staatskapitalistischer Wirtschaft ableitete[92].

---

[86] Vgl. dazu Gerard Braunthal, The Federation of German Industry in Politics, Ithaca/N.Y. 1965, S. 305–308 und Roland Reithel, Wirtschaft und Außenpolitik. Der Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. als Faktor im außenpolitischen Entscheidungsprozeß der Bundesrepublik Deutschland, Diss. Erlangen-Nürnberg 1984, S. 81.

[87] Der erste Präsident des BDI, Fritz Berg, äußerte auf der Hauptversammlung am 5./6. 5. 1952 in Hamburg sogar, daß man sich über das rein Materielle hinaus von dem Bewußtsein leiten lasse, „daß wir allein zum Abendland gehören". Der Weg zum industriellen Spitzenverband. Festschrift für Dr. Jacob Herle, Darmstadt 1956, S. 331. Vgl. auch die Zusammenstellung von ähnlichen Äußerungen Bergs und des Geschäftsführers Dr. Heinz Beutler für den britischen Hochkommissar Kirkpatrick vom 31. 1. 1951, nachdem dieser sich kritisch über die Zuverlässigkeit der bundesdeutschen Westbindung geäußert hatte. HA, Bd. 400101401/40, S. 1–7.

[88] So Gunnar Adler-Karlsson, Die Instrumente Embargo und Sanktionen, in: Reinhard Rode/Hanns-Dieter Jacobsen (Hrsg.), Wirtschaftskrieg oder Entspannung? Eine politische Bilanz der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Bonn 1984, S. 305–315, hier S. 313.

[89] Ebenda, S. 307.

[90] Das deutet in diesem Zusammenhang Braunthal, Federation of German Industry, S. 295 an.

[91] Perrey, Rußlandausschuß, S. 91 f.

[92] BDI/OA 4: Anlage zum Schreiben Schaukes an Meyer vom 8. 2. 1950. An dieser Stelle sei angemerkt,

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Da die „auftragshungrige deutsche Industrie" seinerzeit erst teures Lehrgeld habe zahlen müssen, ehe sie sich zu einer freiwilligen Zusammenarbeit zum Zweck der „vernünftigen Lenkung und Aufsicht des Geschäftes mit der UdSSR nach dem ersten Weltkriege" entschloß, müsse es möglich sein, „auch heute wieder eine zentrale Steuerung und Beratung für das Geschäft mit der UdSSR und auch nötigenfalls mit den Satellitenstaaten durch einen Ausschuß, gestützt auf die Fachverbände, einzurichten". Dieser solle verhindern, daß deutsche Firmen durch zentral gesteuerte Abnehmer bei der Auftragserteilung gegeneinander ausgespielt werden könnten. Die Aufgaben eines zu gründenden Ost-Auschusses sollten nach Schauke sowohl in der Beratung in allen praktischen Fragen des Geschäftsverkehrs, der Anbahnung von Geschäftsbeziehungen, der Festlegung und Kontrolle von Richtlinien für Liefer- und Zahlungsbedingungen als auch in der Vertretung der am Ostgeschäft beteiligten Wirtschaftskreise gegenüber den deutschen Behörden und den Außenhandelsorganisationen der Ostblockstaaten sowie in der laufenden Unterrichtung über neue Entwicklungen im Ostgeschäft bestehen[93]. Sitz des Ost-Ausschusses und seiner Geschäftsführung sollte Berlin sein, da dort die Berührung mit dem östlichen Partner und die Kenntnis seiner Mentalität seit jeher gegeben seien und – ein besonders wichtiger Grund – die neuerrichtete Handelsvertretung der UdSSR ihren Sitz ebenfalls in Berlin habe[94].

Am 3. März 1950 traf sich auf Einladung des BDI in Köln ein Kreis namhafter Firmenvertreter mit Ost-Erfahrung – unter ihnen auch Gerhard Schauke als Direktor der Mannesmann-Export GmbH – zu einer vertraulichen Besprechung über den „Handel mit den ost- und südosteuropäischen Ländern", und zwar ursprünglich in der Absicht, einen Ost-Ausschuß ins Leben zu rufen[95]. Diese Absicht wurde jedoch aus Gründen,

daß der Gedanke, innerhalb der Wirtschaft einen Zusammenschluß zur „Pflege des Ost-West-Handels" zu schaffen, auch von anderen führenden Industriellen ins Spiel gebracht wurde, so z. B. in einem Briefwechsel zwischen dem Vorstandsvorsitzenden der Metallgesellschaft, Robert Merton, und dem Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer München, Dr. Erich Eiswaldt, vom Juli 1950. Danach war es zwar unstrittig, daß dieser Handel intensiv bearbeitet und gefördert werden müsse, Schwierigkeiten wurden allerdings sowohl bei der Personalfrage, da hierfür viele Persönlichkeiten von Großunternehmen nicht mehr in Frage kämen, als auch bei der Aufbringung der Mittel für eine entsprechende Organisation gesehen. Historisches Archiv der Metallgesellschaft, Korrespondenz von Robert Merton, Ordner-Nr. C–E (1.7.50–1952).

[93] Nach dem Vorbild des alten Rußlandausschusses sollte das zentrale Gremium des neuen Ost-Ausschusses ein 36 Mitglieder umfassender Vorstand sein, die von den interessierten Fachverbänden vorgeschlagen werden sollten. Der Vorsitzende des Ausschusses, seine Stellvertreter und ein Beirat sollten aus den Reihen des Vorstands gewählt werden.

[94] BDI/OA 4: Anlage zum Schreiben Schaukes an Meyer vom 8.2.1950. Einzig vom Wirtschaftsverband Stahl- und Eisenbau ist bekannt, daß er bereits im März 1950 auf die Ost-Initiative des BDI reagierte und entsprechende Vertreter dieses Industriezweiges für einen Ost-Ausschuß benannte, da man auch im früheren Rußlandausschuß „maßgeblich vertreten" gewesen sei und trotz der „eingetretenen politischen Verhältnisse" an der Entwicklung und Änderung der Lage „hochgradig interessiert" sei. Schreiben an den Hauptgeschäftsführer des BDI, Dr. Beutler, betr. West-Ost-Handel vom 3.7.1952, in: Ebenda.

[95] HA, Bd. 400101401/85: Vertraulicher Bericht über eine Sitzung am 3.3.1950 „Der Handel mit den ost- und südosteuropäischen Ländern" (17 Seiten) sowie Verzeichnis der Teilnehmer.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die „im wesentlichen in der Gefahr des Mißverstehens auf der politischen Ebene" lagen, aufgegeben und statt dessen beschlossen, innerhalb des bestehenden Außenhandels-Ausschusses beim BDI ein besonderes „Ost-Referat" zu bilden, das sich speziell mit Fragen des Ostgeschäfts beschäftigen sollte. Außerdem sollten Arbeitskreise für Zahlungs- und Lieferungsbedingungen, die Vertreterfrage und allgemeine Fragen des Ostgeschäfts eingerichtet werden[96]. Kritisch hatte sich bereits im Vorfeld der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) zur Notwendigkeit der Bildung eines Ost-Ausschusses geäußert und seine Zweifel zum Ausdruck gebracht, ob es politisch richtig und sachlich sinnvoll sei, jetzt diese Gründung vorzunehmen und den Ost-Ausschuß beim BDI anzusiedeln[97].

Der Hauptreferent auf der Kölner BDI-Tagung, der Hauptgeschäftsführer des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten (VDMA), Karl Lange, versuchte zunächst, anhand einer Fülle statistischen Materials über Vor- und Nachkriegsentwicklung die Notwendigkeit zu unterstreichen, „unsere Geschäftsbeziehungen nach den uns naheliegenden Ländern des Ost- bzw. südost-europäischen Raumes stärker zu entwickeln, da die sonst gegebenen Möglichkeiten für eine ausreichende Ausweitung unseres Exportes, wie sie erforderlich sei, nicht genügen". Deutschland habe zu diesen Ländern stets „fruchtbringende handelspolitische Beziehungen" gehabt, deshalb sei die Entwicklung in den Nachkriegsjahren, in denen der deutsche Ost- und Südosthandel stark behindert war und andere Länder an die Stelle Deutschlands traten, „unnatürlich". Westdeutschland gehöre „geographisch zu den Ländern, die für einen Handelsverkehr mit dem Ostblock naturgemäß in erster Linie in Betracht kommen". Es stelle für die östliche und südöstliche Rohstoffproduktion einen „natürlichen und äußerst konstanten Absatzmarkt" dar. Erfreuliche Ansatzpunkte für eine allmähliche Wiederbelebung der Handelsbeziehungen mit dem Osten seien durch eine Reihe von Handelsabkommen gegeben, deren „Effektuierung" aber nicht zuletzt wegen der Vorbehaltslisten und der Existenz „einer bisher noch nicht bekannt gewordenen Embargoliste" große Schwierigkeiten bereite. Lange unterstrich, daß die Ursache für die Kölner Zusammenkunft ausschließlich in den großen wirtschaftlichen Sorgen zu erblicken sei, vor die sich Westdeutschland gestellt sehe und die es nur durch Steigerung der Ausfuhr überwinden könne. Niemand denke dabei an eine Änderung der politischen Haltung. Unter Berücksichtigung der sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten könne aber auf keinen Markt und kein Geschäft, das sich biete, verzichtet werden, auch nicht aus ideologischen Gründen. Schließlich habe sich die deutsche Wirtschaft auch in der Vergangenheit nicht von „politischen Tendenzen des Ostens" anstecken lassen oder irgendwelche politischen Konzessionen gemacht[98].

---

[96] Mitteilungen Nr. 18 des Außenhandels-Ausschusses beim BDI vom 24. 4. 1950, in: Ebenda.

[97] Registratur des DIHT Bonn, Akten zum Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft/Ordner 300–60: Zuerst in einem Schreiben des Hauptgeschäftsführers Dr. Frenzel an den Vorsitzenden des Gemeinschaftsausschusses der deutschen Wirtschaft, Dr. Petersen, vom 23. 2. 1950.

[98] HA, Bd. 400101401/85: Bericht über Sitzung am 3. 3. 1950, S. 4–8.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In der Frage, wie man sich organisatorisch einstellen solle, empfahl Lange, besonders behutsam vorzugehen. Die von verschiedenen Seiten angeregte Gründung eines „Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft" berge in einer „außergewöhnlich nervösen politischen Situation" die Gefahr des Mißverstehens der eigenen Absichten bei den Besatzungsmächten in sich und sollte daher besser unterbleiben. Man müsse auch nicht unbedingt für jede Frage immer eine besondere Organisation bilden, sondern möge sich damit begnügen, ein Referat für Fragen der praktischen Abwicklung von Geschäften mit den Ostblockländern und den Erfahrungsaustausch einzurichten. Abschließend betonte Lange noch einmal, daß die Intensivierung der Handelsbeziehungen mit den Ländern Ost- und Südosteuropas eine „Lebensfrage für die deutsche Wirtschaft" sei, und warf die Frage auf, warum der Westen, wenn er schon politisch zusammenstehe, eigentlich in diesem Falle nicht auch wirtschaftlich zusammenarbeiten könne[99].

Die Überlegungen und Anregungen Langes fanden bei den Teilnehmern der Kölner Tagung ein lebhaftes Echo. In der Diskussion wurde u. a. darauf hingewiesen, daß „in letzter Zeit außerordentlich interessante Anfragen" gekommen seien, die für die westdeutschen Firmen im Hinblick auf die Beschäftigungslage von großer Wichtigkeit seien, und daß bei den Russen der Wunsch vorhanden sei, „mit Deutschland wieder im großen Stil ins Geschäft zu kommen. ... In die Ehrlichkeit der deutschen Industrie und die Güte der deutschen Erzeugnisse hätten die Russen von jeher größtes Vertrauen gesetzt". Es sei deshalb zu überlegen, „wie man mit Rußland in Fühlung kommen könne". Im Ergebnis wurde beschlossen, neben der Bildung eines Ost-Referates die bereits wieder im Ostgeschäft engagierten Firmen zu bitten, vertrauliche Erfahrungsberichte diesem Referat zur Verfügung zu stellen, und den einzelnen Wirtschaftsverbänden vorzuschlagen, eigene Arbeitskreise für Ost- und Südosteuropa zu bilden[100]. Das Ost-Referat sollte aber nicht nur aufklären und beraten, damit westdeutsche Firmen „nicht aus unangebrachter Nachgiebigkeit gegen Versuche, günstigere Bedingungen herauszuholen, ihr Geld verschenken"[101], sondern auch zur weiteren Aktivierung des direkten Warenaustauschs mit den Ostblockländern einschließlich Chinas beitragen[102]. Schließlich sollte es im Bedarsfalle analog zum früheren „Rußlandausschuß" in einen „Ostausschuß der Deutschen Wirtschaft" umgestaltet werden[103].

Der BDI hat sich bei der Verwirklichung des Gedankens einer Wiederbelebung des alten Rußland-Ausschusses zunächst allerdings stark zurückgehalten, um die Westpolitik der Bundesregierung nicht durch die Schaffung eines Spitzengremiums zur

[99] Ebenda, S. 9 ff.

[100] Ebenda, S. 17.

[101] DIHT/300–60: Vermerk betr. die Errichtung eines Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft durch den BDI vom 8. 3. 1950.

[102] BDI/OA 4: Aktennotiz von Carnap für Dr. Beutler vom 16. 1. 1951 betr. eine Besprechung mit dem Abgeordneten Kuhlemann am 19. 1. 1951. Aktennotiz von Carnap vom 13. 2. 1951 betr. Ost-Ausschuß.

[103] Undatierte Aktennotiz des Leiters der Außenhandels-Abteilung des BDI, Edgar H. P. Meyer, betr. eine Besprechung mit dem Abgeordneten Kuhlemann über Ost-West-Handel am 19. 1. 1951, in: Ebenda.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Förderung des Osthandels zu desavouieren. Diese politische Rücksichtnahme beim Versuch der Überwindung der unhaltbaren Zustände im Ostgeschäft ließ nicht einmal zu, daß das Ost-Referat „aktiviert" wurde. Da im Zweifelsfall die Westbindung auch wirtschaftlich eine Alternative zum politisch unerwünschten Osthandel bot und sich zudem leicht mit der Forderung verknüpfen ließ, daß Deutschland für die Verluste im West-Ost-Handel einen Ausgleich auf den westlichen Märkten finden müsse, konnte es dem BDI letztlich also nur um Westintegration *und* Osthandel gehen. Und mit der geplanten Bildung eines Ost-Ausschusses sollte den östlichen Handelsmonopolgesellschaften nicht *allein* ein deutsches Organ wie früher der Rußlandausschuß entgegengestellt werden, dieser sollte auch im Sinne des CoCom der Koordinierung und Kontrolle des Geschäftsverkehrs mit den Staatshandelsmonopolen dienen.

Ungeachtet der unstrittigen Notwendigkeit einer Umstellung der westdeutschen Wirtschaft auf „amerikanische Verhältnisse" verfolgte der BDI die Entwicklung der Ostexporte „mit größter Sorge". Man habe immer wieder die Forderung erhoben, „daß eine Beschränkung unseres Ost-Exports nur in dem Ausmaß erfolgen darf, als dies auch der Handelspraxis der übrigen OEEC-Länder entspricht. Leider hat diese Forderung bislang keine Erfüllung gefunden. Im Gegenteil, es hat den Anschein, daß gerade in den letzten Wochen eine Verschärfung in den Richtlinien für den deutschen Ost-Export eingetreten ist."[104] Es wurde deshalb auch kein Zweifel gelassen, daß, sobald sich die Situation ändern würde, „eine Zusammenfassung der westdeutschen Interessen gegenüber den staatlichen Handelsgesellschaften in den Ostblockländern zweckmäßig erscheinen" dürfte[105].

Als schließlich aus dem Bundeswirtschaftsministerium der Anstoß kam, daß versucht werden müsse, „auch auf inoffiziellen Wegen nach Möglichkeit den Handel (mit Ost- und Südosteuropa, d. Verf.) aufrechtzuerhalten und alte Verbindungen nicht ganz abreißen zu lassen", und daß deshalb die Notwendigkeit bestehe, mit den Ostblockstaaten über eigens hierzu zu gründende Institutionen – gedacht war an Treuhandstellen – zu verhandeln[106], bemühte sich der BDI verstärkt, mit der Regierung zu einer Abstimmung über das weitere Vorgehen bei der Errichtung eines Ost-Ausschusses zu kommen. In einer ersten Besprechung, am 19. Januar 1951, mit dem Vorsitzenden des Außenhandels-Ausschusses des Deutschen Bundestages, dem Abgeordneten Kuhlemann, hielt dieser den Zeitpunkt für die Einrichtung eines solchen Ausschusses beim BDI „jetzt für gegeben" und erwartete ein Memorandum über die Arbeitsweise des früheren Rußlandausschusses. Außerdem vertrat er die Meinung, daß die Vorarbeiten

[104] HA, Bd. 40010146/585: Bericht über die zweite Tagung des Außenhandels-Ausschusses des BDI am 4. 12. 1950 in Düsseldorf. Tätigkeitsbericht des Geschäftsführers Edgar H. P. Meyer, S. 35.

[105] BDI/OA 4: Aktennotiz für Dr. Beutler für die Besprechung mit dem Abgeordneten Kuhlemann vom 16. 1. 1951. Dabei konnte darauf verwiesen werden, daß das Ost-Referat bereits Vorarbeiten geleistet habe, „um im gegebenen Augenblick einen Ost-Ausschuß in Aktion treten zu lassen".

[106] ADB, 1. Bundestag, Protokolle der Unterausschüsse, hier: Beirat des Bundestages für handelspolitische Vereinbarungen, 10. Sitzung am 30. 11. 1950. Bericht von Ministerialdirigent Dr. Reinhardt über den Außenhandel der Bundesrepublik mit Ost- und Südosteuropa.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zur Verbindungsaufnahme mit Rot-China vorangetrieben werden sollten[107]. Schließlich kam es auf Anregung des BDI Anfang April zu einer „internen Besprechung" zwischen dem Gesandten Kroll und „einigen Herren der Industrie" über die gegenwärtigen Probleme des West-Ost-Handels, in der die Bildung eines „kleinen Arbeitskreises beim BDI" zur Erörterung von Fragen des Ost-West-Geschäfts angeregt wurde, deren Ergebnisse in Form von Vorschlägen für die praktische Abwicklung dem Bundeswirtschaftsministerium unterbreitet werden sollten[108]. Der Referatsleiter begrüßte diesen Vorschlag und bat um Mitteilung über eine mögliche Zusammensetzung des Arbeitskreises[109].

Mit der Bildung dieses Arbeitskreises verfügte die deutsche Wirtschaft bereits im Frühjahr 1951, also zu einer Zeit, in der die westliche Embargopolitik erst ihrem Höhepunkt zustrebte, über ein Gremium, das sich mit der Vereinfachung und Intensivierung des deutschen Osthandels befassen sollte. Der Arbeitskreis hatte zwar informellen Charakter und schien nach seiner Mitgliederzahl eher unbedeutend, doch seinen Äußerungen und Vorschlägen mußte aufgrund der Ansiedelung beim Spitzenverband der deutschen Industrie und der Rückendeckung durch das Wirtschaftsministerium erhebliche Bedeutung zukommen. Vorerst konnte es jedoch nur darum gehen, sich im kleinen Kreis über die „technische Anbahnung" eines geregelten Warenverkehrs mit dem Osten und dessen spätere Durchführung klar zu werden[110]. Die Gründung eines eigenständigen Ostausschusses sollte sich dagegen noch bis zum Herbst 1952 hinauszögern und bedurfte zusätzlicher Anstöße, um dem Drängen auf organisatorische Zusammenfassung der Ostwirtschaftsinteressen und auf klare Richtlinien für den Osthandel zum Durchbruch zu verhelfen.

4. Die Moskauer Weltwirtschaftskonferenz und die Anstöße zur Gründung eines „Ost-Ausschusses"

In dieser Situation kam es nun zu einer überraschenden Initiative seitens der Sowjetunion, die im August 1951 eine Kampagne zur „Stärkung des Friedens" durch internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit „auf der Grundlage des gleichen Rechtes und

[107] BDI/OA 4: Undatierte Aktennotiz Meyer über die Besprechung mit dem Abgeordneten Kuhlemann betr. Ost-West-Handel am 19.1.1951.

[108] Notiz Meyer/von Carnap für Dr. Beutler vom 11.4.1951, in: Ebenda.

[109] Diese erfolgte umgehend noch im Laufe des April und enthielt die Namen der Direktoren: Carstanjen (M.A.N.), Schauke (Mannesmann), Haiblen (M.A.N.), Bachem (Bayer AG), Mommsen und Audouard (VDMA), Oncken (Verband der Deutschen Feinmechanischen und Optischen Industrie), Engel (Hoesch AG) und Goetze (Hüttenwerke Haspe AG). Meyer/von Carnap an Dr. Kroll vom 18. und 26.4.1951, in: Ebenda.

[110] So resümierte Gerhard Schauke die Situation in einem Schreiben an Edgar Meyer vom 8.8.1951, in: Ebenda.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

beiderseitigen Nutzens" startete[111] und dann im Zuge einer geschickt inszenierten Gegenoffensive gegen die westliche Embargopolitik im April 1952 Geschäftsleute aus dem Westen zu einer „Weltwirtschaftskonferenz" nach Moskau einlud, um durch Präsentation des östlichen Exportpotentials und durch verlockende Kaufangebote die Diskussion über eine Intensivierung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West neu zu beleben[112]. Diese Bereitschaft war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die wirtschaftlichen Entwicklungen in der sowjetischen Einflußsphäre inzwischen ein Stadium erreicht hatten, in dem ein verstärkter Bedarf an Konsumgütern entstand, der nur durch Westimporte gedeckt werden konnte und in den sowjetischen Offerten auch tatsächlich zum Ausdruck kam. Doch konnte das Angebot eines erweiterten Warenaustauschs nicht nur wirtschaftliche Beweggründe haben, sondern es verfolgte ebenso die Absicht, die Embargopolitik zu mildern und die westliche Welt davon zu überzeugen, daß eine Belebung des Ost-West-Handels sowohl zur politischen Entspannung als auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen könne[113]. Zwar fand

---

[111] Die Kampagne begann mit einem „Izvestija"-Artikel vom 6.8.1951, auszugsweise abgedruckt bei Hellmut Kalbitzer, Deutsche Voraussetzungen für den Handel mit dem Ostblock, in: Wirtschaftsdienst (Hamburg) 32 (1952) Nr. 2, S. 79–83, hier S. 81. Am 20.8. fand zudem im Rahmen einer ECE-Tagung eine Besprechung über die Erhöhung des europäischen Ost-West-Handels statt, wobei es Myrdal vor allem um die Sicherstellung der Getreideversorgung aus dem Osten gegen die Lieferung von Westwaren ging. KAdG 21 (1951), S. 3090 C.

[112] Die Konferenz fand vom 3. bis 12.4. statt. Erste Informationen darüber erschienen in KAdG 22 (1952), S. 3427 A–28 A. Eine Dokumentation über die zeitgenössische Rezeption der Konferenz bereitet Reinhard Neebe vor. Eine Liste der westlichen Teilnehmer findet sich im HICOG-Bericht Berlin 839 vom 22.4.1952, Enclosure I. Danach waren aus der Bundesrepublik 19 Vertreter und aus der DDR 10 in Moskau anwesend (S. 4). National Archives, Washington (NA), RG 59/398.00–MO, Box 1481. Neebe schätzt die Moskauer Wirtschaftskonferenz „im Kern" als den eigentlichen Wendepunkt in den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen ein, die für die deutsche Exportwirtschaft „den ersten politischen Durchbruch im Rußlandgeschäft" bedeutete; Optionen westdeutscher Außenwirtschaftspolitik, S. 186, 189. Vgl. auch die ältere Interpretation von Robert W. Dean, West German Trade with the East: The Political Dimension, New York/Washington/London 1974, S. 108f. Danach stellte die Moskauer Konferenz trotz des propagandistischen Beiwerks den Beginn einer ernstgemeinten sowjetischen Handelsoffensive dar, die für die Bundesrepublik das Problem eines verstärkten Osthandels auch politisch in den Vordergrund rückte und in hohem Maße für die Entscheidung, einen „Ostausschuß" zu gründen, verantwortlich war. Hinweise auch bei Adler-Karlsson, Economic Warfare, S. 84f.; Kreile, Osthandel, S. 42; Stent, Wandel durch Handel, S. 37; Trautmann, Osthandel, S. 61ff. Der Zusammenhang mit der Stalin-Note vom 10.3.1952 ist kurz angedeutet nur bei Gerd Meyer, Die sowjetische Deutschlandpolitik im Jahre 1952, Tübingen 1970, S. 29, 123.

[113] Die westlichen Teilnehmer wurden angeblich ständig an die Schrumpfung ihrer traditionellen Märkte und an die riesigen Absatzmärkte im Osten sowie an die großen Mengen von Nahrungsmitteln und Rohstoffen erinnert, die dort zur Verfügung stünden, wenn der Handel auf einer „gerechten" Basis erweitert würde. Vgl. dazu David Scott, Großbritannien und die Moskauer Wirtschaftskonferenz, in: Wirtschaftsdienst 32 (1952) Nr. 5, S. 279–282 sowie den ungezeichneten Artikel „Um eine reale Bewertung des Ost-Westhandels", in: Ebenda 34 (1954) Nr. 5, S. 243–250. Außerdem das Interview mit dem bekannten Rechtsanwalt Dr. Robert Servatius über seine Eindrücke von der Moskauer Konferenz, in: West-Ost-Handel. Zeitschrift für Exportförderung 3 (1952) H. 1, S. 4ff.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Gedanke einer „friedlichen Koexistenz" durch Belebung des Ost-West-Handels im Westen durchaus Resonanz, geschäftlich bot der Zustand der Märkte im sowjetischen Einflußbereich aber kaum Anlaß zur Euphorie.

Die propagandistische Vorbereitung der Konferenz und die oft undurchsichtigen Praktiken, prominente Teilnehmer zu gewinnen, haben insbesondere in der Bundesrepublik viel Verwirrung gestiftet und zu allerlei Verdächtigungen geführt. So wurden aus mysteriösen Quellen Gerüchte über Einladungen an Ruhrindustrielle und ihre Pläne in bezug auf ein neues Engagement in Osteuropa gestreut. Da von den potentiellen Interessenten ohnehin kaum einer bereit gewesen wäre, ohne amtliche Rückendeckung zu reisen, war zu vermuten, daß entweder versucht werden sollte, der deutschen Montanindustrie „politisch etwas anzuhängen", oder daß es sich um eine „Verwirrungs- und Störaktion kommunistischer Kreise" handelte, die mit wichtigen Namen ihre Propaganda für die Moskauer Konferenz zu untermauern suchten[114]. Zwar schien das Bundeswirtschaftsministerium bereit zu sein, seine ablehnende Haltung gegenüber der Teilnahme westdeutscher Geschäftsleute im Einzelfall zu überprüfen, die Bundesregierung gab aber klar zu verstehen, daß sie die Moskauer Einladung nicht begrüße und sich nicht vorstellen könne, „daß es bei der gegenwärtigen politischen Situation vorteilhaft ist, wenn westdeutsche Industrielle nach Moskau fahren"[115].

Der BDI hatte lediglich durch eine kurze Presseerklärung verlauten lassen, daß er eine Teilnahme an der Moskauer Weltwirtschaftskonferenz ablehne[116], da „mit völliger Deutlichkeit der rein propagandistische Charakter der Veranstaltung" zu erkennen sei. Außerdem könnten unter gar keinen Umständen Verhandlungen mit einem „zufällig zusammengekommenen Gremium teils unbekannter Geschäftsleute und Journalisten sowie Anwälten" geführt werden. Vielmehr schlage man vor, daß die Bundesregierung eine Fühlungnahme mit der UdSSR und den in Frage kommenden Ostblockstaaten „gemeinsam mit einem Ausschuß der Wirtschaft, dessen Aufgaben ähnlich denen des früheren Rußlandausschusses der deutschen Wirtschaft sind, vorbereitet, um zu prüfen, welche realen Möglichkeiten auf beiden Seiten für den Abschluß eines Handelsabkommens bestehen"[117].

---

[114] Hierzu befindet sich im Thyssen-Archiv, Bestand Vereinigte Stahlwerke, eine interessante Akte über die Moskauer Wirtschaftskonferenz 1951/52: VSt/3044. Vgl. besonders den Vermerk über die Beteiligung der deutschen Industrie an der Moskauer Weltwirtschaftskonferenz vom 18. 3. 1952.

[115] BA, B 136/7807: Vermerk betr. Einladung westdeutscher Industrieller nach Moskau vom 13. 3. 1952. Danach gab es offensichtlich Anfragen von namhaften Wirtschaftsführern, ob es der Bundesregierung genehm sei, wenn sie nach Moskau führen. Es wurde auch die Vermutung geäußert, daß vor allem auf Druck der Amerikaner nur eine sehr kleine westdeutsche Vertretung nach Moskau fahren konnte. „Wirtschafts- und Sozialpolitik. Informationsdienst für die Deutsche Wirtschaft" (hrsg. von der der FDP nahestehenden Wirtschafts- und Sozialpolitischen Vereinigung e. V.) Nr. 15/52 vom 7. 4. 1952 (Für und wider den Osthandel).

[116] PA/AA, 3/311–22/Ost-Westhandel, Bd. 1: Schreiben Dr. Beutler an Ministerialdirektor Dr. Blankenhorn vom 20. 3. 1952.

[117] BDI/OA 4: Schreiben Dr. Beutler an Ministerialdirektor Dr. Graf (BWM) vom 26. 4. 1952.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In einer konzertierten Aktion gelang es zwar, die Moskauer Wirtschaftskonferenz als „reines politisches Propagandamanöver" zu diskreditieren und namhafte Geschäftsleute von der Reise abzuhalten, intern wurde sie jedoch sehr ernst genommen und versucht, sich ein genaues Bild vom Verlauf sowie den möglichen Hintergründen und Auswirkungen zu machen. Kurz vor Unterzeichnung des Generalvertrages sollte aber unbedingt jede Aufbauschung oder Mißdeutung des Interesses der westdeutschen Wirtschaft am Außenhandel mit dem Osten vermieden werden. Dies wäre im Augenblick „politisch höchst inopportun" und könnte in der amerikanischen Presse zu unangenehmen Kommentaren führen[118]. Nach vertraulichen Informationen wurde in Wirtschaftskreisen dennoch mit kaum verhohlenem Unmut auf die Aktivitäten der englischen Delegation in Moskau hingewiesen, die de facto im Auftrag ihrer Regierung verhandelt und sich dadurch einen Vorsprung vor allem gegenüber den Deutschen verschafft habe, deren unbedeutende Delegation nicht autorisiert war, über konkrete Geschäftsmöglichkeiten zu sprechen. Es bestehe deshalb die Gefahr, daß die Bundesrepublik mit einer Verzögerung ins Ostgeschäft komme und ihre Handlungsfreiheit eingeschränkt werde[119].

Den meisten Teilnehmern aus dem Westen ging es aber ohnehin nicht in erster Linie um Vertragsabschlüsse, sondern eher um die Fühlungnahme mit den Handelsgesellschaften des Ostblocks und die Erkundung der Möglichkeiten eines künftigen West-Ost-Geschäfts. Dennoch kehrten auch die westdeutschen Konferenzteilnehmer nicht mit leeren Händen zurück. Der Leiter der sowjetischen Delegation und Präsident der Allunionshandelskammer, Michail Nesterov, hatte gleich zu Beginn einen Betrag von 10 bis 15 Milliarden Rubel jährlich genannt, um den sich der sowjetische Handel mit Ländern außerhalb des Ostblocks erweitern ließe, und den Austausch der in der Vorkriegszeit üblichen Waren gefordert. Bemerkenswert war dabei die ausdrückliche Bereitschaft, Handelsbeziehungen auch mit Westdeutschland aufzunehmen und diese innerhalb von zwei bis drei Jahren auf einen Wert von etwa zwei Milliarden Rubel (= 2 Mrd. DM) zu bringen. Westdeutschland könne Getreide, Holz, Mangan- und Chromerze, Mineralöle und andere durchaus „harte Waren" im Tausch gegen Werkzeugmaschinen, elektrotechnische und metallurgische Ausrüstungen, Einrichtungen für den Bergbau, Pump- und Kompressoranlagen, Stahl- und Walzwerkerzeugnisse etc. beziehen[120]. Zwar ließen die Embargobestimmungen derartige Lieferungen nicht

[118] BA, B 136/7807: Vermerk Dr. Kroll vom 19.2.1952 zu Äußerungen von Klaus Mehnert über die Moskauer „Weltwirtschaftskonferenz".

[119] Nach „Wirtschafts- und Sozialpolitik", Sondermaterial vom 21.4.1952 (Und noch einmal: Ost-West-Handel. Persönliche Initiative und gute Politik). Ein Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums hatte am 18.4.1952 erklärt, daß die Moskauer Abmachungen privater Geschäftsleute für die Bundesregierung ohne jede Verpflichtung seien und völlig in der Luft hingen, solange keine amtlichen Genehmigungen vorlägen. KAdG 22 (1952), S.3428: Einzelangaben über die Ergebnisse der Moskauer internationalen Wirtschaftskonferenz.

[120] PA/AA, 2/213–00, Bd.6: Bericht Hazebrouck über die Weltwirtschaftskonferenz in Moskau, S.4, 7. Die Russen waren aber auch bereit, Konsumgüter wie Textilien und Lederwaren in ihre Importliste aufzunehmen, Waren, die sie früher nicht eingeführt haben.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu, dennoch gelang es einer in Moskau ad hoc gebildeten „Arbeitsgemeinschaft der am Handel mit dem Osten beteiligten Firmen" (OSTAG), mit einigen Delegationen der Oststaaten private Rahmenabkommen von insgesamt 550 Mio. DM zu vereinbaren, wobei auf die Sowjetunion 250 Mio., auf China 150 Mio., auf Rumänien 20 Mio. und auf Bulgarien 15 Mio. DM entfielen[121].

Das Bundeswirtschaftsministerium bezeichnete diese Abschlüsse, über die es genau informiert war, als „völlig private, lose Rahmenabreden, die zu ihrer Realisierung der Billigung durch die zuständigen Stellen der Bundesregierung bedürfen", und wies darauf hin, daß ein Warenaustausch mit der Sowjetunion, China und Rumänien ohnehin des vorherigen Abschlusses von staatlichen Wirtschaftsvereinbarungen, Kompensationsverträgen oder zumindest von Bankabkommen bedürfte, die zudem von den alliierten Stellen genehmigt werden müßten[122]. Der Leiter der Gruppe West-Ost im Wirtschaftsministerium, Hans Kroll, registrierte in seiner internen Beurteilung aber positiv, daß aufgrund der getroffenen Abreden eine veränderte Einstellung der Ostblockregierungen zum Handel mit der Bundesrepublik eingetreten sei und ein gegenseitiger Warenaustausch gewünscht werde. Vom Standpunkt der Embargopolitik aus gesehen bestünden keine grundsätzlichen Bedenken, und in Wirtschaftskreisen der Bundesrepublik gebe es ohnehin ein starkes Interesse an der Ausweitung des Handels mit den Ostgebieten. Andererseits sollte berücksichtigt werden, daß die Aufnahme von Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion insbesondere bei den Amerikanern zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit Mißtrauen und Unbehagen registriert werde und sich auf die Verhandlungen über den Generalvertrag auswirken könne. Aus taktischen Gründen halte man es für besser, mit weiteren Schritten bis zum Abschluß der Verhandlungen über den Generalvertrag zu warten, damit die uneingeschränkte Gleichberechtigung der Bundesrepublik im Osthandel sichergestellt sei und etwaige neue Abkommen nicht mehr der Zustimmung der Alliierten bedürften[123]. Kroll registrierte aber auch, daß die einheitliche Front von Regierung, Wirtschaft und öffentlicher Meinung nach der Moskauer Konferenz nicht mehr in ihrer früheren Geschlossenheit vorhanden war, da es den Sowjets gelungen sei, Zweifel über die Richtigkeit der westlichen Einstellung zu wecken. Aus Gründen der westlichen Solidarität sprach er sich jedoch für ein Festhalten an den bisherigen Embargolisten aus[124].

---

[121] BA, B 136/7807: Aufzeichnung über das Ergebnis der Moskauer Konferenz von Dr. Kroll vom 19.4.1952 (streng vertraulich!). In den Anlagen finden sich die genauen Texte der Abschlüsse nebst Warenlisten. Nach dem Abkommen mit dem Staatlichen Russischen Getreide-Kontor (Exportchleb) sollten vor allem Brot- und Futtergetreide sowie Holz und Erdölprodukte geliefert werden. Zum Abkommen mit der China National Import and Export Corporation (CNIEC) vgl. Majonica, Bonn-Peking, S.162f. und Andreas Bracher. Die Handelspolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Volksrepublik China 1949–1963, Magisterarbeit Hamburg 1988, S.108–111. KAdG 22 (1952), S.3428 A.

[122] BA, B 136/7807: Aufzeichnung Kroll vom 19.4.1952.

[123] Ebenda.

[124] PA/AA, 2/213-00, Bd.6: Aufzeichnung Dr. Kroll vom 5.5.1952 über Erörterung der Moskauer Wirtschaftskonferenz in der Sitzung des CoCom am 30.4.1952.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der BDI begrüßte natürlich jede Möglichkeit einer Ausweitung des Osthandels „unter gleichen Voraussetzungen für alle Beteiligten"[125], beobachtete aber mit Sorge, daß nach der von der östlichen Seite ausgelösten „Initialzündung" zahlreiche Firmen „Morgenluft im Osthandel" witterten und es zur Gründung weiterer Arbeitskreise und Handelsgesellschaften kam, die sich der Belebung des Osthandels verschrieben und eine rege Werbetätigkeit für seine Ausweitung entfalteten[126]. Er schlug deshalb vor, zunächst einen größeren „Informationsausschuß" zu bilden, für den außer den Mitgliedern des bestehenden „kleinen Arbeitsausschusses" Unternehmer herangezogen werden sollten, die am Ostgeschäft besonderes Interesse hätten[127]. Als dann auch noch von seiten zweier nicht ganz unbedeutender Teilnehmer der Moskauer Konferenz, Heinrich Krumm und Ferdinand Westerbarkey, Fühlung aufgenommen wurde, „um eine Art Rußlandausschuß zu bilden und mit ihm das in Moskau vereinbarte Warenaustauschgeschäft abzuwickeln", schien es endgültig an der Zeit, die bisherigen Überlegungen hierzu „recht bald in eine konkrete Form ausreifen zu lassen, damit nicht bereits im jetzigen frühen Stadium Interessenkonflikte entstehen"[128].

Nach Auffassung des BDI sollte nur eine einzige Organisation der deutschen Gesamtwirtschaft in Zusammenarbeit mit dem Bundeswirtschaftministerium für Fragen des Ostgeschäfts zuständig sein, ohne selbst Geschäfte abzuwickeln oder hoheitliche Funktionen zu übernehmen. Bevor die Entscheidung hierüber fiel, bedurfte es jedoch eines weiteren Anstoßes, der diesmal von parlamentarischer Seite kam und ähnlich wie die Moskauer Konferenz die Wirkung eines Katalysators hatte. Am 6. Mai 1952 sprach sich der Deutsche Bundestag durch die Billigung eines Antrags des Ausschusses für das Besatzungsstatut und Auswärtige Angelegenheiten einmütig für die Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen mit den Ostblockländern aus. Insbesondere wurde die Bundesregierung ersucht, dafür Sorge zu tragen, „daß die volle Handlungsfreiheit der Bundesrepublik im Zuge der Verhandlungen über die Ablösung des Besatzungsstatuts bei der Durchführung der den Osthandel regelnden Vorschriften auch auf den Gebieten hergestellt wird, auf denen sie noch nicht besteht, und zwar bei der Durchführung der Grenzkontrollen und bei den Verhandlungen über den Abschluß von Handelsverträgen mit Staaten des Sowjetblocks". Außerdem solle die Bundesregierung für einen „in-

[125] Am 24. 4. hatte Dr. Servatius beim BDI einen Bericht über seine Erfahrungen in Moskau gegeben. BDI/OA 4: Schreiben Dr. Beutler an Ministerialdirektor Dr. Graf (BWM) vom 26. 4. 1952.

[126] Mitteilung der BDI-Geschäftsführung an die industriellen Wirtschaftsverbände und Arbeitsgemeinschaften vom 30. 6. 1952, in: Ebenda. Dabei handelte es sich neben der OSTAG insbesondere um das „Kontor für West-Ost-Handel" in Bonn und die „Atlas Handelsgesellschaft" in München. Dazu BA, B 102/57789: Pressemitteilung vom 19. 5. und Vermerk vom 19. 9. 1952. Bereits 1950 war in Hamburg die „Gesellschaft für Osthandel" (GEFO) gegründet worden, die zu den frühesten Pionieren des Osthandels zählte und den Informationsdienst „West-Ost-Brücke" herausgab. Vgl. dazu Boris Morosov, Das Eintreten westdeutscher Wirtschaftskreise für sachliche Beziehungen zur Sowjetunion 1949 bis 1955, in: Zwei Jahrzehnte deutsch-sowjetischer Beziehungen 1945–1965, Berlin (Ost) 1965, S. 207–217, hier S. 209.

[127] DIHT/300–60: Kurzmitteilungen der Außenhandelsabteilung des DIHT Nr. 22/52 vom 17. 4. 1952.

[128] BDI/OA 4: Schreiben von Richard Carstanjen an Walter Hobrecker wegen der Atlas-Handelsgesellschaft vom 16. 6. 1952.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ternational gleichmäßigen" Abbau der Vorbehaltslisten eintreten, um eine Verstärkung des legalen West-Ost-Handels zu ermöglichen „und damit eine Entspannung der West-Ost-Beziehungen zu erleichtern". Zur Durchführung von Wirtschaftsabkommen mit Ostblockstaaten sollten die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik und der deutschen Wirtschaft im Hinblick auf das in den Ländern des Ostblocks bestehende monopolistische Außenhandelssystem wirksam geschützt werden[129].

Die von großer Übereinstimmung getragene Entschließung des Bundestages ging auf einen Antrag der SPD-Fraktion zum Osthandel vom 12. Dezember 1951 zurück, dessen Forderungen jetzt vollständig erfüllt wurden[130]. Hinsichtlich der Frage, in welcher Form den östlichen Außenhandelsmonopolen ein einheitlicher Verhandlungspartner gegenübergestellt werden könnte, wurde aber zu bedenken gegeben, daß eine solche Handelsorganisation nicht „auch in einen staatlich gelenkten Außenhandel eintreten" dürfe, weil dadurch das eigene Wirtschaftssystem gefährdet werde[131]. Für den Ausgang der Debatte im Bundestag war entscheidend gewesen, daß die Alliierte Hohe Kommission rechtzeitig klargestellt hatte, die letzten noch bestehenden Beschränkungen der westdeutschen Souveränität im Osthandel und insbesondere im Interzonenhandel würden spätestens bei der Ablösung des Besatzungsstatuts fortfallen und die Bundesregierung danach nur noch gehalten sein, die CoCom-Bestimmungen zu beachten[132]. Damit waren die langwierigen Bemühungen um die Beseitigung der Diskriminierungen im Osthandel rechtzeitig zu einem erfolgreichen Abschluß gekommen, der allseits lebhaft begrüßt und als Wende in der deutschen West-Ost-Politik beschworen wurde. Das Wirtschaftsministerium betonte die Bereitschaft der Bundesrepublik, „zu den traditionell engen Handelsbeziehungen Deutschlands mit den Gebieten des Ostens und Südostens zurückzukehren, wie sie vor dem Kriege bestanden und sich stets als für beide Teile fruchtbar erwiesen haben"[133]. Und der BDI unterstrich, daß sich die deutsche Wirtschaft zwar zur freien westlichen Welt bekenne und die erforderlichen Sicherheitsbestimmungen anerkenne, gleichwohl „aber mit allen Mitteln einen legalen Warenaustausch auf breiter Basis im Rahmen einer für alle Länder gültigen

[129] BA, B 102/57801: Mitteilung des Präsidenten des Deutschen Bundestages an den Bundeskanzler vom 7. 5. 1952 über den Beschluß vom 6. 5. 1952 betr. Osthandel (Antrag der Fraktion der SPD). Vgl. auch die ausführliche Darstellung zum Osthandels-Antrag des Bundestages bei Trautmann, Osthandel, S. 119–124.

[130] PA/AA, 3/311–22/Ost-Westhandel, Bd. 1: Drucksache Nr. 2935: Antrag der Fraktion der SPD betr. Osthandel vom 12. 12. 1951.

[131] Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 1. Wahlperiode 1949, 207. Sitzung vom 6. 5. 1952, S. 8965 B. Dies gab der CDU-Abgeordnete Dr. Friedensburg zu bedenken.

[132] PA/AA, 3/311–22/Ost-Westhandel, Bd. 1: Aufzeichnung betr. deutsche Gleichberechtigung im Osthandel und Interzonenhandel vom 21. 4. 1952. Eine Aufrechterhaltung gewisser Vorbehalte wäre „sowohl vom Standpunkt unserer wirtschaftlichen Interessen wie in allgemeiner politischer Hinsicht (als) nicht tragbar" empfunden worden. BA, B 102/57801: Schreiben Dr. Kroll an Professor Grewe vom Auswärtigen Amt vom 15. 4. 1952.

[133] Vermerk vom 6. 5. 1952 zum Antrag der SPD betr. Osthandel, in: BA, B 102/57801.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sinnvollen Embargopolitik mit dem Ostblock anstrebt. Gerade in einem friedlichen Warenaustausch sehen wir eine Garantie für den Frieden."[134]

Nach dem erkennbaren Abflauen des „Korea-Booms" im Frühjahr 1952 und dem Rückgang der deutschen Ausfuhren in den Dollar-Raum[135] wurde verstärkt auf die Notwendigkeit hingewiesen, neue Importmöglichkeiten zu eröffnen und deshalb den Handel mit dem Osten zu intensivieren, und es gab zahlreiche Anfragen „seriöser" Firmen, ob sie vor allem aus der Sowjetunion angebotene Kompensationsgeschäfte anbahnen dürften[136]. Um einen „wilden Run" in Richtung Osten zu vermeiden und nicht den Eindruck zu erwecken, die Westdeutschen strebten ein „wirtschaftliches Rapallo" an, sollten die Genehmigungen für solche Geschäfte allerdings erst gegeben werden, wenn die Richtlinien für die Wiederaufnahme des Gesamthandels feststünden und auch die politische Entscheidung über seine generelle Zulässigkeit getroffen worden sei. Dann allerdings sollte der baldige Abschluß von Handelsabkommen in Aussicht genommen und überlegt werden, den östlichen Handelsmonopolgesellschaften ein deutsches Organ gegenüberzustellen, wie es früher in Gestalt des Rußlandausschusses bestanden habe[137].

Unmittelbar vor Unterzeichnung des Generalvertrages unterbreitete die Gruppe West-Ost in einer „streng vertraulichen" Vorlage Wirtschaftsminister Erhard grundsätzliche Richtlinien für die weitere Behandlung der Handelsbeziehungen mit den Ostblockländern und stellte anheim, dazu die Zustimmung des Bundeskabinetts einzuholen[138]. Von seiten des Ministeriums bestanden keine Bedenken gegen eine Wiederaufnahme des Handelsverkehrs mit der Sowjetunion und den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit den anderen Ostblockländern. Mit Rücksicht auf die Empfindlichkeit der amerikanischen Öffentlichkeit und einflußreicher Gruppen des amerikanischen Kongresses in allen Fragen der West-Ost-Handelspolitik sollte dabei allerdings behutsam und unauffällig vorgegangen und deshalb der Weg der Kompensationsgeschäfte gewählt werden. Ferner sollte das Bundeswirtschaftsministerium ermächtigt werden, „zu gegebener Zeit im Einvernehmen mit den beteiligten deutschen Wirtschaftskreisen einen organisatorischen Zusammenschluß dieser Wirtschaftskreise zwecks gemeinsamer Wahrung ihrer Interessen gegenüber den Ostblockländern (Ostausschuß) herbeizuführen"[139].

---

[134] HA, Bd. 400101401/40: Die Geschäftsführung des BDI an die Deutsche Gruppe der Internationalen Handelskammer vom 8.5.1952.

[135] BA, B 146/438: Schreiben von Vizekanzler Blücher an den Bundeskanzler vom 30.4.1952 wegen der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Bundesrepublik.

[136] Ebenda, B 102/37578: Vermerk des Bundesministeriums für den Marshallplan vom 14.5.1952 über die Intensivierung des Osthandels.

[137] Ebenda. Für realistischer wurde jedoch eine weniger vielsagende Treuhandstelle gehalten, die bestimmte Kontroll- und Genehmigungsfunktionen besitzen könnte.

[138] Ebenda, B 102/57827: Aufzeichnung über den gegenwärtigen Stand und die weiteren Perspektiven der Handelsbeziehungen der Bundesrepublik mit der sowjetischen Besatzungszone und den Ostblockstaaten vom 26.5.1952.

[139] Ebenda, S. 6f. In diesem Zusammenhang wurden auch die während der Moskauer Wirtschaftskonferenz getroffenen privaten Rahmenabmachungen angesprochen und erwähnt, daß sie noch geprüft und gegebenenfalls die erforderlichen Anträge auf Kompensationsgeschäfte den zuständigen Stellen

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auf dieser Grundlage erstellte der Wirtschaftsminister für die Kabinettssitzung am 24. Juni 1952 eine Vorlage, mit der die politische Entscheidung über die grundsätzliche deutsche Bereitschaft zum Ausbau des West-Ost-Handels herbeigeführt werden sollte[140]. Das Auswärtige Amt unterstützte die Intention der Vorlage nachdrücklich, da nichts unversucht gelassen werden sollte, „um auf den für uns natürlichen und historischen Märkten des Ostens Rohstoffe und Grundnahrungsmittel gegen deutsche Fertigwaren einzutauschen". Die Frage der Gründung eines „amtlich gelenkten Ost-Ausschusses" hielt es aber noch nicht für spruchreif. Sie sollte – vor allem wegen der möglichst zu vermeidenden Publizität – „im engsten Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt" erst wieder aufgegriffen werden, „wenn sich durch das Volumen zustandekommender Geschäfte im Verlaufe der nächsten Monate tatsächlich erweist, daß die Bereitschaft zu einem erweiterten Warenaustausch auch bei der anderen Seite vorhanden ist"[141]. Das Bundesministerium für den Marshallplan empfahl dagegen, etwaigen Bedenken, einige nach den Moskauer Vereinbarungen von der Sowjetunion verlangte Lieferungen (Schiffe, Lokomotiven, Dieselmotoren) seien „harte Waren", mit der Überlegung zu begegnen, „ob sie dies noch in zwei Jahren sein werden" und ob es deshalb nicht besser sei, solche stark lohnintensiven Güter nach dem Osten gegen Getreide zu vernünftigen Preisen zu liefern, als sie nach Südamerika zu geben, wo die deutschen Guthaben nur durch Bezüge zu überhöhten Preisen aufgelöst werden könnten[142].

Mit der Zustimmung des Kabinetts zu den vom Wirtschaftsminister vorgeschlagenen Richtlinien und den entsprechenden amtlichen Verlautbarungen erhielt die Wiederaufnahme bzw. der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit den Ostblockländern einschließlich der Sowjetunion auch politisch grünes Licht. Gleichzeitig wurde das Wirtschaftsministerium ermächtigt, im Einvernehmen mit den anderen beteiligten Ressorts die notwendigen Maßnahmen in die Wege zu leiten und zu gegebener Zeit einen Zusammenschluß der am Osthandel interessierten Firmen zu einem Ost-Ausschuß herbeizuführen, der die Wirtschaft beraten und betreuen solle[143]. Am 3. Juli informierte das Wirtschaftsministerium die Spitzenorganisationen der Wirtschaft über die Haltung des Kabinetts zum Osthandel und darüber, daß „im Hinblick auf die Han-

zur Genehmigung vorgelegt würden. Keines der verabredeten Geschäfte ist jedoch zustande gekommen. Vgl. „West-Ost-Brücke" 4 (1954) H. 54, S. 1.

140 Vorlage des Bundesministers für Wirtschaft vom 16. 6. 1952, in: BA, B 102/7204 und B 136/7808. Vgl. auch Kabinettsprotokolle, Bd. 5: 1952, Boppard a. Rhein 1989, S. 403.

141 PA/AA, 3/313–00, Bd. 1: Streng vertraulicher Vermerk der Abt. IV (HaPol) betr. Handelsbeziehungen mit den Sowjetblockstaaten und der sowjetischen Besatzungszone vom 21. 6. 1952.

142 BA, B 146/1586: Vermerk zur Kabinettsvorlage des BWM vom 16. 6. 1952 betr. Intensivierung des West-Osthandels vom 23. 6. 1952.

143 Ebenda, B 136/7808: Vermerk Dr. Dossmann (Bundeskanzleramt) vom 23. 6. 1952 für die Kabinettssitzung am 24. 6. 1952. Punkt 4 der vom BWM vorgeschlagenen grundsätzlichen Richtlinien. Beim BDI war man entschlossen, das Kommuniqué über die Kabinettssitzung als „Startschuß" für die Gründung des Ost-Ausschusses zu benutzen, und der Außenhandelsbeirat des BWM ermächtigte daraufhin seinerseits Generalkonsul Mann, den Ost-Ausschuß ins Leben zu rufen. BDI/OA 4: Vermerk für Dr. Beutler betr. West-Ost-Handel vom 26. 6. 1952.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

delsgepflogenheiten in den Sowjetblockstaaten ... an den Zusammenschluß der am Osthandel interessierten Firmen in einem Ostausschuß" gedacht werde[144]. Zweieinhalb Jahre nach seinem ersten Anlauf, einen Gemeinschaftsauschuß der deutschen Wirtschaft für Osthandelsfragen einzurichten, war der BDI am Ziel. Die politischen Rahmenbedingungen für das Ostgeschäft waren nunmehr gegeben, ohne daß die moralische Position der Bundesregierung gegenüber dem Westen in Frage gestellt wurde, denn die Hauptlast des Embargos trug nach wie vor die Bundesrepublik.

Die beiden Spitzenverbände der bundesdeutschen Wirtschaft haben der neuen Situation umgehend Rechnung getragen und beschlossen bereits am 3. Juli – also ohne die formelle Ermächtigung durch das Wirtschaftsministerium abzuwarten – die Gründung eines „vorbereitenden Ost-Ausschusses"[145]. Zu den vordringlichen Aufgaben des geplanten Ostausschusses gehörten nach Auffassung des BDI die Abstimmung mit der Bundesregierung über die gegenüber den Staaten des Ostblocks und China einzuschlagende Handelspolitik, die Zusammenfassung aller am Ostgeschäft interessierten Firmen sowie die Koordinierung von Einzelgeschäften zur Vorbereitung von Globalabkommen. Ein dringendes Anliegen war außerdem die Ausschaltung der nach der Moskauer Wirtschaftskonferenz gegründeten „Ost-Kontore", die sich als Vermittler für Ostgeschäfte anboten und auf eine Abstimmung mit den Organisationen der gewerblichen Wirtschaft verzichteten[146]. Nicht zuletzt, um dieser als schädlich erachteten Entwicklung entgegenzutreten, wurde die Zusammenfassung der Osthandelsinteressen in einem Ostausschuß für unbedingt erforderlich gehalten und der Wirtschaftsminister gebeten, diesen „Ostausschuß der Deutschen Wirtschaft" als das einzige kompetente Gremium zu betrachten[147].

Am 14. Juli 1952 fand in Frankfurt die erste Sitzung dieses „vorbereitenden Ost-Ausschusses" statt, der sich aus führenden Unternehmerpersönlichkeiten und Fachleuten des Ostgeschäfts zusammensetzte, und auf der vor allem der organisatorische Aufbau und die Abgrenzung der Befugnisse des geplanten Ostausschusses erörtert werden sollten. Einigkeit bestand jedoch nach wie vor lediglich darüber, daß es nur *eine* Organisation der Gesamtwirtschaft geben dürfe, die in Zusammenarbeit mit dem Bundeswirtschaftsministerium für Fragen des Ostgeschäfts maßgebend sein würde – ohne selbst Geschäfte abzuwickeln oder hoheitliche Funktionen zu übernehmen –, sowie darüber, daß die Mitgliederzahl im Interesse einer effektiven Arbeit so gering wie möglich gehalten werden sollte. Es wurde daher zunächst nur in Aussicht genommen, einen Ostausschuß im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Außenhandel zu grün-

[144] BA, B 102/57827: Schreiben Dr. Seeliger an den BDI, DIHT, OAV, Außenhandelsbeirat des BWM und die Länderregierungen vom 3.7.1952.

[145] BDI/OA 4: Außenhandels-Mitteilungen des BDI Nr. 78/52 betr. West-Ost-Handel – Ost-Ausschuß vom 16.7.1952. DIHT/300–60: Schreiben der Hauptgeschäftsführung des BDI an Dr. Kuhn (DIHT) vom 7.7.1952.

[146] Entwurf „Vorbereitender Ost-Ausschuß", o.D., in: BDI/OA 4.

[147] Schreiben von Dr. Beutler an Ludwig Erhard betr. Entwicklung des West-Ost-Handels vom 28.6.1952. Mitteilung des BDI an die industriellen Wirtschaftsverbände und Arbeitsgemeinschaften betr. West-Ost-Handel vom 30.6.1952, in: Ebenda.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den, der sich auch in Länderausschüsse gliedern sollte, um den regionalen Handelsinteressen Rechnung zu tragen. Über die Aufgaben des künftigen Ostausschusses sollte vorher noch einmal mit dem Wirtschaftsministerium verhandelt werden[148].

Die Frankfurter Beratungen begannen in einem Arbeitskreis des DIHT. Dort war man sich einig, daß der zu gründende Ostausschuß nicht Partner in einzelnen Geschäften sein, sondern die Wirtschaft nur beraten und betreuen solle. Die „Reserve", die im Handel mit den Oststaaten liege, müsse unbedingt genutzt und dieser in ein „geordnetes Fahrwasser" gebracht werden. Es sei höchste Zeit, daß sich die Spitzenorganisationen der Wirtschaft um den Handel mit den Oststaaten kümmerten und – wegen der besonderen politischen Umstände – mit Rückendeckung des Bundeswirtschaftsministeriums die Dinge selbst in die Hand nähmen. Aufgabe des Ostausschusses müsse es sein, „Neuland zu suchen", die Vorarbeit zu leisten und das Rahmenwerk zu schaffen, dann erst könne die Privatinitiative entwickelt werden. Die „unmittelbare Hauptaufgabe" bestehe aber darin, „daß zwischen Rußland und der Bundesrepublik Handelsverträge zustande kommen". In diesem Zusammenhang wurde zum Ausdruck gebracht, „daß man den Russen gegenüber stark bleiben und unbedingt darauf hinweisen müßte, daß der neue Ostausschuß nichts weiter ist als die Fortsetzung des alten Rußlandausschusses. Damit würden Schwierigkeiten, die die Russen machen könnten, abgebogen."[149]

In der zweiten Sitzung des „vorbereitenden Ost-Ausschusses", die anschließend vom BDI abgehalten wurde und an der auch einige Herren aus dem DIHT-Kreis teilnahmen, wurde erst gar nicht der Versuch unternommen, über grundsätzliche Fragen der Organisationsform und der Aufgaben des künftigen Ostausschusses zu diskutieren. Vielmehr hatten die anwesenden Firmen- und Verbandsvertreter mehr ihre Sonderinteressen im Auge, und es fiel auf, wie wenige Kenntnisse der schwierigen Probleme des Ostgeschäfts vorhanden waren und wie sehr es auf diesem Gebiet einer straffen Führung bedurfte. Da das neue Gremium dem früheren Rußlandausschuß ähnlich sein sollte und dessen erfolgreiche Tätigkeit einen reichen Erfahrungsschatz bot, hatte Gerhard Schauke als ehemaliger Geschäftsführer noch einmal Gelegenheit, durch einen Überblick über die Organisation und das Wirken dieses Ausschusses wenigstens das Problembewußtsein zu schärfen[150].

Auf beiden Sitzungen entstand der Eindruck, der Ost-West-Handel sollte im Interesse der von den Spitzenverbänden vertretenen Wirtschaftskreise in „feste Hand" kommen, um nicht Außenseitern die Möglichkeit zu geben, sich durch vorzeitige Abmachungen besondere Vorteile zu verschaffen. Manche Teilnehmer befürchteten of-

---

[148] Außenhandels-Mitteilungen des BDI Nr. 78/52 vom 16. 7. 1952, in: Ebenda; Schreiben des DIHT an die Mitgliedskammern betr. Außenwirtschaft – Osthandel vom 16. 7. 1952, in: BA, B 102/57788.

[149] DIHT/300–60: Protokoll der Sitzung „Ostausschuss des DIHT" am 14. 7. 1952 in Frankfurt, S. 1, 3, 6f.

[150] BA, B 102/57788: Ungezeichnete und undatierte Überlegungen eines Teilnehmers der vorbereitenden Sitzungen des Ostausschusses am 14. 7. 1952 zu Problemen der Praxis des Ostgeschäfts (6 Seiten). Schauke hat wenig später (21. 7. 1952) auch einen ersten Entwurf für eine Satzung des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft vorgelegt; in: Ebenda.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fensichtlich, sie könnten vielleicht zu spät ins Geschäft mit Rußland einsteigen, und es kam wiederholt klar zum Ausdruck, „daß man am liebsten heute statt morgen mit einem neuen großen Rußlandgeschäft beginnen möchte, insbesondere unter Hinweis auf die allgemeinen Exportaussichten, die in der jüngsten Zeit sich sehr verschlechtert haben"[151]. Schließlich betonte der stellvertretende Vorsitzende des Außenhandels-Ausschusses beim BDI, Walter Hobrecker, bei der Eröffnung der Sitzung des BDI, daß die Freiheit, die der Generalvertrag gerade auf wirtschaftlichem Gebiet gegenüber den Ostblockstaaten gebracht habe, eine „zwingende Notwendigkeit" sei, da die sich abzeichnende rückläufige Entwicklung des Exports nach westlichen Ländern die Bundesrepublik zwinge, andere Absatzmärkte zu erschließen. Der BDI strebe deshalb „unter Beachtung aller gegebenen Realitäten" ein möglichst umfangreiches Ostgeschäft an. Man würde die Aufnahme normaler Handelsbeziehungen mit allen Ostblockstaaten begrüßen, fordere hierfür aber die Beseitigung aller Diskriminierungen und eine „gleichmäßige Anwendung der Embargopolitik"[152].

Während die weiteren Beratungen über die Aufgaben und die Zusammensetzung des Ostausschusses durch die Sommerpause unterbrochen wurden, gab es in der Zwischenzeit einen streng geheim gehaltenen Versuch, Kontakte zwischen der westdeutschen Industrie und den zuständigen sowjetischen Stellen anzubahnen, um in einem informellen Meinungsaustausch die Möglichkeiten direkter Geschäftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion zu erörtern[153]. Die Anregung dazu soll über einen Mittelsmann von Vertretern sowjetischer Außenhandelsstellen an den Vorsitzenden der Gruppe Walzstahl in der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Gerhard Bruns, herangetragen worden sein. Wirtschaftsminister Erhard, das Bundeskanzleramt und auch die Hohen Kommissare hatten grundsätzlich keine Bedenken gegen ein solches Zusammentreffen, es wurde aber mit Nachdruck betont, „daß die Besprechungen selbstverständlich völlig privater Natur und für die Bundesregierung in keiner Weise verbindlich sein dürften"[154]. Das Treffen von neun

[151] PA/AA, 2/1782: Aufzeichnung Dr. Brückner über die Tagung des DIHT und BDI am 14.7.1952 in Frankfurt zum Ost-West-Handel.

[152] BDI/OA 4: Einleitung der 2. Sitzung des vorbereitenden Ost-Ausschusses am 14.7.1952.

[153] Zu einem ersten Kontakt zwischen deutschen Kaufleuten und offiziellen sowjetischen Vertretern war es bereits im November 1950 anläßlich der ersten Gespräche zwischen Ost und West auf dem Ernährungssektor im Rahmen der ECE in Genf gekommen. Eine Reaktion auf dieses Zusammentreffen erfolgte nicht, allerdings erinnerten sich die Russen offenbar an den damals beteiligten Getreidegroßhändler Erwin van Hazebrouck und luden ihn zur Vorbereitung der Moskauer Weltwirtschaftskonferenz ein. BA, B 102/7238, Heft 2: Präambel zu seinem Bericht über diese Konferenz.

[154] Ebenda, B 136/7807: Aufzeichnung Dr. Kroll vom 31.7.1952. In einer Notiz von Dr. Dossmann für Staatssekretär Lenz vom Bundeskanzleramt vom 30.7.1952 findet sich dagegen nach der angeblichen Aussage von Bruns die Version, er sei vor einigen Monaten „von Seiten der Bundesregierung gebeten worden, zu versuchen, zwischen der deutschen Industrie und der Stahlindustrie in Rußland ein Gespräch anzubahnen mit dem Ziel, den Ost-Westhandel auf dem Eisen- und Stahlsektor wieder in Gang zu bringen". Es habe große Schwierigkeiten bereitet, die Russen zu einer solchen Gesprächsaufnahme, vor allem an einem neutralen Ort, zu bewegen. Das Bundeswirtschaftsministerium habe ihm noch vor kurzer Zeit wegen des Zustandekommens dieser Verhandlungen seinen Dank ausge-

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Herren der eisenschaffenden Industrie – darunter so namhafte Vertreter wie Otto Wolff von Amerongen, Wilhelm von Menges[155] und Ernst Wolf Mommsen – und einer sowjetischen Delegation unter Führung des stellvertretenden Außenhandelsministers Borisov fand am 8. August 1952 in Kopenhagen statt. Nach Aussage von Bruns sei allerdings unmittelbar vor der Abreise die Mitteilung gekommen, „auf höhere Weisung hin die Verhandlungen nicht aufzunehmen". Da die russische Delegation aber schon auf dem Wege nach Kopenhagen gewesen sei, hätten sich die deutschen Vertreter entschlossen, dennoch zu fahren[156]. Erst in letzter Minute entschloß sich auch der BDI, ein Mitglied der Außenhandels-Abteilung, den späteren Geschäftsführer des Ostausschusses, Wilhelm von Carnap, als Beobachter in die deutsche Delegation zu entsenden[157].

Bei der Begrüßung wies der Delegationsleiter Bruns als erstes darauf hin, daß die deutschen Vertreter nicht ermächtigt seien, für die Bundesregierung als solche zu sprechen, und auch Borisov machte die Einschränkung, daß die russische Delegation keine offizielle Regierungsvertretung sei. Aufgabe der Verhandlungen solle sein, „einmal konkret festzustellen, welche Möglichkeiten für die Wiederanknüpfung von Wirtschaftsbeziehungen bestehen. Wenn wir hierbei zu direkten Überlegungen kommen, die die Voraussetzung für die Einleitung tatsächlicher Geschäfte schaffen, dürfte dies heute die erste von vielen weiteren Verhandlungen sein." Bruns verwies auch darauf, daß die Bundesregierung die Erklärung Nesterovs auf der Moskauer Konferenz über die Bereitschaft der Sowjetunion, wieder direkte Wirtschaftsbeziehungen mit der Bundesrepublik aufzunehmen, mit Interesse zur Kenntnis genommen habe und daß sie – auf der Basis der Gegenseitigkeit – hierzu ebenfalls bereit sei und im Rahmen ihrer internationalen Verpflichtungen entsprechende Genehmigungen erteilen werde. Nach Auffassung der anwesenden Vertreter der deutschen Wirtschaft müsse es deshalb möglich sein, kurzfristig zu Vorschlägen zu kommen, die den Warenverkehr zwischen Rußland und Deutschland in Gang bringen[158]. Nachdem die deutsche Seite im weiteren Verlauf als den besten Weg der Organisation des Warenaustauschs den Abschluß eines Handelsabkommens auf breiter Basis vorgeschlagen hatte, kamen auch die Russen zu der Überlegung, daß ein Handelsvertrag einzelnen Kompensationen vorzuzie-

---

sprochen. Ebenda, B 136/7808. In einem Gespräch mit dem Verfasser (am 4. 2. 1991 in Köln) hat Otto Wolff vom Amerongen hierzu nur geäußert, daß das Treffen in Kopenhagen über „westdeutsche Kontakte nach Karlshorst", die es damals auf geschäftlicher Ebene schon gab, zustandegekommen sei und die Gespräche auf höherer Ebene eröffnen sollte.

155 Von Menges hat als einziger über die Kopenhagener Besprechungen einen persönlichen Bericht angefertigt (5. 8. 1952) und diesem einen Ergebnisvermerk beigefügt. HA, Bd. 400101410/342. Jetzt auch abgedruckt in: Reinhard Neebe, Überseemärkte und Exportstrategien in der westdeutschen Wirtschaft 1945 bis 1966. Aus den Reiseberichten von Dietrich Wilhelm von Menges, Stuttgart 1991, S. 193–197.

156 BA, B 136/7808: Notiz von Dr. Dossmann für den Staatssekretär vom 30. 7. 1952.

157 Ebenda, B 136/7807: Teilnehmerverzeichnis im Ergebnisvermerk der Besprechung mit den Herren einer russischen Delegation über die Möglichkeiten der Aufnahme des Warenaustausches zwischen Rußland und der deutschen Wirtschaft am 4. 8. 1952 im Hotel Richmond in Kopenhagen.

158 Erklärung des Sprechers der deutschen Gruppe, Wilhelm Bruns, vom 4. 8. 1952, in: Ebenda.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hen sei. Sie konnten sich hierzu nicht abschließend äußern, sagten aber zu, diese Frage einer „eingehenden Prüfung" zu unterziehen. Die Verhandlungen sollten deshalb bis zur Klärung dieser grundsätzlichen Frage vertagt und zunächst eine baldmögliche russische Stellungnahme abgewartet werden[159].

Sobald die endgültige Antwort der russischen Delegation vorlag, war eine Besprechung bei Staatssekretär Westrick im Wirtschaftministerium geplant, an der die vom „vorbereitenden Ostausschuß" für eine grundsätzliche Besprechung mit Professor Erhard über den zukünftigen Osthandel vorgesehenen Herren beteiligt werden sollten[160]. Nach Einschätzung der deutschen Delegation sprach alles dafür, „kurzfristig" zu Regierungsverhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages zu kommen[161]. Gleichwohl findet sich in der Überlieferung kein Hinweis auf eine russische Reaktion oder einen deutschen Versuch, mit den Russen im Gespräch zu bleiben. Da das Bundeskabinett das Kopenhagener Treffen ohnehin für bedenklich gehalten und die Empfehlung ausgeprochen hatte, das Gespräch nicht zu führen[162], und da bei der Mehrzahl der Kabinettsmitglieder das Mißtrauen und die politischen Bedenken gegenüber direkten Kontakten mit den Russen trotz der Zustimmung zur Bildung eines Ostausschusses weiter unvermindert anhielten[163], dürfte ein Grund für die Unterbrechung der Gespräche hier zu suchen sein. Auch beim nächsten deutsch-russischen Treffen am Rande der Genfer West-Ost-Handelskonferenz im April 1953 gab es keinerlei Anspielung auf zwischenzeitliche Vorgänge, sondern lediglich einen Hinweis, daß die Russen schon beim ersten Mal gefordert hätten, die deutsche Delegation solle nach Moskau kommen[164].

5. Die Gründung des Ost-Ausschusses – Funktionsbestimmung und Organisationsform

Die Vorarbeiten zur Gründung des Ost-Ausschusses waren Anfang Oktober 1952 abgeschlossen. Zwar diente der frühere Rußlandausschuß als Vorbild, die Voraussetzungen wichen jedoch in einer Reihe von Punkten wesentlich von der Situation Ende der zwanziger Jahre ab. Damals bestanden normale staatsrechtliche Beziehungen zu Sowjetrußland, so daß es hauptsächlich darum ging, für die auf Kreditbasis abzuwik-

[159] Ergebnisvermerk und Bericht von Carnap über die deutsch-russischen Besprechungen am 4. 8. 1952 in Kopenhagen vom 8. 8. 1952, in: Ebenda.

[160] Bestehend aus Menne, Reuter, Leipersberger, Haiblen, Carstanjen und Lange. Vgl. Bericht v. Carnap, in: Ebenda.

[161] BDI/OA 1: Schreiben von Bruns an Dr. Westrick vom 7. 8. 1952.

[162] Kabinettsprotokolle, Bd. 5: 1952, 239. Sitzung am 1. 8. 1952, S. 500.

[163] Vgl. Wolff von Amerongen, Außenwirtschaft und Außenpolitik, S. 420. Danach soll die Bildung des Ostausschusses nur gegen „erhebliche Bedenken" Adenauers von der Bundesregierung befürwortet worden sein.

[164] BDI/OA 1: Aktennotiz Wolff von Amerongens vom 20. 4. 1953. Die 1952 beantragten Kompensationsgeschäfte mit der Sowjetunion und ihre Abwicklung sind dokumentiert in: BA, B 102/7214 b.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kelnden Aufträge mit dem östlichen Monopolpartner einheitliche Bedingungen zu vereinbaren. Der Bundesregierung kam es dagegen in erster Linie darauf an, einen zentralen Ansprechpartner der Wirtschaft in Osthandelsfragen zu haben, der angesichts der fehlenden diplomatischen Beziehungen in der Lage war, handelspolitische Gespräche mit dem Osten zu führen und dort, wo die zuständigen amtlichen Vertreter nicht handeln oder nicht in Erscheinung treten konnten, eine Lücke auszufüllen und den Kontakt nicht abreißen zu lassen. Auch der Wirtschaft ging es neben einer gewissen Formalisierung des Ostgeschäfts darum, durch Verhandlungen über die reine Firmenebene hinaus die Voraussetzungen für eine Wiedererschließung des östlichen Marktes zu schaffen[165]. Der neue Ausschuß sollte aber weder für regelrechte Handelsvertragsverhandlungen zuständig sein noch konkrete Geschäftsabschlüsse tätigen. Im Vordergrund des Interesses standen die Anbahnung vertraglicher Regelungen mit der Sowjetunion, China und Rumänien[166] sowie die Ausarbeitung einheitlicher Liefer- und Zahlungsbedingungen, während die Behandlung spezieller Probleme weiterhin Aufgabe der bereits bestehenden Gremien sein sollte[167].

Am 9. Oktober fand die abschließende Aussprache mit dem Bundesminister für Wirtschaft über die Aufgaben des zu bildenden Ostausschusses und eine mögliche Arbeitsteilung statt. Professor Erhard begrüßte das Vorhaben und betonte, daß durch diese privatwirtschaftliche Initiative aller am Osthandel interessierten Kreise das in den handelspolitischen Beziehungen der Bundesrepublik zu den Ostblockstaaten bestehende Vakuum wenn auch nicht ausgefüllt, so doch wenigstens in seinen negativen Auswirkungen abgeschwächt werden könne[168]. Es wurde festgelegt, daß der Ostausschuß die Gesamtwirtschaft in allen Fragen des Osthandels beraten und gemeinsam mit den zuständigen Behörden Richtlinien für die Abwicklung von Ostgeschäften aufstellen sollte. Im Anschluß an diese Besprechung erfolgte dann die offizielle Gründung des Ostausschusses. Im Unterschied zum früheren Rußlandausschuß, bei dem die interessierten Firmen Mitglieder sein konnten, setzte er sich nur aus Vertretern der Spitzenorganisationen zusammen und war der „Arbeitsgemeinschaft Außenhandel der Deutschen Wirtschaft" angegliedert. Die sie tragenden Verbände[169] sowie die Deutsch-Ostasiatische Gesellschaft (DOAG) und der Ostasiatische Verein waren durch führende Persönlichkeiten vertreten. Die Geschäftsführung übernahm der BDI.

---

165 Nach der Aussage von Wolff von Amerongen im Gespräch mit dem Verfasser (am 4.2.1991 in Köln).

166 DIHT/300–64: Schreiben von Alfred A. Töpfer an Hans Reuter betr. Ost-Ausschuß/Arbeitskreis „Europäische Ostblockstaaten" vom 13.5.1954. Dies wird auch aus den in diesen Wochen beim BDI eingehenden Anfragen und Vorschlägen interessierter Verbände und einzelner Firmen deutlich. Vgl. BDI/OA 4.

167 BA, B 102/57788: Besprechungspunkte für die Aussprache über Aufgaben und Organisation des Ost-Ausschusses mit dem Herrn Bundeswirtschaftsminister am 9.10.1952, o. D.

168 Windelen, Ost-Ausschuß und Volksrepublik China, S. 36. Windelen bezieht sich dabei auf ein Interview mit Wolff von Amerongen am 2.2.1988 in Köln.

169 BDI und DIHT, die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Export-Vereine, der Import-Ausschuß des Gesamtverbandes des deutschen Groß- und Außenhandels sowie der Bundesverband des privaten Bankgewerbes.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mit dem Vorsitz wurde Hans Reuter, Vorstandsvorsitzender des Maschinenbau-Konzerns DEMAG in Duisburg, betraut[170].

Das Bundeswirtschaftsministerium anerkannte den Ostausschuß „als die alleinige Vertretung der Gesamtwirtschaft in Fragen des Osthandels" und sagte seine Heranziehung in allen wichtigen Fällen zu [171]. Bis zur Errichtung diplomatischer oder konsularischer Vertretungen in den Ostblockstaaten wurde die Entsendung von Handelsdelegationen des Ostausschusses in Aussicht genommen, die globale Rahmenabkommen für den Warenverkehr und Bankvereinbarungen zur Erleichterung des Zahlungsverkehrs herbeiführen und handelsvertragliche Abmachungen vorbereiten sollten[172]. Diese Stellvertreterfunktion bedeutete eine nicht unbedenkliche Verquickung von politischen und privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten und stand kaum im Einklang mit den Maximen der bundesdeutschen Außen- und Handelspolitik[173]. Auf der anderen Seite entsprach diese Funktion der konzeptionellen Auffassung, daß Außenwirtschaft und Außenpolitik nicht gleichgeschaltet sein dürften. Im Ostausschuß fand diese Entkoppelung, verbunden mit den Bemühungen um eine Entpolitisierung des Osthandels, eine „quasi institutionelle" Verankerung[174]. Darüber hinaus, so betonte Hans Kroll, der im Zusammenspiel mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft entscheidend an seinem Zustandekommen mitgewirkt hatte, dürfte ein von nüchternen Erwägungen bestimmter Güteraustausch zwischen Ost und West dazu beitragen, wenigstens einen bescheidenen Kontakt zwischen den gegnerischen Lagern aufrechtzuerhalten und damit einer weiteren Verschärfung der Lage entgegenzuwirken[175]. Wenn Ludwig Erhard den Osthandel auch nicht aus innerer Überzeugung befürwortete, so lehnte er doch eine allzu bornierte Osthandelspolitik ab und ermöglichte durch seine aufgeschlossene Haltung das Zustandekommen des Ostausschusses.

Der Ostausschuß sollte ein verbindendes und vermittelndes Konsultativorgan zwischen Bundesregierung und Wirtschaft sein, eine politische Kanalisierungsfunktion für die virulenten Osthandelsinteressen der Industrie übernehmen und in beratender wie koordinierender Funktion arbeiten. Er hatte die Aufgabe, in enger Zusammenarbeit mit dem Bundeswirtschaftsministerium nach den Richtlinien der amtlichen Wirt-

---

[170] HA, Bd. 400101401/40: Außenhandels-Mitteilungen des BDI, Nr. 100/52 vom 13.10.1952. DIHT/300–60: Schreiben des DIHT an alle Mitgliedskammern betr. Ostausschuß der deutschen Wirtschaft vom 10.10.1952.

[171] Kommuniqué vom 9.10.1952, in: Bundesanzeiger Nr. 199 vom 14.10.1952 und Ost-Ausschuß Rundschreiben Nr. 1/53 vom 5.1.1953, Anlage „Ost-Ausschuß der deutschen Wirtschaft". BA, B 102/57788.

[172] BA, B 102/57788: Schreiben von Reuter an Erhard vom 11.10.1952 mit Zusammenfassung des Ergebnisses der Aussprache am 9.10. BDI/OA 4: Anlage zum Schreiben von Carnap/Meyer an Dr. Kutscher (BWM) vom 1.10.1952.

[173] Vgl. Tudyka, Gesellschaftliche Interessen und auswärtige Beziehungen, S. 88 und Schäfer, Osthandelspolitik, S. 53–61. BA, B 102/57788: Besprechungspunkte für die Aussprache am 9.10.1952.

[174] Auf diese treffende Interpretation laufen die Überlegungen Neebes, Optionen westdeutscher Außenwirtschaftspolitik, S. 191, 200f., zum Ostausschuß hinaus.

[175] So Hans Kroll, Klarheit im Osthandel, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 146 vom 1.10.1952, S. 1329f.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaftspolitik alle zur Aktivierung des Handels mit den Ostblockstaaten zweckmäßigen Maßnahmen zu fördern, über die Behandlung und die Möglichkeiten des Ostgeschäfts umfassend zu informieren, die Wünsche der Wirtschaft zusammenzustellen und ihre Interessen gegenüber den Regierungsstellen zu vertreten sowie allgemein verbindliche Geschäftsbedingungen festzulegen. Da sich die Voraussetzungen für das Ostgeschäft gegenüber der Vorkriegszeit grundlegend geändert hatten, kam der laufenden Beobachtung und Dokumentation der wirtschaftlichen Entwicklung in Osteuropa eine besondere Bedeutung zu[176]. Durch die Zusammenfassung der westdeutschen Osthandelsinteressen konnte der Ostausschuß gegenüber den staatlichen Außenhandelsorganisationen der Gegenseite als ebenbürtiger Verhandlungspartner auftreten und damit auch die Verhandlungsposition der deutschen Kaufleute stärken. Wenn die Entscheidung für den Ostausschuß auch eine Verstärkung des legalen Osthandels und ein Gleichziehen mit den Aktivitäten der anderen westeuropäischen Länder ermöglichte, politisch blieb das Ostgeschäft eine delikate, praktisch eine mit großen Mühen und zahlreichen Hindernissen behaftete Angelegenheit. Und angesichts der Vielzahl ungeklärter Fragen waren schnelle Fortschritte ohnehin nicht zu erwarten.

Organisatorisch war der Ostausschuß eine Untergliederung der Arbeitsgemeinschaft Außenhandel, und seine Tätigkeit sollte eng an die Verbands- und Kammerorganisation der deutschen Wirtschaft angelehnt sein. Neben dem Vorstand und einem Hauptausschuß sollte zur Behandlung von Spezialfragen eine Reihe von Arbeitskreisen eingerichtet werden, unterteilt nach Ländern (Rußland – China – Satellitenstaaten) und Sachgebieten (Liefer- und Zahlungsbedingungen – Schiedsgerichtsbarkeit – sonstige Rechtsfragen). Im Interesse der Arbeitsfähigkeit sollten diese Arbeitskreise möglichst klein gehalten und bevorzugt die schon am bisherigen „Arbeitskreis Ost" beteiligten Fachleute herangezogen werden[177]. Die Berufung in den Hauptausschuß und in die Arbeitskreise erfolgte aufgrund der Nominierung durch die jeweiligen Fachverbände sowie die Zustimmung des Vorsitzenden und sollte persönlich sein. Die Auswahl wurde nach der besonderen Qualifikation für das Ostgeschäft vorgenommen, Stellvertretung war ausgeschlossen[178]. Da nur ein Teil der vorgeschlagenen Persönlichkeiten berücksichtigt werden konnte, waren bei weitem nicht alle Wirtschaftzweige

[176] BA, B 102/57788: Ost-Ausschuß Rundschreiben Nr. 1/53 vom 5. 1. 1953, Anlage „Ost-Ausschuß der deutschen Wirtschaft". Ebenda, B 136/7807: Osthandel – Ost-Ausschuß. Ausführungen von Generaldirektor Hans Reuter, Duisburg, Vorsitzer des „Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft", vor dem Export-Club, München, am 8. 11. 1954 (14 S.), S. 3. Bei der Dokumentation sollte der Ostausschuß eng mit den wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten zusammenarbeiten. DIHT/300–62: Ergebnisprotokoll über die Vorstandssitzung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft am 5. 3. 1953 in Köln, S. 4.

[177] HA, Bd. 400101401/40: Außenhandels-Mitteilungen des BDI, Nr. 100/52 vom 13. 10. 1952. Der Hauptausschuß sollte 30–40, die einzelnen Länder- und Sachgremien jeweils 10 Vertreter nicht überschreiten. DIHT/300–60: Rundschreiben des DIHT, Nr. 163 vom 4. 11. 1952, S. 4: Organisatorischer Aufbau des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft.

[178] BDI/OA 4: Schreiben von Carnap an Reuter vom 14. 10. 1952 sowie Fernschreiben Reuter an Meyer vom 12. 11. 1952.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vertreten[179]. Deshalb kam es immer wieder zu Beschwerden über die einseitige personelle Zusammensetzung, die eine Vertretung der Gesamtinteressen der westdeutschen Wirtschaft verhindere und insbesondere die mittleren und kleineren Betriebe vernachlässige[180]. Wegen der besonderen Dringlichkeit des Finanzierungsproblems bei Gegenseitigkeitsgeschäften mit China nahm bereits im Oktober ein „vorläufiger China-Ausschuß" die Arbeit auf[181].

Die Reaktion auf die Schaffung eines institutionellen Rahmens für den westdeutschen Osthandel war ausgesprochen lebhaft und entsprechend groß deshalb auch der Andrang der Interessenverbände zu den einzelnen Gremien des Ostausschusses. Der Wirtschaftsverband Stahl- und Eisenbau verwies beispielsweise darauf, „daß unsere Industriegruppe früher zu den größten Interessenten am Export vor allem nach Südosteuropa gehörte und wir auch in dem früheren Rußland-Ausschuß maßgeblich vertreten waren. Wenn die Ausfuhr in diese Staaten auch infolge der eingetretenen politischen Verhältnisse unbedeutend geworden ist, so sind wir an der Entwicklung und Änderung der Lage doch weiterhin hochgradig interessiert und hatten dementsprechend auch schon bei dem ersten Versuch, im März 1950 einen Ost-Ausschuß zu gründen, entsprechende Vertreter unserer Industriezweige benannt."[182] Die Arbeitsgemeinschaft Werkzeug-Industrie zeigte sich „an einer Wiederaufnahme des Ostgeschäfts in ganz besonderem Maße interessiert" und erwartete von einer Ausweitung der Ostwirtschaftsbeziehungen „zweifellos große Erfolge", zumal sie vor dem Ersten Weltkrieg und während der Zwischenkriegszeit am Ostexport mit einem sehr erheblichen Teil ihrer Produktion beteiligt gewesen sei und als „ausgesprochen Ost-orientiert" galt[183]. Die Vereinigung Deutscher Sägewerksverbände war an der Tätigkeit des Ostausschusses ebenfalls „stärkstens interessiert". Die Holzeinfuhr aus der UdSSR

[179] Schreiben Dr. Altenburg (Geschäftsführung DIHT) an Edgar Meyer (Geschäftsführung BDI) vom 24.11.1952 sowie Schreiben des Wirtschaftsverbandes Eisen-, Blech- und Metallwaren-Industrie e.V. an BDI vom 27.11.1952, in: Ebenda. DIHT/300–60: Schreiben des DIHT an alle Mitgliedskammern betr. Bildung des Ost-Ausschusses vom 1.12.1952. Obwohl ihre Produkte auf der Vorbehaltsliste standen und noch lange der Exportkontrolle unterlagen, bestand ein deutliches Übergewicht der Investitionsgüter-Industrien.

[180] DIHT/300–60: Entschließung des Wirtschaftsbeirats der Union zum Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft vom 7.9.1954. Die Industrie- und Handelskammer München hat sich in diesem Zusammenhang des öfteren über die unzureichende Vertretung des „bayerischen Elements" in den Arbeitskreisen beschwert. Und der DIHT behielt sich vor, einen besonderen „Arbeitskreis Ost" zu bilden, falls es nicht möglich sein sollte, „alle Herren bei den Arbeits-Ausschüssen oder bei den allgemeinen Gremien benennen zu können". Ebenda, Schreiben des DIHT an alle Mitgliedskammern betr. Ostausschuß der deutschen Wirtschaft vom 10.10.1952.

[181] BA, B 102/57788: Ost-Ausschuß Rundschreiben Nr. 1/53 vom 5.1.1953, Anlage „Ost-Ausschuß der deutschen Wirtschaft". DIHT/300–60: Schreiben des DIHT an alle Mitgliedskammern betr. Bildung des Ost-Ausschusses vom 10.10. und vom 1.12.1952. Als erster praktischer Schritt sollte der Bank deutscher Länder die Ausarbeitung „einer Art Zahlungsabkommen" mit der Bank von China vorgeschlagen werden.

[182] BDI/OA 4: Schreiben des Wirtschaftsverbandes Stahl- und Eisenbau an die Hauptgeschäftsführung des BDI vom 3.7.1952.

[183] Arbeitsgemeinschaft Werkzeug-Industrie an BDI vom 30.7.1952, in: Ebenda.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und den jetzigen Satellitenstaaten habe nach dem Ersten Weltkrieg eine ausschlaggebende Rolle gespielt, und momentan werde vor allem Rundholz zur Auslastung der westdeutschen Sägewerke dringend benötigt[184]. Der Mineralölwirtschaftsverband zeigte insbesondere wegen der Lieferung von Basisölen zur Herstellung von Transformatoren- und Weißöl oder anderer Mineralölprodukte wie Dieselkraftstoff großes Interesse an einer Mitwirkung und befürwortete die Wiederaufnahme der durch den Krieg verlorengegangenen Beziehungen im Rahmen eines legalen West-Ost-Handels[185]. Auch die deutsche Lederindustrie war „auf das lebhafteste daran interessiert, den eisernen Vorhang nach dem Osten zu durchbrechen" und an die Exporterfolge der Vorkriegszeit anzuknüpfen[186].

Nach Abschluß der Meinungsbildung und Klärung der Nominierungen fand am 17. Dezember in Köln die konstituierende Sitzung des Hauptausschusses des „Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft" statt[187]. In seiner Begrüßungsansprache betonte Generaldirektor Reuter, daß dieser Ausschuß „eine repräsentative Gesamtvertretung der deutschen Außenhandelswirtschaft" darstelle, dessen Aufgabe es sei, zum einen „handelspolitische Vereinbarungen mit den Ostblockländern in die Wege zu leiten und zum anderen Wirtschaft und Regierung in allen Fragen des Osthandels zu beraten", wobei das Schwergewicht der praktischen Arbeit bei den vorgesehenen Länder- und Fachausschüssen liegen werde. Nach der einmütigen Billigung der von ihm vorgeschlagenen Zusammensetzung des Hauptausschusses ging Reuter auf die grundsätzliche wirtschafts- und handelspolitische Einstellung der Bundesrepublik gegenüber dem Osthandel ein und wiederholte bekannte Argumente. „Für die Bundesrepublik sei der Handelsverkehr mit dem Osten nicht nur im Hinblick auf zusätzliche Absatzmöglichkeiten von Bedeutung, sondern biete gleichzeitig auch die Möglichkeit der Verlagerung von Einfuhren, für die zurzeit harte Valuten aufgewandt werden müssen. Hier klinge der Gedanke des Dollar-Saving an, der fast ebenso wichtig sei, wie der des Dollar-Drive."[188]

Zum Vorstand des Ostausschusses gehörten neben Hans Reuter als Vorsitzendem Alexander Menne, Direktor der Farbwerke Hoechst AG und Präsident des Verbandes

---

[184] Vereinigung Deutscher Sägewerksverbände an BDI vom 8. 8. 1952, in: Ebenda.

[185] Mineralölwirtschaftsverband an BDI vom 7. 8. 1952, in: Ebenda.

[186] Verband der Treibriemen-, technischen Lederartikel- und ASA-Industrie an BDI vom 4. 11. 1952, in: Ebenda.

[187] BA, B 102/57788: Ost-Ausschuß Rundschreiben Nr. 1/53 vom 5. 1. 1953. Tudyka, Gesellschaftliche Interessen und auswärtige Beziehungen, S. 87 nennt als Datum der endgültigen Konstituierung fälschlich den 16. 10. 1952. Die Bundesregierung hatte bereits am 22. 10. 1952 die Gründung eines Ostausschusses erwähnt und gleichzeitig ihre Bereitschaft zum Abschluß „normaler Handelsabkommen" mit der Volksrepublik China, der Sowjetunion und Rumänien betont. Die laufenden Handelsabmachungen mit Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und Bulgarien seien mit einem vereinbarten Gesamtumsatz von rund 241 Mio. $ recht erheblich. KAdG 22 (1952), S. 3704 C.

[188] Ost-Ausschuß Rundschreiben Nr. 1/53 vom 5. 1. 1953, S. 3, 5, in: BA, B 102/57788. Neben Reuter und Dr. Kroll, der die Grüße der Bundesregierung überbrachte, sprach noch Professor Thalheim vom Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin über die Veränderung der Wirtschaftsstruktur in den Ostländern (16 S.).

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Chemischen Industrie, Senator a.D. Hermann Wenhold, Mitinhaber der Firma C.F. Corssen & Co., und Hermann Joseph Abs, Mitglied des Vorstandes der Süddeutschen Bank AG[189]. Im 42-köpfigen Hauptausschuß stellten die Vertreter der Industrie mit insgesamt 19 Mitgliedern die stärkste Gruppierung, gefolgt vom Handel (13), der Berliner Wirtschaft (4), den Banken (2) und dem Versicherungsgewerbe (2). Die sechs Arbeitskreise des Ostausschusses, die Länder-Arbeitskreise UdSSR, China und Europäische Ostblockstaaten sowie die Fach-Arbeitskreise Liefer- und Abnahmebedingungen, Zahlungsverkehr und Rechtsfragen wurden ebenfalls nach Vorschlag durch die Fachverbände mit bewährten Sach- und Landeskennern besetzt[190]. Die Größe der Arbeitskreise schwankte zwischen 14 (AK Rechtsfragen) und 18 (AK UdSSR) Mitgliedern. Insgesamt wurden etwa 121 Personen in die Organe des Ostausschusses berufen[191]. Die Geschäftsführung der Arbeitskreise wurde bereits bestehenden Wirtschaftsorganisationen angegliedert[192]. An eine Etatisierung des Ostausschusses und seiner Unterausschüsse war daher zunächst nicht gedacht.

Durch die Koppelung öffentlicher Funktionen und privatwirtschaftlicher Interessen sowie die Anerkennung als alleinige Vertretung der westdeutschen Wirtschaft in Fragen des Ost-West-Handels durch die Bundesregierung war der Ostausschuß in besonderer Weise privilegiert und wurde in der damaligen Situation zu einem handelspolitischen Akteur sui generis[193]. Der Bundesregierung bot diese ungewöhnliche Konstruktion den Vorteil, die Aktivitäten des Ostausschusses gegenüber den östlichen Staaten für „quasi-offiziell" zu erklären und gleichzeitig staatsrechtliche Folgen von Handelsvertragsverhandlungen zu vermeiden, sie gegenüber den mißtrauischen Amerikanern aber als rein privatwirtschaftlich herunterzuspielen. Tatsächlich arbeitete der Ostausschuß in enger Abhängigkeit von der Bundesregierung, so daß Staatssekretär

---

189 BA, B 102/7239: Bonner Wirtschaftsdienst o.D. Ost-Ausschuß Rundschreiben IV/9/53 vom 18.3.1953.

190 BA, B 102/57788: Ost-Ausschuß Rundschreiben 1/53 vom 5.1.1953, Anlage. Der DIHT wies besonders darauf hin, daß es in „anerkennenswertem Maße" gelungen sei, durch seinen Vertreter im Vorstand, Senator Wenhold, „Kandidaturen des DIHT zum Zuge zu bringen". DIHT/300–60: Mitteilung des DIHT an die Mitgliedskammern über die Konstituierung des Ostausschusses vom 18.12.1952.

191 BA, B 102/7239: Ost-Ausschuß Rundschreiben IV/9/53 vom 18.3.1953, Anlage 2. DIHT/300–61: Die Arbeitsgemeinschaft der Bayerischen Industrie- und Handelskammern an Generaldirektor Reuter vom 9.12.1954.

192 So wurde die Geschäftsführung des AK China gemeinsam dem OAV und dem VDMA übertragen, die Geschäftsführung des AK UdSSR oblag dem BDI, der AK Zahlungsfragen wurde vom Gesamtverband des Deutschen Groß- und Außenhandels geführt. BA, B 102/7239: Ost-Ausschuß Rundschreiben IV/9/53 vom 18.3.1953, Anlage 2.

193 Kreile, Osthandel, S.48. Die Privilegierung des Ostausschusses bedeutete indirekt eine Disqualifizierung aller konkurrierenden Organisationen für den Osthandel. Vgl. Tudyka, Gesellschaftliche Interessen und auswärtige Beziehungen, S.88. Ein Monopol des Ostausschusses wurde jedoch auch vom Bundeswirtschaftsministerium abgelehnt. Eine Zusicherung, „daß nicht auch andere Verbände oder Privatpersonen zu solchen Fragen gehört werden sollten", könne unmöglich gegeben werden. BA, B 102/57827: Ungezeichneter Vermerk (BWM, V A7) über eine Besprechung mit dem Arbeitskreis China vom 7.5.1953.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hallstein ihn als ein Instrument bezeichnen konnte, „das praktisch funktioniert, als ob es ein Organ der Bundesrepublik wäre"[194], und der Leiter der Handelspolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Freiherr von Maltzan, ihn als „eine Art Statthalter für behördliche Aufgaben" charakterisierte[195]. Vor allem sei dieses Gremium der Wirtschaft „eine Konstruktion, die es uns erlaubt, mit diesen Ländern in unmittelbaren Kontakt zu treten, ohne in die Schwierigkeiten der gegenseitigen Anerkennung gewisser Regierungen zu kommen"[196].

Insgesamt wirkte der Ostausschuß als Puffer zwischen Regierung und Wirtschaft. Für die Bundesregierung bot er die Möglichkeit, disziplinierend auf die Osthandelsinteressen der Wirtschaft einzuwirken, der Wirtschaft erlaubte er, diese Interessen zu kanalisieren und zu bündeln[197]. Seine erste Bewährungsprobe hatte der Ostausschuß anläßlich der Wirtschaftskonferenz der ECE über Fragen des West-Ost-Handels im April 1953 in Genf, an der 25 europäische Staaten einschließlich der UdSSR sowie die USA teilnahmen und für die er auf Wunsch der Bundesregierung eine vierköpfige Delegation zur Unterstützung der offiziellen Sachverständigen-Delegation zur Verfügung stellte[198]. Nachdem das anfängliche Mißtrauen der sowjetischen Delegation abgebaut werden konnte, stellten sich die Russen – anders als beim früheren Rußlandausschuß – sofort auf den neuen Verhandlungspartner ein und betonten, daß man alle „traditionellen Lieferungen" nach Deutschland durchführen könne. Die Ostausschuß-Delegation wertete die Genfer Konferenz denn auch als „eine begrüßenswerte Gelegenheit zur Wiederaufnahme direkter Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR und Rumänien", die den Umständen entsprechend genutzt worden sei. Überhaupt sei der Eindruck entstanden, daß der rege Gedankenaustausch zu einer Förderung des Handelsverkehrs zwischen westlichen und östlichen Ländern beitragen könne[199].

Im Februar 1954 schloß der Ostausschuß nach einjährigen Verhandlungen mit der rumänischen Außenhandelsgesellschaft „Agro-Export" ein Waren- und Zahlungsab-

---

194 StAH, 371–16 II/Ordner 349, Bd. 2: Niederschrift über die 52. Sitzung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates am 19. 7. 1956, S. 18. Vgl. auch Bracher, Handelspolitik gegenüber China, S. 114f.

195 BA, B 102/7239: Bericht über die 3. Hauptausschuß-Sitzung des Ost-Ausschusses am 10. 12. 1953 in Köln, Anlage 2 zum Ost-Ausschuß Rundschreiben IV/2/54 vom 19. 1. 1954. Gerhard W. Wittkämper, Grundgesetz und Interessenverbände, Köln/Opladen 1963, S. 193 zählt den Ostausschuß zu den „Notamtsträger(n) im Bereich der auswärtigen Beziehungen, d. h. im gesamten völkerrechtlichen Verkehr".

196 ADB, Protokolle des 23. Ausschusses des zweiten Bundestages: 1. Sitzung des Beirats des Deutschen Bundestages für handelspolitische Vereinbarungen am 19. 1. 1954. Stenographisches Protokoll über den Tagesordnungspunkt: Allgemeiner Überblick über die handelspolitische Lage durch Botschafter Dr. Freiherr von Maltzan, S. 14.

197 Adler-Karlsson, Economic Warfare, S. 72.

198 DIHT/300–62: Bericht über die 2. Sitzung des Hauptausschusses des Ost-Ausschusses am 19. 3. 1953 in Wiesbaden. Vgl. auch Trautmann, Osthandel, S. 128–136. Ausführlich dokumentiert ist die ECE-Konferenz in BA, B 102/7236, Heft 1 und 7237, Heft 2.

199 DIHT/300–62: Bericht über die Wirtschaftskonferenz der ECE über Fragen des West-Ost-Handels in Genf o. D.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kommen, in dem erstmals Liefer- und Zahlungsbedingungen gegenüber einem Ostblockland festgelegt waren und das vom Bundeswirtschaftsministerium in die Runderlasse zur Außenwirtschaft aufgenommen wurde[200]. Auch das mit der VR China im September 1957 geschlossene Handelsabkommen erhielt durch die Veröffentlichung im Bundesanzeiger den „quasi-offiziellen" Charakter[201]. Eine Beteiligung des Bundes am Etat des Ostausschusses wurde vom Auswärtigen Amt aber abgelehnt, da dies eine Gefährdung der „Nichtanerkennungspolitik" der Bundesregierung hätte bedeuten können, wenn beispielsweise eine durch den Ostausschuß „getarnte" Handelsvertretung der Bundesrepublik in Rumänien errichtet würde[202]. Lediglich die Kosten der Delegationsreisen, die der Ostausschuß im Auftrag der Bundesregierung durchführte, wurden vom Auswärtigen Amt übernommen[203].

Wegen seiner weitreichenden handelspolitischen Kompetenzen maß die westdeutsche Wirtschaft dem Ostausschuß große Bedeutung bei. Weil damit gerechnet wurde, daß vor allem der Handel mit Rotchina wieder gut in Gang kommen würde, empfahl das Auswärtige Amt besonders den Großunternehmen, dringend dafür Sorge zu tragen, daß sie in den bestehenden Ausschüssen wirksam vertreten seien, denn „wer nicht von Anfang an dabei sei, (werde) bestimmt später Schwierigkeiten haben, sich einzuschalten"[204]. Angesichts des Interesses „aller Wirtschaftskreise an der Tätigkeit des Ost-Ausschusses" sollte später beschlossen werden, jährlich ein Drittel der Mitglieder in den einzelnen Gremien durch Los auszuschließen und durch neue Mitglieder zu ersetzen, wobei Wiederwahl zulässig sein sollte[205], am Prinzip der Berufung auf Vorschlag durch eine Wirtschaftsorganisation wurde jedoch festgehalten. Dies galt uneingeschränkt auch für die großen Konzerne[206].

---

[200] Zwar wollte der Ostausschuß bei den anderen Ländern keinen „Führungsanspruch" erheben, eine Aktivität erschien aber bald auch gegenüber Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und Bulgarien erforderlich. Dazu sollte seitens des Auswärtigen Amtes die Entsendung von Handelsdelegationen in Erwägung gezogen werden. Ergebnisprotokoll über die Vorstandssitzung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft am 5.3.1953 und Bericht über die 2. Sitzung des Hauptausschusses des Ost-Ausschusses am 19.5.1953, in: ebenda. Die Hereinnahme von mindestens 200000 t rumänischen Weizens wurde vom BWM als unbedingte Voraussetzung für den weiteren Verkehr mit den Oststaaten gefordert. BA, B 102/7196, Heft 2: Vermerk Seiberlich, o.D. (Mai 1953).

[201] Kreile, Osthandel, S.48; Schäfer, Osthandelspolitik, S.59ff. Der Rumänien-Vertrag enthielt außerdem die erste Schiffahrtsvereinbarung. Die Einbeziehung der Volksrepublik China schien wegen der alten Tradition des deutschen Chinahandels „logisch" und wegen des Anspruchs der DDR, ein Monopol im Chinahandel zu haben, besonders dringend geboten. Vgl. die Festschrift aus Anlaß der Verabschiedung des Vorsitzenden des Arbeitskreises China, Herrn Heinz Hufnagel, Köln 1982, S.2, 13.

[202] BDI/OA 3/2: Schreiben von Wolff von Amerongen an Dr. van Scherpenberg (AA) vom 22.10.1955; Notiz von Carnap für Dr. Beutler vom 4.6.1956.

[203] Protokoll der Sitzung des Vorstandes des Ost-Ausschusses am 23.5.1956 in Köln, S.2, in: ebenda.

[204] Historisches Archiv der Fried. Krupp GmbH (HA Krupp), WA 51/V 2914: Schreiben Dr. Wollstädter (Verbindungsstelle Bonn) an Direktor Dr. Hobrecker vom 14.1.1954 wegen Handel mit Rotchina und Rußland. Aktenvermerk von Maltzan betr. Ost-Ausschuß vom 25.5.1954, in: WA 94/V 130.

[205] Ebenda, WA 51/V 2914: Mitteilung an Herrn von Bellersheim über Ost-Ausschuß vom 25.1.1955.

[206] So begrüßte der Vorstand zwar das Interesse der Firma Krupp, im Ostausschuß mitzuarbeiten, und war auch bereit, ein Mitglied der Geschäftsleitung in den Hauptausschuß oder einen der Arbeitskrei-

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dennoch war die Gründung des Ostausschusses innerhalb der westdeutschen Wirtschaft nicht unumstritten. Seine Kritiker hielten entweder mehr von eigener Initiative als von bürokratischer Ausschußarbeit, oder ihnen mißfiel die erklärte Absicht des Ostausschusses, durch die Schaffung verbesserter Rahmenbedingungen den Kreis der am Ostgeschäft interessierten Firmen zu erweitern. Andererseits wurde ihm aber auch vorgeworfen, das Ergebnis der durch ihn geführten Verhandlungen komme nicht der gesamten Wirtschaft, sondern nur den wenigen Firmen zugute, die das Glück hätten, dem Ostausschuß anzugehören[207]. Als grundsätzlich bedenklich galt dagegen die Erfüllung handelspolitischer Aufgaben durch eine privaten Charakter tragende Vertretung des deutschen Außenhandels, und besonders schwer wog die Kritik am Bilateralismus im Ostgeschäft, von dem der Ostausschuß ausgehe und mit dem er gegen die auf Liberalisierung des Waren- und die Multilateralisierung des Zahlungsverkehrs ausgerichtete Handelspolitik der Bundesregierung verstoße[208]. Es wurde darauf hingewiesen, daß bilaterale Handels- und Zahlungsabkommen nur funktionierten, wenn die Wirtschaft in beiden Ländern dirigistisch beeinflußt werden könne, und der Bilateralismus ohnehin nur angebracht sei, wenn Mangelerscheinungen vorlägen[209]. Reine Kompensationsgeschäfte behinderten außerdem den Aufbau einer dauerhaften Marktposition und verfälschten die Handelsströme. Dahinter verbarg sich eine generelle Kritik am Osthandel, denn die Ablehnung des bilateralen Handels hätte den Verzicht auf Osthandel überhaupt bedeutet.

Eine nicht weniger grundsätzliche Streitfrage war, ob der Handel mit den Nichtvertragsländern des Ostens auf Dauer der Hilfestellung eines nichtstaatlichen Gremiums zur Überwindung der Lücke in den staatsrechtlichen Beziehungen mit dem Ostblock bedurfte, oder ob der Ostausschuß sich nicht auf eine rein beratende und informierende Tätigkeit beschränken sollte. Der Vorwurf unzureichender Kenntnis der handelspolitischen Gesamtsituation oder mangelnder Entscheidungsfähigkeit in bezug auf die handelspolitische Opportunität von Bezügen aus dem Osten spielte dabei allerdings nur eine untergeordnete Rolle. Die Bedeutung der Vereinbarung mit den Rumänen sowie die ersten gelungenen Tastversuche mit den Russen und Chinesen auf dem Genfer Parkett und in Bern sprachen dann aber doch eindeutig für die erweiterte Aufgabenstellung.

---

se aufzunehmen, das Berufungsverfahren sollte aber unbedingt eingehalten werden. Daß sich die Berufung in den Hauptausschuß nach dem entsprechenden Vorschlag des DIHT dann trotzdem noch ungewöhnlich lange hinzog, wurde im Hause Krupp auf die Haltung des Generaldirektors Reuter zurückgeführt. Ebenda. Vgl. dazu DIHT/300–61: Schriftwechsel wegen Mitgliedschaft der Firma Krupp im Ostausschuß vom 4.5.1955 bis 17.2.1956.

207 Zu den Kritikern in diesem Sinne gehörte vor allem die IHK München. Vgl. ihr Schreiben an den DIHT betr. Ost-Ausschuß vom 5.7.1954. DIHT/300–61.

208 Vgl. Trautmann, Osthandel, S. 125, 127f. sowie die Erörterung dieser beiden Kritikpunkte in Beiträgen der „Vereinigten Wirtschaftsdienste" vom Mai 1954, in: IHK München, 4106/Ost-Ausschuß, Anhang B.

209 HA Krupp, WA 94/V 130: Bericht der Krupp-Verbindungsstelle Bonn, Nr. A 90 vom 6.5.1954 betr. Kritische Gedanken zum Ost-Ausschuß (8 S.).

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Völlige Einigkeit herrschte darüber, daß die Anbahnung und Abwicklung von Ostgeschäften auf keinen Fall unter einem wie auch immer gearteten östlichen politischen Einfluß geschehen dürfe, daß aber auch der deutschen Wirtschaft in ihrem eigensten Interesse daran gelegen sein müsse, dem Geschäftlichen jede politische Note fernzuhalten. Bereits anläßlich der endgültigen Konstituierung des Ostausschusses hatte Botschafter Kroll betont, „daß eine Intensivierung des westdeutschen Osthandels keineswegs ein Sympathisieren mit den Ideologien des Ostens bedeute. Ebenso wie auf der Ostseite handele es sich um sehr nüchterne wirtschaftliche Überlegungen, die aber dennoch geeignet sein könnten, auch zu einer Entspannung der weltpolitischen Lage beizutragen."[210] Politische Zurückhaltung und sachliche Geschäftsmäßigkeit auf der einen, „pragmatische Normalisierung" als wichtige Vorarbeit zur allgemeinen Verbesserung des Gesprächsklimas auf der anderen Seite waren denn auch die Leitlinien der „neuen Osthändler". Trotz des persönlichen Engagements namhafter Wirtschaftsführer gelang es vorerst aber nur in bescheidenem Maße, der verbreiteten Diskreditierung des Ostgeschäfts entgegenzuwirken und die noch vorherrschende Zurückhaltung zu überwinden. Hinter dieser Zurückhaltung stand nicht zuletzt die Interessensabwägung, bis zur Wiederherstellung der vollen Souveränität der Bundesrepublik gelte es, keine zu weitgehenden Forderungen zu stellen, um die politische Glaubwürdigkeit gegenüber dem Westen nicht zu gefährden und den „politisch sicheren" westlichen Markt nicht aufs Spiel zu setzen[211]. Deshalb kam der privatwirtschaftlichen Institution des Ostausschusses die besondere Verantwortung zu, bei der erstrebten Intensivierung des Osthandels ökonomische Interessen und politische Zielsetzungen in Einklang zu bringen[212].

Gegenstand langwieriger und kontroverser Diskussionen wurde schließlich noch die Frage des rechtlichen Status des Ostausschusses, in deren Verlauf eine „Umgründung" als selbständige juristische Person und Eintragung in das Vereinsregister erwogen wurde[213]. Während die Verbände des Handels befürchteten, gegenüber einem mit

---

[210] BA, B 102/57788: Ost-Ausschuß Rundschreiben Nr. 1/53 vom 5. 1. 1953, S. 6.

[211] Auf amerikanischer Seite wurde ein stillschweigendes Einverständnis vermutet und besorgt danach gefragt, ob es in der Bundesrepublik wirtschaftliche „pressure groups" gebe, die auf die Regierung einzuwirken versuchten, um den Handel mit dem Osten zu aktivieren und dabei langfristig die westliche Linie wieder zu verlassen. BA, B 102/7196, Heft 2: Aufzeichnung Dr. von Lupin (AA, Ha Pol IV) über eine Besprechung mit Mr. Whyner, Eastern Economic Relations Division (US HICOG), vom 16. 7. 1953. Dagegen Bührer, Der BDI und die Außenpolitik, S. 253 f. Vgl. auch Gabriel A. Almond, The Politics of German Business, in: Hans Speier/W. Phillips Davison (Hrsg.), West German Leadership and Foreign Policy, Evanston/Ill. 1957, S. 195–241, hier S. 235 ff.

[212] Otto Wolff von Amerongen, Die Wirtschaft im Spannungsfeld Ost – West, in: Osteuropa 32 (1982), S. 3–7, hier S. 4.

[213] Dabei ging es vor allem um die Haftungsfrage und die eigene Rechtsfähigkeit. Zuerst hat das Bundesjustizministerium auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die durch den unklaren Status des Ostausschusses eintreten könnten und die sich nur ausräumen ließen, wenn er als selbständige juristische Person umgegründet würde. BDI/OA 3/2: Ausarbeitung von Dr. Wernicke über die Rechtsnatur und künftige Gestaltung des Ostausschusses vom 11. 5. 1956, S. 3 f. Vgl. auch Windelen, Ost-Ausschuß und Volksrepublik China, S. 39 ff. Die Geschäftsführung legte daraufhin dem Bundeswirt-

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eigener Rechtsfähigkeit ausgestatteten Ostausschuß einen Teil ihrer handelspolitischen Aufgaben einzubüßen[214], gab es in der Industrie gewichtige Stimmen für eine Aufwertung als eigenständiges Gremium[215]. Erstere vertraten außerdem die Ansicht, daß es nur vorteilhaft sein könne, „wenn der Ostausschuß seine lockere geschmeidige Form als Ausschuß behielte, die ihm eine Anpassung an wechselnde Gegebenheiten auch in personeller Beziehung jederzeit (ermögliche)"[216]. Auch der Bundesverband des Privaten Bankgewerbes sah keine Notwendigkeit für die Umwandlung des Ostausschusses in einen rechtsfähigen Verein und vertrat die Ansicht, „daß man einer aus dem Zwang der außenpolitischen Verhältnisse geborenen und von Anfang an als Provisorium gedachten Institution nicht ohne Not Rechtsfähigkeit beilegen sollte"[217].

Ausschlaggebend für die Entscheidung über eine organisatorische Umwandlung des Ostausschusses waren letztlich die Einwände der im BDI zusammengeschlossenen Verbände. Auf einer Sitzung des Handelspolitischen Arbeitskreises beim BDI am 8. Juni 1956 wiesen die Mitgliedsverbände auf die Gefahr hin, daß der BDI im Falle einer eigenen Rechtsfähigkeit des Ostausschusses seine bisherige Entscheidungsfreiheit auf dem Gebiete der Osthandelspolitik der Zustimmung anderer Organisationen unterwerfen müsse. „Bei der gegenwärtig losen Form der Zusammenarbeit liege das Schwergewicht eindeutig beim BDI. Dies werde sowohl durch den Vorsitzenden als auch die Geschäftsführung gewährleistet. Bei einem Statut müsse dagegen der BDI auf die anderen Organisationen Rücksicht nehmen und sich möglicherweise Abstimmungen unterwerfen."[218] Zudem befürchteten sie, „daß die Industrie zersplittere und insgesamt an Gewicht verliere. Gleichzeitig würde der Handel einen unangemessenen Einfluß gewinnen." Aber auch im Hinblick auf die Verantwortung des Ostausschusses gegenüber den Behörden der Bundesrepublik müßten die Spitzenverbände Träger bleiben. „Bei der Arbeitsgemeinschaft Außenhandel habe es der BDI in der Hand, sie zu benutzen, wie und wann er wolle. Im Falle einer festen Organisationsform des Ost-

---

schaftsministerium im Juni 1954 eine „Niederschrift betreffend den Status des Ost-Ausschusses" zur Genehmigung vor, in dem der Ausschuß als ein „freiwilliger Zusammenschluß der Spitzenorganisationen der Wirtschaft im Sinne des § 54 BGB" bezeichnet und der Erwerb einer eigenständigen Rechtsfähigkeit durch Eintragung in das Vereinsregister für überflüssig gehalten wurde, da er keine eigene Geschäftstätigkeit ausübe, sondern in erster Linie die Bundesregierung beim Abschluß von Handelsabkommen mit solchen Ländern vertrete, zu denen keine diplomatischen Beziehungen beständen. BA, B 102/57827: Anlage zum Vermerk von Dr. Schmitt (BWM) vom 28. 6. 1954.

[214] BDI/OA 3/2: Vermerk Metzger (Außenhandels-Abteilung des BDI) über die Geschäftsführerbesprechung der Arbeitsgemeinschaft Außenhandel vom 30. 5. 1956.

[215] Ebenda: Notizen von Carnap für Dr. Beutler betr. Ost-Ausschuß vom 13. 1. 1955 und vom 4. 6. 1956. Protagonisten einer „Umgründung" des Ostausschusses waren Hans Reuter und sein Nachfolger Otto Wolff von Amerongen.

[216] Schreiben Dr. Stephan (Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Exporteurvereine, Hamburg) an Dr. Hipp vom 16. 6. 1955, in: Ebenda.

[217] Schreiben des Bundesverbandes des Privaten Bankgewerbes an die Arbeitsgemeinschaft Außenhandel vom 19. 6. 1956, in: Ebenda.

[218] Vermerk Dr. Hipp/von Carnap für Dr. Beutler betr. Ost-Ausschuß vom 12. 6. 1956, in: Ebenda.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ausschusses könne die Position des BDI in keinem Falle gestärkt werden. Er mache sich lediglich von anderen Organisationen abhängig."[219]

Diese Einwände wogen natürlich schwer und unterstreichen die Bedeutung des machtpolitischen Gesichtspunkts. Der BDI wollte präzise Festlegungen vermeiden, um sich die letzte Entscheidung vorzubehalten und damit auch politisch lenken zu können. Angesichts der Unklarheit der politischen Situation und zur Besänftigung der darüber entstandenen Spannungen wurde die Frage des Statuts für den Ostausschuß zunächst bis Ende 1957 zurückgestellt[220]. Danach wurde sie allerdings nicht mehr aufgegriffen. Der Ostausschuß blieb ein freiwilliger Zusammenschluß der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft ohne eigene Rechtsfähigkeit[221].

Ausblick

Die sich 1952 verbreitende Euphorie entsprach kaum der Wirklichkeit des Ostgeschäfts, eine rasche Lösung aller mit einem vermehrten Güteraustausch in Zusammenhang stehenden Probleme – allein die Nichtanerkennung der Bundesrepublik durch die Ostblockstaaten warf eine Reihe heikler Fragen auf – war nicht zu erwarten. Die „große Reserve", die im Export nach Osteuropa gesehen wurde, konnte nicht so schnell aufgeschlossen werden, daß selbst bei gewissen Zahlungsvereinbarungen in absehbarer Zeit das aufzuholen war, „was England, Frankreich und Italien uns von diesem Geschäft weggenommen haben"[222]. Man mußte erkennen, daß das Ostgeschäft viel Zeit und Geduld erforderte. Schon wenige Monate nach der Gründung des Ostausschusses wurde deshalb nach der ersten Ernüchterung festgestellt, daß der Ost-West-Handel festgefahren sei und man sich auch vom neugebildeten Gremium bis auf unverbindliche Fühlungnahmen nicht allzuviel versprechen könne[223]. Hinzu kam, daß osthandelspolitische Vorstöße auch nach Beseitigung der Diskriminierungen als politisch inopportun behindert wurden und es keine Anzeichen dafür gab, daß dem Osthandel in Westdeutschland besondere Bedeutung beigemessen wurde. Vielmehr war mit dem Übergang der handelspolitischen Federführung auf das Auswärtige Amt im

[219] Ebenda. Schon im April 1956 hatte Menne darauf hingewiesen, „daß die Umgestaltung des Ost-Ausschusses in einen Verein mit der üblichen demokratischen Verfassung" nicht möglich sei. In der „gegenwärtigen Situation" müsse sichergestellt werden, daß die Spitzenverbände ihren alleinigen und entscheidenden Einfluß auf die Arbeiten des Ost-Ausschusses behielten. Schreiben Menne an Wolff von Amerongen vom 17. 4. 1956, in: Ebenda.

[220] Schreiben von Wolff von Amerongen an Reuter, Menne und Abs vom 29. 6. 1956, in: Ebenda.

[221] Windelen, Ost-Ausschuß und Volksrepublik China, S. 41. Nach Interview mit Wolff von Amerongen am 2. 2. 1988.

[222] So der Vorsitzende des Außenwirtschaftsausschusses des DIHT, Senator Wenhold, in einem Vortrag am 23. 10. 1952 in Köln: Grundsätzliche Fragen unserer Außenhandelspolitik (= Schriftenreihe des DIHT, Heft 22).

[223] BA, B 102/5934, Heft 2: 38. Sitzung des Länderausschusses Außenhandel am 11./12. 12. 1952 in Berlin, S. 5. Hier wurde die Enttäuschung darüber erstmals artikuliert. Vgl. auch die Betrachtungen hierzu im „Handelsblatt" (Osthandel enttäuschte bisher), Nr. 94 vom 14. 8. 1953.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Frühjahr 1953 wesentlich weniger Aufgeschlossenheit gegenüber der Förderung des West-Ost-Handels verbunden, als sie das Bundeswirtschaftsministerium gezeigt hatte[224], und es mehrten sich wieder die amerikanischen Vorwürfe, die deutschen Stellen würden die Strafverfahren wegen Verstößen gegen die Embargobestimmungen nicht mit gebührendem Nachdruck führen[225].

Auf der anderen Seite waren die Möglichkeiten des Ost-West-Handels durch die binnenwirtschaftlichen Strukturveränderungen in den sozialistischen Ländern, das System der industriellen Arbeitsteilung und die Integration des Außenhandels in die staatliche Wirtschaftsplanung sehr beschränkt. Da der Westhandel nur noch Komplementärfunktion haben sollte, waren langwierige Handelsvertragsverhandlungen zu erwarten, um die Austauschwünsche aufeinander abzustimmen. Obwohl sich der Aufbau eines weitgehend autarken ökonomischen Komplexes zunehmend als fragwürdig erwies, konnte auch nach Stalins Tod das tiefverwurzelte Mißtrauen gegen den Außenhandel nicht so leicht überwunden werden[226]. Obwohl bei der erhofften Einbindung des sozialistischen Lagers in die internationale Arbeitsteilung wegen der nur schwer zu überwindenden Restriktionen auf beiden Seiten an lukrative Geschäfte noch lange nicht zu denken war[227], markierte das verstärkte Auftreten des Ostblocks auf dem Weltmarkt zusammen mit dem Beginn des atomaren Zeitalters doch eine Wende in den weltwirtschaftlichen Beziehungen. Eine Änderung der Einfuhrstruktur der Bundesrepublik mit dem Ziel einer Umschaltung der Importe aus Dollar-Ländern auf die Ostblockländer hätte aber nur dann einen Sinn gehabt, wenn auch in entsprechendem Maße dorthin hätte exportiert werden können. Dies war jedoch trotz fortschreitender Industrialisierung Osteuropas und selbst bei einer Revision der Embargolisten wenig wahrscheinlich[228].

---

[224] BA, B 102/7198: Notiz über Besprechung wegen Teilung der Zuständigkeiten zwischen AA und BWM vom 30.3.1953 und B 102/57788: Vermerk Dr. Schulz vom 22.4.1954. Allerdings anerkannte Freiherr von Maltzan durchaus an, daß der Ostausschuß „Pionierarbeit" leiste, was nicht zuletzt in der Mitwirkung von Personen zum Ausdruck komme, die maßgeblich beim „Wiederaufbau unseres Außenhandels nach dem Kriege geholfen" hätten. BA, B 102/7239: Bericht über die 3. Hauptausschuß-Sitzung des Ost-Ausschusses am 10.12.1953 in Köln, Anlage 2 zum Ost-Ausschuß Rundschreiben IV/2/54 vom 19.1.1954.

[225] PA/AA, 3/311–22/Ost-Westhandel, Bd. 1: Aufzeichnung Dr. Kutscher über Besprechung mit Mr. Keafer von der HiCoG über Fragen des Ost-West-Handels vom 2.3.1953. Hierbei wurde auch noch einmal erwähnt, wie sehr die amerikanische Seite über die Ausnahmegenehmigung für die Firma Schloemann vor einem Jahr befremdet gewesen sei.

[226] Vgl. hierzu Hans Bräker, Die sowjetische Wirtschaft in ihren Außenbeziehungen, in: Osteuropa-Wirtschaft 1 (1956/57), S. 89–106.

[227] In der Annäherung gar eine Chance für „ein Investierungsgeschäft, das in die Milliarden geht", zu sehen, blieb vorläufig Zukunftsmusik. „Handelsblatt" Nr. 9 vom 22.1.1954 (Ost-West-Handel: Es geht um Milliarden). Gleichwohl wurde die sowjetische Handelsvertretung in Ost-Berlin „von deutschen Anbietern geradezu überlaufen", so daß schon Befürchtungen laut wurden, der Übereifer von Einzelinteressenten könne der Förderung des Warenverkehrs mit der UdSSR abträglich sein. BA, B 102/57799: Schreiben des Außenhandelsausschusses der Wirtschaftsvereinigung der Ziehereien und Kaltwalzwerke an Dr. Reinhardt betr. UdSSR vom 13.10.1953.

[228] Vgl. dazu den Vermerk des Außenhandelskontors vom 13.12.1954 betr. Ost-West-Handel. StAH, 371–16 II/Ordner 349, Bd. 1.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das eigentliche Verdienst des Ostausschusses ist deshalb in den frühen Jahren vor allem darin zu sehen, daß es seinen prominenten Vertretern möglich war, mit den staatlichen Stellen der sozialistischen Länder ins Gespräch zu kommen und eine Vertrauensbasis zu schaffen. In diesen Gesprächen konnten Vorurteile beseitigt und falsche Vorstellungen korrigiert werden. Neben dem beeindruckenden wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik waren sie entscheidend für die Bereitschaft des Ostens, mit Westdeutschland in einen geregelten Handelsverkehr zu treten und in ihm einen unverzichtbaren Austauschpartner zu sehen. Deshalb stellen die frühen fünfziger Jahre, als das Interesse an Wirtschaftskontakten mit den Ländern des Ostblocks weitgehend den Gegebenheiten der neuen Ordnung in Europa untergeordnet war, eine ausgesprochene Inkubationsphase dar, in der, weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit, die Voraussetzungen für die späteren Vertragsregelungen und die relativ hohen Steigerungsraten geschaffen wurden. Der Ostausschuß wurde auf diese Weise nicht nur zum sachkundigen Ansprechpartner und Garanten der Kontinuität bei der Bearbeitung der östlichen Märkte, seine führenden Vertreter und insbesondere seine beiden Vorsitzenden, Hans Reuter und Otto Wolff von Amerongen, konnten auch als eine Art „Botschafter" der Bundesrepublik Deutschland in einer Zeit gelten, in der offizielle Kontakte noch nicht möglich waren.

Die Frage, ob unter den gegebenen Umständen ein so schmales und in der Abwicklung so kompliziertes Geschäft den ganzen Aufwand überhaupt lohne, beantwortete Hans Reuter mit dem Hinweis darauf, daß die Gewinnung neuer Märkte überall in der Welt eine Fülle von Problemen bringe und sich nur schrittweise vollziehe. Gerade die bestehenden Schwierigkeiten unterstrichen die Notwendigkeit, „die Handelsbeziehungen sorgfältig zu pflegen und in systematischer Arbeit die Voraussetzungen zu ihrer allmählichen Ausweitung zu schaffen, zu der offensichtlich hüben wie drüben Bereitwilligkeit besteht". Mit zusätzlichen Handelsumsätzen dürfe allerdings nur über längere Zeiträume gerechnet werden, andererseits müßten trotz der Strukturveränderungen die Ostmärkte auf lange Sicht wieder interessante Märkte werden[229]. Der Osthandel wie der Westhandel übten trotz der Systemschranken und ihres minimalen Anteils am jeweiligen Außenhandel eine so starke Anziehung aus, daß politische und ideologische Interessen im Laufe der Zeit immer mehr hinter die wirtschaftlichen Erfordernisse zurücktraten. Politische Konzessionen ließen sich durch Intensivierung des Ost-West-Handels nicht erkaufen, und der Gedanke, die Aufhebung des Embargos könne „ein Tauschobjekt von hoher politischer Bedeutung im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung Deutschlands werden", entbehrte 1952/53 jeder Grundlage[230].

[229] BA, B 136/7807: Rede Reuters vor dem Export-Club in München über Osthandel – Ost-Ausschuß am 8.11.1954, S. 13.

[230] BA, B 102/7196, Heft 2: Aufzeichnung Dr. von Lupin über eine Besprechung mit Mr. Whyner vom 16.7.1953. So lautete eine der Fragen der Amerikaner über den Osthandel der Bundesrepublik. Schon früher war auf deutscher Seite der Gedanke aufgetaucht, man könne den Russen die Kriegsgefangenen „abhandeln". Vizekanzler Blücher war der Meinung, man werde „mit den Russen nur fertig", wenn man ihnen materiell etwas biete. Und auch Hans Kroll hielt es für denkbar, daß Zugeständnisse in der Kriegsgefangenenfrage im Austausch gegen wirtschaftliche Konzessionen nicht ausgeschlos-

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der friedliche Handel konnte den Kalten Krieg nicht „besiegen", gleichwohl hat er einer generellen Verbesserung der Beziehungen und der politischen Stabilisierung zwischen Ost und West gedient. Letztlich war aber eine Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen von korrekten politischen Beziehungen abhängig, nicht umgekehrt.

Die Idee eines Ostausschusses beruhte auf den Erfahrungen, die in der Zwischenkriegszeit mit dem Rußlandausschuß gemacht worden waren, sowie auf der Tatsache, daß das Außenhandelsmonopol nach sowjetischem Vorbild inzwischen in ganz Osteuropa und in China angewandt wurde. Seine Gründung war die Reaktion auf eine Notsituation, eine Antwort auf die scharfe Trennung von West- und Osthandel, die 40 Jahre anhalten sollte und erst in unseren Tagen aufgehoben wurde. Sie bedeutete eine Zäsur für den westdeutschen Osthandel, obwohl es im Hinblick auf die besondere politische Situation der Bundesrepublik nie ganz leicht war, bei gleichzeitiger Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen die bestehenden Ausfuhrbeschränkungen so zu gestalten, daß sie den angestrebten politischen Zweck erfüllten, ohne den Wirtschaftsverkehr mehr als unerläßlich zu behindern. Daß sich die Wirtschaftsbeziehungen zu den kommunistischen Ländern nach einer mühsamen Anlaufzeit doch auszuzahlen begannen und daß die deutschen Wettbewerbsvorteile dabei gebührend genutzt werden konnten, ist nicht zuletzt das Verdienst des Ostausschusses. Nach der „Wiedervereinigung" Europas und der beginnenden Normalisierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den so lange getrennten Teilen durch das Verschwinden der Identität von Wirtschaft und antagonistischer Politik stellt sich erneut und grundsätzlich die Frage nach der Existenzberechtigung dieses Gremiums. Bei der verstärkten wirtschaftlichen „Ostorientierung" des vereinigten Deutschland und angesichts der zu bewältigenden Transformationsprobleme dürften das Engagement des Ostausschusses, sein Wissen und seine reichen Erfahrungen auch weiterhin gefragt sein.

---

sen seien. Schreiben Blüchers an Erhard vom 29.10. und Aufzeichnung Dr. Kroll zum Antwortschreiben an Blücher vom 5.11.1951, in: Ebenda, Heft 1.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

UDO WENGST

DER AUFSTAND AM 17. JUNI 1953 IN DER DDR

Aus den Stimmungsberichten der Kreis- und Bezirksverbände der Ost-CDU im Juni und Juli 1953*

Bis zum Ende der staatlichen Existenz der DDR hat die parteiamtliche Geschichtsschreibung dieses Staates an der These festgehalten, daß es sich beim Aufstand am 17. Juni 1953 in Berlin und in anderen Städten der damaligen DDR um einen durch „westliche Provokateure und Saboteure" gesteuerten „gegenrevolutionären faschistischen Putschversuch" gehandelt habe, der eine Mißstimmung und Unzufriedenheit der ostdeutschen Bevölkerung zur Beseitigung des sozialistischen deutschen Staates zu nutzen versuchte[1]. Im Westen ist diese Auffassung stets zurückgewiesen worden. Hier gab es nie einen Zweifel daran, daß es sich beim Aufstand am 17. Juni um eine spontane Erhebung gehandelt hat, in der eine innere Krise des SED-Staates zum Ausdruck kam[2].

Zu dieser Krise war es vor allem deshalb gekommen, weil die SED seit ihrer 2. Parteikonferenz im Juli 1952 zu einer Politik des „verschärften Klassenkampfes" überging, der namentlich die Mittelschichten traf (Benachteiligung privater gegenüber den volkseigenen Betrieben; verstärkter Druck auf die Bauern, den Eintritt in die LPGs zu vollziehen; Einzug der Lebensmittelkarten für alle in Westberlin arbeitenden Personen, sämtliche selbständige Kaufleute, Privatunternehmer, Hausbesitzer und einige Gruppen von freien Berufen), sich aber auch in einem „Kirchenkampf" äußerte (besonders die „Junge Gemeinde" geriet als „Tarnorganisation für Kriegshetze, Sabotage und Spionage im USA-Auftrag" in das Zentrum des von der SED gesteuerten Angriffes[3]) und nicht zuletzt zu Lasten der nahe der Sektorengrenze lebenden Bevölkerung ging (Ein-

---

* Vorliegende Dokumentation war Grundlage meines Referates, das ich am 3. September 1991 während der von der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstalteten Tagung „Verfolgung und Widerstand christlicher Demokraten nach 1945" in Buchenwald gehalten habe. Ich danke Herrn Dr. Günter Buchstab für die Genehmigung, die folgenden beiden Dokumente zu veröffentlichen.

1 Siehe z. B. Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Rolf Badstübner, Berlin 1981, S. 156ff.

2 Dazu die Darstellungen von Stefan Braut, Der Aufstand. Vorgeschichte, Geschichte und Deutung des 17. Juni 1953, Stuttgart 1954; Ilse Spittmann/Karl Wilhelm Fricke (Hrsg.), 17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR, Köln 1982; Arnulf Baring, Der 17. Juni 1953, Stuttgart 1983.

3 Dazu Horst Dähn, Konfrontation oder Kooperation? Das Verhältnis von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945–1980, Opladen 1982, S. 42–46; Hellmuth Nitsche, Zwischen Kreuz und Sowjetstern. Zeugnisse des Kirchenkampfes in der DDR (1945–1981), Aschaffenburg 1983, S. 102–113.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

führung eines 10 Meter breiten Kontrollstreifens, eines 500 Meter breiten Schutzstreifens und eines 5 Kilometer breiten Gürtels als Sperrzone, in die die Einreise und in der der Aufenthalt nur aufgrund besonderer Genehmigung erlaubt waren und aus der die Einwohner evakuiert wurden, die als „politisch unzuverlässig" galten). Alle diese Maßnahmen hatten eine sich dramatisch steigernde Flucht- und Abwanderungsbewegung zur Folge, die die bereits bestehenden Versorgungsprobleme ständig vergrößerte und die Lebenslage der zurückgebliebenen Menschen zunehmend verschlechterte.

Obwohl die sowjetische Führung nach Stalins Tod im Frühjahr 1953 die SED-Spitze drängte, von ihrem harten Kurs abzulassen, hielten Ulbricht und mit ihm eine Mehrheit im Politbüro hieran fest. Mitte Mai beschloß das 13. Plenum der SED eine zehnprozentige Erhöhung der Arbeitsnormen, die der Ministerrat am 28. Mai absegnete, und die Nationale Front rief Ende des Monats zur Bildung von Haus- und Hofgemeinschaften auf, um „die gesamte Bevölkerung zu mobilisieren, um breiteste Volkskreise, die noch abseits stehen, zur Mitarbeit zu gewinnen"[4]. Die Haus- und Hofgemeinschaften sahen sich jedoch von Anfang an dem Verdacht ausgesetzt, daß sie zum „Aushorchen und Bespitzeln der Familien" eingerichtet werden sollten[5], und sie reihten sich somit in den Katalog der Maßnahmen ein, die einen forcierten „Aufbau des Sozialismus" zum Ziel hatten.

Aufgrund erneuter Interventionen aus Moskau[6] ging die SED auf Beschluß ihres Politbüros vom 9. Juni 1953 ohne jegliche propagandistische Vorbereitung von ihrer bis dahin verfolgten Linie ab und verkündete eine Politik des „Neuen Kurses", die der Ministerrat zwei Tage später bestätigte. Die SED gestand nunmehr „begangene Fehler" ein und versprach, „die Lebenshaltung der Arbeiter, der Bauern, der Intelligenz, der Handwerker und der übrigen Schichten des Mittelstandes zu verbessern". Die sodann im einzelnen angekündigten Maßnahmen kamen besonders den Mittelschichten zugute (z. B. Aussetzung von Steuerzwangseintreibungen bei Bauern, Handwerkern sowie Groß- und Einzelhändlern; Möglichkeit der Wiedereröffnung geschlossener Privatbetriebe; Rückgängigmachung von Enteignungen von Grund und Boden sowie des Entzuges von Lebensmittelkarten; Rückkehrangebote an Flüchtlinge und eine partielle Gefangenenamnestie). Eine Ergänzung fanden diese Beschlüsse einen Tag später durch einen Ausgleich zwischen der DDR-Regierung und der evangelischen Kirche, als erstere zusagte, ihre Kampagne gegen die „Junge Gemeinde" einzustellen und die ansonsten ergriffenen Maßnahmen gegen die Kirche oder einzelne ihrer Mitglieder zu überprüfen und ggf. zu revidieren[7]. An der zehnprozentigen Normerhöhung hielt die SED

[4] Zitat aus einem Artikel in der „Neuen Zeit" vom 4. 6. 1953.

[5] Zitat aus Dokument Nr. 1, S. 292

[6] Hierzu nunmehr Rolf Stöckigt, Ein Dokument von großer historischer Bedeutung vom Mai 1953, in: BzG 32 (1990), S. 648–654; Rudolf Herrnstadt, Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953, hrsg. von Nadja Stulz-Herrnstadt, Reinbek 1990, S. 57 f.; Elke Scherstjanoi, „Wollen wir den Sozialismus?" Dokumente aus der Sitzung des Politbüros des ZK der SED am 6. Juni 1953, in: BzG 33 (1991), S. 658–680, hier: S. 659 ff.

[7] Siehe Dähn, Konfrontation oder Kooperation (Anm. 3), S. 46–52, sowie Nitsche, Zeugnisse des Kirchenkampfes (Anm. 3), S. 116–121.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zunächst allerdings expressis verbis fest und provozierte hiermit in der Arbeiterschaft ein weiteres Anwachsen der lange aufgestauten Unzufriedenheit, die sich schließlich – durch taktische Fehlgriffe der SED begünstigt – in Streiks, Demonstrationen und Aufstandsbewegungen entlud.

Solange die DDR existierte, blieben die Akten der Regierung, der Staatssicherheit, der Parteien und der Massenorganisationen, die näheren Aufschluß über die Ereignisse im Sommer 1953 in der DDR geben können, unter Verschluß. Dies hat sich nunmehr grundlegend geändert, und mittlerweile liegen bereits mehrere Untersuchungen vor, die auf der Grundlage des nunmehr zugänglichen Quellenmaterials erstellt worden sind. Hier ist insbesondere hinzuweisen auf einen Aufsatz von Armin Mitter[8], in dem Akten der Staatssicherheit verarbeitet worden sind; auf eine Monographie von Torsten Diedrich[9], die auf Materialien aus dem zentralen Parteiarchiv der SED/PDS, aus dem Zentralarchiv des früheren DDR-Innenministeriums und dem Archiv des Militärgeschichtlichen Instituts basiert; schließlich auf einen Beitrag von Leo Haupts in dieser Zeitschrift[10], für den die Akten der SED und auch der Blockparteien CDU und LDPD herangezogen wurden.

Aus den Beständen der Blockparteien, genauer dem Archiv der Ost-CDU, stammen auch die beiden Dokumente, die im folgenden zum Abdruck gelangen. Im Unterschied zum Beitrag von Leo Haupts, der die Haltung der Funktionäre der Blockparteien zum vorrangigen Gegenstand seiner Darstellung machte, befassen sich die beiden Dokumente mit der Stimmung und den Vorgängen an der Basis, so daß es nun möglich ist, die Ursachen und den Ablauf dessen, was unter dem Signum des 17. Juni 1953 firmiert, weiter aufzuhellen. Bei den Dokumenten handelt es sich um zwei Analysen, die im Generalsekretariat der Ost-CDU entstanden sind und die Stimmungsberichte aus den Kreis- und Bezirksverbänden zusammenfassen, die diese auf Anforderung des Generalsekretariats ab dem 11. Juni 1953 in dichter Folge nach Berlin sandten.

Das erste Dokument umfaßt den Zeitraum vom 11. bis zum 22. Juni 1953. Nach einer grundsätzlichen Vorbemerkung werden hierin die eingegangenen Berichte in der Weise gebündelt, daß die Situation in den einzelnen Bezirken nacheinander dargestellt wird, und zwar nach dem Muster: a) Reaktionen auf die Beschlüsse des Ministerrates vom 11. Juni 1953, b) Ablauf der Streiks, Demonstrationen und Unruhen (außerhalb Berlins) vom 16. bis 18. Juni 1953. Das Dokument selbst ist leider nicht vollständig überliefert. Eine Seite, den Bezirksverband Leipzig betreffend, war in den Akten nicht mehr aufzufinden. Anhand der der Ausarbeitung des Generalsekretariats zugrunde liegenden Vorlagen (Bericht des Bezirksverbandes Leipzig vom 13. Juni 1953 und Telegramme des Bezirksverbandes vom 17. und 18. Juni 1953) läßt sich jedoch der Inhalt rekonstruieren.

---

8 Armin Mitter, Die Ereignisse im Juni und Juli 1953 in der DDR. Aus den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament vom 25. 1. 1991, S. 31–41.

9 Torsten Diedrich, Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk, Berlin 1991.

10 Leo Haupts, Die Blockparteien in der DDR und der 17. Juni 1953, in: VfZ 40 (1992), S. 383–412.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Zusammenfassung der eingegangenen Berichte ergibt, daß die Politik des „Neuen Kurses" in der Bevölkerung zwiespältig aufgenommen worden ist: Zum Teil konstatieren die Berichterstatter Erleichterung und Freude (die nicht selten in „Alkoholfeiern" zum Ausdruck kommen), zum Teil aber auch Mißtrauen und immer wieder ein hohes Maß an Überraschung und Orientierungslosigkeit der SED-Funktionäre und SED-Mitglieder. Sehr informativ sind die einzelnen Schilderungen über den Ablauf der Demonstrationen und Unruhen, zu denen es mit graduellen Unterschieden in der gesamten DDR gekommen ist, wobei die Schwerpunkte in den größeren Städten lagen. Die einzelnen Berichte zeigen einen hohen Grad an Verbitterung und Gewaltbereitschaft auf und belegen, daß die politischen Forderungen und Parolen (insbesondere Rücktritt der Regierung – vor allem Ulbrichts – und freie Wahlen) dominierten.

Das zweite Dokument enthält eine Zusammenfassung der Stimmungsberichte, die im Berliner Generalsekretariat im Zeitraum vom 20. Juni bis 15. Juli 1953 eingegangen sind. Es weist eine andere Gliederung als das erste Dokument auf, da hierin die Berichte nach sachthematischen Gesichtspunkten aufgeführt sind. Das Dokument beginnt mit der Feststellung, daß die Bevölkerung nach der Niederschlagung des Aufstandes eine „abwartende und mißtrauische Haltung" einnehme, und es warnt im folgenden wiederholt, daß neue Demonstrationen und Aufstände drohen, da „unter der anscheinend beruhigten Oberfläche ein gefährlicher Zündstoff" lagere. Die Stimmungsberichte lassen keinen Zweifel daran, daß die Provokations- und Saboteursthese der SED in der Bevölkerung kaum Glauben fand und die politischen Forderungen vom 17. Juni nach wie vor aufrechterhalten wurden: insbesondere Rücktritt und Umbildung der Regierung und freie Wahlen (verbunden mit einer Kritik an den Volkskammerwahlen von 1950). Kritisiert wurden außerdem die Volkskammer (die in diesen Wochen nicht tagte), das Staatsoberhaupt Wilhelm Pieck (der sich in der Sowjetunion aufhielt und zu den Vorgängen in der DDR öffentlich erst sehr spät Stellung bezog) und besonders auch die Ost-CDU (die sich lediglich als „Anhängsel der SED" erwiesen habe). Auf Ablehnung stieß weiterhin die Bildung von Haus- und Hofgemeinschaften, als unglaubwürdig wurde die „Schönfärberei" der Presseberichterstattung empfunden, das Versorgungssystem und die Lebensumstände erhielten vernichtende Noten (es gebe kein Vertrauen auf „eine Zeit des besseren Lebens", und noch schärfer die Feststellung, daß man „im kapitalistischen Zeitalter" angenehmer gelebt habe). Unzufriedenheit gab es nach wie vor in besonders starkem Maße über die SED, weil sich ihre Herrschaftsmethoden nicht geändert hätten, sie weiter die Blockpolitik dominiere, die Personalpolitik in der Verwaltung manipuliere und am marxistisch ausgerichteten Schul- und Erziehungswesen festhalte. Zum Ausdruck kamen darüber hinaus Klagen über die Agrarpolitik (Kollektivierung), die fehlende Rechtssicherheit, die Durchsuchung von Paketen aus Westdeutschland, die Einschränkung des Interzonenverkehrs, die Verhältnisse im Sperrgebiet zur Sektorengrenze und schließlich über die Deutschlandpolitik der DDR-Regierung, die als „einheitsfeindlich" charakterisiert wurde.

Alle diese Monita zusammenfassend kam ein führender Mitarbeiter des Generalsekretariats der Ost-CDU am 17. Juli 1953 zu dem Ergebnis, „daß in der Bevölkerung größtenteils zwar äußerlich Ruhe herrscht, daß sich in Wirklichkeit jedoch die Stim-

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mung seit dem 17.6. 1953 in keiner Weise gebessert hat. Bei der Bevölkerung herrscht großes Mißtrauen darüber, daß der ‚Neue Kurs' nur eine vorübergehende taktische Maßnahme sei und in einigen Wochen oder Monaten wieder ein Umschlag erfolgt."[11]

Um dieser Stimmung entgegenzuwirken und auch die Kritik aufzufangen, die in den Kreisverbänden nach wie vor an der Parteiführung der CDU geübt wurde und die in einzelnen Verbänden auch zu Rücktrittsforderungen an die Adresse des Vorsitzenden Otto Nuschke und des Generalsekretärs Gerald Götting geführt hatte, bereiste letzterer von Ende Juni bis in die zweite Julihälfte hinein die einzelnen Bezirksverbände, wo er mit Kreisvorsitzenden und Kreissekretären zu ganztägigen Konferenzen zusammentraf. Dabei ging es Götting insbesondere darum, die anhaltende Diskussion in den Kreisverbänden „zu zerschlagen"[12]. Allein diese Wortwahl zeigt auf, daß der von Götting mit Vehemenz vertretene „Neue Kurs" für eine wirkliche demokratische Erneuerung des Systems keine Chance bot und Götting weiterhin auf die sozialistische Umgestaltungspolitik der SED setzte, weil er davon überzeugt war, daß auf ihrer „Seite die geschichtliche Wahrheit und die konsequente Gesetzmäßigkeit der fortschrittlichen Entwicklung steht"[13]. Es dauerte fast 40 Jahre, bis sich herausstellte, daß er sich mit dieser Überzeugung im Irrtum befand, und die Bevölkerung der DDR in einem zweiten Anlauf unter günstigeren außenpolitischen Rahmenbedingungen erneut den Aufstand wagte, der nunmehr erfolgreich verlief und das SED-Regime hinwegfegte.

Dokument Nr. 1[14]

Analyse aus den der Parteileitung vorliegenden Stimmungsberichten aus der Bevölkerung seit der Veröffentlichung der Beschlüsse des Ministerrats vom 11.–22.6. 1953.

Die vom Ministerrat der DDR am 11.5. 1953 gefaßten Beschlüsse bildeten sofort nach Bekanntwerden das Hauptgesprächsthema des Tages. Die Aufnahme dieser Nachricht war allerdings sehr verschiedenartig. Im allgemeinen kann man wohl sagen, daß sie vom überwiegenden Teil mit großer Genugtuung und Freude und oftmals mit Erleichterung begrüßt wurde. Aber in fast allen Berichten kommt auch zum Ausdruck, daß die Beschlüsse in großen Teilen der Bevölkerung Verwunderung auslösten, ja z.T. sogar mit Mißtrauen und Skepsis entgegengenommen wurden. Diese verschiedenartigen Reaktionen sind nicht an bestimmte Bevölkerungsschichten gebunden. Während es eine große Zahl von Bauern, Gewerbetreibenden und Handwerkern gibt, die übereinstimmend zum Ausdruck brachten, daß sie nun endlich wieder ruhig schlafen können und diese Freude bei ihnen so groß war – wie es im Bericht des KV Ribnitz-Damgarten heißt –, „daß der Verbrauch an Alkohol in diesen Tagen ganz bedeutend gestiegen ist", gibt es andererseits aus denselben Bevölke-

[11] Situationsbericht von Ulrich Fahl vom 17.7. 1953, S.2, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), VII-011-1743; vgl. Haupts, Blockparteien (Anm. 10), S.398f.

[12] Bericht Göttings über die Besprechungen mit den Kreissekretären und Kreisvorsitzenden in den Bezirkssekretariaten der CDU, S.1, in: ACDP, VII-011-1743.

[13] Ebenda, S.18.

[14] In: ACDP, VII-011-1300.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rungskreisen Stimmen, die sofort den Rücktritt einer Regierung fordern, der solche Fehler unterlaufen konnten. Ebenso verschieden sind aber auch die Äußerungen aus den Kreisen der Angestellten und der Arbeiterschaft. Von den Christen und von den Mitgliedern unserer Partei wurde die Klärung der Differenzen zwischen Staat und Kirche im allgemeinen besonders freudig begrüßt. Der CDU wurde dabei allerdings häufig der Vorwurf gemacht, daß sie in der Frage der Jungen Gemeinde „politisch sehr kurzsichtig" gehandelt hat.

Im einzelnen ergibt sich aus den Berichten für die Bezirke folgendes Bild:

Im BV Rostock wurden die vom Ministerrat am 11.6. 53 gefaßten Beschlüsse von der Bevölkerung lebhaft diskutiert. Sie waren auch in den Versammlungen zur Bildung der Haus- und Hofgemeinschaften die Hauptdiskussionspunkte. Die Berichte über die Aufnahme dieser Nachrichten sind aus den einzelnen Kreisen jedoch sehr verschieden.

Im Kreise Rostock-Land wurde die Offenheit, mit der das ZK der SED sowie die Regierung die begangenen Fehler zugibt, begrüßt, ebenso wie die Bereitwilligkeit, diese wieder gutzumachen. Im Kreise selbst war alles ruhig, und unsere ländlichen Ortsgruppen führten trotz des schlechten Wetters unbeirrt ihre Feldarbeiten durch. Mit Entrüstung hat man überall von der Verschleppung Otto Nuschkes[15] Kenntnis genommen. Zu Ehren des Gründungstages unserer Partei haben in diesen Tagen mehrere Unionsfreunde Selbstverpflichtungen abgegeben.

Im Kreis Rostock-Stadt dagegen wurden die Beschlüsse „mit gemischten Gefühlen" aufgenommen. In verschiedenen Hausgemeinschaften brachten organisierte Mitglieder der SED zum Ausdruck, daß die führenden Minister sowie der Generalsekretär der SED wegen der in den letzten Monaten in der DDR eingetretenen Zustände zur Verantwortung gezogen werden müßten.

Der Kreis Stralsund-Land verzeichnet Freudigkeit und Aufatmen über die neuen Empfehlungen des Politbüros des ZK der SED sowie die neuesten Beschlüsse der Regierung. Viele Mitglieder haben zugegeben, daß sie sich schon zum Verlassen der DDR vorbereitet hatten, aber nach Bekanntwerden der Empfehlungen sofort ihren Plan fallenließen und mit neuen Hoffnungen ihre Arbeit wieder aufnahmen.

---

[15] Über diesen Vorgang berichtete die „Neue Zeitung" am 20.6. 1953 auf Grund einer Mitteilung der Alliierten Hohen Kommission (amerikanischer Teil) wie folgt: „Nuschke war am Mittwoch [17.6.] während der Demonstration in Ostberlin von einer aufgebrachten Menge in den Bezirk Kreuzberg des amerikanischen Sektors abgedrängt und von der Westberliner Polizei vor den empörten Ostberlinern, die seinen Wagen über die Sektorgrenze geschoben hatten, in Schutzhaft genommen worden. Die Westberliner Polizei [...] hat Nuschke inmitten der Volksmenge vor Angriffen geschützt und nach einem Verhör im Polizeipräsidium den amerikanischen Behörden übergeben. Da der amerikanische Kommandant in Berlin für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im amerikanischen Sektor verantwortlich ist, wurde Nuschke auch von den amerikanischen Behörden vernommen und befragt, ob er Asyl suche oder nach Ostberlin zurückzukehren wünsche. Nachdem Nuschke zu verstehen gegeben hatte, daß er wieder nach Ostberlin wolle, wurde seine Übergabe nach Verständigung der sowjetischen Behörden in Karlshorst auf den Freitag [19.6.] festgesetzt. Vor der Übergabe ist Nuschke jedoch auf Wunsch noch einmal der Westberliner Polizei übergeben worden, die ihn über einen Fall von Menschenraub verhörte." Der Politische Ausschuß der Ost-CDU wies die Bezirksvorstände der Partei am 18.6. 1953 an, den Fall Nuschke wie folgt zu instrumentalisieren: „Breite Entfaltung einer Protestkampagne gegen den Raub Otto Nuschkes. An diesem Raub ist der Charakter der faschistischen Provokation zu demonstrieren." In: ACDP, VII-010-1842.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Kreise Wismar-Land herrscht große Verwunderung darüber, daß auch unsere Partei all den Maßnahmen, die heute klar und eindeutig als Fehler bezeichnet werden, seiner Zeit ihre Zustimmung gegeben hat. Der Aufforderung an die Republikflüchtlinge zur Rückkehr in die DDR mißt man größte Beachtung bei, rechnet aber nur mit wenig Rückkehrern. In den Kreisen der einfachen Mitglieder der SED wird eine starke Resignation, ja Verbitterung festgestellt. Verschiedene von ihnen sind an uns herangetreten und haben sich nach den Aufnahmebedingungen erkundigt mit dem Bemerken, „daß sie die Nase voll haben und bei uns eintreten möchten".

Pastor Meyer aus Neukloster hat in einer Hausversammlung unserem Kreisvorsitzenden den Vorwurf gemacht, daß die Presse der CDU gegen die Junge Gemeinde gehetzt hat. Unsere Partei wurde als Handlanger der SED bezeichnet, und man wirft uns weiter „Zweckdienlichmachung des Christentums für die Ziele der SED" vor. Im Kreise Wismar-Land wurde außerdem versteckt und teilweise auch offen die Forderung nach Absetzung der Regierung und nach Bestrafung der Schuldigen laut.

Vom 17.6. 53 ab werden die Berichte aus den verschiedenen Kreisen noch offener. So heißt es z.B. im Bericht des KV Wismar-Land vom 17. und 18.6., daß die Forderung nach Abtritt der Regierung immer lauter werde und daß die Masse unserer Mitglieder mit der öffentlichen Meinung konform geht. Andererseits berichtet aber derselbe Kreisverband im gleichen Bericht, daß der Besuch von drei unserer Ortsgruppen im Kreisgebiet am 17.6. die loyale und ruhige Haltung unserer Mitglieder bestätigt.

Der Kreis Ribnitz-Damgarten meldet am 18.6., daß er in der Lage ist, unsere Arbeit ohne Störung durch die Mitglieder fortzusetzen; im Gegenteil, unsere Freunde sind empört über die Vorkommnisse in Berlin und verurteilten diese auf das Schärfste. Der Pfarrer der katholischen Kirche in Damgarten (CDU) verurteilt die gewaltsame Entführung Otto Nuschkes und verlangt, daß er sofort wieder freigelassen wird. Allgemein wird im Kreis gesagt, daß dieses Gangstermethoden sind, die man wohl in Amerika anwenden kann, von denen wir aber nichts wissen wollen.

Im Kreis Bad Doberan ist man den neuen Maßnahmen von Anfang an skeptisch gegenübergestanden. Wiederholt fiel der Ausspruch: „Erst mal abwarten, wir haben schon zu viel erlebt, um noch daran zu glauben."

Diese Stimmung verschlechtert sich noch, als in Kühlungsborn in einer Versammlung zum Ausdruck gebracht wird, „man soll nicht so viel Theater machen, die Zurückkommenden würden doch nicht das erhalten, was ihres war". Unverständlich sei der Bevölkerung auch, daß die Presse noch schreibt, „das gesamte Volk steht hinter der Regierung".

Im Kreis Stralsund-Land war bis zur Erklärung des Ausnahmezustandes alles ruhig. Erst danach kam es in der Volkswerft und in anderen Betrieben zu Protesten und Streiks. Die Arbeiter verlangten die Aufhebung des Ausnahmezustandes, den Rücktritt der Regierung, insbesondere von Walter Ulbricht. Im Bericht heißt es wörtlich: „Es ist zu bewundern, daß sich die sogenannten Bürgerlichen ruhig verhalten und gerade die Arbeiter die Proteste erheben, sich von ihrer Partei abwenden und fordern, daß die SED-Funktionäre, die den Forderungen der Arbeiter hindernd im Weg stehen, zurücktreten."

Im Kreis Bergen ist alles ruhig. Die Betriebe führen ihre Arbeit ungehindert und ohne Störung durch. Die Verschleppung Otto Nuschkes wurde von den Mitgliedern als unfair abgelehnt. Die Mitglieder verurteilen das strikte und stürmische Vorgehen gegen die Junge Gemeinde und sind der Meinung, daß man in dieser Frage hätte zurückhaltender sein sollen.

Im Kreis Wolgast ist alles ruhig. Von der Bevölkerung wird der Rücktritt der verantwortlichen Funktionäre gefordert. Die Landbevölkerung fordert vor allen Dingen Überprüfung

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Neufestsetzung des Ablieferungssolls und Aufmerksamkeit der verantwortlichen Stellen für die Futtergrundlage der Bauern.

Im Bezirk Schwerin haben die Beschlüsse des Ministerrats in großen Teilen der Bevölkerung Freude ausgelöst, was nicht zuletzt dadurch zum Ausdruck kommt, daß viele diese Bekanntmachungen zum Anlaß nahmen, Feiern zu veranstalten. Auch aus Äußerungen einzelner geht diese frohe Stimmung hervor.

So stellt der Leiter der Handwerkskammer Güstrow fest, daß durch die Beschlüsse alle wieder neuen Mut gefaßt hätten. Der Leiter der Bank für Handwerk und Gewerbe in Güstrow [erklärt], daß alle Angestellten, seitdem die Beschlüsse bekannt wurden, neue Arbeitslust entwickeln. Der parteilose Anders, Inhaber einer Bau- und Möbelschreinerei, freut sich darüber, daß er nun wieder Kredit aufnehmen kann und beim Wirtschaftsablauf tatkräftig mitarbeiten darf.

In Wittenberge hörte man, daß verschiedene Republikflüchtlinge bereits Nachricht gegeben haben, daß sie in die DDR zurückkehren wollen. Ein Neubauer aus Beckdorf stellte fest, daß er nun auch als Einzelbauer wieder seine Daseinsberechtigung habe und er daher mit neuer Kraft an die Arbeit gehen werde. Der Unionsfreund Wienk aus Meschow war sehr glücklich, daß er seinen devastierten Hof wieder übernehmen konnte, und bemerkte, daß er jetzt wieder Lust zum Arbeiten habe und wisse, daß er auch vorwärts kommen werde. Er begrüßte besonders, daß die Verhandlungen betreffs der Übernahme in einer sehr feinen Form geführt und dabei alle seine Wünsche berücksichtigt wurden. In einer Mitgliederversammlung in Passow erklärten die Bauern, daß die schweren Sorgen, die sie sich um die Zukunft gemacht hatten, ihnen nun durch die neuen Verordnungen genommen seien.

Pastor Heintzeler, Schwerin-Stadt, Mitglied unserer Partei, zahlte bei der Kassierung am 14. d. M. seinen Beitrag besonders freudig, nachdem er noch beim vorigen Mal erklärt hatte, daß dies wohl das letzte Mal gewesen sei. Grund seiner Freude war das zwischen der Regierung und der Kirche getroffene Abkommen. Der Arbeiter Stelzer, parteilos, Wittenförde, ist besonders darüber erfreut, daß unsere Regierung so schnell auf die Forderungen der Bauarbeiter in Berlin reagiert und die 10%ige Normerhöhung widerrufen hat.

Es werden aber auch in der Bevölkerung des Bezirks andere Stimmen laut. So spricht nach Angaben unseres Kreisverbandes Bützow der größte Teil der dortigen Bevölkerung von einem Versagen der SED. In Ottensdorf b/Lohmen, Kreis Güstrow, wurde von einem Angestellten beim Rat des Kreises festgestellt, daß es unerhört sei, daß, wenn einer 3 Bretter geklaut hat, er dafür 8 Jahre Zuchthaus bekam, und dabei die jetzt erlassene Amnestie nur Strafen bis zu 3 Jahren Zuchthaus berücksichtigt. Nach Meinung eines Gastwirts in Güstrow müßte eine Regierung, die so große Fehler gemacht hat, zurücktreten. Der Vorsitzende der LPG in Grossrogahn, Erich Trommel, äußerte u. a.: „Wenn nun die SED erkannt hat, daß alles, was sie falsch gemacht hat, uns soweit brachte, daß wir am Ende der wirtschaftlichen Möglichkeiten sind, dann kann man wohl sagen, daß diese Partei sich in Zukunft kein Vertrauen mehr erwerben kann." Hieran schließt sich auch die Meinung eines Bauern aus Batzendorf, der der Anschauung ist, daß nun die SED ausgespielt hätte und es für die Regierung Zeit wäre abzudanken, da sie in der Vergangenheit bewiesen hätte, daß sie nicht fähig ist, einen Staat zu führen und zu verwalten. Ein Bauer aus Breesegardt stellte fest, daß es nun an der Zeit wäre, die Superfortschrittlichen mit getarnter Maske, die sich bisher nur als Egoisten innerhalb der Gemeinde erwiesen haben, statt der Bauern, die nun aus den Gefängnissen herauskommen, einzusperren.

Im Kreis Sternberg wird von mehreren Einwohnern die Meinung laut, daß die neuen Maßnahmen zu keiner Einheit und zu keiner Verbesserung der Lebenslage führen werden,

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

solange die Regierung mit Ulbricht an der Spitze die Bevölkerung knebelt. Die Mitglieder der Ortsgruppe Katelbogen beschweren sich darüber, daß sie bereits auf dem Kreisparteitag in Güstrow 1952 auf die Mängel und Fehler in der Staatsführung hingewiesen haben und dabei für ihre offenen Hinweise als reaktionär und die Zeit nicht verstehend angesehen wurden. Sie sind der Meinung, daß, wenn alle Funktionäre unserer Partei sich mehr mit der Stimmung der Bevölkerung befaßt hätten, die Republikflucht der Bauern und Geschäftsleute verhindert worden wäre, und sie machen der Parteileitung den Vorwurf, daß diese die Fehler hätte einsehen müssen und sich zur rechten Zeit für die Abstellung derselben hätte einsetzen müssen.

In Burow, Kreis Lübs, meinte ein Einwohner, daß es sich nur noch um ein paar Tage handeln könne, dann gäbe es keine SED und keine Nationale Front mehr.

Der Kreisverband Ludwigslust berichtet, daß die Stimmung in Grabow nicht gut sei und man einen personellen Wechsel der Regierung fordere.

Im Kreisverband Schwerin-Land wurde von Teilen der Bevölkerung mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß sie zu einer Anzahl von Funktionären kein Vertrauen mehr haben könne.

Aus dem Bezirk Neubrandenburg, Kreis Röbel, wird mitgeteilt, daß die Bevölkerung die Beschlüsse der Regierung begrüßt und daß es in verschiedenen Orten des Kreises zu Feiern gekommen ist. Verschiedentlich wurden Diskussionen laut, wonach der größte Teil der Bevölkerung in den Beschlüssen eine Niederlage der SED sieht. Besonders stark scheint der Beschluß über die Freilassung der bis zu 3 Jahren Zuchthaus Verurteilten diskutiert zu werden. Einzelne Bevölkerungskreise vertreten die Meinung, daß es die Regierung mit den Beschlüssen der Regierung nicht ernst meint, wodurch eine starke Beunruhigung zu verspüren ist.

Im Kreis Pasewalk kam oft zum Ausdruck, daß diese Maßnahmen längst als notwendig bezeichnet wurden. Die Bevölkerung ist ferner der Meinung, daß die Funktionäre nicht auf die Stimmung der Bevölkerung gehört hätten. Oft ist festzustellen, daß gerade die, die den Aufbau des Sozialismus ablehnten, jetzt Oberwasser gewinnen. In Jatznick wurden verschiedene Hetzparolen an die Wand geschrieben, u. a.: „Hoch lebe die Republik, wo ist Wilhelm Pieck"; „Marmelade wird billiger, Brot wird teurer." Im gleichen Ort fordert man: „Gebt die Geschwister Kuhnert, Lehrer Blanck und das Ehepaar Brikmeier frei." An die Schule hatte man einen Galgen mit einer Figur gezeichnet, und darunter war der Name des bisherigen Schulleiters Ortmann geschrieben. In Penkuhn ist in einer Mitgliederversammlung unserer Partei scharf zu einem Referat des stellv. Vorsitzenden des Bezirksverbandes, Holland-Moritz, Stellung genommen worden. Die Wahl des neuen Ortsgruppenvorsitzenden konnte nicht erfolgen, zumal der größte Teil der Mitglieder die Ansicht vertrat, daß der alte wieder zurückkommen soll. Im Kreis Pasewalk ist es zu keinerlei Arbeitsniederlegungen gekommen. Hier wurde lediglich das Verhalten des Vorsitzenden des Rates des Kreises, Rosan, scharf angegriffen und festgestellt, daß, wenn hier nicht eine Änderung eintrete, er nach Ansicht der Bauern und auch seiner eigenen Parteigenossen zur Verantwortung gezogen werden muß. Einige Arbeiter, die unserer Partei angehören, äußerten, daß sie die Vorgänge im Bezirk Gera und die damit verbundenen Ausschreitungen verurteilten und darauf vertrauen, daß unsere Regierung keine Maßnahmen ergreift, die sich gegen die Werktätigen richten.

Der Kreisverband Neubrandenburg teilt mit, daß die Beschlüsse der Regierung vom 11.6. 1953 ein großes Aufatmen und eine freudige Zustimmung erfahren haben, dies besonders in bäuerlichen Kreisen. Zum Teil steht man jedoch noch skeptisch den Beschlüssen gegenüber.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Unruhemeldungen über den 17.6. haben allgemeine Besorgnis hervorgerufen. Jeder hatte den Wunsch, daß wir vor dem Ausbruch eines 3. Weltkrieges bewahrt bleiben mögen. Das Vorhandensein von Butter und Käse in der HO sowie das Vorhandensein von Gemüse wirkte sich beruhigend auf die Bevölkerung aus.

Aus dem Kreis Templin läßt sich besonders die Forderung nach dem Rücktritt der Regierung vernehmen. Hierbei wird oft der Name des Stellvertreters des Ministerpräsidenten, Walter Ulbricht, genannt. Die Arbeiter hatten am 17.6. die Vorkommnisse in Berlin sehr stark diskutiert. Auch sind am gleichen Tage im Kreis Templin die Bauarbeiter einzelner Betriebe in den Streik getreten. Am 17.6., 14.00 Uhr, wurde vom Kreiskommandanten der Ausnahmezustand für den Kreis Templin verhängt.

Aus dem Kreis Strasburg wird mitgeteilt, daß den Beschlüssen der Regierung betreffs der Rückkehr der DDR-Flüchtlinge kein Vertrauen geschenkt wird. Man begründet das damit, daß eine Regierung, die so große Fehler gemacht hat und eingesteht, das Vertrauen der Bevölkerung verloren habe. Unsere Mitglieder sind aufs Tiefste betrübt, daß unsere Partei diese Fehler mitgemacht hat und hiergegen nichts unternommen hat. Die Republikflucht hat nicht aufgehört. Als Gründe sind Schikanen der unteren Verwaltung angegeben worden. Man fordert auch hier immer wieder freie Wahlen.

Aus dem Kreisverband Röbel hört man, daß, nachdem der Ausnahmezustand über das Kreisgebiet verhängt worden ist, nach außen hin eine Ruhe zu verzeichnen ist, doch verspürt man deutlich eine Mißstimmung unter der Bevölkerung. Zu den Beschlüssen der Regierung nimmt die Bevölkerung eine ablehnende Haltung ein, da ein Teil der Beschlüsse nicht eingehalten wurde, z. B. Freilassung der Inhaftierten. Man fordert auch hier freie Wahlen für ganz Deutschland. Trotz des Ausnahmezustandes wurden in der Nacht vom 17. zum 18. Juni in der Gemeinde Zetkow Losungen mit den Forderungen: „Wir fordern freie Wahlen über ganz Deutschland, fort mit Ulbricht und Grotewohl" angeschrieben. Die Diskussionen der Bevölkerung ergeben oft die Forderung, daß die Funktionäre der SED aus der Regierung zurücktreten sollen. Man erwartet, daß unsere Partei nun die Initiative ergreifen sollte, um die Ordnung wiederherzustellen.

Der Kreisverband Teterow teilt mit, daß bei den Demonstrationen keine Angehörigen der einzelnen Parteien teilgenommen haben. In einer Kreisblocksitzung wurden die Vorfälle analysiert und dabei festgestellt, daß auch hier die Ereignisse auf westliche Provokateure zurückzuführen waren. Am 19.6. wurden weitere Verhaftungen von Personen vorgenommen, die man anscheinend als Rädelsführer und Provokateure in Verdacht hat; darunter befinden sich etliche Bauern.

Nach den aus dem Bezirk Potsdam vorliegenden Berichten wurden die Maßnahmen der Regierung dort im allgemeinen mit Befriedigung aufgenommen. Die Bewilligung der Lebensmittelkarten an alle und die Wiederzulassung Angehöriger der Jungen Gemeinden an den Schulen wurde als Wiedergutmachung zugefügter Härten empfunden. Am 17.6. kam es dann in den Kreisen Nauen, Belzig, Rathenow, Brandenburg-Stadt, Potsdam-Stadt und Potsdam-Land zu Streiks bzw. Demonstrationen.

Im Kreis Nauen kam es lediglich in Friesack und Tremmen zu Unruhen, in die – soweit bisher bekannt – Mitglieder unserer Partei nicht verwickelt waren.

Im Kreis Belzig gingen die Unruhen von Niemegk aus. Unionsfreund Voss, der an diesem Tage gerade im Bezirk zu Überprüfungen unterwegs war, konnte vom Kreissekretariat in Belzig aus beobachten, wie sich am Eingang der Stadt der Zug sammelte und mit Musik und unter Mitführung von Transparenten zum Marktplatz zog. In Sprechchören wurden die Regierungsmitglieder und die SED geschmäht. In der Spitzengruppe wurde ein Bild mitge-

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

führt, auf dem Walter Ulbricht am Galgen hängend dargestellt war. Unsere Unionsfreunde wurden immer wieder aufgefordert, sich einzureihen, und gefragt, ob sie dazu zu feige wären; sie leisteten diesen Aufforderungen nicht Folge.

In Rathenow kam es in den Rathenower Optischen Werken im Verlaufe von Verhandlungen zwischen der Betriebsleitung und der Belegschaft zu Unstimmigkeiten. Die Belegschaft ging daraufhin protestierend auf die Straße und zog von Betrieb zu Betrieb, um überall die Arbeiter aufzuwiegeln, die friedliche Arbeit niederzulegen und sich der Demonstration anzuschließen. Beim Marsch durch die Straßen wurden Sprechchöre laut: „Weg mit dem Spitzbart, weg mit der Regierung, gebt die politischen Gefangenen frei, wir wollen freie Wahlen, wir wollen ein einiges Deutschland, wir fordern Auflösung der Kasernierten Volkspolizei." Vor dem HO-Kaufhaus in der Stalin-Allee kam es zu einer Kundgebung. Nach deren Auflösung mußten bei den gewalttätigen Ausschreitungen 2 Menschen ihr Leben lassen. Die öffentliche Ruhe wurde durch die Besatzungsmacht wieder hergestellt.

Im Kunstseidenwerk „Friedrich Engels" in Premnitz wurde die Arbeit erst am 19.6. wieder aufgenommen, nachdem das Werk von der Kasernierten Volkspolizei und der Besatzungsmacht besetzt wurde. Der Kreisverband erachtet es als ratsam, im Interesse der öffentlichen Sicherheit den Ausnahmezustand noch nicht aufzugeben, da eine gewisse Verbitterung innerhalb der Bevölkerung nach wie vor besteht. Er empfiehlt, besonderen Wert darauf zu legen, daß die Durchführungsbestimmungen zu den Ministerratsbeschlüssen schnellstens bekannt werden.

In Brandenburg-Stadt wollten die Bauarbeiter der Bau-Union im Stahl- und Walzwerk Brandenburg ihrer Forderung nach gesunden Arbeitsnormen bei gleichbleibendem Lohn durch die Demonstration am Morgen des 17.6. Nachdruck verleihen. In der Hauptstraße schlossen sich ihnen die Mitarbeiter der Thälmann-Werft an. Die Belegschaften anderer Betriebe wurden aufgefordert, ebenfalls die Arbeit niederzulegen. Im Laufe der Demonstration kam es zu verschiedenen schweren Übergriffen und Ausschreitungen.

Die Kreisleitung der SED wurde ausgeplündert, alle Schriftstücke, Broschüren und Bilder unserer Staatsmänner auf die Straße bzw. in den am SED-Parteihaus vorbeifließenden Kanal geworfen. Ein Teil der Demonstranten forderte vor dem Gericht die Freilassung der Gefangenen. Dabei wurden Angehörige der Volkspolizei niedergeknüppelt. Im Jugendklubhaus „Philipp Müller", im Haus der Freundschaft, in den Kreissekretariaten der NDP, FDJ und des FDGB wurden ebenfalls Zerstörungen angerichtet. Diese Übergriffe wurden von Rufen nach freien Wahlen, nach dem Rücktritt der Regierung begleitet. Die Kreisgeschäftsstelle der CDU wurde nicht angegriffen; lediglich das große Transparent mit der Aufschrift: „Christen, helft beim Aufbau des Sozialismus", wurde von den Demonstranten vernichtet. Feststellungen ergaben, daß die Demonstranten von einigen „Kugelkreuzlern" mitgerissen wurden, die auch die Plünderungen bei den Parteien und Massenorganisationen durchführten. In den frühen Nachmittagsstunden sonderte sich die Bevölkerung von diesen Banden ab, so daß es nur noch zu einzelnen Ausschreitungen kam. Am nächsten Morgen nahm der größte Teil der Werktätigen die Arbeit wieder auf. Die Kumpels stellten fest, daß diese Ausschreitungen und Zerstörungen nicht im Sinne der Werktätigen lagen, sondern das Werk einzelner Agenten und Saboteure waren, die unbesonnene Jugendliche dazu verführten.

Aus der Stadt Potsdam liegen Meldungen über Demonstrationen selbst nicht vor. In einem Bericht vom 20.6. heißt es, „daß an den vereinzelten Stellen nach Verhängung des Ausnahmezustandes es noch zu kleineren Unruhen kam, wobei es sich aber lediglich um unüberlegte Ausschreitungen Halbwüchsiger handelte".

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In Bornim haben sich die Streikenden energisch dagegen verwahrt, daß ihr Streikentschluß auf den Einfluß westlicher Provokateure oder Agenten zurückzuführen sei.

Die Haltung der Bevölkerung wird als ruhig und besonnen bezeichnet. Zur Verschleppung unseres 1. Vorsitzenden brachten verschiedene Mitglieder ihre tiefe Empörung über die provokatorische Haltung Westberliner Aufrührer zum Ausdruck. In einer Unterredung mit Herrn Superintendenten Stolte erklärte dieser, daß man in Potsdam seitens der Kirche noch verschiedene Auswirkungen der Vereinbarung zwischen den Vertretern des Ministerrats und der evangelischen Kirchenleitung erwartet. Das bezieht sich besonders auf die Inhaftierung des Sachbearbeiters für Kirchenfragen, Grünbaum, und des Pfarrers Brandt, Potsdam.

In Pritzwalk herrscht zwar völlige Ruhe; aber nach Verhängung des Ausnahmezustandes wurde die Bevölkerung nervös und holte Gelder von den Kassen, um größere Einkäufe zu tätigen (Möbel, Teppiche usw.). Große Teile der Bevölkerung vertreten die Meinung, daß die Unruhen in Berlin und einzelnen Städten der DDR nicht von Provokateuren des Westens angezettelt wurden. In Mitgliederkreisen verurteilt man die Verschleppung unseres Vorsitzenden durch die Westberliner Banditen auf das Schärfste. Mit Genugtuung wurde seine Freilassung aufgenommen.

Aus dem Bezirk Frankfurt/Oder berichtet der Kreisverband Angermünde, daß mit der Veröffentlichung des Kommuniqués allgemein festgestellt werden konnte, daß die Beschlüsse des Ministerrats eingehend in allen Kreisen der Bevölkerung heftig diskutiert wurden. Man begrüßte die Beschlüsse und erwartete eine recht baldige Realisierung derselben. Besondere Zustimmung fand die Vereinbarung zwischen der Regierung und den Vertretern der Kirche. Stark kritisiert wurden einzelne Vorfälle, wonach z. B. in den Orten Golm und Greifenberg bei der Durchführung von Bauernversammlungen, in welchen insbesondere der Brandschutz behandelt werden sollte, den Bauern beim Betreten der Versammlungsräume die Personalausweise abgenommen und am Schluß der Versammlung wieder zurückgegeben wurden. Hiermit wollten die Verantwortlichen vom Brandschutz die Bauern zwingen, bis zum Ende der Versammlung dazubleiben. Stark diskutiert wurde auch die Verhaftung des 1. Sekretärs der Bezirksleitung, Grüneberg. Im Zusammenhang mit den Ausschreitungen am 17. d. M. forderte auch in Angermünde die Bevölkerung freie deutsche Wahlen. Man vertritt auch hier die Meinung, daß die Regierung zurücktreten müßte. Bezüglich des Einsatzes von sowjetischen Truppen wurde die Frage gestellt, ob unsere Volkspolizei und Kasernierte Volkspolizei nicht stark genug wäre, um den Provokateuren entgegenzutreten.

Im Kreisverband Bernau liegen seitens der Mitglieder zu den Beschlüssen der Regierung nur wenige Äußerungen vor. Seitens der Bevölkerung werden jedoch alle Maßnahmen begrüßt, die eine Lockerung der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen nach sich ziehen. Insbesondere wurde das Interzonenpaßverfahren für Reisen nach Westdeutschland mit Freude aufgenommen. Das gleiche trifft auch für die Ausgabe von Lebensmittelkarten an alle Bürger der DDR zu. Besonders begrüßt man auch die Aussprache zwischen Staat und Kirche. Im allgemeinen wird festgestellt, daß die Stimmung in der Bevölkerung freudiger als bisher ist.

Aus dem Kreis Beeskow wird mitgeteilt, daß bis zum 16. 6. keine negativen Diskussionen festzustellen waren. Begrüßt wurde die Anordnung, wonach die SVK für Lungenkranke die Behandlungsdauer vorerst auf 52 Wochen festgelegt hat. Bemängelnd stellen die Berichterstatter fest, daß einzelne SED-Funktionäre entgegen der Feststellung des Politbüros die Ursache für die Beschlüsse nur darin sehen, daß eine breitere Basis für die

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verständigung zu schaffen ist. Die Beschlüsse der Regierung bezüglich der Rückgabe enteigneten Eigentums an rückkehrende Republikflüchtlinge haben es bisher bewirkt, daß in Beeskow bis heute bereits 2 Rückkehrer, Mühlenbesitzer Wildau und Fuhrunternehmer Schulze, zu verzeichnen sind. Am 18.6. teilte der Kreisverband mit, daß im Kreisgebiet, soweit festzustellen war, die Arbeiter der Schuhfabrik Storkow und die Arbeiter der Bauunion an der Spreebrücke gestreikt haben. Irgendwelche Ausschreitungen sind nicht bekannt.

Im Kreis Eberswalde konnte allgemein festgestellt werden, daß eine gewisse Entspannung unter der Bevölkerung zu verzeichnen ist. Man begegnet jedoch den Verordnungen und Beschlüssen des Ministerrats noch mit einigem Mißtrauen. Besonders groß ist die Freude über die Regelung zwischen Staat und Kirche. In Diskussionen mußte u.a. festgestellt werden, daß der Kollege Braun, Vorsitzender des Ortsausschusses der Nationalen Front in Finow, es nicht richtig findet, daß den Großbauern, welche nach Westberlin gingen, ihr Land wiedergegeben und Kredite gewährt werden. Glaubt man denn, so sagte B., daß diese in den 3 bis 4 Monaten, die sie in Westberlin oder Westdeutschland waren, sich grundlegend geändert haben, so daß man ihnen die Höfe wieder anvertrauen kann? Im Volksbildungsamt beim Rat des Kreises Eberswalde begrüßte man, daß die Schüler und Lehrer ihres Glaubens wegen nicht benachteiligt werden dürfen.

Im Kreis Freienwalde wird in der Bevölkerung das Kommuniqué des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik eifrig diskutiert. Die Diskussionen sind sehr unterschiedlich. So begrüßte eine Rentnerin die Aufbesserung der Renten. Andere wiederum verlangen ein vorheriges besseres Überlegen durch die Regierung. Ein Arbeiter aus dem Schamottewerk in Bad Freienwalde stellte fest, daß die Löhne der Arbeiter geringer und die Gehälter der Funktionäre höher werden. Andererseits aber stellte er fest, daß die Fehler aber nicht enstanden wären, hätte man in den Versammlungen die Diskussionen nicht unterbunden. Ein Handwerker begrüßte die Beschlüsse des Ministerrats und verband damit die Hoffnung, daß er sein Geschäft, das er zumachen wollte, jetzt behalten könnte. Am 17.6., 17.15 Uhr, trat in Bad Freienwalde ein Arbeiter aus Oderberg auf, der gegen die Regierung hetzte und zum Widerstand aufforderte. Er konnte entkommen.

Aus Fürstenwalde wird berichtet, daß am 17.6. über 1000 Menschen in Fürstenwalde demonstrierten. In den meisten Betrieben ruhte die Arbeit. Die Demonstranten forderten den sofortigen Rücktritt der Regierung und freie, geheime Wahlen. Es kam zu kleinen Schlägereien. Daraufhin wurde der Ausnahmezustand verhängt. Am 18.6. fuhr ein Teil der Werktätigen zur Arbeitsstelle. In den Textilwerken Mechanik-Gaselan und Deka-Reifenwerken ist die Arbeit nicht aufgenommen worden. Es wurden starke Hamstereinkäufe getätigt. Unser Unionsfreund Radon hatte sich bei dieser Feststellung sofort eingesetzt und mit der Bevölkerung diskutiert. Er erreichte, daß man von dem plötzlichen Massenkauf abging, und [er] belehrte ferner auch das Verkaufspersonal einiger Konsumverkaufsstellen. In der Ortsgruppe Erkner ist am 17.6. durch die streikenden Bauarbeiter die Demonstration hervorgerufen worden. Man stellte die gleichen Forderungen wie in Berlin. Auch in diesem Ort wurde der Ausnahmezustand verhängt. Die Mitglieder der Ortsgruppe wirkten aufklärend auf die Bevölkerung, insbesondere gegenüber den unsinnigen Angsteinkäufen. Der Unionsfreund Dr. Krummacher setzte die Partei am 18.6. über die Lage in der Teerchemie in Kenntnis und brachte zum Ausdruck, daß im Werk nicht gestreikt wurde, obwohl die streikenden Bauarbeiter Veranlassung dazu gaben. Am 18.6. wurde in Fürstenwalde gegen 11.30 Uhr im Werk Mechanik-Gaselan und im Deka-Reifenwerk zum Teil freiwillig und zum Teil auf Aufforderung die Arbeit wieder aufgenommen. Des weiteren berichtet der

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kreisverband über einige negative Diskussionen, wobei insbesondere darauf hingewiesen wird, daß die Ausschreitungen in dem Maße nicht erfolgt wären, wenn Otto Grotewohl und Walter Ulbricht am Dienstag mit den Streikenden gesprochen hätten[16]. Man stellt ferner fest, wenn auch am Morgen eine scheinbare Ruhe unter der Bevölkerung eingetreten ist, sie jedoch nicht der Wirklichkeit entspricht. Die Bevölkerung geht angeblich von den Forderungen, die die Arbeiter gestellt haben, nicht ab und erwartet eine klare Stellungnahme unserer Regierung hierzu. Man berichtet aber auch über Diskussionen, wonach die Arbeiter die Ausschreitungen stark verurteilten und die Meinung äußern, daß so etwas nicht mehr mit Streik zu bezeichnen wäre.

Der Kreisverband Seelow teilt mit, daß die Beschlüsse der Regierung eine große Hoffnung vor allem bei der Bevölkerung der Privatwirtschaft als auch bei den Bauern ausgelöst hat. Streik, Demonstrationen usw. kamen nicht zum Ausbruch. Der Ausnahmezustand wurde jedoch am 19.6. über die Stadt und den Kreis verhängt.

Im Kreisverband Strausberg konnte am 16.6. noch keine wesentliche Stellungnahme zu den Beschlüssen der Regierung festgestellt werden. Lediglich ein Lebensmittelhändler, dem die Lebensmittelkarte entzogen worden war, brachte zum Ausdruck, daß es doch sehr schlecht gestanden haben muß, wenn die Regierung sich entschließt, die Maßnahmen der letzten Monate zurückzuziehen. Am 17.6., 11.00 Uhr, war die Bahnverbindung mit Berlin unterbrochen, in Strausberg selbst war alles ruhig. Die Arbeiter der Ziegelwerke Herzfelde/Hennickendorf sind zum Teil per Rad nach Berlin gefahren. Ein durchgeführter Instrukteurabend brachte keine Stellungnahme zu den Geschehnissen. Der Kreisvorsitzende wurde von einem unbekannten Mann, einem Musiker, angesprochen, welcher u.a. feststellte: „Wir werden Neuwahlen bekommen, und dabei würden sich 2 Parteien herauskristallisieren, und zwar die SPD und die CDU, und dann – so führte er aus – haben wir das, was wir brauchen." In Strausberg ist ebenfalls der Ausnahmezustand verkündet worden. Der an einem Tag festgestellte verstärkte Andrang in den Lebensmittelgeschäften konnte am nächsten Tag bereits eingedämmt werden. Die Lebensmittelgeschäfte, besonders die Bäcker, haben genügend Ware zur Versorgung der Bevölkerung erhalten. Vorhandene Transparente in der Stadt sind nicht beschädigt worden, lediglich am Bahnhof und in der Vorstadt wurden am Abend Transparente und Spruchbänder heruntergerissen. Die Täter sind unerkannt entkommen. In Herzfelde hat ein PKW der SED-Kreisleitung einen Einschuß abbekommen. Ein Polizist ist verwundet worden. Zu der Tatsache, daß der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Unionsfreund Otto Nuschke, in Westberlin festgehalten wurde, erhob sich die Frage, wie es möglich sein konnte, daß sich unser Vorsitzender in die Gefahrenzone begab.

Der Bezirksverband berichtet im einzelnen noch, daß z.B. der Leiter der BHG Chorin, Schubert (SED), nach der ersten Kenntnisnahme der Beschlüsse der Regierung die Theorie über Strategie und Taktik entwickelte und dabei äußerte: „Wie kann die Partei sich bloß so blamieren und von den Beschlüssen der 2. Parteikonferenz abrücken." Aus den Gesprächen in Gaststätten von Freienwalde konnte man eine ausgesprochen unfreundliche Einstellung der Bevölkerung feststellen. Man erwartete einen Rücktritt der Regierung. In einer Kreisblocksitzung im Kreise Bernau war der 1. Sekretär der SED nicht anwesend. Als 2. Tagesordnungspunkt wurde von den Parteien und Organisationen zu den Beschlüssen der Regie-

[16] Am 16.6. 1953 waren einige Tausend Demonstranten in Ostberlin zum Haus der Ministerien gezogen, wo sie die Forderung nach einer Aussprache mit Ulbricht und Grotewohl erhoben, die dieser allerdings nicht nachkamen.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rung Stellung genommen. In diesem Zusammenhang stellte ein Mitglied des Kreissekretariats der SED fest, daß auch die anderen Parteien und Organisationen eine gewisse Schuld an den Fehlern der Vergangenheit tragen; denn sie haben, so sagte er weiter, in den maßgeblichen Sitzungen immer nur sang- und klanglos zugestimmt, ohne kritisch dazu Stellung zu nehmen. Man stellt noch weitere negative Diskussionspunkte fest, u. a. in Bernau, wonach das Mitglied unserer Partei, Hecht, ehemaliger Bürgermeister in Rüdnitz, sinngemäß erklärt haben soll, daß er, obwohl er sein Amt als Bürgermeister niedergelegt hätte, jetzt wieder bereit wäre, es anzunehmen. Er stellte jedoch die Bedingung, daß eine Veränderung der Mandatsverhältnisse gegenüber den Wahlen von 1950 erfolgen müßte. Er wurde über die Unmöglichkeit seiner Forderung belehrt. Die Vertreter des Bezirksverbandes Frankfurt bemerken, daß diese Forderung des Bürgermeisters Hecht mehr oder weniger in fast allen Gesprächen zum Ausdruck kommt. Man erwartet ferner eine Amnestie, die auch die politischen Gefangenen aus den Jahren 1945, 1946 und 1947 umfaßt, und spricht nicht zuletzt von allgemeinen, freien und geheimen Wahlen.

Im Bezirk Cottbus haben in der Stadthalle in Calau, in der sich die Karl-Marx-Ausstellung befindet, unbekannte Täter die Transparente und Fahnenmasten beschädigt. Im Verlaufe des 18. 6. legten die Arbeiter in verschiedenen Betrieben die Arbeit nieder. Durch den Einsatz von Aufklärern wurde erreicht, daß die Nachtschicht der Lowa-Vetschau ihre Arbeit nach 2 Stunden wieder aufnahm. Die nächste Tagesschicht hat aber weiter gestreikt. Bei einer Massendemonstration in Lübbenau, an der sich über 1000 Arbeiter und Angestellte beteiligten, wurden in einer Resolution folgende Forderungen gestellt: Wegfall der Zonengrenzen, Rücktritt der Regierung, demokratische Wahlen, Angleichung der HO-Preise an die Löhne der Arbeiter, Freilassung der politisch Inhaftierten und Presse- und Redefreiheit. Der Ausnahmezustand wurde verhängt. Die Stellungnahme der Regierung zu den von ihr begangenen Fehlern wird von der Bevölkerung nicht verstanden. Es wird die Ansicht vertreten, daß diejenigen, die Fehler machen, auch zur Verantwortung gezogen werden müssen.

Auch im Kreis Guben ist die Bevölkerung der Meinung, daß die Mitglieder der Regierung, die für diese Fehler verantwortlich sind, unbedingt die Konsequenzen daraus ziehen müssen. Auch hier ist das Verlangen nach freien Wahlen stärker denn je. Ebenfalls wird eine erhebliche Senkung der HO-Preise gefordert. Die Maßnahmen hinsichtlich des Ausgehverbotes (am 17. 6.) sind mit Unwillen aufgenommen worden.

Die Demonstrationen am 17. 6. in Jessen führten Transparente mit folgenden Forderungen mit: „Freie und geheime Wahlen für alle Deutschen", „Wir wollen Frieden", „Absetzung der Kreisverwaltung." Durch die Freilassung von ca. 20 Inhaftierten unter Mitteilung, daß weitere aus Liebenwerda und Cottbus eintreffen würden, zerstreute sich die Menge. Nachdem der Ausnahmezustand verhängt worden ist, wurde die Arbeit überall wieder aufgenommen.

Besondere Schwierigkeiten bereiteten die streikenden Arbeiter im Keulahüttenwerk, Krs. Weisswasser, die trotz aller Vorstellungen der Werksleitung und der Funktionäre der Kreisleitung der SED die Arbeit nicht wieder aufnehmen wollten. Besonderen Unwillen erregte die Tatsache, daß der 2. Sekretär der Kreisleitung der SED die sowjetische Kommandantur zur Hilfe rief und anschließend der Aufforderung der Arbeiter, zu dieser seiner Maßnahme Stellung zu nehmen, durch Nichterscheinen auswich. Erst durch das Auffahren von Panzern und Instellungbringen von Maschinengewehren und die Inhaftierung einzelner Arbeiter wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Im gesamten übrigen Kreisgebiet herrscht Ruhe und Ordnung.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Kreis Spremberg hingegen erblickt man in den neuen Maßnahmen der Regierung eine entschiedene Wandlung der bisherigen Politik und einen bedeutsamen Schritt zur Verwirklichung der Einheit Deutschlands.

Im Bezirk Magdeburg ist die Reaktion auf die Beschlüsse der Regierung ebenfalls sehr unterschiedlich. Bei einem Teil der Bevölkerung herrschte große Freude; besonders bäuerliche Kreise verfielen – wie es in dem Bericht des KV Burg heißt – in einen Siegesrausch. Ein anderer Teil der Bevölkerung jedoch war sehr sekptisch und verhält sich auch heute noch sehr abwartend. Das geht soweit, daß im Kreis Burg noch am 16. 6. Fälle von Republikflucht zu verzeichnen waren.

Im Kreis Osterburg fand die Freude über die neuen Bestimmungen in verschiedenen Gemeinden ihren Niederschlag in „Alkoholfeiern". Trotzdem erwartet die Bevölkerung, daß in den Staatsorganen ein gewisser Personalwechsel eintritt. Es würde nicht verstanden, wenn Staatsfunktionäre, die in der Vergangenheit besonders krass aufgetreten sind, weiter auf ihren Posten bleiben. Diese Unzufriedenheit führte dazu, daß einem Funktionär in der Gastwirtschaft ein Bierglas hinterhergeworfen und in seine Wohnung ein Stein durch die Fensterscheibe eingeworfen wurde.

In Klötze kritisieren die Mitglieder unserer Partei die Haltung des Politischen Ausschusses und können sich aufkommender Zweifel nicht erwehren, daß unsere Partei vielleicht nicht den richtigen Mut aufgebracht hat, um die gemachten Fehler rechtzeitig festzustellen. In bezug auf die Bildung von Haus- und Hofgemeinschaften tauchten unter der Bevölkerung Bedenken auf, daß diese nur zum Aushorchen und Bespitzeln der Familien eingerichtet werden sollen.

Im Kreis Oschersleben entstand lediglich am Abend des 17. 6. eine gewisse Unruhe. Es gab nur einen kleinen Zusammenstoß zwischen einem Häuflein Arbeiter und 2 Sowjetsoldaten. Die Angelegenheit wurde aber schnell geklärt. Der größte Teil der Bevölkerung ist dagegen, daß solche Unruhe geschaffen wurde, „obwohl" – wie es in dem Bericht des Kreisverbandes heißt – „mit den Dingen, wie sie im Moment liegen, wir nicht einverstanden sind". Unseren Mitgliedern kam die Situation voll zum Bewußtsein, als die Nachricht von der Festnahme Otto Nuschkes durch die Westberliner Polizei gegeben wurde. Die Empörung nahm kein Ende, und alle verlangten die sofortige Freilassung unseres 1. Vorsitzenden. Am Abend verhöhnten einige Jugendliche Einheiten der Sowjetarmee mit Spottzurufen.

Ernsteren Charakter hatten die Ausschreitungen in Magdeburg selbst. Der Kreisverband berichtet, daß die Stimmung der Demonstranten zuerst eher fröhlich als revolutionär gewesen wäre. Es wurden aber dann doch alle Plakate und Transparente von den Häusern gewaltsam entfernt mit Ausnahme solcher, die die Einheit Deutschlands forderten. Die Menge wandte sich besonders gegen die Geschäftslokale der SED, der Nationalen Front, FDJ und des FDGB. Überall wurden Akten und Bücher auf die Straße geworfen und öffentlich verbrannt. Die Anzeigenannahme der „Volkstimme" wurde vollständig demoliert. In die Geschäftsräume unserer Kreisgeschäftsstelle drangen ebenfalls ca. 20 Personen ein und entfernten die Bilder von Wilhelm Pieck und nach einigem Zögern und Hin- und Herreden auch die von Otto Nuschke, außerdem auch die Embleme der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft. Die neu angebrachten Straßenschilder der Karl-Marx-Straße, des Bierut-Platzes und der Straße der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft wurden entfernt und die ursprünglichen Namen mit Kreide wieder angeschrieben.

In der Untersuchungshaftanstalt Magdeburg-Neustadt gelang es, das Tor mit einer Axt gewaltsam zu öffnen und die Gefangenen zu befreien. Ähnliche Vorfälle sollen sich auch im Polizeipräsidium und im Gerichtsgebäude abgespielt haben. Die Polizei war nicht sichtbar;

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einzelne Polizisten sollen ihre Uniformröcke ausgezogen haben und in der Masse mitmarschiert sein. Der ankommende Interzonenzug wurde von der demonstrierenden Menge freudig begrüßt, und vor dem Zug wurden Bilder und Transparente öffentlich verbrannt. Die Zahl der Demonstranten wird auf 40000 bis 60000 geschätzt. Einige Betriebe, insbesondere im Industriegelände Magdeburg-Rothensee, haben an diesen Demonstrationen nicht teilgenommen, sondern weitergearbeitet. Der Kreisvorstand ist entschlossen, beruhigend in der Bevölkerung zu wirken, bittet aber um die Erlaubnis, bei der Gründung der Haus- und Hofgemeinschaften vorsichtig vorgehen zu dürfen, da diese bisher als Gemeinschaften aufgefaßt wurden, in denen niemand offen seine Meinung sagen dürfte.

Im Kreis Wanzleben kam es ebenfalls an einigen Orten des Kreises zu Arbeitsniederlegungen bzw. Protestdemonstrationen, die aber in völliger Ruhe und Besonnenheit verliefen. In der Herstellung der öffentlichen Ordnung durch die Besatzungsmacht sieht ein Teil der Bevölkerung eine Schwäche der Regierung. Die Bevölkerung ist außerdem der Meinung, daß die Volkskammer hätte zusammentreten müssen und die Regierung müßte dieser die Vertrauensfrage vorlegen. Das Vertrauen zur Parteileitung der CDU, das vom Kreisverband im 1. Bericht in Abrede gestellt wurde, ist – so heißt es im 2. Bericht – durch die tapfere Haltung unseres Parteivorsitzenden während seiner Verschleppung nach Westberlin wieder gestärkt worden. Es besteht jetzt völlige Übereinstimmung darüber, daß die Streikdemonstrationen, sofern sie sich gegen die gesetzlich festgelegte 10%ige Normerhöhung richteten, berechtigt waren, jedoch die Übergriffe, die teilweise vorgekommen sind, selbst von den Teilnehmern an diesen Demonstrationen auf das Schärfste verurteilt werden.

Im Kreis Halberstadt ist es zu Demonstrationen gekommen. Nur in einigen Betrieben wurde gestreikt. Die Arbeiter haben inzwischen zum großen Teil die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Stimmung der Bevölkerung im Bezirk Halle ist nach der Veröffentlichung der neuen Beschlüsse ebenfalls sehr unterschiedlich. In der Gesamtheit werden die Maßnahmen der Regierung begrüßt, weil durch sie vor allem ein gewisser Druck genommen worden ist. Die vielen kirchlich eingestellten Menschen empfinden besonders die getroffenen Vereinbarungen zwischen Staat und Kirche als eine große Genugtuung. Besonders gespannt ist die Bevölkerung auf die angekündigten Lockerungen im Interzonenverkehr. Ein gewisser Teil verhält sich noch sehr zurückhaltend. Er vermeint, es handelt sich nur um eine Taktik, mit der man das Volk beruhigen will. Andere wiederum glauben, es sei jetzt die Zeit gekommen, wo man auf die Regierung schimpfen und die Zurückziehung der Schuldigen verlangen könne. Mit Empörung wird von den christlichen Menschen über die Artikelfolge des Bezirksvorsitzenden Broßmann über die Junge Gemeinde in der „Neuen Zeit" gesprochen[17]. Seine darin vertretenen Tendenzen werden heute als partei- und kirchenschädigend bezeichnet.

Die Ortsgruppe Hardersleben im Kreis Aschersleben berichtet, daß ihre erste Mitgliederversammlung nach der Verkündung der neuen Maßnahmen von 80 Freunden besucht war, obwohl die Ortsgruppe selbst nur 40 Mitglieder zählt. Die Teilnehmer übten ebenfalls

[17] Gemeint möglicherweise die Artikel von Broßmann im „Neuen Weg" am 9.5. 1953 und in der „Neuen Zeit" vom 13.5. 1953, in denen er sich sehr kritisch mit der Tätigkeit der Kirchenleitung, bestimmter Geistlicher und der Jungen Gemeinde auseinandergesetzt hatte. In dem Artikel in der „Neuen Zeit" wurde u.a. festgestellt: „Ich habe den Eindruck, als ob die jungen Christen [in der Jungen Gemeinde] von verantwortungslosen Elementen mißbraucht werden, um sie gegen den Staat, dessen Organe und Anordnungen aufzuhetzen." Hieraus folgerte Broßmann, daß die CDU „eine klare und eindeutige Absage an die Tätigkeit der Jungen Gemeinde" aussprechen müsse.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schärfste Kritik an den Artikeln des Unionsfreundes Broßmann. Die Ortsgruppen Maisdorf und Giersleben, ebenfalls Kreis Aschersleben, verpflichteten sich im Hinblick auf die neuen Maßnahmen der Regierung zu besonders starkem Einsatz bei der Gründung der Haus- und Hofgemeinschaften. Daß die Maßnahmen der Regierung nicht überall Verständnis fanden, zeigt das Gespräch mit einem BHG-Leiter. Dieser äußerte sinngemäß, er sei nicht dafür, daß den faulen Bauern, die zurückkommen oder aus der Haft entlassen werden, der Hof zurückgegeben wird.

Im Kreis Gräfenhainichen ist die Bevölkerung verbittert, weil Mitglieder der SED erklärten: „Heute 3 Schritte zurück und morgen bzw. in den nächsten Wochen geht es 10 Schritte vorwärts." Und wie die Bevölkerung nach dem Bericht des Kreisverbandes fordert, daß die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden, so fordert der gesamte Kreisvorstand von Gräfenhainichen eine Reorganisation des gesamten Parteiapparates [der CDU] von unten her. Er fordert deshalb die Einberufung einer Bezirkstagung, an der alle Kreisvorstände teilnehmen müßten und deren Termin für die allernächste Zeit anzusetzen wäre.

Auch im Kreis Köthen wird in vielen Teilen der Bevölkerung die Ansicht vertreten, daß man erst dann den Maßnahmen vertrauen könne, wenn einige Mitglieder der Regierung, vor allen Dingen Walter Ulbricht, abgelöst würden. Der Kreisvorstand stellt fest, daß man jetzt ruhig und besonnen bleiben muß und nicht ins Extreme gehen darf. Die Handwerker, Gewerbetreibenden und Bauern unserer Partei freuen sich auf die zugesagten Lockerungen.

Ähnlich ist die Situation auch in den Kreisen Naumburg und Quedlinburg. Der Kreisverband Quedlinburg stellt fest, daß die Auflösung der Betriebsgruppen der CDU[18] unbedingt einer erneuten Überprüfung bedarf.

Über die Ausschreitungen in der Stadt Halle wird nur berichtet, daß sie einige Todesopfer gefordert hat. Im Laufe des 17.6. sollen in der Chirurgie der Universitätsklinik 54 Verwundete, meist jüngere Menschen, vorwiegend mit Lungen-, Bauch- oder Kopfschuß eingeliefert worden sein. 5 davon sind inzwischen ihren Verwundungen erlegen. Einige Betriebe, darunter die Baustellen der Bau-Union, Leuna-Halde, Kraftwerk Rudolf Breitscheidt, Eisenbahnbau sowie Grave-Druck und Waggon-Fabrik Ammendorf hatten am 18.6. die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen. Die Bevölkerung nahm zum großen Teil gegen die Volkspolizei Stellung, erkannte aber als lobenswert das Verhalten der sowjetischen Besatzungsmacht an. Die Funktionäre und Mitglieder unserer Partei haben sich zurückgehalten und sich nicht an den Demonstrationen beteiligt. Sie sind auch am 17. und 18.6. ihrer Arbeit nachgegangen. Unionsfreund Schönemann hat es sogar verstanden, am Abend des 17.6. zwei Hausgemeinschaftsleitungswahlen in der Mötzlicher Straße durchzuführen. Einige Mitglieder der SED wurden gesehen, die sich maßgebend an den Demonstrationen beteiligten.

Im Kreise Saalkreis fanden Demonstrationen in Hohenturm und Niemburg statt. In Hohenturm wurden inhaftierte Lehrer befreit und von den Schulkindern mit Blumen überschüttet. Das Kreissekretariat arbeitet nach wie vor für die Ziele der Parteileitung und der DDR. In den Ortsgruppenvorständen ist volles Verständnis für die Aufrechterhaltung der Ordnung und Besonnenheit vorhanden.

Der Kreisverband Roßlau berichtet, daß wieder Ruhe eingetreten ist. Die Bevölkerung und auch unsere Mitglieder schimpfen auf die Demonstranten, und die von ihnen vorgenommenen Ausschreitungen werden verurteilt.

[18] Die Liquidierung der Betriebsgruppen der CDU war Anfang 1953 von der SED gefordert und im Mai 1953 vom CDU-Vorstand akzeptiert worden. Vgl. Haupts, Blockparteien (Anm. 10), S. 408.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In Sangerhausen hatten ebenfalls verschiedene Betriebe die Arbeit niedergelegt.

Im Kreis Eisleben konnten in der Zwischenzeit einige von den aus den Gefängnissen Befreiten wieder verhaftet werden. Die Schächte hatten am 19.6. die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen. Am 18.6. wurden 80 Personen wegen Überschreitung der Sperrstunde nach 21 Uhr verhaftet und mit 10,– DM Strafe belegt. Die Verhafteten wurden um 3 Uhr früh wieder freigelassen.

Kreis Querfurt: Hier kam es nur in Langeneichstätt und Farnstädt zu kleineren Unruhen. Im Bericht des Kreisverbandes wird weiter auf die unsinnigen Gerüchte, die über den Verbleib des Staatspräsidenten im Umlauf sind, hingewiesen und empfohlen, in der Presse dazu Stellung zu nehmen. Außerdem bittet der Kreisverband die Parteileitung, noch einmal die Auflösung der Betriebsgruppen zu überprüfen.

Die Stellungnahmen aus dem Bezirksverband Erfurt sind im allgemeinen als positiv zu bezeichnen. Parteilose, CDU-Mitglieder und Mitglieder anderer Parteien nahmen insonderheit zu den Beschlüssen des Ministerrats sowie zu dem Kommuniqué des ZK der SED Stellung. Man spricht über die Rechtssicherheit und stellt ferner fest, daß die Steuerabsetzung doch beweise, daß auch ein anderer Weg eingeschlagen werden kann als der bisherige. Man begrüßt den Beschluß hinsichtlich der Kreditgewährung an die Bauern und verweist u.a. auch auf die außenpolitische Auswirkung der Beschlüsse. Kritisch wird festgestellt, daß der Staatspräsident einen Tag vor dem Weltfeiertag der Arbeiter in den Urlaub gefahren und nach 6 Wochen immer noch nichts über seinen Aufenthalt bekannt ist. Einzelne Diskussionen lassen erkennen, daß man noch abwartend den Beschlüssen gegenübersteht. Sehr stark wird auch die SED kritisiert, wobei man ihr Unfähigkeit nachsagt. Die Bevölkerung im gesamten Stadtgebiet Erfurt ist lebhaft an den Beschlüssen des Ministerrats interessiert und beschäftigt sich eingehend mit allen Fragen. Es zeigt sich auch eine Bereitwilligkeit zur Mitarbeit, was sich besonders bei den Wahlen der Haus- und Hofgemeinschaften zeigt. In den Städten Erfurt, Sömmerda und Apolda kam es zu Demonstrationen, besonders am 17. d.M. Es wurde in der Zwischenzeit berichtet, daß jetzt in Erfurt Ruhe herrscht. Bei den Demonstrationen in Sömmerda kamen Bauern und Handwerker zusammen, ferner wurden Versammlungen in einzelnen Betrieben durchgeführt. Es wurden Entschließungen angenommen, die, wie Freund Schmidt mitteilt, im wesentlichen das verlangten, was die Regierung zu unternehmen beabsichtigt. Die Handwerkerzusammenkunft konnte zerschlagen werden. Über den gesamten Bezirk Erfurt wurde der Ausnahmezustand verhängt. Dieser wirkte sich jedoch in den einzelnen Kreisen verschieden aus. Im Kreisgebiet Apolda wurde bereits am vergangenen Sonntag durch den Pfarrer Mitzenheim (OdF), Bruder des Bischofs Mitzenheim, zu Versammlungen und Demonstrationen aufgerufen.

Aus dem Bezirk Gera sind ebenfalls einige positive Stellungnahmen zu den Beschlüssen der Regierung eingegangen. Darüber hinaus ist festzustellen, daß hier den Beschlüssen der Regierung nicht mit der gleichen Skepsis entgegengetreten wird, wie es teilweise in anderen Bezirken zu verzeichnen ist. So hat beispielsweise ein Landwirt aus Zabelsdorf, Krs. Zeulenroda, der drauf und dran war, die Republik zu verlassen, aufgrund der neuen Anordnungen unserer Regierung den Entschluß gefaßt, auf seinem Grund und Boden zu bleiben. Ebenfalls hat ein weiterer Landwirt aus Ebersgrün sich entschlossen, von der Republikflucht abzusehen. Im Gegensatz hierzu stehen die Äußerungen von einzelnen Unionsfreunden aus diesem Kreis, die von der Durchführung der neuen Anordnungen nicht überzeugt sind, besonders in bezug auf die Stellung zwischen Kirche und Staat. Sie hoffen, wie berichtet wird, daß der Generalsekretär zu seinem Zeitungs-

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

artikel[19] Stellung nimmt und den Fehler, den er begangen hat, einsieht. Nach den hier vorliegenden sehr dürftigen Berichten ist es nur in Gera, Jena und Eisenberg zu Demonstrationen gekommen. In Gera kam es hierbei zu einigen Zwischenfällen, wobei Volkspolizei teilweise entwaffnet wurde. Auch der Oberbürgermeister wurde tätlich angegriffen. Die Kreisvorsitzenden unserer Partei, die gerade zu einer Besprechung zusammengekommen waren, unterbrachen die Sitzung und bildeten Agitationstruppen, denen es gelang, die Menge vor dem Rathaus zu zerstreuen und weitere Tätlichkeiten zu vermeiden. Gegen abend des 17.6. drangen in Gera auf Lastkraftwagen Kumpels von der Wismut-AG ein, und es kam zu Schlägereien mit der Volkspolizei, in deren Verlauf wieder mehrere Volkspolizisten entwaffnet wurden. Die Kumpels sollen dann zur Strafanstalt gefahren sein und dort versucht haben, mittels eines Hebekranes die inzwischen aufgefahrenen Panzer umzukippen, was ihnen nicht gelang. 3 sowjetische Soldaten sollen im Verlauf der Tätlichkeiten verletzt worden sein. In Jena sollen ca. 40000 Menschen demonstriert haben und das Preisamt sowie sämtliche Sekretariate der Parteien und Massenorganisationen mit Ausnahme derer der CDU und der LPD beschädigt haben. In Eisenberg fand in den Fema-Werken eine Streikversammlung statt. Aus diesem Betrieb wurden 3 Personen in Haft gesetzt. Seitdem herrscht in der Stadt wieder Ruhe und Ordnung.

Der Bezirksverband Leipzig teilt mit, daß die Bevölkerung auf die Kommuniqués sehr verschieden reagiert. Ein großer Teil der Bevölkerung begrüßt die Vorschläge des ZK der SED und die Beschlüsse der Regierung, wobei man wesentliche Erleichterungen erwartet. Verschiedentlich wird gefragt, woher die SED jetzt zu diesen Erkenntnissen kommt. Der erste Eindruck nach den Meldungen war teilweise so überraschend, daß selbst Parteifunktionäre mit dem Vorgeschlagenen nichts anfangen konnten.

Im einzelnen wird dazu aus dem Kreis Wurzen mitgeteilt, daß man eifrig zu ergründen forscht, was das Politbüro der SED zu den Vorschlägen bewogen haben könnte. Einige glauben, es wäre nur eine Taktik, andere erwarten eine Kursänderung. Weitere wieder meinen, nun müsse Walter Ulbricht als der für alle Fehlschläge Verantwortliche die Konsequenzen ziehen.

Aus Grimma wird berichtet, daß ein Teil der Bevölkerung sich ablehnend gegenüber den Beschlüssen verhält und diese Maßnahmen als eine Kapitulation der SED ansehe. Man spricht davon, daß man zur Regierung kein Vertrauen mehr habe und daß sich eine solche Regierung bei derartigen Verfehlungen in anderen Ländern unmöglich gemacht hätte.

Im Kreis Torgau diskutiert die Bevölkerung wie lange nicht mehr über die politische Situation. Es treten hauptsächlich 2 Meinungen auf. Die erste fragt danach, weshalb die Regierung ihre eigene Auffassung und Richtung aufgibt, die zweite glaubt, daß die gesamte Lage dermaßen verfahren sei, daß man sich gezwungen sieht, Änderungen zu treffen. 2 Pfarrer begrüßen die Beschlüsse der Regierung und geben besonders der Freude Ausdruck, daß die Spannung zwischen Staat und Kirche gelöst ist.

In Leipzig sind viele[20] (Gerüchte im Umlauf über eine Verhaftung Walter Ulbrichts, die

---

[19] Gemeint möglicherweise die in der „Neuen Zeit" vom 12.4. 1953 abgedruckte Rede Göttings vor dem Hauptvorstand der CDU am 25.3. 1953. Hierin hat Götting u.a. geäußert: „Unsere Parteiorganisation, insbesondere unsere jungen Mitglieder, sind verpflichtet, gegen den Mißbrauch der jungen Christen in den Jungen Gemeinden entschieden Stellung zu beziehen; es kann nicht geduldet werden, daß solche Jungen Gemeinden die Zentren staatsfeindlicher Tätigkeit werden."

[20] An dieser Stelle bricht der Text des Dokumentes ab, weil die folgende Seite der Textvorlage fehlt. Der nunmehr in runden Klammern gesetzte folgende Text basiert auf dem Bericht des Bezirksver-

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wiedereinsetzung Franz Dahlems[21] und den Tod Wilhelm Piecks. Daneben wird vielfältig der Freude Ausdruck gegeben über die Lösung des auf der Bevölkerung lastenden Drucks. Viele sehen die Maßnahmen als eine geeignete Grundlage für die schnelle Wiederherstellung der Einheit Deutschlands an. Sie geben ihrer Freude über die durch das ZK gezeigte Einsicht Ausdruck. Einige sagen allerdings, das ist alles nur Taktik und typisch für die kommunistische Haltung. Christliche Bevölkerungsteile in Leipzig freuen sich über die Entspannung der Lage zwischen Staat und Kirche. In den Landorten wird neben der Kirchenfrage auch die Frage der Rückkehr der Großbauern stark diskutiert. Große Freude herrscht in den Kreisen der kleinen Einzelhändler, und die Rentner begrüßen die Preisermäßigung. Kritik wird an den führenden Funktionären der CDU geübt, da sie die nunmehr rückgängig gemachten Maßnahmen nicht nur gebilligt hätten, sondern sie gegenüber den Mitgliedern und der Bevölkerung auch als richtig propagiert hätten.

Im Kreis Borna befürchten die Funktionäre der Partei eine sehr schlechte Resonanz im Hinblick auf den Aufbau des Sozialismus. In den Bevölkerungskreisen, sowohl bei den christlichen Menschen wie auch bei vielen anderen, wird die Meinung vertreten, daß die letzten Maßnahmen Beweis dafür sind, daß die führende Kraft der Arbeiterklasse versagt habe.

Aus dem Kreis Geithain wird berichtet, daß man teilweise die Anordnungen und Maßnahmen der staatlichen Organe in der letzten Zeit nicht mehr verstanden habe und es nun überrascht, daß man jetzt die Einsicht habe, so viele Fehler begangen zu haben, unter denen das ganze Volk gelitten habe. Es wird erwartet, daß die Verantwortlichen für diese Fehler zur Rechenschaft gezogen werden. Einige Mitglieder sagen: „Es ist so, als wäre eine große Wahlschlacht gewonnen. Die Niederlage dabei hat die SED erlitten." Mit Befriedigung wird auf die geänderte Haltung zur Jungen Gemeinde, die Maßnahmen betr. Groß- und Mittelbauern sowie die Preissenkungen reagiert.

Aus den Kreisen Schmölles und Altenberg werden positive Reaktionen auf die Beschlüsse der SED und der Regierung gemeldet, wobei sowohl bei Arbeitern wie bei Vertretern des Mittelstandes zum Ausdruck kommt, daß es ohne den Kurswechsel nicht mehr lange weitergegangen wäre.

Der Bericht des Kreisverbandes Döbeln ergibt, daß die Maßnahmen allgemeine freudige Überraschung auslösen und viel Resignation besonders in Handwerker- und Gewerbekreisen beseitigt habe.

[Der Bezirksverband Leipzig meldete am 17.6. 1953:] Große Demonstrationen der Bauarbeiter und [Arbeiter] anderer Betriebe [aus der Stadt Leipzig][22]. Versuche von Gefangenenbefreiung, die zu Auseinandersetzungen mit Waffen führten. Beseitigung der Sichtwerbung an Häusern und Straßen. Auch CDU-Sichtwerbung herabgerissen. FDJ-Bezirksleitung erbrochen und trotz Polizeiaufgebot Akten und Material zerstört. Forderungen:

---

bandes Leipzig vom 13.6. 1953 und Telegrammen des Bezirksverbandes vom 17. und 18.6. 1953, in: ACDP, VII-011-1300. Zusätze in eckigen Klammern vom Bearbeiter.

21 Franz Dahlem, Mitglied des Politbüros und des ZK der SED, wurde im Mai 1953 aller Funktionen enthoben und aus dem ZK und damit zugleich aus dem Politbüro ausgeschlossen. Ihm wurde vorgeworfen, „gegenüber den Versuchen imperialistischer Agenten, in die Partei einzudringen, völlige Blindheit" bewiesen zu haben. 1956 wurde Dahlem rehabilitiert und 1957 wieder in das ZK der SED aufgenommen. Carola Stern, Porträt einer bolschewistischen Partei. Entwicklung, Funktionen und Situation der SED, Köln 1957, S. 129f.

22 Vgl. zum folgenden Heidi Roth, Der 17. Juni 1953 im damaligen Bezirk Leipzig. Aus den Akten des PDS-Archivs Leipzig, in: Deutschland-Archiv 24 (1991), S. 578ff.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Beseitigung der Regierung, Beseitigung des HO-Wuchers und Forderung auf Lohnerhöhung. Ein Großbetrieb streikt.

[Am Tag darauf telegraphierte die Bezirksleitung:] Heute Lage in Leipzig allgemein beruhigt. Verkehr in den Straßen und Geschäften lebhafter wie sonst Betriebe arbeiten bis auf Baubetriebe und einige metallverarbeitende Betriebe durchweg. Eine Anzahl Provokateure sind verhaftet. Jugendliche Abenteurer treiben sich ohne zu arbeiten in den Straßen herum. In den frühen Morgenstunden gab es noch einzelne Versuche, in Großbetrieben die Arbeiter von der Arbeit fernzuhalten und Terrorakte zu begehen. Kombinate Böhlen und Espenhain wie auch andere Großbetriebe an der Peripherie der Stadt haben ohne Störung durchgearbeitet. Der Demokratische Block führte bereits eine erste Besprechung durch. In den Landkreisen und Ortsgruppen ist es allgemein ruhig, nur in Delitzsch ließen sich gestern heimkehrende Arbeiter aus Bitterfeld zu einer Demonstration hinreißen, an der aber nur etwa 100 Personen beteiligt waren. Das große Reichsbahnwerk Delitzsch blieb unbeteiligt. Von Kirchenleitungen sind Stellungnahmen zu den gestrigen Vorgängen noch nicht bekannt. Ruhe und Sicherheit durch Ausnahmezustand garantiert.)

Aus allen Berichten aus dem Bezirksverband Suhl geht hervor, daß die Nachricht über die neuen Maßnahmen der Regierung überall mit größter Zurückhaltung und großem Mißtrauen aufgenommen wurde. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob eine Regierung, die so große Fehler gemacht hat, für die Zukunft überhaupt noch Vertrauen beanspruchen kann.

Die Rhönbevölkerung wird, wie es im Bericht des Kreisverbandes Salzungen heißt, erst dann vom ehrlichen Handeln unserer Regierung überzeugt sein, wenn sich die Schuldigen vor dem gesamten Volk verantworten.

Auch in Ilmenau will sich die Bevölkerung mit den Erklärungen der Regierung nicht zufrieden geben und erwartet, daß die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden. Man wünscht allgemein, neue Männer in der Regierung zu sehen, die wirklich verantwortungsbewußt die Interessen des Volkes gegenüber der Besatzungsmacht vertreten und eine Verständigung mit Westdeutschland anstreben.

Eine besondere Forderung aller Grenzkreise ist die Abschaffung des Schutzstreifens und die Rückführung der Evakuierten in ihre Heimatdörfer.

Im Bericht des Kreisverbandes Meiningen heißt es weiter, daß alle Maßnahmen der Regierung nur Teilwerk bleiben, wenn sie nicht dem Wunsch der Bevölkerung nachkommt und die Abhaltung freier, geheimer und direkter Wahlen ermöglicht.

Der Parteileitung wird der Vorwurf gemacht, daß sie sich zu sehr ins Schlepptau der SED nehmen ließ. Nicht nur, daß die Partei alles mitgemacht hat; es hätte in der Parteileitung Übereifrige gegeben, die noch weit über das Ziel hinausgeschossen sind. Nur der Haltung Otto Nuschkes wird im allgemeinen Verständnis entgegengebracht. Er wird als der ruhende Pol der Partei und als der Mann bezeichnet, zu dem man Vertrauen und Zutrauen haben kann.

Der Kreisverband Suhl stellt fest, daß nicht nur das Vertrauen zur Regierung, sondern auch zum höchsten Organ der DDR, zur Volkskammer, geschwunden ist. Die Volkskammer wird offen als „ein Klub lahmer Hampelmänner" bezeichnet. Die Bevölkerung bedauert, daß nicht die Volkskammer, wie es ihre Aufgabe gewesen wäre, die Regierung auf ihre Fehler aufmerksam gemacht hat, sondern erst das ZK der SED.

Bezirk Dresden: In den 1. Berichten der Kreisverbände aus dem Bezirk Dresden wird von einem freudigen Aufatmen der Bevölkerung nach Bekanntwerden der neuen Maßnahmen gesprochen. Zugleich wird aber auch darauf hingewiesen, daß ein großer Teil der Bevölkerung den Beschlüssen noch mißtrauisch gegenübersteht.

Die vielen Diskussionen – so heißt es im Bericht des Kreisverbandes Niesky – zeigen kei-

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

neswegs eine freudige Meinung unserer Regierung gegenüber. Man bringt im Gegenteil offen zum Ausdruck, daß alle Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden müßten.

Dieselben Feststellungen trifft der Kreisverband Bischofswerda.

In Görlitz sollen die Meldungen mit Kopfschütteln und Lachen entgegengenommen worden sein. Es hat sich dabei aber überwiegend um schadenfrohes Lachen gehandelt.

Der Kreisverband Meißen stellt fest, daß bei den Funktionären der SED große Überraschung anzutreffen war. Diese Verlautbarungen und Beschlüsse der Regierung wurden nicht so begrüßt, wie es in der Vergangenheit stets der Fall war. Viele Funktionäre der SED konnten sich noch nicht mit den neuen Maßnahmen abfinden. Der 1. Vorsitzende des Rates des Kreises sowie Vertreter der Kreisleitung der SED in Meißen haben in einer Versammlung der LPG-Vorsitzenden geäußert: „Die Großbauern sollen nur zurückkommen, da werden sie schon sehen, was die zurückbekommen; vom Hof muß man sie jagen usw." Die Bevölkerung erwartet deshalb mit Spannung, ob und wie die gefaßten Beschlüsse verwirklicht werden. Gleichzeitig mit der Kritik an der Regierung wird auch Kritik an der Parteileitung der CDU geübt. Im Zusammenhang mit den Vorgängen um die Junge Gemeinde wird der Vorwurf erhoben, daß erst die SED als eine marxistisch-leninistische Partei feststellen mußte, daß man die jungen Christen nicht mit den Leuten verwechseln darf, die ihre Aufgaben aus dem Westen erhalten. Es wird festgestellt, daß das Vertrauen zur Parteileitung zumindest schwer erschüttert ist.

Zu Unruhen ist es im Bezirk Dresden in den Kreisen Dresden-Stadt, Görlitz-Stadt und Niesky gekommen. Sehr ernst war die Situation in Görlitz-Stadt und Niesky.

In Görlitz wurde von den Demonstranten das Rathaus gestürmt, und sie drangen in das Zimmer des Oberbürgermeisters ein und warfen die Bilder der Staatsmänner auf die Straße. Auch das Meldeamt für die Kasernierte Volkspolizei und das Klubhaus der LOWA wurden gestürmt. Das Rathaus und das Wehrmeldeamt wurden besetzt gehalten. In den Mittagsstunden nahmen die Ausschreitungen an Heftigkeit zu. Das Gebäude der Kreisleitung der SED Görlitz-Stadt und -Land wurde demoliert; Bilder und Transparente wurden zum Fenster hinausgeworfen und angezündet. Der 1. Kreissekretär der SED, Weichhold, wurde blutig geschlagen und in diesem Zustand am Arm durch die Straßen der Stadt geführt mit dem besonderen Hinweis: „Seht den Bluthund von Görlitz an." Die politischen Häftlinge aus dem Polizei- und Justizgefängnis wurden freigelassen und das Gebäude des Staatssicherheitsdienstes gestürmt. Dabei sind Schüsse gefallen. In den Mittagsstunden bestieg ein Teil der Demonstranten LKW's des Konsums und fuhr in das Kreisgebiet Görlitz-Land ab. Gegen die „bürgerlichen Parteien" ist nichts unternommen worden. Es erschien in Görlitz ein Arbeiter und forderte die CDU auf, sie solle sich an der Führung beteiligen, die Blockpolitik sei abgeschafft.

In Niesky begannen Arbeiter der LOWA um 11.00 Uhr mit dem Streik. Um 15.00 Uhr formierten sie sich zum Demonstrationszug durch die Stadt. Am Rathaus, am Gericht und im Stadtkern wurden die Transparente entfernt. Die Kreisleitung der SED wurde von innen und außen beschädigt. Der Bürgermeister und der SED-Kreissekretär wurden geprügelt. Vor der CDU-Kreisgeschäftsstelle blieb der Demonstrationszug stehen, wobei Hochrufe auf die Junge Gemeinde ausgebracht wurden. Um 18.50 Uhr trafen Polizeieinheiten aus Bautzen ein. Es kam zu schweren Zusammenstößen, wobei die Bevölkerung die Polizeieinheiten überrannte und deren Gewehre in ihren Besitz brachte. Die Bevölkerung zerstörte die Waffen und versuchte, das Gebäude des Staatssicherheitsdienstes, in das sich der größte Teil der Einheiten geflüchtet hatte, in Brand zu stecken. Die Insassen schossen aus den Kellern. Ein Bericht über Verluste liegt z. Zt. noch nicht vor.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In Dresden kam es ebenfalls zu beachtlichen Demonstrationen. Die rd. 10000 Demonstranten führten dabei Transparente mit der Überschrift „Wir fordern freie Wahlen" mit. Im Sprechchor erklangen immer wieder die Sätze: „Wir fordern freie Wahlen und Rücktritt der Regierung! Die Freiheitsstunde hat geschlagen. Von Ulbricht, Pieck und Grotewohl haben wir die Schnauze restlos voll!" Der Zug bewegte sich von Niedersedlitz zum Stadtkern. Auf dem Theaterplatz sollte eine Kundgebung durchgeführt werden. Zu dieser ist es aber direkt nicht mehr gekommen. Es versammelten sich aber etwa 1000 Personen und brachten am Reiterstandbild das Transparent „Wir fordern freie Wahlen" an.

Der Kreisverband Kamenz berichtet dazu, daß überall für die Streiks und Demonstrationen vollstes Verständnis aufgebracht wurde und der Teil der Bevölkerung, der sich mit dieser Aktion solidarisch erklärte, schätzungsweise nicht klein sein dürfte. In diesem Zusammenhang wird auf die letzte Rede des stellv. Ministerpräsidenten Ulbricht am Donnerstag[23] im Friedrichstadt-Palast Bezug genommen, wo er zum Ausdruck brachte: „Jetzt kommt es darauf an, die Initiative und das Verantwortungsbewußtsein der Werktätigen zu heben. Dieses ist nur möglich, wenn die Selbstkritik von unten entfaltet wird im Gegensatz zur bisherigen Kritik, die nur von obenher nach unten ausgeübt wurde." Diese Worte legt die Bevölkerung als neuesten Betrug vor, weil die Regierung mit Waffen und Bajonetten die wahre Meinung der Arbeiterschaft durch gewaltsames Verhindern der Demonstrationen unterdrückt hat.

Im Kreis Sebnitz heißt es darüber: „Nicht ein einziger Mensch draußen glaubt daran, daß diese Demonstrationen und Unruhen das Werk von ungefähr 20 jungen Menschen im Alter von ca. 20 Jahren sein soll, wie es der demokratische Rundfunk bekanntgegeben hat. Sie können sich einfach nicht vorstellen, daß diese paar Leute in der Lage gewesen sein sollen, zehntausende von Arbeitern auf die Beine zu bringen und zu diesen Übergriffen haben hinreißen können; noch dazu, wo es in vielen anderen Städten der DDR zu ähnlichen oder denselben Unruhen gekommen sein soll."

Aus einem Fernschreiben des Bezirksverbandes vom 18.6. geht jedoch hervor, daß innerhalb der CDU allgemein Zurückhaltung und Ablehnung der provokatorischen Handlungen zu verzeichnen sei. Lediglich in Görlitz sollen einige CDU-Mitglieder in die Demonstrationen verwickelt worden sein. Der Kreissekretär von Niesky, Gerber, ist verhaftet worden.

Die sehr zahlreich aus den Kreisen von Karl-Marx-Stadt eingegangenen umfangreichen Berichte sind alle sehr allgemein gehalten und geben Meinungsäußerungen einzelner nicht wieder. In den ersten Tagen nach Bekanntwerden der neuen Beschlüsse des Ministerrates war die Auswirkung in der Bevölkerung fast überall ein spürbares Aufatmen und eine Welle der Freude. Es werden in absehbarer Zeit eine Wiedervereinigung Deutschlands und im Anschluß daran die langersehnten freien und geheimen Wahlen erwartet. Nach 2–3 Tagen jedoch setzte bereits eine gewisse Skepsis ein, und es wurden Fragen laut, wie beispielsweise die, wo nimmt die Regierung, die doch nun wirklich kein Geld mehr hatte, das viele Geld zur Deckung der Unterstützung von Rückkehrern her. Und weiter, warum baute die Regierung nicht von Anbeginn den Sozialismus auf diesen Grundlagen auf. Sie hätte heute 80–90% der Bevölkerung hinter sich, während es so kaum 50% sein dürften. Außerdem zweifelt man daran, daß in den untersten SED-Kreisen, die, wie behauptet

[23] Richtig: Am Dienstag, dem 16.6. 1953. Auszug der Rede abgedruckt in: Stefan Heym, 5 Tage im Juni, München u.a. 1974, S.253–256.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wird, ihre eigene Politik machen, eine konsequente Durchführung der Beschlüsse zu erwarten ist. Auch kommt viel die Meinung zum Ausdruck, daß die Beschlüsse zu diesem Umschwung nicht hier entstanden sind, sondern aufgrund von Anweisungen aus Moskau gefaßt wurden.

Viele Menschen meinen, so berichtet beispielsweise der Kreisverband Brand-Erbisdorf, daß diese Maßnahme nur ein vorübergehender Trick sei, und man fragt sich bereits bedenkenvoll: „Wann kommt die nächste Verhaftungswelle, wann kommt der nächste Kirchenkampf, wann kommt die nächste Verbesserung mit negativem Vorzeichen?" Insbesondere wundert man sich darüber, daß kein einziger bestraft wird. Und man kann es nicht verstehen, daß die verantwortlichen Personen dafür, daß tausende von Menschen in die Zuchthäuser mußten und viele in Notgeratene sich das Leben genommen haben, nicht zur Verantwortung gezogen werden. Unionsfreunde im Kreis Brand-Erbisdorf sind besonders darüber stark empört, daß in unserer Parteipresse in der letzten Zeit, wie sie sagen, derart gelogen worden ist, und fragen, ob es notwendig gewesen sei, daß „Götting seinen schäbigen Artikel gegen die ‚Junge Gemeinde' hat schreiben müssen"!

Auch im Kreisverband Zschopau werden Stimmen laut, daß die neuen Maßnahmen „Folgen einer Kopfwäsche seitens des Hohen Kommissars seien". Auch hier gibt es nicht wenig Stimmen, die behaupten, es sei alles nur eine Finte, und, obwohl die ersten Verordnungen bereits erschienen sind, sich weiterhin skeptisch äußern und der Regierung nicht mehr das erforderliche Vertrauen entgegenbringen.

Im Kreisverband Freiberg äußerte sich ein parteiloser Leser unserer Presse: „Jetzt wäre es für die CDU an der Zeit, unter wahren wirklich christlich-sozialen Gesichtspunkten zu erwägen, welche Vorschläge zu unterbreiten sind, um die Regierung so zu gestalten, daß die Arbeiterklasse hundertprozentiges Vertrauen hat."

Im Kreisverband Oelsnitz wird von den Funktionären der CDU die Erklärung Grotewohls über die stärkere Aktivierung der Blockarbeit besonders begrüßt, da diese in letzter Zeit einseitig aufgefaßt wurde, bzw. sogar keine Rede mehr davon sein konnte.

Im Kreisverband Rochlitz äußerten sich Mitglieder, daß, wenn das Kommuniqué vom 11.6. mit der Überschrift „Weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenshaltung" erscheint, es unverständlich sei, daß das Kommuniqué vom 11.4. mit der Überschrift „Ein weiterer Schritt zur Erhöhung des Lebensstandards der Werktätigen" veröffentlicht wurde. Sie stellen die Frage: „Was ist Wahrheit, was ist Unwahrheit?" Auch in diesem Kreis steht ein Teil der Bevölkerung auf dem Standpunkt, daß die Verantwortlichen für die jetzt so kritisierten Maßnahmen zur Rechenschaft gezogen werden müssen, besonders da solche Dinge in jedem anderen Staat einen Rücktritt der Regierung oder mindestens der Hauptverantwortlichen zur Folge haben würde.

Auch aus der Bevölkerung des Kreises Klingenthal wurden Stimmen laut, die meinten, daß eine Regierung, welche so einschneidende Maßnahmen trifft, indem sie Gesetze, welche knapp 6 Wochen bestehen, als eine Reihe von Fehlern bezeichnet, kein Recht mehr hat, als Regierung zu amtieren, und der Brauch der guten Sitten einen Rücktritt verlange.

Im Kreisverband Auerbach wurden besonders die Maßnahmen hinsichtlich der Freilassung von Untersuchungsgefangenen begrüßt, und es wird berichtet, daß die Freigelassenen in Falkenstein und Zwickau von der Bevölkerung mit Blumen empfangen worden sind. Doch nimmt man auch hier noch vielfach eine abwartende Stellung ein, vor allen Dingen in Bezug auf die praktische Verwirklichung der Beschlüsse, da immer noch „die Flucht vor den Übergriffen kleiner Funktionäre" besteht.

Im Kreise Aue erkennt man mit Genugtuung an, daß die begangenen Fehler wieder gut-

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gemacht werden sollen, und hofft, daß der Wiederaufbau in freierer Entfaltung uns nunmehr doch der Einheit und dem Frieden näher bringen wird; insbesondere, da jetzt die demokratischen Rechte aller Bevölkerungsteile in gleichem Maße gerechterweise unterschiedslos gewertet werden sollen. Man macht jedoch hier auch der CDU den Vorwurf, daß sie die offensichtlichen Fehler der Regierung unterstützt und nirgends Rückgrat gezeigt habe.

In Mitgliederkreisen im Kreisverband Glauchau ist man trotz der erfolgreichen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Kirche und der Regierung sehr über die Haltung der Parteileitung und der Presse im Kampf gegen die „Junge Gemeinde" enttäuscht. Man steht auf dem Standpunkt, daß unsere Partei als einzige christliche Partei trotz aller Übergriffe, die geschehen sein mögen, als Anwalt der christlichen Weltanschauung und nicht als Hauptkläger hätte auftreten müssen. In unserer Presse, so meint man, müßte vor allem in den Leitartikeln versucht werden, durch versöhnende und aufklärende Gedanken dem ganzen Kampf gegen die „Junge Gemeinde" die Schärfe zu nehmen. Leider, sagt man, haben unsere Presse und auch unsere Parteivertreter in Leitartikeln, Ansprachen, Entschließungen und Verlautbarungen die „Junge Gemeinde" schärfer angegriffen, als es teilweise die marxistische Presse getan hat. Es wurde von den Mitgliedern allgemein der Wunsch geäußert, daß nunmehr unsere Parteileitung von dem bisher eingeschlagenen Weg abgehen möchte, da nur so das Vertrauen der Mitglieder und der Bevölkerung zur Christlich-Demokratischen Union wieder hergestellt werden könnte.

Aus dem Kreisverband Reichenbach werden Meinungen geäußert, die besagen, daß es irrig sei anzunehmen, daß die erlassenen Maßnahmen das Vertrauen zur Regierung festigen.

Der Kreisverband Freiberg stellte zusammenfassend fest, daß Positives und Negatives urplötzlich freimütig und ohne Aufforderung zum Ausdruck gebracht wird. Der Boden ist aufgelockert, die Bevölkerung durchaus bereit, alles zu vergessen, was auf ihr gelastet hat, und hat nur einen Wunsch, daß Wahrheit Wahrheit bleiben möge und der Begriff des Vertrauens dem Begriff der erhöhten Wachsamkeit übergeordnet wird.

Anläßlich der Ereignisse am 17. und 18. Juni ist in allen Kreisen des Bezirkes Karl-Marx-Stadt der Ausnahmezustand verhängt worden. Nach den eingegangenen Berichten ist es nur in Karl-Marx-Stadt zu geringfügigen Arbeitsniederlegungen gekommen. Mitglieder unserer Partei vertreten den Standpunkt, daß das Eingreifen der Besatzungsmacht die einzig richtige Maßnahme sei, um Ruhe und Ordnung wieder herzustellen.

Der Kreisverband Brand-Erbisdorf stellt jedoch fest, daß die große Masse der Bevölkerung keinerlei Vertrauen mehr zur SED und zur Regierung habe, und untermauert diese Behauptung damit, daß viele Genossen der SED ihr Parteiabzeichen abgelegt haben. Hier wird besonders mit Empörung verurteilt, daß die Maßnahme zur Freilassung der Inhaftierten bisher in nur ganz wenigen Fällen zur Durchführung gelangte, und der Kreisvorsitzende macht darauf aufmerksam, daß es zu Ausschreitungen kommen könnte, wenn nicht schnellstens entsprechende Anordnungen an die Justizbehörden ergehen, damit diese, wie er sagt, den berechtigten Wünschen der Bevölkerung nachkommen.

Abschließend muß festgestellt werden, daß diese Zusammenfassung nicht als vollständiger Überblick bezeichnet werden kann, da viele Kreise bis heute keine Berichte eingesandt haben. Besonders aus dem Bezirk Leipzig fehlen sehr viele Berichte. Die Organisationsabteilung ist bemüht, laufend neue Situationsberichte hereinzubekommen und sie schnellstens auszuwerten.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument Nr. 2[24]

Zusammenfassung der Diskussionsbeiträge, Wünsche und Anregungen der Bevölkerung aus den Stimmungsberichten der Kreis- und Bezirksverbände vom 20.6. bis 15.7. 1953.

Aus den Berichten geht hervor, daß nach der anfangs sehr aufgeschlossenen freien Meinungsäußerung aufgrund der erfolgten Verhaftungen[25] wieder eine große Zurückhaltung seitens der Bevölkerung Platz gegriffen hat. Man nimmt allerdings eine abwartende und mißtrauische Haltung ein und beobachtet gespannt die Durchführung des proklamierten Neuen Kurses.

So berichtet der Kreisverband Quedlinburg:

Das anhaltende Mißtrauen der Bevölkerung wird besonders durch folgende Tatsachen genährt. Es wird in Zeitungsartikeln und in den Diskussionen darauf hingewiesen, daß man keine Stufe der Entwicklung überspringen kann, d.h. daß der private Sektor der Wirtschaft daraus die Schlußfolgerung zieht, daß zu einem späteren Zeitpunkt wieder eine Einengung des privaten Sektors erfolgt und am Ende dieser Entwicklung schließlich doch die Liquidierung der gesamten privaten Industrie, des Einzelhandels und des Handwerks steht. Soweit die Durchführung der Beschlüsse des Ministerrats vom 11.6. 1953 auf der unteren Ebene vorgenommen wird, geschieht dies zwangsläufig durch denselben Personenkreis, der vorher für die Entfernung von Schülern und Lehrern, für Steuereinziehungen, Schließungen von Geschäften usw. verantwortlich gezeichnet hat. Es ist bei der Führung von Verhandlungen in dieser Hinsicht nicht zu übersehen, daß man in vielen Orten nur gezwungenermaßen in den sauren Apfel beißt, um Maßnahmen zurückzunehmen, die vorher selbst eingeleitet wurden. Man versucht zum Teil wieder Bedingungen und Forderungen zu stellen, die die Maßnahmen der Regierung vom 11.6. verwässern. Es kommt zum Teil unverdeckt zum Ausdruck, daß die früheren Anordnungen im großen und ganzen richtig gewesen seien und man nur entsprechend den Anweisungen der Regierung nunmehr diese Maßnahmen und Anordnungen zurücknehmen muß. Dieses kommt speziell in den Arbeitsgebieten des Finanzamtes, der Volksbildung und der Gerichte zum Ausdruck, ohne die Katze aus dem Sack zu lassen.

Im Kreisverband Tangerhütte fragt man, wie es kommt, daß eine Regierung nach sechs Monaten schwerster Fehler, deren Auswirkungen tagtäglich beobachtet werden konnten, sich erst von einer Partei aufmerksam machen lassen mußte. Warum von einer Partei, wo sind die anderen Parteien? Dann waren also diese nur tatsächlich Ja-Sager. Warum bestimmt eine Partei den Neuen Kurs? Es herrschte und herrscht nur eine Partei und die übrigen existieren nur formell. Wer schützt uns vor Wiederholungen solcher Dinge?

Der Kreisverband Brand-Erbisdorf teilt mit, daß seit dem 23. und 24.6. zu beobachten ist, daß die Bevölkerung wieder schweigt. Durch die Einsätze der SED zur Aufklärung der Bevölkerung ist das Schweigen entstanden. Jeder hat Angst, durch einen evtl. falschen Zungenschlag als Provokateur bezeichnet zu werden. Wir verweisen hiermit ernstlich auf den Fehler, den man von seiten der SED begeht, indem man bereits schon wieder die Bevölkerung an einer offenen und ehrlichen Kritik hindert, sie mit Schlagwörtern wie „Provokateur,

[24] In: ACDP, VII-011-1281.

[25] Bis zum 22.6. 1953 verhafteten die Staatsorgane der DDR 6057 Personen. Diedrich, Der 17. Juni 1953 in der DDR (Anm. 9), S. 300.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Handlanger der Imperialisten" zum Schweigen bringt und damit wieder Ventile zustopft, die eines Tages zur Explosion führen. Wir können nicht ernstlich genug auf diesen Fehler aus der Vergangenheit und erneuten Fehler aus der jetzigen Situation hinweisen. Die Bevölkerung fühlt sich erneut geistig unter Druck gesetzt, und das dürfte das Dümmste in der jetzigen Situation sein, einen stummen aber ungeheuren Gegendruck in der Bevölkerung zu erzeugen.

Der Kreisverband Köpenick bringt zum Ausdruck, daß sich in der Bevölkerung durch die eingesetzte Verhaftungswelle eine große Bedrückung zeigt. Man befürchtet, daß hiermit wieder viele Unschuldige eingesperrt werden. Man meint, daß jetzt bei den Verhaftungen das notwendige Fingerspitzengefühl am Platze wäre. Es wären schon Bemerkungen laut geworden, daß man die Gefängnisse wieder auffüllen müsse, weil die anderen entlassen worden sind.

Der Kreisverband Neuhaus schreibt in einem Bericht, die letzten Tage ließen einen merklichen Rückgang in der bisher zuversichtlichen Stimmung der Bevölkerung erkennen. Der Ausnahmezustand, der nicht von allen Menschen bejaht wird, mit seinen Folgeerscheinungen wie Verhaftungen und Stockung der Interzonenpaßausstellung ist daran schuld. Hinzu kommen die Äußerungen in den Zeitungen, auch in unseren, die alle Schuld an den Ausschreitungen Provokateuren zuschieben. Vergessen wird ganz nach Meinung der Bevölkerung, daß der Boden für derartige Explosionen viel zu gut vorbereitet war. Überhaupt ist die Meinung wieder so, daß es besser ist, nichts zu sagen, als sich womöglich als Provokateur hinstellen zu lassen. Es ist daraus zu ersehen, daß unsere Staatsfunktionäre und vor allem die kleinen Funktionäre der SED immer noch nicht erkannt haben, daß heute eine grundlegend andere Behandlung der Menschen am Platze ist. Mit diesen Methoden beginnen sie schon wieder, sich und die Regierung zu belügen. Ganz eindeutig muß vor allem in unserer Presse auf diesen notwendigen Wandel hingewiesen werden. Leitartikel mit eigener Stellungnahme sind unbedingt notwendig in unserer Presse, vor allem weil unsere Mitglieder ebenfalls dem Neuen Kurs nicht trauen und auch unseren Spitzenfunktionären eine derartige Wandlung nicht zutrauen. Immer wieder hört man die Forderung, neue Männer müssen jetzt die Geschicke der Partei und des Staates in die Hand nehmen. Die Festlegung unserer Spitzenfunktionäre in den Fragen der Jungen Gemeinde und bei der Schaffung der Grundlage für den Sozialismus sind so komprimittierend, daß dieser Wunsch verständlich erscheint. Vertrauen zur Regierung besteht auf keinen Fall, auch wenn die Zeitungen vom Gegenteil voll sind. Man weiß, wie diese Sachen früher gemacht wurden, und weiß auch, wie sie heute noch gemacht werden. Alle Maßnahmen und alle Zeitungsveröffentlichungen sind darauf abzustimmen, daß das fehlende Vertrauen hergestellt wird.

Der Kreisverband Freital verzeichnet nur eine schwache Abstellung der Unzufriedenheit. Kein Mensch glaubt nach so vielen Fehlern, daß eine Abkehr von dem Kurs der Regierung Wirklichkeit sein soll. Der Zustand des Schweigens der Bevölkerung ist anscheinend wieder hergestellt. Man fürchtet weiter, offen Beschwerden und Wünsche auszusprechen. Ein großer Teil unserer Bevölkerung will eine unbedingte Ordnung im Funktionärswesen, besonders der SED. Die Bevölkerung liebt nicht 150%ige Personen. Gerüchte, weil keine offene Berichterstattung in den Zeitungen vorhanden, kreisen und verschlechtern die Stimmung. Wir baten und bitten eindringlich, eine Berichterstattung in der Presse offen zu geben. In den alten Fehler zurückfallen bedeutet, einen neuen 17. Juni heraufzubeschwören. Warum werden in den Betrieben nach diesen Vorkommnissen nicht sofort neue Gewerkschaftswahlen durchgeführt? Die Bevölkerung versteht nicht, daß in den Zeitungen geschrieben wird, daß der Grund der Demonstration[en] ausschließlich auf die Saboteure aus dem Westen ge-

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schoben wird. Sie weiß, daß die großen Arbeitermassen nicht nur auf das Geschrei von Westberliner Agenten auf die Straße gegangen wären. Weiter hält man durch oft sehr böse und unschöne Worte auf die Staatsmänner der westlichen Welt eine Lösung der Vereinigung unseres Vaterlandes für unmöglich. Die Aufgabe unserer Partei und der Staatsmacht darf es nicht sein, die Unruhen mit Justiz zu unterbinden, sondern Vernunft und Liebe muß die Politik leiten und besonders unsere Jugend, die ja maßgeblich an den Unruhen beteiligt war – nur darum, weil sie im Elternhaus das Kopfschütteln und den Zwang der letzten Zeit verspürten –, aufklären.

In einem großen Teil der Berichte kommt zum Ausdruck, daß die Bevölkerung zur Regierung und zu den Funktionären kein Vertrauen mehr hat und den Rücktritt bzw. die Umbildung der Regierung fordert. Besonders wird hierbei der Name des stellv. Ministerpräsidenten Walter Ulbricht erwähnt.

Es schreibt der Kreisverband Schwerin-Land: Es ist von unseren Unionsfreunden wie auch von der übrigen Bevölkerung mehrfach zum Ausdruck gebracht worden, daß sie zu einer Anzahl von Funktionären kein Vertrauen mehr haben kann und es notwendig ist, diese auszuwechseln. Denn man kann von einem Menschen, der bisher von der Notwendigkeit der Beseitigung des Mittelstandes – besonders der Großbauern – überzeugt war und seine ganze Kraft dafür eingesetzt hat, nicht glauben, daß er heute anderen Sinnes geworden ist, daß die Bauern heute von solchen Menschen irgend eine Unterstützung erhalten können.

Der Kreisverband Luckenwalde berichtet dazu: Aus allen Gesprächen, die man ablauscht, geht klar hervor: Mit keinen Maßnahmen und Schuldbekenntnissen der SED-Führer lassen sich die Forderungen des Volkes nach Rücktritt dieser Funktionäre, nach freien Wahlen, Wegfall der Zonen- und Sektorengrenzen und nach einem einigen Deutschland unterdrükken. Die Unzufriedenheit über die Mißwirtschaft durch unfähige, nur auf das eigene Wohl bedachte, mit hohen Gehältern ausgestattete Funktionäre haben eine so tiefe Kluft zwischen Volk und Regierung aufgerissen, ja sogar zwischen Volk und Behörden, daß unter der anscheinend beruhigten Oberfläche ein gefährlicher Zündstoff lagert.

Der Kreisverband Rathenow gibt folgenden Beitrag: Immer wieder wird gefordert, daß die Regierung abtreten soll. Ein Arbeiter, welcher die Rede Grotewohls gehört hat, erklärte, daß Grotewohl gesagt hätte, man hätte ein Jahr lang gegen die Einheit gearbeitet[26]. Tatsächlich schreibt das „Neue Deutschland" vom 25.6. einen entscheidenden Satz, der sehr zu denken gibt. Dort steht: „Wir haben Fehler gemacht, weil wir glaubten, schneller auf diesem Wege zu immer größeren Erfolgen zu kommen." Hier wird zugegeben, daß diese Fehler bewußt gemacht wurden. Die Bevölkerung stellt die Frage: Was geschieht einem Arbeiter oder einem Mitglied einer anderen Partei, wenn er bewußt sabotiert?

Der Kreisverband Brand-Erbisdorf schreibt, daß die Bevölkerung weiterhin in großer Mißstimmung ist und den Rücktritt der Regierung, zumindest jedoch den Rücktritt von Walter Ulbricht, dem die ganze Schuld zugesprochen wird, fordert. Aus allen Diskussionen der Bevölkerung ist zu entnehmen, daß kein Vertrauen zur SED und zur Regierung besteht. Über die Artikel in der Presse wird nur gelacht und gehöhnt.

Wie der Kreisverband Greiz mitteilt, wird folgendermaßen diskutiert: Wenn die Regie-

[26] In seiner Rede am Abend des 16.6.1953 im Berliner Friedrichstadtpalast hatte Grotewohl geäußert, daß die Auswirkung der Politik der SED vom Sommer 1952 ab „zur Verbreiterung der Kluft zwischen den Menschen im Westen und im Osten Deutschlands" geführt habe. Siehe Spittmann/Fricke (Hrsg.), 17. Juni 1953 (Anm. 2), S. 186.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rung immer wieder Fehler zugibt, so vermißt man die [zu] erwartende Konsequenz, daß diejenigen, die diese Fehler gemacht haben, auch entsprechend zur Rechenschaft gezogen werden. Alle Mitglieder verlangen ausnahmslos, daß nach Wiederherstellung der Ordnung die verantwortlichen Männer der Regierung und der Massenorganisationen, insbesondere die Verantwortlichen des FDGB, der vollkommen versagt hat, zur Verantwortung gezogen und zum Rücktritt veranlaßt werden.

Der Kreisverband Sebnitz schreibt: Die Bevölkerung macht im weiten Umfang den Vorschlag, daß sobald wie möglich in der DDR Neuwahlen für die Volkskammer stattfinden. Diese Wahlen sollen auf der Basis allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahlen durchgeführt werden, wobei die Parteien sich einzeln zur Wahl stellen. Je nach Stärke der neuen Abgeordneten soll eine neue Regierung gebildet werden. Diese Regierung wird dann das Vertrauen der Bevölkerung haben.

Der Kreisverband Zittau meldet: Es ist leider immer noch eine Tatsache, daß die führenden Persönlichkeiten der Regierung noch nicht das volle Vertrauen der Bevölkerung besitzen, und es kommt gerade in diesem Zusammenhang in den letzten Tagen sehr stark zum Ausdruck, daß die arbeitende Bevölkerung kein Verständnis dafür habe, wie man den stellv. Ministerpräsidenten Walter Ulbricht zum „Held der Arbeit" ernennen konnte[27], wo er doch als führendes Mitglied der SED und als Mitglied der Regierung für die erkannten Fehler in erster Linie verantwortlich zu machen sei.

Der Kreisverband Freital schreibt: In der Presse wurde bekanntgegeben, daß der stellv. Ministerpräsident Walter Ulbricht „Held der Arbeit" geworden ist. Wenn wir persönlich auch keinen Einblick in seine Arbeit haben, so sagt die Bevölkerung, daß es doch ein starkes Stück wäre, daß man den Generalsekretär einer Partei, die bis vor vier Wochen Maßnahmen getroffen hat, die, wie sie selbst zugibt, verkehrt, undemokratisch, ja sogar rechtswidrig waren, mit einer derartigen Auszeichnung bedenkt. Man sagt weiter, daß die letzten Wahlen keine Wahlen gewesen wären, weil man nicht Parteien wählen konnte, und stellt die Forderung weiter wie bisher nach freien Wahlen und einer anderen Regierung.

So wie in den angeführten Auszügen berichten die Bezirksverbände Potsdam, Frankfurt, Erfurt und Halle sowie die Kreisverbände Templin, Röbel, Pritzwalk, Zossen, Stendal, Bernburg, Quedlinburg, Berlin-Prenzlauerberg, Treptow, Friedrichshain, Greiz, Kamenz, Zeulenroda, Artern, Görlitz-Stadt und Land und Wittstock.

Im Zusammenhang mit dem 17. Juni wird von der Bevölkerung auch immer wieder die Frage nach dem Präsidenten Wilhelm Pieck gestellt. Der Kreisverband Jüterbog fragt: Was ist mit unserem Präsidenten Wilhelm Pieck? Warum war er nicht in den schwersten Stunden, die die Deutsche Demokratische Republik bis jetzt erlebt hat, bei seinem Volk? War es ihm nicht möglich, durch einen Aufruf in der Presse oder eine Ansprache im Rundfunk bei unserer Bevölkerung zu sein?

Der Kreisverband Schwerin-Land teilt dazu folgendes mit: Ein Gerücht ist sehr stark im Umlauf, wonach unser Staatspräsident beim Verlassen der DDR angeschossen wurde und verstorben ist. Obwohl dieses Gerücht bereits seit Wochen verbreitet wird, hat es einen neuen Auftrieb durch die Ansprache des Staatspräsidenten im Rundfunk und durch die Verbreitung in der Presse[28] erhalten.

---

[27] Diese Auszeichnung war Ulbricht anläßlich seines 60. Geburtstages am 30. 6. 1953 zuteil geworden.

[28] Pieck hatte sich aus Moskau mit einer von der „Täglichen Rundschau" am 27. 6. 1953 verbreiteten Stellungnahme an die Bevölkerung der DDR gewandt.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ähnliche Fragen werden in den Kreisverbänden Wittstock, Tangerhütte, Geithain und der Ortsgruppe Rüdersdorf gestellt.

Neben dem Rücktritt der Regierung werden in den Berichten immer wieder freie Wahlen gefordert. So schreibt der Kreisverband Meiningen: Die ganzen Verordnungen der Regierung bleiben nur Teilwerk, wenn die Regierung dem Wunsch der Bevölkerung nicht nachkommt, die Abhaltung von freien, geheimen und direkten Wahlen durchzuführen, um von dieser Basis aus eine Regierung zu bilden, die mit dem Westen sich an einen Tisch setzen kann, um die Einheit Deutschlands herbeizuführen.

Der Kreisverband Ribnitz-Damgarten berichtet, daß sich einfache Arbeiter und sogar Mitglieder der SED äußerten, daß die SED in Wahlen beweisen soll, ob sie noch die Massen der Arbeiter hinter sich hat.

Der Kreisverband Tangerhütte schreibt: Die Bevölkerung verlangt immer lauter freie Wahlen in der DDR, mit deren Gewährung die Sowjetunion eine Friedenstat größter Ordnung vollbringen könnte. Man spricht es ganz offen aus: Die Parteien sind für das Volk da und nicht umgekehrt. Das Volk bestimmt, welche Partei sein Vertrauen besitzt.

Der Kreisverband Halle berichtet, daß die Maßnahmen der Regierung heftig kritisiert und als ungenügend bezeichnet werden. Unter anderem wird bemängelt, daß in den Verlautbarungen der Regierung jede Andeutung über die Ansetzung von Wahlen fehlt. Man ist der Meinung, daß entgegen den Berichten in der „Freiheit" die Bevölkerung durchaus noch nicht zufrieden ist, wie es hingestellt wird. Daß es im Gegenteil an der Oberfläche schwele, so daß man das Volk erst dann zur Ruhe bringen kann, wenn man seinem Wunsche nach freien Wahlen nachkommen würde. Von dieser Forderung würden die Werktätigen insbesondere nicht abgehen. Unter einem gewissen Druck und Zwang heraus ist man ruhiger geworden.

Im Kreis Freital sagt man, daß die letzten Wahlen keine Wahlen gewesen wären, weil man nicht Parteien wählen konnte, und stellt die Forderung weiter wie bisher nach freien Wahlen und einer anderen Regierung.

Entsprechende Forderungen berichten die Bezirksverbände Potsdam, Frankfurt, Halle und die Kreisverbände Greifswald, Grimmen, Wolgast, Röbel, Templin, Luckenwalde, Seelow, Forst, Bernburg, Bitterfeld, Quedlinburg, Zeulenroda, Greiz, Sebnitz, Wittstock und Bischofswerda.

Der Bildung von Haus- und Hofgemeinschaften steht die Bevölkerung teilweise sehr ablehnend gegenüber. Der Kreisverband Fürstenwalde bringt das wie folgt zum Ausdruck: Es ist zu verzeichnen, daß die Masse der Bevölkerung mit der Bildung der Haus- und Hofgemeinschaften nicht einverstanden ist mit der Begründung, daß dies einmal eine Belastung aufgrund der angespannten Lage darstellt, und zum anderen sagt sie sich, stellt die sofortige Einheit Deutschlands her mit vorangegangenen freien und geheimen Wahlen; dazu brauchen wir keine Bildung der Haus- und Hofgemeinschaften.

Der Kreisverband Wittstock teilt mit, daß eine starke Aversion der Hausgemeinschaftsbildung in der Stadt zu finden ist. Der Kreisverband Ribnitz-Damgarten schreibt, daß auch dort die Arbeit in der Bildung der Haus- und Hofgemeinschaften nur schleppend vor sich geht, da die Bevölkerung sich ablehnend verhält und zu Versammlungen nicht erscheint.

Bad Freienwalde teilt mit, daß es in einigen Gemeinden, [z.B.] Zäckerrikelow und Neu-Ribnitz, ummöglich ist, Haus- und Hofgemeinschaften zu gründen, weil sich die Bauern weigern, die Wahlen durchzuführen.

Aus dem Kreisverband Gadebusch berichtet der dortige Kreisvorsitzende folgendes: Am 29.6. 1953 war ich mit einem Funktionär des Rates der Stadt Gadebusch in der Gemeinde

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Freiberg, um dort zum drittenmal die Hofgemeinschaften zu wählen. Obwohl durch den Bürgermeister und die Funktionäre alles gut vorbereitet war, ist nicht einer zur Versammlung erschienen. Wir haben noch versucht, die Menschen heranzuholen, und obwohl viele auf der Straße waren, konnten wir sie nicht zum Mitkommen bewegen. Einzelne sind sogar weggelaufen oder sagten, sie gehören zu einer anderen Hofgemeinschaft, wo sie aber auch nicht hingegangen sind. Wir hatten das Gefühl, als ob sie uns alle an der Nase herumführen wollten.

Aus dem Kreisverband Ludwigslust wird berichtet, daß der Unionsfreund Bürgermeister Sohrweide aus Niensdorf-Weselsdorf zur Zeit bei der Bildung der Haus- und Hofgemeinschaften auf unerwartete Schwierigkeiten insofern stieß, als von 15 von ihm persönlich in dieser Angelegenheit eingeladenen Bewohnern der Gemeinde nur ein einziger zu der anberaumten Zusammenkunft erschienen sei. Die allgemeine Stimmung in der Gemeinde ist nach den neuen Beschlüssen der Regierung recht gut, trotzdem findet sich keiner, der den Vorsitz der Haus- und Hofgemeinschaften übernehmen will.

Der Kreisverband Löbau teilt mit, daß durch die Situation, die die Vorkommnisse des 17. Juni geschaffen haben, eine völlige politische Lähmung festzustellen sei. Bemühungen betreffs Haus- und Hofgemeinschaften stoßen auf völliges Unverständnis.

Der Kreisverband Görlitz-Stadt und Land teilt dazu folgenden Vorfall mit: Die Lage ist allgemein außerordentlich angespannt und ernst. Das kommt auch in einem Schreiben zum Ausdruck, das wir als Rundschreiben des Bezirksverbandes Dresden zur Bildung von Haus- und Hofgemeinschaften an sämtliche Ortsgruppen versandten. Die Ortsgruppe Schlauroth schickte es uns im Original zurück mit folgendem Zusatz: Zu was brauchen wir Haus- und Hofgemeinschaften? Die jüngsten Beschlüsse unserer Regierung befriedigen das Volk in keinem Falle. Nur freie Wahlen und die Veränderung einer neuen Regierung, aber vom Volk gewählt, befriedigen das Volk in der DDR. Oder haben sie noch nicht begriffen, was der Arbeiter und das Volk will? Laut Kreisverband Wittstock betrachten die Einwohner die Bildung der Haus- und Hofgemeinschaften als ein gut ausgeklügeltes Spitzelsystem.

Der Kreisverband Luckenwalde schreibt dazu folgendes: Die Einwohner sind nur spärlich in Versammlungen zu finden. Dies hat zur Folge, daß die Wahlen der Haus- und Hofgemeinschaften nur schleppend vor sich gehen. So sind bis zum heutigen Tage nur 7 bis 8 % der Hausgemeinschaften gewählt. Die Wahlen scheitern daran, daß die jeweiligen Hausbewohner nicht zur Versammlung erscheinen.

Von vielen Parteimitgliedern sowie auch von der Bevölkerung ist der Vorwurf zu hören, daß sich die CDU bisher lediglich im Schlepptau der SED befand.

So berichtet der Kreisverband Senftenberg: Die ganze scharfe Diskussion wird vor allen Dingen unter den Mitgliedern dahingehend geführt, daß unsere Parteileitung sich bisher und auch heute noch in vielen Dingen vom ZK bzw. von der SED bevormunden läßt. Auch heute noch wird zu wenig eigene Initiative ergriffen, die gerade in der augenblicklichen Situation unserer Partei sehr nützen würde. Durch den gleichen Lauf der Dinge wie vorher verlieren die Mitglieder in den meisten Ortsgruppen des Kreises das Vertrauen zur Partei, und die Meinung, daß wir uns im Schlepptau der SED befinden, wird immer stärker laut. Die letzten Entschließungen zeugen ja auch davon, daß von unserer Parteileitung keinerlei Vorschläge für die Anwendung der bisherigen Regierungspolitik gekommen sind, sondern daß immer wieder das ZK der SED die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft und Intelligenz auf sich lenkt.

Auch im Kreis Haldensleben wird erwartet, daß die Partei in Zukunft nicht wieder zu allem Ja und Amen sagt, was die SED verlangt.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Kreisverband Bernburg schreibt: In der Vergangenheit habe sich gezeigt, daß die Parteien in einem erschreckenden Maße ihre Selbständigkeit verloren haben, daß sie nur noch als Anhängsel der SED angesehen werden könnten. Um diesen Zustand zu beseitigen, verlangen die Mitglieder Aufhebung bzw. grundlegende Änderung der Blockpolitik.

Man diskutiert die bisherige Politik der Parteileitung meistens im Zusammenhang mit den Fragen um die Junge Gemeinde und fordert teilweise auch die Zurückziehung von Funktionären, die hierbei besonders hervorgetreten sind.

So schreibt die Ortsgruppe Herdersleben in einer Entschließung folgendes: Mit großer Entrüstung lehnt die Versammlung eine Haltung ab, wie sie der Bezirksvorsitzende des Bezirkes Magdeburg, Broßmann, in den Tagen gezeigt hat, als die unqualifizierten Angriffe gegen die Neinstedter- und Buckauer-Anstalten erfolgten. Die Artikel Broßmanns im „Neuen Weg" übertrafen die von anderer Seite gebrachten Angriffe besonders dadurch, daß sich Broßmann bei seinem Geschreibsel noch als positiver Christ gebärdete[29]. Diese Artikel haben dem Ansehen der Partei wie den Mitgliedern in den Kreisen der christlich denkenden Bevölkerung außerordentlich großen Schaden zugefügt. Wir sind der Meinung, daß solche wankelmütigen Charaktere nicht geeignet sind, unsere Partei als Funktionäre zu vertreten, und fordern deshalb von der Parteileitung Abberufung Broßmanns von seinem Posten als Bezirksvorsitzender und Entbindung von allen anderen Funktionen in der Partei.

Der Kreisverband Aschersleben schreibt: Im Augenblick sprechen die christlichen Menschen mit Empörung über die Artikelfolge in der „Neuen Zeit" des Bezirksvorsitzenden der CDU von Magdeburg, Unionsfreund Broßmann. Seine darin vertretenden Tendenzen werden heute als schädigend angesehen.

Der Kreisverband Quedlinburg schreibt: Unser Generalsekretär Götting besitzt in den Mitgliederkreisen zum Teil keine gute Resonanz. Kirchliche Stellen sind besonders über den Vorsitzenden des Bezirksverbandes Magdeburg, Unionsfreund Broßmann, verärgert, dessen Zeitungsartikel ganz und gar nicht verstanden wurden.

Der Kreisverband Greiz führt aus: Es soll auch nicht verschwiegen werden, daß sich in unserem Kreisvorstand Meinungen dahin geäußert und auch Forderungen gestellt worden sind, unserem Generalsekretär das Mißtrauen auszusprechen, weil gerade vom christlich- demokratischen Standpunkt aus gefordert werden müßte, daß Gerald Götting, ehe er sich zu derartigen Angriffen entschloß[30], gründlichst hätte prüfen müssen, ob nicht diese Angelegenheit, die gerade in unseren kirchlichen Kreisen so viel Staub aufgewirbelt hat, sich hätte in einer anderen, unserem christlichen Standpunkt rechnungtragenden Weise bereinigen lassen.

Der Kreisverband Meiningen schreibt: In mehreren Pfarrergesprächen, die nach dem 17.6. 1953 geführt wurden, kam ganz eindeutig zum Ausdruck, daß von der Person Otto Nuschkes mit Hochachtung gesprochen wurde und seine Verdienste anerkannt werden. Hingegen kam allgemein zum Ausdruck, daß die CDU anscheinend gewillt ist, an ihrer Spitze weiterhin den Generalsekretär Götting zu lassen, der nach Ansicht aller Geistlichen sich in bezug auf seine Auslassung über die Junge Gemeinde doch vollkommen unmöglich gemacht hat. Im Zusammenhang damit wird in Mitgliederkreisen die nicht unberechtigte Forderung erhoben, und zwar von sehr vielen Stellen, daß eine gründliche Umorganisation des Politischen Ausschusses unserer Partei erfolgen muß. Im Zusammenhang damit fällt immer wieder der Name des Generalsekretärs.

---

[29] Siehe Anm. 17.

[30] Siehe Anm. 19.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Allgemein wird die bisherige Blockpolitik und die Vorrangstellung der SED kritisiert. Dazu schreibt der Kreisverband Loburg: Mit Befremden wird darüber diskutiert, daß alle Maßnahmen nur auf Vorschlag des ZK beschlossen werden, alle übrigen Parteien jedoch keinerlei Einfluß haben. Zu den wirtschaftlichen erwartet die Mehrzahl der Einwohner auch politische Maßnahmen. Außerdem erwartet man, daß in Zukunft alle Blockparteien Vorschläge aus den Reihen ihrer Mitglieder zur Neugestaltung unserer Wirtschaft und der Einheit unseres Vaterlandes beachten und demgemäß Anträge an die Regierung stellen. Die Bevölkerung des Kreisverbandes Halle bemängelt, daß in der Regierung Leute aus allen Parteien sitzen, daß anscheinend aber nur das ZK der SED Vorschläge machen darf, die dann ohne jede Änderung und einstimmig angenommen werden. Es wird nicht verstanden, daß andere Parteien nichts zu sagen haben. Außerdem wird behauptet, daß die Funktionäre der SED bereits wieder dabei sind, die übrigen Blockparteien vollkommen beiseite zu schieben, und als ideologischen Faktor nicht anerkennen. Man hat den Eindruck, als wenn alle Parteien nur Hilfsvölker der SED wären. Laut Informationsbericht zur Lage im Bezirk Leipzig stellen die Mitglieder zu den neuen Vorschlägen des ZK der SED vom 22.6.1953[31] die Frage, wie das ZK Maßnahmen so weitgehender Art beschließen könne. Wo bleibt die Regierung, und warum wird das nicht in gemeinsamer Arbeit der Parteien getan? Der Kreisverband Neuhaus äußert sich dazu folgendermaßen: Die Gesetze der DDR sind von der Volkskammer zu erlassen. Schluß gemacht werden muß mit der Methode des Forderns, wie es bisher laufend geschah. Die Bevölkerung ist davon überzeugt, daß manche Fehler nicht gemacht worden wären, wenn die Volkskammer das wirkliche gesetzgebende Organ gewesen wäre. Keine Gesetze durch Verordnungen ersetzen! Alles, was unser Leben in irgend einer Weise nach dieser oder jener Seite hin beeinflussen kann, muß durch die wahren Gesetzgeber gehen: Die Volkskammer. Dies wäre dann auch eine Garantie dafür, daß Fehler in der bisherigen Art und Weise nicht mehr vorkommen. Damit würden selbst Bekenntnisse über begangene Fehler wohl überflüssig werden und eine Garantie gegeben sein, daß eine abermalige Schwenkung um 180°, wie die Bevölkerung sie sonst wieder befürchtet, unmöglich wird.

Ebenfalls ist man nicht mit der Bevorzugung der SED in Presse und Rundfunk einverstanden. So berichtet der Kreisverband Hildburghausen: Die Bevölkerung wünscht eine Gleichstellung aller Parteien und ist mit einer bevorzugten Behandlung der SED keinesfalls einverstanden. Ganz besonders wird dies bezüglich der Rundfunksendungen erwartet. Die Sprecher und die Kommentatoren sollten hierbei die Blockpolitik beachten.

[Die] Kreisverbände Treptow und Friedrichshain meinen, daß die Aufrufe des Politischen Ausschusses unserer Partei dem größten Teil der Bevölkerung unbekannt sind, da sie nur in der Parteipresse erscheinen. Es müßte angestrebt werden, daß in Zukunft diese Aufrufe ungekürzt wie die Aufrufe des ZK der SED in der gesamten demokratischen Presse erscheinen. Gekürzte Wiedergabe im Nachrichtendienst des demokratischen Rundfunks würde zur Popularisierung dieses Ausschusses beitragen, dessen politische Bedeutung für die Bevölkerung bisher nicht erkennbar war.

Der Kreisverband Hildburghausen teilt mit, daß die Bevölkerung kritisiert, daß im Rundfunk noch keine Umstellung in der gesamten Programmgestaltung erfolgt ist. Man erwartet, daß außer den Bezirken der SED auch die anderen Parteien zu ihrem Recht kommen. Be-

[31] Die Vorschläge des ZK der SED vom 21.6.1953 abgedruckt in: Spittmann/Fricke (Hrsg.), 17. Juni 1953, S. 188–192.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sondere Kritik wird geübt, daß die Politik wie früher gemacht wird. Die SED beschließt, die Regierung sagt nur Ja. Es wird die Frage aufgeworfen, ob die Volkskammer aufgelöst sei. Ist die Volkskammer trotz der Unruhen noch im Dornröschenschlaf? Auch über die Art der Berichte in Presse und Rundfunk wird Klage erhoben. Der Kreis Freital stellt fest, daß Rundfunk und Presse von den neuen Ereignissen nicht recht unterrichtet zu sein scheinen. Es gibt Sendungen, die auf unsere Bevölkerung, die immer noch in einem gereizten Zustand ist, wie ein Peitschenknall auf einen Haufen Sklaven wirkt. Der Artikel von Kuba (Ich schäme mich)[32], in der Bevölkerung der Schweinefleischartikel genannt, ist unmöglich. Es ist der Bevölkerung und auch dem Kreissekretariat unverständlich, daß diese Dummheiten noch nicht beseitigt sind.

[Der] Kreisverband Quedlinburg berichtet: Die Bevölkerung nimmt besonders daran Anstoß, daß bereits jetzt wieder in den Zeitungen in den Stellungnahmen zu den Ereignissen der letzten Wochen übertrieben wird und Selbstverpflichtungen bekannt gegeben werden, die nur auf freiwilliger Basis basieren sollen und die von den Belegschaften in einer gesamten Einstimmigkeit angenommen wurden. Man erklärt weiter, daß sich der Ton der Zeitungen trotz Einsicht der Fehler der Vergangenheit nicht geändert hat und daß die Schönfärberei in den Zeitungsberichten bereits wieder auf vollen Touren läuft. Der Zeitungsverkauf hat dadurch nach unserer Übersicht auch nicht zugenommen, wie es bei diesen besonderen Ereignissen verständlich gewesen wäre, sondern eher abgenommen. In Halle wird bemängelt, daß die Zeitungen nicht die geringste Rücksicht auf die wirkliche Stimmung im Volk nehmen, kritiklos dagegen alles bringen und verherrlichen, was von der SED als Parole herausgebracht wird, auch wenn es dem normalen Empfinden zuwiderläuft.

Besonders zahlreich sind die Anregungen und Wünsche der Bevölkerung in bezug auf die Belieferung mit Lebensmitteln, Kleidung und sonstigen Bedarfsartikeln und über die hohen Lebenshaltungskosten.

Der Kreisverband Fürstenwalde berichtet, daß in der Bevölkerung sehr beanstandet wird, daß es in den Betrieben Margarine und Zucker gibt, während im freien Verkauf die Belieferung noch sehr mangelhaft ist. Es ist sogar schon vorgekommen, daß Betriebsangehörige Zucker in größeren Mengen zum Verkauf anbieten. Es wird ferner beanstandet, daß wohl das Material für die Herstellung von Schuhen ein gutes, aber die Verarbeitung eine sehr schlechte ist, so daß die Bevölkerung zum Ausdruck bringt, daß der Arbeiter nicht so viel verdient, daß er sich in jeder Woche ein Paar neue Schuhe kaufen kann. Der Kreisverband Gransee führt darüber Klage, daß im Kreis kein Fett für die Bevölkerung vorhanden ist. Aus Bad Freienwalde wird berichtet, daß die Handelsorganisation Import-Blumenkohl zum Verkauf angeboten hat, der bereits halb verfault war. Auch Weißkohl und Kohlrabi wurden im halb verdorbenen Zustand wiederholt angeboten. Ebenso wurden Fleischwaren verkauft, die nicht mehr einwandfrei waren, so daß eine Anzahl von Personen nach Genuß über Magen- und Darmbeschwerden zu klagen hatten. Am 13.7. 1953 wurden zum ersten Male Tomaten verkauft, nach denen große Nachfrage herrschte. Plötzlich wurde der Verkauf abgebrochen mit der Begründung, daß die restlichen Tomaten von der Besatzungsmacht beschlagnahmt seien. Der Kreisverband Ribnitz-Damgarten teilt mit, daß es dort

[32] Der Artikel „Wie ich mich schäme" von Nationalpreisträger Kurt Barthel (Kuba), Sekretär des Schriftstellerverbandes der DDR, war am 20.6. 1953 im „Neuen Deutschland" erschienen, abgedruckt in: Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Denkschrift über den Juni-Aufstand in der sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1953, S. 70f.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kaum Marmelade gibt. Aus dem Kreis Gadebusch wird gemeldet, daß die Bevölkerung der Gemeinde Venskow im Kreis Schwerin schimpft, daß an die Mitglieder der LPG durch den Konsum je 375 Gramm Margarine ausgegeben wurde, während für die ganze Bevölkerung insgesamt 2 kg ausgeteilt wurde.

Der Vorsitzende der Ortsgruppe Pokrent sprach die Erwartung aus, daß die Zuckerration für die Selbstverbraucher erhöht wird. Aus dem Kreis Perleberg wird berichtet, daß nach wie vor ein großer Engpaß in der Versorgung mit Rohbraunkohle, Arbeitskleidung und Kinderschuhen der Größen 23 bis 35 herrrscht. Die ausschließliche Versorgung der Schwerindustrie wird von der Bevölkerung stark kritisiert. Die Bevölkerung ist auch sehr ungehalten, daß nach wie vor Zucker, Butter und Margarine im privaten Einzelhandel nicht zu haben sind. Gewünscht wird außerdem, daß zu dieser Jahreszeit mehr Sandaletten, bunte Sommerstoffe sowie Sommerkleider auf dem Markt erscheinen. Die Versorgung mit Frischgemüse ist ebenfalls noch unzulänglich. In Neubrandenburg ist man unzufrieden über fehlendes Arbeitsschuhwerk, von dem jeder Bauer mal, wenn nicht Stiefel, so doch Schuhe haben müßte. Man sagt, die zum Teil schlechte Einbringung der Hackfruchternte im Herbst 1952 sei zum Teil auf das schlechte und sogar fehlende Schuhwerk zurückzuführen. Man wäre, wenn nicht anders möglich, auch mit guten Igelitstiefeln zufrieden. Über den Verkauf von ungebleichtem Nessel nur an die Angestellten der HO ist man hell empört. Desgleichen über kürzlich gelieferte HO-Butter, die ganz ranzig schmeckte. Die Bevölkerung wünscht die Herabsetzung [der Preise] der zum Leben notwendigen Mittel. 10,– M für 500 Gramm Butter ist für den Durchschnitt der Bevölkerung nicht tragbar. Im Kreisverband Pasewalk äußerte ein Unionsfreund, daß er die Politik der Zugeständnisse nicht für richtig halte. Die Regierung soll eine andere Preispolitik führen, die Wirtschaft stabilisieren, die Preise für die Dinge des täglichen Bedarfs senken und vor allen Dingen nicht so viel Geld für Prämien bzw. Auszeichnungen, 5000,– M und höher, das die Arbeiter verdienen müssen, zum Fenster hinauswerfen.

Im Kreisverband Jüterbog stehen folgende Punkte zur Diskussion: 1. Warum haben am 19.6. 1953 die Industriearbeiter der Volkseigenen Betriebe 2 Pfund Margarine bekommen, während die übrige Bevölkerung leer ausging. Wiederum sind bald 14 Tage vergangen, indem es im HO nicht ein Stück Fettigkeit irgendwelcher Art gibt. Was sollen z.B. diese Menschen machen, die diesen Monat keine Karten bekommen haben? 2. Auf einem Ausspracheabend in Jüterbog beschwerte sich die Bevölkerung, daß die Regierung schon seit Jahren der Bevölkerung versprochen habe, die Fleisch- und Fettmarken auf den Lebensmittelkarten zu erhöhen; man wollte wissen, wann dies nun bald geschieht. Im Kreis Pritzwalk wurde von den Hausfrauen besonders der unterschiedliche Preis für Mager- und Buttermilch beanstandet. So beträgt dieser z.B. in Meinburg 0,50 DM, dagegen in Wendig-Priborn nur 0,20 DM. Bei einer sofortigen Nachfrage beim Rat des Kreises erklärte man, daß man bereits mehrmals den Bezirk angesprochen hat und man als Antwort erhielt, der Kreis soll sich beim Bezirk Schwerin erkundigen, laut welcher Anordnung sie diese Milch für 0,20 DM verkaufen könne. Dasselbe trifft für den HO-Zucker zu. In Meinburg 1,50 DM, in Wendig-Priborn 1,40 DM. Desweiteren beschwerten sich die Hausfrauen, daß weder Marmelade noch Honig zu bekommen ist. Außerdem beschwerte man sich, daß in der HO noch kein Zucker vorhanden ist, trotzdem die Regierung 15000 Tonnen freigegeben hat. Die Lebenshaltungskosten werden immer wieder als zu hoch bezeichnet, besonders in Trikotagen und Mehlerzeugnissen (Nudeln, Makkaroni usw.), die besonders für die werktätige Bevölkerung zu teuer sind. Im Kreisverband Rathenow fragt man: Wo bleibt die Butter, Margarine und Öl? Zucker fehlt vollständig in der HO. Wo bleibt die Ware? Die Bevölke-

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rung gibt sich mit den Erklärungen Grotewohls nicht einverstanden [sic!], der am 23. 6. 1953 im Transformatorenwerk Karl-Liebknecht sagte, die Preisregulierung in der HO hängt von der Steigerung der Produktion ab. Diese Formulierung ist falsch. Die Bevölkerung vertritt die Ansicht, daß die Zeit reif ist, mit der Ausfuhr von Erzeugnissen der Industrie sowie der anderen Produktion Schluß zu machen und die Versorgung der Bevölkerung zu sichern.

In Wittstock werden nach wie vor die hohen Textilpreise diskutiert. Der Herstellungswert der Waren und der Verkaufspreis haben eine zu große Differenz, worin die Bevölkerung eine Bereicherung des Staates auf ihre Kosten sieht. Die Diskussionsbeiträge, daß eine Mehrproduktion die Herabsetzung der Preise herbeiführen würde, findet ihre Entgegnung in folgender Ansicht: Die falsche Normerhöhung wurde von der Regierung zugegeben. Produktionssteigerung auf die Kräfte des Volkes bedeutet eine Ausbeutung des Menschen. Im Kreisverband Senftenberg sagt man, die Preise in den HO sind viel zu hoch, und nur ein geringer Teil der Bevölkerung kann sich das erwerben, was im täglichen Leben benötigt wird. Durch den Krieg und die ersten Nachkriegsjahre sind Kleider und Hauswirtschaftsgegenstände zurückgestellt worden nur um der Ernährung willen. Jetzt [habe man] die anstrengende Arbeit zur Erfüllung der Pläne, was zur Folge hat, daß der Ernährung mehr Beachtung geschenkt wird, aber die Preise zu hoch liegen gegenüber den Lohneinkünften. Das Vertrauen an eine Zeit des besseren Lebens läßt bei der Bevölkerung sehr nach. Es schwindet vor allem die Bereitschaft zur Mitarbeit, weil es bisher allzu oft nur bei Versprechungen geblieben ist und keine Taten folgten. Im Kreisverband Quedlinburg werden in den Diskussionen immer wieder folgende Fragen gestellt: Sind die neuen Beschlüsse der Regierung in finanzieller, materialmäßiger und arbeitskräftemäßiger Hinsicht überhaupt erfüllbar? Wir erwarten eine gerechte und ausreichende Verteilung von Butter, Margarine und Zucker. Warum hat es in der Vergangenheit keine regelmäßige Fischzuteilung gegeben? Dabei ist zu berücksichtigen, daß die HO-Preise für Butter einem großen Teil der Bevölkerung nicht erschwingbar sind. Wo bleiben die Windeln? Wir brauchen Bettwäsche! Warum sind die Verordnungen der Regierung noch nicht in den Gesetzblättern erschienen? In Halle bemängelt die Bevölkerung, daß die Preispolitik nicht geändert wird. Man ist der Meinung, daß im kapitalistischen Zeitalter das Leben angenehmer gewesen sei, weil man damals nicht das Gefühl gehabt hätte, mit seiner Arbeitskraft so schonungslos ausgebeutet zu werden, wie das jetzt geschehe. Im Bezirk Leipzig wird nicht verstanden, daß in Schwerpunktbetrieben pro Kopf 2 Pfund Margarine ausgegeben wurden und weite Kreise der sonstigen Bevölkerung immer noch ohne Fettzuteilung sind. Im Kreis Ludwigslust stellt man die Frage, ob nicht die Möglichkeit besteht, an alte Leute, vor allem Rentner und Fürsorgeempfänger, Milch auszugeben. Gerade alten Menschen fehlt in vielen Fällen Milch. Jedoch ist der Bezug für diesen Personenkreis aus der HO finanziell einfach unmöglich. Man sollte sich einmal mit der Frage befassen, ob sich hier eine Regelung finden ließe, die gerade auch den Rentnern und Fürsorgeempfängern eine ganz wesentliche Verbesserung ihres Lebens bringen würde. In diesem Zusammenhang wurde auch angeschnitten, daß die Ärzte keine Möglichkeit haben, Magenkranken Milch zu verschreiben. Außerdem wird im Bezirk Neubrandenburg gefordert zu überprüfen, ob auch für Kinder über 9 Jahre Vollmilch zur Verfügung gestellt werden kann. Im gleichen Sinne wird auch in den Bezirken Frankfurt und Halle sowie in den Kreisen Wittstock, Zossen, Stendal, Hildburghausen, Bützow, Schwerin-Land, Potsdam-Stadt, Berlin-Friedrichshain und Treptow diskutiert. Wie die Aufklärungsleitung der Nationalen Front mitteilt, sind in Heringsford wegen Lebensmittelmangel viele Ferienplätze nicht belegt.

Auch die Hausbrandversorgung wird von der Bevölkerung als mangelhaft bezeichnet.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ein Geschäftsführer der Handelskammer in Artern erklärte, daß er für den Monat Juli gegenüber dem Vormonat Juni nur eine 60 %ige Kohlenzuteilung erhalten habe. Diese Kohlenzuteilung war für die Bäckereien und andere Handwerksbetriebe und reichte nur für 20 Tage. Man kann von seiten der Bevölkerung nicht verstehen, warum die Kohlezuteilung so langsam vor sich geht. Die Diskussion geht darauf hinaus, daß jetzt die Ernte beginnt und daß dann die Waggonzuteilung für die Kohlen knapper wird und zur Folge hat, daß wiederum in der Kohlenversorgung solche Schwierigkeiten wie im Vorjahr auftreten.

Ebenfalls sehr viele Beschwerden kommen von der bäuerlichen Bevölkerung bezüglich des Ablieferungssolls, des Arbeitskräftemangels, des Mangels an Düngemittel usw. Es wird vom Bezirksverband Schwerin berichtet, daß Kredite für größere Bauernwirtschaften so lange zwecklos seien, als nicht auch eine Herabsetzung der Ablieferungsnormen und die Frage der stärkeren Zuteilung an Düngemittel geklärt werden müssen. Im Kreisverband Güstrow wurde im Gespräch mit Bauern festgestellt, daß es bei einem großen Teil schwierig sein wird, sie zur Übernahme ihrer Betriebe zu bewegen. Die Bauern sind übereinstimmend der Meinung, wenn das Soll, welches einem in diesem Jahr auferlegt wurde, beibehalten wird, sie sich im Herbst in derselben Situation befinden wie im vergangenen Jahr, und zwar, daß sie ihren Ablieferungspflichten nicht nachkommen können und somit mit dem Gesetz in Konflikt kommen. Weiter wird festgestellt, daß es in der Landwirtschaft zunächst darauf ankommt, die Grundlage für das vorhandene Vieh zu schaffen. Es wird die Ansicht vertreten, daß, solange das Ablieferungssoll in dieser Höhe bestehen bleibt, die Futtergrundlage für das Vieh nicht gesichert sein wird. Der Pastor Bach aus Neese meinte, daß vor allem in der Frage der Rückkehr republikflüchtiger Bauern noch sehr viele Unklarheiten bestünden. Bevor nicht endgültig geklärt wird, welche Regelung in den Rückständen im Ablieferungssoll gefunden und wie die Frage der mangelnden Arbeitskräfte geklärt würde, steht man auf dem Lande der Entwicklung sehr abwartend gegenüber. Im Kreisverband Gadebusch wird erklärt, der Wunschanbauplan muß wirklich ein Wunsch der Bauern sein und darf nicht geändert werden. Der Nachtdrusch muß verschwinden, weil dies für die Bauern eine zu große Belastung ist. Die Ablieferung für eine landwirtschaftliche Nutzfläche für Handwerker muß erhöht werden. Mit 0,25 ha sind sie nicht lebensfähig. Der Kreisverband Parchim schreibt: Die Realisierung der neuen Beschlüsse unserer Regierung auf landwirtschaftlichem Gebiet ist bei uns die Schwerpunktaufgabe. Hierzu fehlen klare und eindeutige Verordnungen der Regierung, und zwar müssen diese sofort und nicht erst in vier Wochen, wenn die Ernte beginnt, erlassen werden. Bis heute ist es aufgrund der noch fehlenden Verordnungen nicht möglich, die Bauern zu überzeugen. Denn gerade der mecklenburgische Bauer hat bei allen Maßnahmen im ersten Augenblick ein Mißtrauen. Im Kreisverband Schwerin-Land wird erklärt, daß die Regierung sofort die Ablieferungsnormen erniedrigen und den Bauern klare Forderungen vorlegen muß. Erst dann wird der größte Teil der republikflüchtigen Bauern entscheiden können, ob er in der DDR noch eine Existenzmöglichkeit hat. Aus Neubrandenburg wird berichtet, daß man in bäuerlichen Kreisen über die zum Teil ungerechte Belieferung von Kunstdüngern an die LPG empört ist, während den werktätigen Bauern der versprochene Teil an Kunstdünger noch nicht gegeben wurde. Ferner kritisiert man, daß das Milchgeld für Mai 1953 noch nicht bezahlt wurde und die Fettprobe der gelieferten Milch im Juni bisher nur einmal vermerkt ist. Im Kreisverband Röbel erklärten die Bauern, daß sie keine Butter hätten, da ihr Soll zu hoch ist und insofern die Butterzuteilung zu gering wäre und sie damit nicht auskamen. Auf den Hinweis, daß sie diese Dinge in der HO kaufen könnten, wurde erklärt, sie könnten in der HO nicht kaufen, da sie kein Geld haben. Die Bäuerliche Handelsgenossenschaft zahlt ihnen kein Geld aus und mit

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den wenigen Beträgen, die sie erhalten, müssen sie noch die Leute bezahlen, die ihnen bei der Arbeit geholfen haben.

Dagegen müssen sie, wenn sie Vieh abgeliefert haben und sie von der Verwaltung Volkseigener Erfassungs- und Aufkaufbetriebe für landwirtschaftliche Erzeugnisse Getreide bekommen, dieses sofort bezahlen, sonst müßten sie mit leerem Wagen und unverrichteter Dinge wieder nach Hause fahren. Dies hat sich gerade am Tag der Diskussion ereignet. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft wurden im Kreisverband Bernburg folgende Forderungen gestellt: Abschaffung des zwangsweisen Anbaues in der Landwirtschaft, Einteilung der landwirtschaftlichen Betriebe für die Abgabe von landwirtschaftlichen Produkten. Gleichmäßige Löhne in allen landwirtschaftlichen Betrieben.

Im Kreis Quedlinburg wurde die Frage gestellt, ob die starren Ablieferungstermine für die diesjährige Ernte entsprechend dem schlechten Verfahren der vergangenen Jahre nunmehr so abgeändert werden, daß eine gleichmäßige und natürliche Aberntung der Kartoffeln und Rüben nach der Getreideernte erfolgt und damit auch eine rechtzeitige Winterfurche geschaffen werden kann. Die Verordnung über den Plan der Viehbestände 1953 vom 2.2.1953[33] muß besonders im Hinblick auf die Futtergrundlage der Wirtschaften überprüft werden. Die Verordnung über die Pflichtablieferung und den Ankauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen für das Jahr 1953 vom 22.1.1953 muß unbedingt im Paragraph 7[34] abgeändert werden. Diese Verordnung hat größte Verärgerung und Verbitterung hervorgerufen. Wenn ein Handwerker in seinem Betrieb einen Beschäftigen hat, muß er – angenommen bei 3 Hühnern – 400 Eier im Jahr abliefern. Warum werden nicht Vertreter des Einzelhandels bei Besprechungen zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung hinzugezogen? Nur HO und Konsum werden geladen. Die Einzelhändler sagen, wir sind also doch abgeschrieben. Auch im Kreisverband Neuhaus wird gefordert, daß der § 7 im Abschnitt III in der Verordnung über die Pflichtablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse für das Jahr 1953 aufgehoben wird. Dieser Paragraph ist in der jetzigen Zeit vollkommen fehl am Platze. Eine unbillige Härte ist es, vor allem für Kleingewerbetreibende. Nach Rücksprache mit den Bauern im Kreis Freital geht man an vielen wesentlichen Dingen in der Landwirtschaft vorbei. Danach wird es sich in Zukunft für die Bauern beunruhigend und nachteilig in bezug auf die entbehrten Produkte Schweine und Milch auswirken, wenn der zentrale Futterfonds weiter wie bisher nur in die LPG fließt und darüber hinaus die Versorgung schleppend und nicht zeitgerecht geschieht. Weiter wird bemerkt, daß die Bauern mit Traktoren, Dresch- und hochwertigem Ackergerät beliefert werden müssen. Desgleichen fehlt es an Futternäpfen. Die Bauern weisen weiter darauf hin, daß man Angst davor hat, daß die Deutsche Handelszentrale nicht in der Lage ist, Frischgemüse, Tomaten usw. abzunehmen, weil der bisherige Anfall schon gezeigt hat, daß bei den geringen Mengen gegenüber den noch zu erwartenden weitaus größeren Transport und Abnahmeschwierigkeiten bestanden.

Rege Diskussion löst auch das Schul- und Erziehungswesen aus. Im Kreisverband Bernburg nimmt man dazu wie folgt Stellung: Das wichtigste Gebiet des kulturellen Lebens, auf

---

[33] Gesetzblatt der DDR 1953, S. 249f.

[34] Ebenda, S. 175–183. § 7 lautete: „Besitzer von landwirtschaftlichen Nutzflächen bis zu 1 ha und Tierhalter (auch ohne Land), insbesondere private Industrie-, Gewerbe-, Handels- und Handwerksbetriebe, haben nach der Stückzahl der von ihnen gehaltenen Tiere Schlachtvieh, Milch und Eier nach folgenden Sätzen abzuliefern: je Stück Rindvieh: 40 kg (Lebendgewicht), Schwein: 50 kg, Schaf: 10 kg, Milchkuh: 700 kg Milch zu 3,5 % Fettgehalt; beim Besitz von Legehennen: 400 Stück Eier je Haushalt des ablieferungspflichtigen Erzeugers.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem durchgreifende Veränderungen und Verbesserungen notwendig sind, ist das Schul- und Erziehungswesen. Die bisher geübte Blockpolitik hat es dahin gebracht, daß das gesamte Erziehungswesen eine Domäne der SED wurde, auf welche die übrigen Parteien wenig Einfluß hatten. Dies zeigt sich deutlich in den Lehrplänen der allgemein bildenden Schulen, die rein marxistisch sind und auf die Belange der Eltern, die ihre Kinder christlich erzogen wissen wollen, keinerlei Rücksicht nehmen. Man kann z. B. im Deutschunterricht nicht mit Unrecht von einem Entdeutschungsprozeß sprechen. Für den Geschichtsunterricht war im Kulturprogramm der CDU gefordert worden, das neben der marxistischen Geschichtsauffassung auch die ideologische [gemeint: idealistische] zum Worte kommen sollte[35]. Diese Forderung ist nie erfüllt worden. Infolgedessen sind Lehrer, die sich in den Gesinnungsfächern Deutsch und Geschichte nicht zu der rein marxistischen Praxis entschließen konnten, weil es ihnen ihr Gewissen verbot, als nicht tragbar durch Entlassung oder durch Versetzung an Grundschulen gemaßregelt worden. Häufig wurden solche Maßnahmen von Erziehungsfunktionären verfügt, die ihre Ausbildung bei den von ihnen Gemaßregelten genossen hatten und denen sie an Erfahrung weit nachstanden. Ministerpräsident Grotewohl hat in seiner Rede am Tag des Lehrers das Verkehrte und Unzulässige dieses Verfahrens zugegeben und gerügt[36]. In der Zulassung der Kinder sogenannter bürgerlicher Eltern zur Oberschule und Universität ist schwer gegen den Grundsatz verstoßen worden, der in der Verfassung, gleiches Recht auf Bildung, verbürgt ist. Um diese hauptsächlichen Mängel abzustellen, werden von den christlichen Eltern folgende Forderungen erhoben:

1. Aufstellung von neuen Lehrplänen, welche die rein marxistische Ausrichtung der Einheitsschule beseitigen.
2. Streichung der Gegenwartskunde als Gesinnungsfach.
3. Wirksame Einflußnahme aller Parteien, besonders der bisher gänzlich ausgeschalteten CDU, auf das Erziehungswesen.
4. Überprüfung und Aufhebung aller Maßregelungen von Lehrpersonen, die aus sog. politischen Gründen erfolgten.
5. Gleiche Berechtigung der Kinder aller Schichten bei der Zulassung zu den Ober- und Hochschulen.
6. Viele christliche Eltern wünschen Wiederaufnahme des Religionsunterrichts in den Lehrplänen.

Man vertritt den Standpunkt, daß allerdings das entsprechende Unterrichtsministerium

---

[35] Das Kulturprogramm der CDU war am 26.6. 1949 in Eisenach verabschiedet worden. Darin die Feststellung: „Der gesamte Unterricht ist im Geiste der Demokratie und Humanität zu erteilen [...]. Die Christlich-Demokratische Union wendet sich gegen jede einseitige Geschichtsauffassung." Das Programm ist abgedruckt in: „Der Neue Weg" vom 28.6. 1949, S. 3.

[36] Die Rede hatte Grotewohl am 12.6. 1953 anläßlich eines Festaktes der Regierung zum „Tage des Lehrers" in der Deutschen Staatsoper in Berlin gehalten. Darin die Feststellung: „Die Beschäftigung im Schuldienst darf [...] nicht von der Anerkennung des Marxismus-Leninismus abhängig gemacht werden [...]. Es ist darum falsch und als Fehler anzusehen, wenn das Volksbildungsministerium oder die Staatlichen Organe in den Bezirken glauben, die Qualität des Lehrers dadurch zu heben, daß sie bei Tausenden von Lehrern umfangreiche Untersuchungen und Nachprüfungen vornehmen und schließlich Hunderte von Lehrern entlassen [...]. Die im Zusammenhang mit den Oberschulen ausgesprochenen Kündigungen und Versetzungen von Lehrern müssen rückgängig gemacht werden." Artikel „Beweis unseres Verständigungswillens", in: „Der Neue Weg" vom 13.6. 1953 (Titelseite).

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

für die Durchführung dieser Forderungen keine Gewähr bietet. In Wittstock werden Wünsche laut, die eine Wiedereinführung der englischen und französischen Sprache und des obligatorischen Religionsunterrichts beinhalten.

Im Kreisverband Senftenberg ist unverständlich, warum trotz der Rede des Ministerpräsidenten die für CDU-Lehrer ausgesprochenen Versetzungen von Oberschulen nach Grundschulen usw. nicht zurückgezogen worden sind. Es steht auch fest, daß diese Versetzungen auf politischem Gebiet liegen, weil diese Lehrer zu vieles wußten, was den Schulleitern nicht angenehm war. Die Abteilung Volksbildung beim Rat des Kreises regt sich in dieser Frage überhaupt nicht. Glaubt etwa der Rat des Kreises, daß die Versetzungen berechtigt sind? Die Elternschaft in Hildburghausen erwartet ebenfalls eine Änderung des Lehrplanes in den Schulen. Gleichzeitig wird gefordert, daß Lehrer, welche über die Kirche und ihre Einrichtungen lächerliche Bemerkungen vor den Kindern machen, aus dem Schuldienst zu entlassen sind. Ein Unionsfreund teilte mit, daß, obwohl vorher die Beurlaubung erteilt worden war, sein Kind wegen Fernbleiben [von der Schule] am Fronleichnamfest damit beanstandet worden ist, daß es nicht mit den anderen Kindern zur Erholung an die Ostsee fahren durfte. Die Verschickung der Kinder erfolgte durch den Caritasverband. Außerdem wird von den christlichen Eltern gefordert, daß die Schulleiter nicht nur aus den Reihen der SED ausgewählt werden.

Im Bezirk Leipzig wird auf die Notwendigkeit einer gründlichen Veränderung der Steuersätze für die Industrie und den Handel hingewiesen. Der Kreis Puttbus schreibt, daß insbesondere von der Handwerkerschaft der Wunsch geäußert wird, die Handwerkssteuer nach Möglichkeit wieder in der alten Form herzustellen. Aus den Kreisen der Industriemitglieder wird beanstandet, daß bei der Neuorganisierung der 25 %ige Zuschlag der einkommenden Steuer bei Überschreitung des Antrages nur nicht fallen gelassen ist [?]. Im Kreisverband Meiningen wird festgestellt, daß der Handel selbst, wenn er etwas höhere Zuteilungen bekommt als bisher, nie existenzfähig sein wird, wenn die Regierung sich nicht entschließt, endlich auch eine Steuerreform durchzuführen, die im privaten Handel und der privaten Industrie eine Erleichterung bringt. Die Steuerlasten und sozialen Abgaben sind in den letzten Jahren derartig angestiegen, daß im Handel nur noch von einer erschütternden Existenzgrundlage gesprochen werden kann. Sollte es wirklich die Absicht der Regierung sein, dem privaten Handel und der Industrie zu helfen, muß die Hilfe an der Wurzel anfangen, d.h. in der Herabsetzung der Steuer- und Sozialabgaben.

Eine große Verärgerung herrscht in der Bevölkerung auch über die bisherige Personalpolitik. Der Kreisverband Neuhaus schreibt dazu: Die Personalpolitik in der Verwaltung richtete sich in der vergangenen Zeit nach kaderpolitischen Richtlinien, die kaum bekannt waren. Die Auswirkungen waren aber so, daß kaum Angehörige von nicht marxistischen Parteien eingestellt wurden. Die SED herrschte mit dem Leiter der Kaderabteilung der Betriebsparteiorganisation und der Betriebsgewerkschaftsleitung ganz eindeutig und lehnte unter oft durchsichtigen Gründen alle Angehörigen anderer Parteien ab. Verlangt werden muß heute, daß vor allem Fachleute und Könner in die Verwaltungen eingestellt werden. Eine Frage nach der Parteizugehörigkeit mußte überflüssig sein. Die Klagen vieler Parteifreunde sprechen für die Richtigkeit dieser Feststellung. War es doch so, daß man mit seinem Bekenntnis zur Zugehörigkeit zu einer anderen Partei [als der SED], vor allem zur CDU, gewärtig sein mußte, daß man keine Aussicht auf Einstellung habe. Auch in Freital fordert man ernste Änderungen in der Kaderpolitik, die bisher von der jeweiligen Kreisleitung der SED ausschließlich gemacht worden ist. Auch aus Halle kommen Klagen darüber, daß Unionsfreunde bei Einstellungen deswegen benachteiligt wurden, weil sie Mitglieder

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

unserer Partei sind. Das Kreissekretariat des Kreisverbandes Halle hat sich mit dieser Angelegenheit befaßt und nachdrücklich verlangt, daß dieser Übelstand alsbald und restlos beseitigt wird. Es handelt sich hier um einen ganz wesentlichen und durchaus berechtigten Grund zur Mißstimmung in unseren Mitgliederkreisen. Die seit Jahren bewährte und von der Regierung betonte Blockbildung, die sich auf eine gemeinschaftliche Arbeit aller gleichberechtigten Parteien stützt, läßt eine unterschiedliche Behandlung der arbeitenden Menschen in keiner Weise zu. Man sollte zuerst darauf sehen, gute Fachkräfte in die ihren Fähigkeiten entsprechende Stellen zu bringen.

Bezüglich des Wohnungsbaues ist man in Halle der Meinung, daß für die Masse des Volkes nicht das geringste Verständnis aufgebracht wird, aber für einige Bauten große Worte findet. Der Wohnungsbau im großen Stil wird als die Lösung vieler Schwierigkeiten angesehen.

Aus Hildburghausen schreibt man, daß es dringend einer generellen Regelung und Klärung in der Frage des Straferlasses bzw. der Urteilsüberprüfungen infolge der entsprechenden Bestimmungen der Regierungsverordnung vom 11.6. 1953 bedarf, um die erforderliche Rechtssicherheit zu gewährleisten. Inzwischen sind aufgrund der erfolgten Freilassungen von Straf- und Untersuchungshäftlingen Mißverhältnisse und Härten entstanden, wodurch Kritik und eine gewisse Unzufriedenheit in weiten Teilen der Bevölkerung hervorgerufen wurde. Dazu dürfte Berechtigung bestehen, wenn man beispielsweise folgenden Vergleich zieht: Ein Landwirt hat Untreue an Volkseigentum begangen (es handelt sich um einen Betrag von 540 M) und wurde dieserhalb rechtskräftig nach § 2 VESchG[37] zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er wurde inzwischen entlassen. Demgegenüber: Eine mit 2 Jahren [Haft bestrafte] Angestellte hat kurz vor Inkrafttreten des VESchG 210 M unterschlagen. Sie wurde zunächst nach dem VESchG zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Auf ihre Berufung hin wurde das Urteil durch das oberste Gericht abgeändert, und sie erhielt lediglich wegen Unterschlagung und schwerer Urkundenfälschung 2 Jahre Zuchthaus, weil eben die Tat nicht in den Geltungsbereich des VESchG fiel. Sie befindet sich noch in Haft. Desgleichen erscheint es unverständlich, wenn Personen, die Diebstahl, Unterschlagungen, Untreue oder Betrug zum Schaden von Volkseigentum oder gesellschaftlichem Eigentum begangen haben, soweit sie nach dem VESchG nicht zu mehr als 3 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden, nunmehr ohne weiteres freigelassen worden sind, während andere Delinqenten, die gleiche Straftaten begangen haben, die sich aber gegen Privateigentum richteten, bisher nicht irgendwie Berücksichtigung fanden. Grundsätzlich müßte zunächst geklärt werden, welche Rechtsgrundlage den erfolgten Entlassungen zugrunde liegt. Wenn die betreffenden Ermittlungsverfahren niedergeschlagen werden, die bereits rechtskräftige Urteile in solchen Fällen aufheben, handelt es sich um eine Teilamnestie oder Gnadenaktion. Gleichzeitig muß geklärt werden, ob und gegebenenfalls wie das VESchG vom 2.10. anzuwenden ist. In der Bevölkerung wird immer wieder darauf hingewiesen, daß man eine großzügige und umfassende Amnestie oder Gnadenaktion erhofft oder erwartet. Da man in den Anordnungen der Regierung vom 11.6. 1953 insbesondere von der Anwendung des Gesetzes zum Schutze des Volkseigentums ausgeht, so dürfte es gleichermaßen gerechtfertigt sein, auch die Anwendung des Gesetzes zum Schutze des Innerdeutschen Handels[38] zu überprüfen und die nach diesem Gesetz Verurteilten ebenso zu behandeln, wie es mit denen ge-

[37] Vgl. Gesetz zum Schutz des Volkseigentums und anderen gesellschaftlichen Eigentums vom 2.10. 1952, in: Gesetzblatt der DDR 1953, S. 982.

[38] Datiert vom 21.4. 1950, in: Gesetzblatt der DDR 1950, S. 327f.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schieht, die im Rahmen der Mindeststrafe des VESchG bestraft worden sind bzw. danach eine Strafe zu erwarten hatten. Auch das HSCHG, das die Mindeststrafe von 3 bzw. 5 Jahren Freiheitsstrafe enthält[39], wurde in letzter Zeit sehr weit ausgelegt. Fernerhin erscheint es angebracht, die Verfahren zu überprüfen, in denen sich die Täter gegen Maßnahmen wandten, die jetzt von der Regierung als falsch anerkannt wurden. Es handelt sich dabei um eine beträchtliche Zahl von Strafverfahren, in denen Artikel besonders der Verfassung und Kontrolldirektive 38 Abschnitt II Artikel III A und IX[40] zur Anwendung kamen.

Der Kreisverband Neuhaus fordert eine unbedingte Rechtssicherheit. Die Angst vor Verhaftungen muß den Menschen genommen werden. Die Bestimmungen über das Recht der vorsorglichen Festnahme, das die Polizei hat, muß so abgedeckt werden, daß jede Willkür ausgeschaltet wird. Es darf auf keinen Fall vorkommen, daß Unmutsäußerungen oder Kritiken als Provokation hingestellt werden und damit Verhaftungen und Verurteilungen im Gefolge haben.

Im Kreisgebiet Meiningen tritt schon seit einigen Jahren die Wildschweinplage ganz besonders in Erscheinung. Es taucht ab und zu einmal ein sogenanntes Jagdkommando auf und versucht mit List und Tücke einen Schwarzkittel zu erledigen. Manchmal gelingt es, manchmal gelingt es auch nicht. Ein systematischer Abschuß ist die ganzen Jahre hindurch nicht möglich gewesen, so daß die Plage jetzt schon derart überhand genommen hat, daß große Flächen von den Rudeln total verwüstet wurden. Es wäre nach unserem Dafürhalten eine dankbare Aufgabe der Hauptparteileitung, wenn man sich für die Rückgabe der Jagdgewehre an das Forstpersonal und die Jagdwächter einsetzen würde. Nur so ist es möglich, das Wild zu reduzieren und die Wildplage auszuschalten. Der Dank der Bauern im ganzen Thüringer Land an die CDU wäre gewiß.

Der Kreisverband Meiningen teilt mit, daß es ein sehr dringender Wunsch der Bevölkerung sei, daß die Regierung die Durchsuchung der Pakete aus Westdeutschland unterlassen möge. Die Bevölkerung stellt immer wieder fest, daß die Pakete bei der Ankunft nicht mehr das enthalten, was der Absender eingepackt hat. Der Kreisverband Wittstock berichtet, daß in Gesprächen mit Angehörigen der freien und Angehörigen der privaten Wirtschaft sich folgende Schwächen herausstellten: Schuhmacher, Schlosser und Lebensmittelgeschäfte bekommen nicht die Zuteilung an Waren und Material wie sie dem Konsum und der HO ausgeliefert werden.

Arbeiter der volkseigenen Betriebe erhalten andere Tarife und verbilligtes Werkküchenessen. Sind keine Werkküchen vorhanden, werden Zusatzlebensmittelkarten ausgehändigt, die dem Arbeiter und Handwerker in der Privatwirtschaft vorenthalten werden. Verkäufer und Verkäuferinnen der Privatwirtschaft werden gering entlohnt und bekommen die Grundkarte, während Angestellte der HO und des Konsums bevorzugt werden.

---

39 § 2 des Gesetzes zum Schutze des innerdeutschen Handels, in: Ebenda.

40 Gemeint ist die Direktive des Alliierten Kontrollrates vom 12. 10. 1946 betr. Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen und Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen. Nach besagtem Artikel fiel unter den erwähnten Personenkreis als Belasteter auch, „wer nach dem 8. Mai 1945 durch Propaganda für den Nationalsozialismus oder Militarismus oder durch Erfindung und Verbreitung tendenziöser Gerüchte den Frieden des deutschen Volkes oder den Frieden der Welt gefährdet hat oder möglicherweise noch gefährdet". Nach Artikel IX konnten sie „auf die Dauer bis zu 10 Jahren in einem Gefängnis oder in einem Lager interniert werden, um Wiedergutmachung und Wiederaufbauarbeiten zu verrichten". Amtsblatt des Kontrollrates, S. 188 bzw. S. 192.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wie die Ortsgruppe Rödersdorf mitteilt, wird danach gefragt, was mit Dertinger sei[41]. Man verlangt von der Parteileitung, daß sie sich darum kümmere, daß die Untersuchungen überprüft werden, um endlich zu erfahren, was ihm zur Last gelegt wird und wie die handgreiflichen Beweise dafür sind. Seit seiner Verhaftung hörte man nämlich nicht mehr ein Wort davon.

Bezüglich des Interzonenverkehrs werden folgende Wünsche und Beschwerden laut: Im Kreisverband Sonneberg führen Interzonenreisende bittere Beschwerden darüber, daß zu wenig Interzonenzüge eingesetzt sind, da eine ganz außergewöhnliche Überlastung der wenigen Züge zu verzeichnen ist. Dadurch verzögerten sich die Paß- und Gepäckkontrollen ungewöhnlich lange, so daß die D-Züge Verspätungen von 2 bis 4 Stunden haben. Es wird deshalb für erforderlich gehalten, die Zahl der Interzonenzüge dem erhöhten Interzonenverkehr anzupassen. Weiterhin wird der Wunsch geäußert, daß die Zahl der Interzonenübergangsstellen mindestens auf den Stand von 1949 erhöht wird. Die Interzonenreisenden, besonders der grenznahen Gebiete, müssen durch das Bestehen nur weniger Übergangsstellen weite und kostspielige Umwege machen. So ist beispielsweise eine Fahrt nach der bayerischen Nachbarstadt Coburg, die 20 km entfernt ist, nur über einen Umweg von ca. 100 km möglich. Die Sonneberger sind insbesonders an der Wiedereröffnung des Übergangs bei Sonneberg-Höhnbach an der Hauptstraße Sonneberg-Neustadt-Coburg interessiert, der im Jahre 1950 geschlossen worden ist. Es wird aber dringend darum gebeten, daß im Zuge der Wiedereröffnung keine Räumung von Privathäusern vorgenommen wird. Von bayerischer Seite ist bereits seit Jahren ein massives Zollhäuschen errichtet worden, und es bestehen gar keine Schwierigkeiten auf thüringischer Seite ein ähnliches Gebäude zu erbauen.

In Halle wird bemängelt, daß die Einheit unseres Volkes durch die Maßnahmen der Regierung in immer weitere Ferne gerückt ist. Alle Anordnungen wären nur dazu da, die Verbindung zum Westen Deutschlands zu stören. Ungehinderter Reise- und Postverkehr nach und von dem Westen Deutschlands wird als Sofortmaßnahme verlangt. Der Kreisverband Neuhaus teilt mit, daß für die Bewohner der Sperrzone weder Interzonenpässe noch Aufenthaltsgenehmigungen ausgestellt werden. Wenn auch im Augenblick Verständnis dafür vorhanden ist, daß Aufenthaltsgenehmigungen für den Raum der Sperrzone nicht ausgegeben werden, so könnten doch für die Bewohner der Sperrzonen Interzonenpässe zum Besuch Westdeutschlands ausgegeben werden. Man kann die Bewohner der Sperrzone, die genug unter den Sperrzonenbedingungen leiden müssen, auch hierin nicht zu Menschen minderen Rechts machen. Aus dem Kreis Zossen werden heftige Beschwerden wegen der Fahrverbindung gemeldet. Es wird die Forderung erhoben, daß es endlich an der Zeit sei, die Verkehrsverhältnisse aus Berlin in die Randgebiete zu verbessern (Berlin-Rangsdorf-Wiensdorf). Offen wurde zum Ausdruck gebracht, daß die nächste Arbeitsniederlegung kurz bevorsteht, wenn es nicht schnellstmöglich gelingt, die Verbesserung durchzuführen. Die Rangsdorfer Bevölkerung ist zur Zeit von 4.30 Uhr bzw. 5.30 Uhr bis 20 Uhr zu ihrem Arbeitsplatz in Berlin unterwegs. Hierbei fragt man auch, wo die Einhaltung des Arbeitsschutzgesetzes bleibe? Die Argumente, daß im Augenblick nicht die in Betriebnahme der S-Bahn mit den Ereignissen des 17. Juni in Einklang zu bringen ist, und der Vorschlag, daß es

[41] Außenminister Dertinger (CDU) war am 13.1. 1953 überraschend verhaftet worden. Anfang 1954 wurde er „als Haupt einer Verschwörergruppe" in einem Geheimprozeß zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Michael Richter, Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 19), Düsseldorf 1990, S. 364–368.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der BRD möglich sein müßte, S-Bahn-Züge von Rangsdorf nach dem demokratischen Sektor, die in den Westsektoren durchfahren, einzusetzen, wurde verlacht und die Frage aufgeworfen, wo bleibt die Verständigung der Westberliner Bevölkerung mit uns, wenn wir nicht hindürfen. Einer der Anwesenden ging so weit bei dieser Frage, daß er die Behauptung aufstellte, daß die Gegner der Wiedervereinigung nicht im Westen, sondern im Osten zu suchen wären. Auch der Kreisverband Potsdam-Land berichtet, daß in der Randgemeinde Standorf darauf aufmerksam gemacht wurde, die Verkehrsbeschränkung im S-Bahnverkehr auf der Strecke Stansdorf aufzuheben, damit die Bevölkerung wieder billiger und schneller zu ihren Arbeitsstellen kommen könne. Der Verkehr mit eingesetzten Autobussen sei zu teuer. Der Fahrpreis beträgt jeden Tag für Hin- und Rückfahrt 2,– M, während sich der Fahrpreis auf der S-Bahn für Hin- und Rückfahrt auf 0,40 M beläuft. Sie baten, von der Partei aus dem Ministerrat einen Vorschlag zu unterbreiten, in welcher Form hier schnellstens Abhilfe geschaffen werden könne.

In den Grenzkreisen tritt besonders der Wunsch der Bevölkerung auf Abänderung der Verhältnisse in den Sperrgebieten, an der Demarkationslinie hervor. So wünscht die Bevölkerung des Kreises Meiningen sofortige Abschaffung der Demarkationslinie einschließlich des 500-m-Streifens und Rückführung der Evakuierten, die im vorigen Jahr ihre Heimatdörfer im Grenzgebiet verlassen mußten. Auch die Bevölkerung in Dömitz, Bezirk Schwerin, fordert die Aufhebung der 5-km-Sperrzone und Rückführung der im Juni 1952 evakuierten Einwohner aus dieser Zone. Der Kreisverband Salzungen führt hierzu folgendes aus: Wir hatten in den letzten Tagen Gelegenheit, ca. 20 Gemeinden zu besuchen, um mit den Menschen über die letzten Ereignisse zu diskutieren. Alle Menschen begrüßten die Beschlüsse des Ministerrats, verlangten aber auch eine Klärung der Situation innerhalb des 5-km-Sperrstreifens. So wiesen die Freunde daraufhin, daß Republikflüchtlinge, die im vergangenen Jahr evakuiert werden sollten, zurückkehren dürfen und ihr völliges Besitztum zurückerhalten. Die von unserer Regierung in den Kreis Sondershausen Umgesiedelten, die Menschen also, die den Anordnungen der Regierung Folge leisteten, dürfen aber noch nicht in ihre alte Heimat und ihren Hof zurückkehren, so daß nach Ansicht unserer Einwohner an der Röhn eine Ungerechtigkeit vorgenommen wurde. Aus allen Diskussionen, die geführt werden, geht hervor, daß eine Klärung dieser von uns angeführten Situation erfolgen kann, indem man auch die nach Sondershausen evakuierten Personen in ihre bisherigen Wohnorte zurückführt. Weiterhin würde der Wegfall der 5-km-Sperrzone und die dadurch entstehende leichtere Feldarbeit ohne Passierschein wesentlich die Arbeitslust und Freude unserer werktätigen Bauern steigern. Unsere Menschen an der Röhn sind für jede Erleichterung, die ihnen durch irgendwelche Maßnahmen geschaffen wird, dankbar und können dadurch zu einer aktiveren politischen Arbeit gewonnen werden. Es ist noch mit Schwierigkeiten verbunden, die Felder direkt am 10-m-Streifen zu bearbeiten, da nur bestimmte Bauern und vor allem nur zu einer bestimmten Zeit in diesen Feldstreifen gehen dürfen. Der Kreis Neuhaus schreibt ebenfalls: Im Zug der Schaffung der Sperrzone wurden viele Menschen aus diesen Gebieten ausgesiedelt. Ein großer Teil ging nach Westdeutschland. Wenn diese heute zurückkehren, erhalten sie ihren Hof wieder. Ein anderer Teil verblieb in der DDR. Diese haben keine Möglichkeit, in ihre Heimat zurückzukehren. Man ist der Ansicht, daß diesen erst recht die Möglichkeit zur Rückkehr gegeben werden muß.

Im Kreis Hildburghausen stellt man fest, daß eine wirklich dringliche Verlängerung der Polizeistunde erforderlich ist. Es ist unverständlich, daß sich die Staatsorgane hier so nachlässig verhalten. In jeder Versammlung und bei allen Rücksprachen wird immer wieder gefordert, die Polizeistunden zu verlängern.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abstracts

Michael Lemke, Propaganda Campaigns against Bonn. Political Crisis and Inner-German Propaganda in the GDR 1960–1963.

During the period from 1960 to 1963, "real socialism" in the former GDR experienced a crisis within its entire system, which threatened the very existence of the SED regime. Since the crisis could not be resolved by economical or political measures, and the regime was not accepted by the East German people nor internationally, the SED elite resorted to ideological solutions by intensifying its "Deutschlandpolitik". The resulting propaganda campaigns by the SED from 1960 onwards was marked by a severity whose main purpose was to internationally stigmatise the German Federal Republic as a Nazi state. Underlying these actions, however, was an even stronger desire to win the GDR population by diverting attention from their own problems. The background and mechanisms of different campaigns are analysed in this article.

Menachem Shelah, Croatian Jews between Germany and Italy. The Role of the Italian Army and of General Giuseppe Amico 1941–1943.

On September 13, 1943, after a fierce battle with factions of the "Marche" and "Messina" Divisions of the Italian Army, the Second Regiment of the S. S. "Prinz Eugen" Division managed to conquer the city of Dubrovnik on the Adriatic coast of Yugoslavia. Among the thousands of Italian prisoners taken, General Giuseppe Amico, the commander of the "Marche" Division was murdered on the order of the German commanding officer, Colonel Schmidhuber. German and Italian documents pre-dating this event show that General Amico had frequently and publicly expressed contempt for his German allies. He was successful in foiling the German-Croatian plan to carry out the "Final Solution" on Croatian territory under his command. The article, based on German, Italian and Croatian documents, depicts the chain of events leading to the arbitrary murder of the Italian general.

Kathrin Weber, Italys Admission to NATO 1947–1949.

The admission of Italy to the North Atlantic Alliance was met with internal as well as external opposition. While the United States and France supported Italian membership in the pact because of its strategic importance, the other West European countries and Canada opposed it. In Italy, the question whether or not to join a military alliance sparked vehement controversy. The Communist and Socialist Party, as well as left-winged Catholic forces within the Christian Democratic Party, opposed Italian membership in NATO, pleading for neutrality instead. Though in favor of stronger integration of Italy in the Western world, the De Gasperi government hesitated joining the alliance fearing Communist repercussion. Yet Italy was hardly able to defend itself against any threat from the East after the withdrawal of Allied Forces in late 1947. The Italian government tried to resolve these security problems by asking the United States for unofficial assistance in re-arming its Armed Forces. This request, however, was refused. Only when it became obvious Italy risked being isolated from the West, did the Italian government formally ask to be included in the North Atlantic Alliance which was met with approval.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Karl-Heinz Schlarp, The Dilemma of West German Eastern Trade and the Development of the East Committee on German Economy 1950–1952.

The essay deals with the problems of West Germany's Eastern trade, the embargo at the outset of the Cold War and the loss of East European markets brought about by the division of Europe. Even though the Federal Republic was initially provided with little room for expansion, interested economic circles, nevertheless, tried to revive trade relations with Eastern and Southeastern Europe as early as 1949/50. The first political initiative of the Federal Association of German Industry, which dealt with foreign trade, was to revive those prewar markets described as a "vital issue" for German economy. However, with the onset of the Korean War, the prospects of further development of East-West trade were drastically reduced. Since trading with socialist countries was highly politicized, it was necessary to separate foreign trade from foreign policy to ensure the growth of Eastern commerce within a politically authorized framework. After two years of persistent efforts, the formation of an "East Committee", which would act as a lobby for trade and industry, was finally established together with the elimination of occupational status. Thus, the Federal Republic was equipped with a "more or less official" committee, whose goal was to strengthen legitimate East trade and to facilitate the establishment of secure business relations. Having survived this crisis, the East Committee was responsible for stable trade relations with the Eastern Bloc states; its leading representatives regained confidence in numerous initial talks and prepared trade agreements. Finally, the East Committee had a diplomatic function, too, as it contributed to the easing of East-West tension.

Udo Wengst, The Uprising of June 17, 1953 in the GDR. From Internal Reports by the East German Christian Democratic Party (Ost-CDU).

The historical significance of the uprising on June 17, 1953 in the former GDR is not to be underestimated. In recording history, this event has been a source of repeated interest for both official party historiography dictated by official party government and Western scholars alike. While the former firmly believed the revolt on June 17, 1953 to be a "counterrevolutionary fascist attempt to overthrow the government", the latter clearly saw in it "a spontaneous uprising of the East German people expressing the inner crisis of the SED State". Only after the collapse of former East Germany, which has given historical research a wealth of new material, has a more differentiated picture of the political processes inside the GDR been possible. The documents in this essay – two evaluations prepared for the General Secretariat of the Ost-CDU which are based on studies conducted by Party district and county seats – not only reveal that, indeed, the upheaval included the entire geographical area of the GDR, but also prove, without any doubt, that the uprising was the result of the inner political crisis of this State. The documents, furthermore, show that the insurgents not only demanded an improvement of the quality of life, but also pursued ulterior political motives. They demanded foremost the resignation of the government, free elections and cried for reunification. The suppression of the rebellion, finally brought about by the intervention of the Soviet army, restored a specious peace.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte